C 21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg. 3 Nr. 29 Juni '73
Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes
50 Pf.

Gegen die Kommunisten-Jagd

-Erklärung der Leitung des KB-

Folgende Erklärung gibt das Leitende Gremium (LG) des KB im Anschluß einer ausführlichen Diskussion innerhalb der „erweiterten Leitung" ab zur Frage der derzeit laufenden antikommunistischen Kampagne der Bourgeoisie, die sozusagen in „Konzertierter Aktion" von Staatsapparat, bürgerlicher Presse und Gewerkschaftsführungen gegen kommunistische und sich so nennende Organisationen vorgetragen wird.

Diese antikommunistische Kampagne läuft wesentlich ab nach dem Muster der Zerschlagung der RAF (Rote Armee Fraktion, sog. „Baader-Meinhof-Gruppe") sowie der Zerschlagung fortschrittlicher ausländischer Organisationen (vgl. Verbot und Zerschlagung der palästinensischen Organisationen GUPA und GUPS).

Die Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse sowie die jüngsten Maßnahmen des Staatsapparates (Verbot von Demonstrationen, Überfall und Durchsuchung vieler Privatwohnungen, Organisationsbüros und politischer Buchläden, Inhaftierung von Genossen, Einleitung politischer Prozesse gegen führende Genossen bestimmter Organisationen sowie Teilnehmer verbotener Demonstrationen usw. usf.) richten sich derzeit noch unmittelbar gegen die

Teilnehmer verbotener Demonstrationen usw. usf.) richten sich derzeit noch unmittelbar gegen die

sogenannten „KPD" und „KPD/ML"

Hiermit wird der Schein erweckt, als ginge es der Bourgeoisie speziell um die Liquidierung dieser Organisation. Die Tücke dieses Manövers besteht in dem Versuch der Bourgeoisie, bei anderen linken Organisationen die Illusion zu erwekken, sich selbst durch fragwürdige Abgrenzungen aus dem Schußfeld der Illegalisierungskampagne entziehen zu können.

Das Vorgehen der Gewerkschaftsführer (hier vor allem die sog. „Antikommunismus-Beschlüsse") indes zeigt, daß a l l e einflußreicheren kommunistischen und sich so nennenden Organisationen Ziel der Zerschlagungskampagne der Bourgeoisie sind. Ausdrücklich werden „KPD", "KPD/ML", Arbeiter-Basis-Gruppen, Kommunistischer Bund sowie der schwäbische KABD in den Antikommunismus-Beschlüssen der IG-Metall und IG-Druck und Papier in einen Topf geworfen.

Dasselbe zeigt sich in den lokal und regional verbreiteten Antikommunistischen Hetzschriften und bekanntgegebenen „Ausführungsbestimmungen" obiger „Antikommunismus-Beschlüsse" durch einzelne Gewerkschaftsführungen. Hier wird der Katalog betroffener Organisationen noch um eine Reihe weiterer lokal oder betrieblich bedeutender linken Gruppen erweitert.

Ausgenommen bei dieser Kampagne werden derzeit ausdrücklich nur die DKP und ihr nahestehende Gruppen.

Um von Charakter und Ziel der laufenden antikommunistischen Hetzkampagne abzulenken, müssen vergleichsweise „harmlose" Vorwände als „Begründungen" für diese Kampagne herhalten:

Der bürgerlichen Presse dient eine während des jüngsten Thieu-Besuches in Bonn durchgeführte symbolische Rathausbesetzung durch Mitglieder und Sympathisanten der Gruppen „KPD" und „KPD/ML" als Auslöser einer widerwärtigen Stimmungsmache und scharfer Verbotsforderungen. „Blindwütiger Straßenterror", Zerstörung „wertvoller Rokoko-Möbel" und „kostbarer Gobelins" wird diesen Gruppen zur Last gelegt. Diese „Argumente" sollen vor allem der Verhetzung kleinbürgerlicher Schichten des Volkes dienen.

Wissentlich wird dabei in der bürgerlichen Presse verschwiegen, daß a) die materiellen Zerstörungen zu Lasten der Wasserwerfer, der Äxte und Brecheisen der das Rathaus stürmenden Polizeikommandos gingen und b) die symbolische Besetzungsaktion, verglichen mit ähnlichen Aktionen des früheren SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), vergleichsweise harmlos waren und absolut keine „neue Stufe in der Eskalation der Gewalt" darstellt (vergl. diverse Rektorats-

besetzungen an westdeutschen Universitäten, Erstürmung von „Ame-

besetzungen an westdeutschen Universitäten, Erstürmung von „Amerika-Häusern" sowie Konsulaten und Fluggesellschaften faschistischer Staaten, Besetzung von bürgerlichen Redaktionen und Theater u.v.a.m.)

In dem Maße, wie die bürgerliche Presse kleinbürgerliche Schichten des Volkes mit der „blindwütigen Zerstörung von Rokoko-Möbeln", usw. usw. verhetzen will, versuchen die Gewerkschaftsführer mit dem Phantom der RGO („Revolutionäre" bzw. „Rote Gewerkschafts-Opposition"), die Gewerkschafts-Linke einzuschüchtern.

Kühn wird behauptet, daß alle oben genannten Organisationen „die RGO gemeinsam tragen", obgleich den Gewerkschaftsführern bestens bekannt ist, daß das „Konzept RGO" nur von der „KPD" und „KPD/ML", also den beiden Gruppen mit der vergleichsweise geringsten betrieblichen und gewerkschaftlichen Verankerung, z.Zt. propagiert wird. Ausdrücklich grenzen sich alle anderen Organisationen von diesem Konzept ab. Die Praxis zwingt, daß diese Abgrenzung zwar politisch notwendig, aber keineswegs geeignet ist, die Mitglieder der eigenen Organisation vor Gewerkschaftsausschlüssen und anderen Repressalien (Funktionsverbot etc.) zu schützen.

Sowenig wie es der bürgerlichen Presse um den zukünftig besseren Schutz von Rokoko-Möbeln geht, sowenig macht den Gewerkschaftsführern das Phantom der RGO ernsthaft Sorgen um den Bestand der Einheitsgewerkschaften.

Deutlich wird, daß mit den bürgerlichen Behauptungen von „blindwütigem Straßenterror" und „Spaltung der Gewerkschaften" (durch RGO und ähnliches) tatsächlich nur kommunistische Arbeit in Betrieb und Gesellschaft diffamiert und kriminalisiert wird, um sie im Anschluß daran umso besser verbieten und zerschlagen zu können.

Vor einigen Jahren noch genossen Aktionen und Arbeit radikaler, außerparlamentarischer Strömungen und Gruppierungen den teilweisen Schutz der liberalen und sozialdemokratischen Presse und öffentlichen Meinung durch eine mehr differenzierte Berichterstattung.

In diesem Punkt hat es einen grundsätzlichen Wandel gegeben. Bei der Hetze gegen kommunistische Arbeit und Propaganda werden die Unterschiede zwischen der rechtsradikalen und der „linksliberalen" Presse immer geringer.

Die zumindest in diesem wichtigen Punkt deutlich gewordene „Gleichschaltung" der gesamten bürgerlichen Berichterstattung demonstriert einen deutlichen Sieg der faschistoiden Hetze der Bourgeoisie, wie sie z.B. zur Zeit der Studentenunruhen in der BRD in dieser Form im wesentlichen nur von Springers Schmierblättern und Straußens Bayernkurier getragen wurde.

Das „Zusammenrücken" der bürgerlichen Presse demonstriert gleichzeitig eine stärkere Frontstellung dieser Kräfte gegen aufkeimende neue Elemente der Arbeiterbewegung der BRD.

Die profilierte „linke" Zeitschrift „konkret" schießt in der antikommunistischen Hetzkampagne gar in trauriger Weise den Vogel ab. Im Stil der Faschisten, die ihre Opfer, bevor sie diese physisch vernichten, psychologisch fertig machen, als „Häuflein Elend" darstellen usw., zieht diese Zeitschrift mit frei erfundenen Geschichten über einzelne führende Mitglieder der sog. „KPD" her. An diesen als Fortsetzungsgeschichten aufgemachten Artikeln zeigt sich die ganze Verkommenheit von großen Teilen der linken Sozialdemokratie.

Kaum besser – in einzelnen Fällen sogar schlimmer – betreiben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre antikommunistische Hetze in Betrieb und Gewerkschaft. Es genügt ihnen nicht, kommunistische und klassenbewußte Kollegen aus betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien (z.B. Betriebsrat, Vertrauenskörper usw.) zu liquidieren, sie an die Geschäftsleitung zwecks fristloser Kündigung auszuliefern, sie gleichzeitig aus der Gewerkschaft auszuschließen und ihnen damit jeden Rechtsschutz zu nehmen. Es genügt ihnen nicht, ganze gewerkschaftliche Gremien aufzulösen (z.B. den Vertrauenskörper bei Reichhold in Hamburg, mehrere Kreis-Jugendausschüsse in Niedersachsen, usw.) und mit Androhung solcher Maßnahmen andere Gewerkschafter sich gefügig zu machen.

Die Gewerkschaftsführer sind mittlerweile dazu übergegangen , öffentlich ganze Belegschaften von Großbetrieben (z.B. Hoesch, usw.) zu beschimpfen, von den Arbeitern zu fordern, sich das Vertrauen der Gewerkschaftsführer durch maßvolleres Verhalten „zurückzugewinnen". Sie sind inzwischen dazu übergegangen, wie z.B. in der Hamburger IG Chemie, antikommunistische Hetzschriften zu verteilen, deren

Forts. Seite 2

Preissteigerungen - eine Waffe des Kapitals

Zweimal bereits gab es in Deutschland eine Inflation, beidemal als Folge eines Krieges und beidemal wurde sie gezielt und bewußt durchgeführt. Einmal (1923) um sich auf Kosten von Millionen kleiner Leute der Kriegsschulden zu entledigen und um die Reparationen an die Siegermächte herumzukommen, was jedoch nicht gelang. Die zweite Inflation von 1948 („Währungsreform") diente dazu, die Besitzer von Waren und Produktionsmitteln wieder in die alte Stellung zurückkehren zu lassen und Deutschland wirtschaftlich und politisch zu spalten.

Die heutige fortschreitende Geldentwertung ist ein Mittel des Kapitals zur Senkung des Reallohns der Arbeiterklasse, der übrigen Werktätigen und der Rentner und ist daher auch eine Erscheinung, die ausschließlich in kapitalistischen Staaten vorkommt. In den RgW-Ländern und den sozialistischen Ländern (China, DRV, Nordkorea) sind die Preise stabil.

Es gibt gewisse ökonomische Gesetze des Kapitals, die der Inflation zugrunde liegen. Sie dürfen aber nicht den Blick dafür verschließen, daß das konkrete Ausmaß der Inflation letztlich von politischen Entscheidungen des Kapitals und seiner Regierung bestimmt wird. Die Bourgeoisie wäre in der Lage, die fortschreitenden Preissteigerungen einzudämmen – wenn sie wollte.

In diesem Artikel sollen die konkreten Ursachen der jetzigen Preissteigerungen klargelegt werden. Es wird auf die Ideologie der Kapitalisten eingeganen, die die Kapitalisten in diesem Zusammenhang verbreiten, um die Arbeiterklasse vom Kampf dagegen abzuhalten und wie sie sich – in Arbeitsteilung mit der Gewerkschaftsführung – konkret verhalten, um zu verhindern, daß die wachsende Unruhe und die verstärkte Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse gegen den Abbau des Reallohns in Streiks größeren Ausmaßes ausbricht.

Inflation - ein Mittel zur Senkung des Reallohns

Wie schon in den Jahren 1968/69 muß die westdeutsche Arbeiterklasse die Erfahrung machen, daß der wirtschaftliche Aufschwung voll auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Trotz Profitexpansion wird durch Inflationsraten und sowohl direkten als auch indirekten Steuererhöhungen ihr Lohn real gesenkt. Die Inflationsraten sind unterschiedlich, aber besonders hoch in den Warengruppen, die die Arbeiterklasse zur einfachen Existenz braucht, nämlich Lebensmittel und Mieten. Schon allein diese unterschiedlichen Inflationsraten zeigen, daß die Inflation keine „wirtschaftliche Gesetzmäßigkeit" ist, an der nichts zu ändern ist oder die nur „aus dem Ausland importiert" ist. Sie ist eine Waffe der Kapitalisten in ihrem Klassenkampf gegen die Arbeiterklasse. Während der Abschwungphase des Konjunkturzyklus versucht die bürgerliche Presse immer der Arbeiterklasse einzureden, Lohnerhöhungen würden die Wirtschaft nur noch weiter „belasten", den Abschwung beschleunigen, die wirtschaftliche Situation insgesamt und damit ihre eigene Lage als Arbeiter verschlechtern und für die Sicher-

Forts. von Seite 19

Forts. von Seite 1

Argumentationsmuster deutlich bei den Publikationen der NSDAP abgeschrieben sind.

Das Ausmaß dieser Kampagne zeigt, daß es der Bourgeoisie keineswegs nur um die Liquidierung kommunistischer Arbeit geht. Wenn auch die kommunistischen und sich so nennenden Organisationen von der derzeit laufenden antikommunistischen Kampagne der Bourgeoisie direkt und unmittelbar betroffen sind, und erst recht getroffen werden von den zukünftig zu erwartenden Maßnahmen des bürgerlichen Staatsapparates (Polizei, Justiz, Verfassungsschutz etc.), so geht es der Bourgeoisie doch nicht nur um die Liquidierung der direkt genannten Organisationen.

Diese Organisationen bestehen zumeist schon seit Jahren, und die Politik einzelner Gruppierungen der linken außerparlamentarischen Opposition waren weiß Gott schon abenteuerlicher als das heute z.T. noch der Fall ist und hätten somit der bürgerlichen Presse, den Gewerkschaftsführungen und dem Staatsapparat schon früher weit bessere Vorwände liefern können, wenn es der Bourgeoisie schon seinerzeit um eine solche Kampagne gegangen wäre.

Die wirtschaftliche Entwicklung steuert international auf eine Krise zu, was sich im allgemeinen Währungsverfall und der allen kapitalistischen Staaten einbeziehenden Inflation, den ständigen Währungskrisen, usw. deutlich zeigt.

Unter diesen Bedingungen verstärken die Kapitalisten überall den Druck auf die werktätige Bevölkerung, die diese Entwicklung in Form der Senkung ihres Lebensstandards und der Einschränkung ihrer politischen Rechte zu spüren bekommt.

Zwangsläufig führt diese Entwicklung zu immer breiteren Protestbewegungen der Arbeiterklasse und anderer betroffener Teile des Volkes.

In Westdeutschland hat dieser Protest der Bevölkerung noch nicht das Niveau anderer westeuropäischer Völker wie etwa Italien, Frankreich, England, erreicht. Dennoch ist er in letzter Zeit immer stärker hervorgetreten.

So u.a. in der übergroßen Streikbereitschaft der Industriearbeiter aller Branchen, den „wilden" Streiks und selbständig durchgeführten Demonstrationen und Aktionen von Metall-, Druck- und Chemiearbeitern in diesem Jahr. Sc in den Urabstimmungen nach gelaufenen Tarifrunden, in denen insbesondere die Belegschaften der Großbetriebe den Gewerkschaftsführern ihre Gefolgschaft versagten (Stahl und Druck). So in den zunehmenden Protestaktionen der Bevölkerung gegen die kapitalistische Wohnungspolitik. So in den sich häufenden Schüler- und Elterndemonstrationen, den Protestaktionen von Lehrern, Beamten und Bauern. So in spontanen Protestaktionen der Hausfrauen gegen steigende Preise.

Die jetzt laufende antikommunistische Hetzkampagne der Bourgeoisie zielt darauf ab, diese in Zukunft fraglos breiter und tiefer werdende Protestbewegung von Teilen des Volkes in Bahnen zu lenken, die ihrer Herrschaft über Staat und Gesellschaft nicht gefährlich sind. In diesem Sinn versucht die Bourgeoisie schon heute alle Gruppen, von denen sie befürchten muß, daß sie den Kampf des Volkes organisieren und ihm eine klarere Stoßrichtung geben könnten, auszuschalten, noch bevor die allgemeinen und spontanun Kämpfe der Bevölkerung ein Ausmaß erreicht haben, wo dies nicht mehr so leicht ist.

Solidarität notwendig

Die Bourgeoisie wird versuchen, ein Verbot kommunistischer und sich so nennender Organisationen in einer Weise durchzuführen, die nicht den revolutionären Zusammenschluß, sondern das weitere Auseinanderfallen der Bewegung begünstigt. Gemäß dieser Taktik richtet sich die Hetzkampagne der bürgerlichen Presse und das Vorgehen des Staatsapparates nicht gegen alle Organisationen zugleich, sondern es werden nach einer Art Salamitaktik z.Zt. noch immer nur einzelne Organisationen direkt vorgeknöpft. Gleichzeitig läßt die bürgerliche Presse aber keinen Zweifel daran, daß sich grundsätzlich der Schlag gegen alle das herrschende System bekämpfenden Gruppen richtet. Damit soll u.a. bezweckt werden, daß die noch nicht unmittelbar im Schußfeld stehenden Organisationen in opportunistischer Weise zurückweichen.

Für die Kampagne gegen die direkt betroffenen Organisationen – also in diesem Fall „KPD" und „KPD/ML" – wählt die Bourgeoisie Vorwände, von denen sie eine Abgrenzung anderer kommunistischer und sich so nennender Organisationen erwarten darf.

So hat die Bourgeoisie richtig eingeschätzt, daß die symbolische Besetzungsaktion des Bonner Rathauses und die Demonstration gegen den Breschnew-Besuch von anderen Gruppen und Organisationen zumindest für taktisch unklug gehalten wird. Gerade auch darum mußten der Bourgeoisie diese Aktionen als günstiger Ansatzpunkt für ihre infame Hetzkampagne erscheinen.

Tatsächlich aber richtet sich der Angriff der Bourgeoisie gegen den Marxismus/Leninismus, bzw. wissenschaftlichen Sozialismus, zu dem die betroffenen Gruppen ein Bekenntnis abgelegt haben und das sie, wenn auch in noch so verzerrter Weise, in ihre Politik umzusetzen sich bemühen. Das Bekenntnis zum Marxismus/Leninismus ist jedoch allen kommunistischen und sich so nennenden Organisationen gemein.

Der Bemühung der Bourgeoisie, im Laufe ihrer Vernichtungsstrategie gegen die linken Gruppen die gesamte Bewegung weiter auseinanderfallen zu lassen, muß aktiv entgegengetreten werden.

Das solidarische Zusammenstehen aller grundsätzlich betroffenen Gruppen wird zum unmittelbar praktischen Problem des Marxismus-Leninismus in der Arbeiterbewegung. Es darf der Bourgeoisie nicht unnötig leicht gemacht werden, eine linke Gruppe nach der anderen zu zerschlagen.

Die größte Gefahr besteht darin, daß einzelne Gruppen diese Solidarität verletzen und in opportunistischer Weise vor den Angriffen der Bourgeoisie zurückweichen. In diesem Punkt gibt es innerhalb der linken Bewegung schon verschiedene schlechte Beispiele.

Das krasseste dieser Art ist der jüngste Versuch des KBB (Kommunistischer Bund Bremen), sich in diffamierender Weise in den Chor der antikommunistischen Propaganda gegen die „KPD" einzureihen. In einer Erklärung des ZK des KBB werden die bürgerlichen Lügen über die Zerstörung von „Rokoko-Möbeln" usw. durch die „KPD" übernommen und dieser Gruppe „Vandalismus" bescheinigt. Die sog. „KPD" wird mit einer „randalierenden Horde" verglichen, die „völlig sinnlos ein Rathaus demoliert", um dadurch „ihr persönliches Mütchen zu kühlen".

Das ZK des KBB geht sogar noch einen Schritt weiter, indem es der Bourgeoisie „Großmut" bescheinigt, weil diese nicht auf die Genossen der sog. „KPD" geschossen habe.

Die DKP als Partei ist in der laufenden antikommunistischen Kampagne der Bourgeoisie kein potentieller Bündnispartner der verfolgten Demokraten und Kommunisten. Wenn auch die CDU und die ihr nahestehende Presse nicht müde werden zu betonen, daß ein „Verbot der DKP" ebenfalls ins Auge gefaßt werden muß, so zeigt sich doch, daß weder die Regierung der BRD, noch die Landesregierungen, noch der Staatsapparat, noch die Gewerkschaftsführungen gegenwärtig gewillt sind, die DKP zum jetzigen Zeitpunkt ebenfalls zum Ziel ihrer Hetzkampagne zu machen. Die Gewerkschaftsführer nehmen die DKP sogar oft ausdrücklich von ihrer Kampagne aus.

Darin kommt unserer Meinung nach nicht zum Ausdruck, daß nicht auch die DKP zu einem späteren Zeitpunkt durch eine Neuauflage des KPD-Verbots von 1956 von Verbot und Zerschlagung bedroht wäre. Das wird auch bestätigt durch Äußerungen der CDU/CSU des NRW-Innenministers (FDP) und der reaktionären Presse (FAZ, „Welt" u.a.), die die angebliche „Verfassungsfeindlichkeit" der DKP betonen.

Durch die Herausnahme der DKP aus den unmittelbaren Angriffen versucht die Bourgeoisie vielmehr, eine breitere Abwehrfront der Linken, die DKP eingeschlossen, zu verhindern. Andererseits spielt die DKP für die Gewerkschaftsführer eine nicht unbedeutende Rolle bei der Liquidierung der „Maoisten" in der Gewerkschaft.

Die dennoch aufrechterhaltenen Verbotsdrohungen – ausgesprochen durch CDU und die ihr nahestehende Presse – sollen eine weitere Rechtswendung dieser Partei bewirken und die DKP zu immer übleren „Abgrenzungen" von den Kommunisten veranlassen.

Die DKP ihrerseits geht auf die geschickte Taktik der Bourgeoisie in der Weise ein, auf der einen Seite nicht müde zu werden, ihre Treue zu Grundgesetz usw. zu beteuern und andererseits auf die links von ihr stehenden Organisationen einzudreschen. Für diese Zwecke greift sie dankbar alle Lügen der bürgerlichen Presse über die sog. „KPD" und andere Organisationen auf.

Trotz scheinheiliger Abgrenzungsversuche gegen bestimmte Maßnahmen des Staatsapparates (gegen kommunistische Organisationen) kann diese Partei ihre Schadenfreude über die bevorstehende Liquidierung kommunistischer Organisationen nicht verbergen. Ist es doch ihr Ziel, wie ihre Führer immer wieder betonen, die Basis kommunistischer Organisationen für den eigenen Parteiladen einzusacken. Fraglos vergrößern sich hier ihre Chancen bei Verbot und Zerschlagung dieser Gruppen.

Im Bereich der Gewerkschaften unterstützt die DKP nachhaltig das Vorgehen der Gewerkschaftsführer gegen Kommunisten und klassenbewußte Arbeiter. Applaudierend druckt sie die Antikommunismus-Beschlüsse der IG-Metall in ihren Zeitungen nach.

In München wirken ihre Mitglieder an Ausschlußverfahren in der IG-Druck und Papier mit. In Hamburg verteilt die DKP Pamphlete mit denselben antikommunistischen Unterstellungen wie die Gewerkschaftsführer („Der Kampf des 'K'B gegen die Gewerkschaftseinheit" – Flugblatt vor dem Hamburger Chemiebetrieb Beiersdorf). In Dortmund läßt die DKP Flugblätter an die Arbeiter verteilen, die Mitglieder der sog. „KPD" mit den „Schlägerbanden der SA" vergleichen. Die Reihe dieser Beispiele läßt sich beliebig fortsetzen.

Trotz dieser Haltung der „offiziellen" Partei, die durch entsprechende innerparteiliche Verhetzung derzeit auch fraglos von der Mehrheit der Mitglieder geteilt wird, sollten die Kommunisten nicht versäumen, im Gespräch mit den DKP-Kollegen in Betrieb und Gewerkschaft darauf hinzuweisen, daß sich die laufende antikommunistische Hetzkampagne der Bourgeoisie letztlich und prinzipiell auch gegen diese Partei richtet, worin auch die notwendige Solidarität innerhalb der Arbeiterlinken begründet wäre.

Insgesamt zeigt sich auf der Linken einschließlich einiger kommunistischer Gruppen eine allgemeine Tendenz des opportunistischen Zurückweichens vor den Schlägen der Bourgeoisie, ein Verfall der gerade in solchen Zeiten besonders notwendigen Solidarität. Bis zu einem gewissen Grad sind solche Situationen für die linken Gruppen und Organisationen eine „Feuerprobe", an der sich zeigen wird, was wirklich in ihnen steckt und wohin sie bei noch stärkeren Schlägen der Bourgeoisie treiben wird.

Es wird sich zeigen, inwieweit die früher abgelegten Bekenntnisse zur proletarischen Solidarität ernst gemeint oder auch damals schon bloße Lippenbekenntnisse waren, mit denen sich bestimmte Führer der Bewegung schmückten, als dies noch keinerlei Konsequenzen in der Praxis nach sich zog.

Verfehlt wäre es, wenn die Kommunisten müßige Spekulationen anstellten, zu welchem konkreten Zeitpunkt ein unmittelbarer Verbot der verschiedenen Organisationen erfolgen wird. Festzustellen bleibt dagegen, daß die Bourgeoisie, ohne von irgendwelcher Seite nennenswerten Widerstand erwarten zu müssen, bereits heute jederzeit ein Verbot aussprechen und auch durchsetzen kann.

Das Verhalten der jeweils linken Flügel von SPD und FDP sowie der auf diese Kräfte orientierten Presse zeigt in der laufenden Hetzkampagne deutlich, daß die Bourgeoisie von dieser Seite wesentlich nur Beifall beim Kommunistenverbot erwarten darf. Dasselbe gilt selbstverständlich für die Gewerkschaftsführungen.

Es ist lediglich als kindisch zu bezeichnen, wenn einzelne Führer kommunistischer oder sich so nennender Organisationen mit „Arbeitermassendemonstrationen" der Bourgeoisie „drohen" für den Fall eines Verbots ihrer Organisation. Solche kraftmeierischen Sprüche dienen bestimmten Organisationen nur als selbst verabreichte Betäubungstabletten. Wenn auch in einzelnen Fällen vielleicht ein durchaus nennenswerter Teil von Arbeitern beim Verbot bestimmter Organisationen eine gewisse Empörung zeigt, so wird diese keineswegs ausreichen, die betreffenden Organisationen wirkungsvoll zu schützen.

Längerfristig jedoch steht heute für die Kommunisten in der BRD die Situation günstiger als 1956 beim Verbot der KPD. Wenn auch die KPD vor '56 und danach einen wesentlich erfahreneren Kaderstamm hatte als das heute bei den kommunistischen Organisationen der Fall ist, wenn sie auch sozusagen mit der DDR über ein Hinterland verfügte und von dort aus zu operieren imstande war und von dort aus materiell und finanziell entscheidend gestützt wurde, so war diese Partei doch insgesamt mit einer abfallenden Linie der Klassenkämpfe konfrontiert.

Dies und der beginnende Revisionismus, der die Partei von innen immer stärker zerfraß, ließ die KPD endgültig scheitern. Heute dagegen ist eine Entwicklung sichtbar, die auf eine z.T. rasche Verschärfung aller gesellschaftlichen Widersprüche und damit auf eine ansteigende Linie in der Entwicklung der Klassenkämpfe hinweist.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung beweist, daß die Kommunisten auf dieser Grundlage bestehen können und zumeist nach einigen Jahren qualitativ und quantitativ gestärkt aus der Illegalität hervorgehen.

Andererseits wird sich die Arbeit der Kommunisten nach ihrer Illegalisierung nicht gradlinig fortentwikkeln, sondern es ist damit zu rechnen, daß es kurzfristig erhebliche Rückschläge geben kann, die zweifellos auch einzelnen Organisationen das Genick brechen werden. Dies gilt vor allem für Gruppen, die die Frage eines möglichen Verbots in einem überschaubaren Zeitraum allzu leichtfertig behandelt haben.

In jedem Fall steht fest, daß es der Bourgeoisie nicht gelingen wird, angesichts der auf sie zukommenden gesellschaftlichen Entwicklung mit einem Kommunistenverbot ihr eigentliches Ziel zu erreichen, nämlich die künftigen Klassenkämpfe im Griff zu behalten. Es sind die objektiven Faktoren selbst, die diesen Versuchen entgegenstehen. ■

Nein zum Kommunistenverbot!

Polizei gegen Kommunisten

Am 15. Mai wurde ein großer Polizei-Schlag gegen die sogenannte „KPD" und mehrere ihr nahestehende Organisationen – wie etwa der „Kommunistische Studentenverband" und die „Liga gegen den Imperialismus" – geführt.

Büros, Wohnungen und linke Buchläden in Dortmund, Westberlin, Bonn, Düsseldorf, München, Frankfurt und Köln wurden durchsucht, wobei u.a. große Mengen Akten und Arbeitsmaterial von der Polizei weggeschleppt wurden.

In Dortmund wurde ein führendes Mitglied der „KPD", Jürgen Horlemann, festgenommen. Gegen einen weiteren, Christian Semler, besteht Haftbefehl.

Das Vorgehen der Polizei stützt sich auf die Behauptung, daß die „KPD" eine „kriminelle Vereinigung" sei.

Dieser Schlag des Staatsapparats war seit mehreren Wochen direkt zu erwarten. Schon nach der „Besetzung" des Bonner Rathauses Mitte April waren mehrere Hausdurchsuchungen gegen die „KPD" vorgenommen worden.

Bereits zu diesem Zeitpunkt forderten die CDU/CSU und die reaktionäre Presse in aller Schärfe und Direktheit ein Verbot der „KPD"; dieselbe Forderung wurde wenig später auch von Willi Weyer (FDP), Innenminister von Nordrheinwestfalen, erhoben.

In Nordrheinwestfalen ließ Weyer alle Demonstrationen der „KPD" und ebenso der „KPD/ML" kategorisch verbieten. Vor allem die Mai-Demonstrationen der „KPD" und der „KPD/ML" in Dortmund wurden brutal auseinandergeknüppelt.

Ende April schließlich wurde bekannt, daß von der Bundesanwaltschaft „Ermittlungen" eingeleitet worden seien, um „KPD" und „KPD/ML" als „kriminelle Vereinigungen" zu verbieten. Es hat den Anschein, daß ein solches Verbot unmittelbar bevorsteht. Zugleich ist klar, daß der Staat nicht bei „KPD" und „KPD/ML" stehen bleiben wird, sondern daß der Angriff sich gegen die gesamte revolutionäre Linke richtet. ■

IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag Arbeiterkampf, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantwortl. Redakteur: Kai Ehlers, Verlagsadresse, presserechtlich verantwortl.: Kai Ehlers, Verlagsadresse Auflage: 17000, Erscheinungsweise: monatlich, Verkaufspreis: 50 Pfg. Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595 J. Reents

Kontaktadressen des KB

BREMERHAVEN: Arbeiterbuch, Pol. Buchhandlung, 285 Bremerhaven, Bürger 198, tgl. 12.30 – 18.30 Uhr, Tel. 41 24 54

EUTIN: H. Lankau, 242 Eutin-Großmeinsdorf

FLENSBURG: Peter Petersen, 239 Flensburg, Postlagerkarte A022583

FRANKFURT: K. Scholz, 6232 Bad Soden, Postfach 1408, Tel. 0611/30 61 71, Mo. 18 – 21 Uhr, Do. 18 – 21 Uhr

HAMBURG: Postadresse: J. Reents, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35

KIEL: W. D. Scheel, 23 Kiel 1, postlagernd

OLDENBURG: D. Seidel, 29 Oldenburg, Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des Arbeiterkampf

GÖTTINGEN: KAG im Buchladen „Rote Straße", 34 Göttingen, Rote Straße 10, Di. 17 – 19 Uhr

LÜBECK: W. Blankschein, 24 Lübeck, Postlagerkarte 082332A

Kampf dem Kommunistenverbot !

In diesem Artikel soll nochmals unser Standpunkt zu einigen Fragen zusammengefaßt werden, die mit dem vom Staat vorbereiteten Kommunisten-Verbot im Zusammenhang stehen. Vieles davon haben wir an der einen oder anderen Stelle schon früher gesagt. Das unmittelbare Bevorstehen schwerer Schläge von Seiten des bürgerlichen Staates macht es aber besonders erforderlich, daß in der kommunistischen Bewegung diese Fragen mit dem Ziel der Klarheit und Einheit diskutiert werden.

„Wir sind die größten ..." !

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind in erster Linie die „KPD" und die „KPD/ML" die Zielscheibe der Bourgeoisie.

Beide Gruppen strengen sich an, daraus den „Beweis" zu konstruieren, daß sie von der Bourgeoisie für den „gefährlichsten" Gegner gehalten werden. Damit wiederum soll „bewiesen" werden, daß ihre jeweilige „Partei" die von der Bourgeoisie anerkannte „Partei der Arbeiterklasse" ist.

So schreibt die „Rote Fahne" der „KPD":

„....*Durch ein Verbot und Verfolgungsmaßnahmen will man die Stimme der KPD zum Schweigen bringen, die nunmehr seit drei Jahren (!) die konsequenteste antikapitalistische und antiimperialistische Kraft in der BRD und Westberlin darstellt...*" (RF 16. 5. 73)

Die „KPD" ist also nicht nur die „konsequenteste..." usw. usf., sie ist dies auch schon seit ihrer Gründung vor drei Jahren. Wahrlich bemerkenswert.

Im „Roten Morgen" der „KPD/ML" lesen wir:

„*Der Hauptfeind der Bourgeoisie ist immer diejenige Partei, die die Arbeiterklasse anführt in ihrem Kampf um die Befreiung aller Werktätigen, in ihrem Kampf um den Sozialismus.*

Kein Wunder, daß sich in letzter Zeit die Angriffe auf die Organisation, auf die bolschewistische Partei, auf die KPD/Marxisten-Leninisten, häufen." (RM, 22. 11. 71)

„*Heute soll dieser Paragraph* (kriminelle Vereinigung – Anm. des AK) *in erster Linie (!) gegen die Partei des Proletariats, die KPD/ML angewendet werden.*" (RM, 5. 5. 73)

Nachdem die „Parteien" in der Praxis nichts vorzuweisen haben, was ihre permanente Selbstbeweihräucherung rechtfertigen würde, kommt „Hilfe" vom Staatsapparat. Wenn die „Parteien" schon nicht von den Arbeitern im Klassenkampf als „revolutionäre Avantgarde" anerkannt ist, so weiß doch wenigstens die Bourgeoisie die ungeheure Gefährlichkeit der „Parteien" richtig einzuschätzen. Nach der Devise: die Bourgeoisie greift uns an, also sind wir die Avantgarde, denn sonst würde die Bourgeoisie uns ja nicht angreifen etc....

Die Unehrlichkeit dieser Behauptungen liegt auf der Hand. 1970 hat die Bourgeoisie den Heidelberger SDS verbieten lassen, und 1972 hat sie die „RAF" zerschlagen lassen. Daraus haben jedoch die „Parteien" zu Recht durchaus nicht die Schlußfolgerung gezogen, daß etwa SDS oder „RAF" der gefährlichste Gegner der Bourgeoisie wären, Avantgarde der Arbeiterklasse, Alleininhaber der „korrekten Linie" usw. usf. Für sich selbst jedoch ziehen sie ständig diesen Kurzschluß.

Die Solidarität innerhalb der kommunistischen Bewegung, aber auch die Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung wird durch das kindische Beharren auf der eigenen Ausschließlichkeit und alles überragenden Größe erheblich geschwächt.

Um ihren eigenen Anspruch aufrechtzuerhalten, sind die „Parteien" geradezu „gezwungen", die Angriffe auf andere Organisationen geflissentlich zu übersehen oder herunterzuspielen.

Nach dem Polizei-Schlag gegen die „KPD" und ihr nahestehende Organisationen am 15. 5. verbreitete die „KPD/ML" z.B. in Hamburg ein Flugblatt, in dem es hieß:

„*Mit Polizei und Klassenjustiz geht sie* (die Bourgeoisie – Anm. AK) *gegen die KPD/ML und (!) andere kommunistische Organisationen wie die Gruppe KPD vor...*"

Von den konkreten Angriffen, die sich eben in diesem Fall tatsächlich gegen die „KPD" richteten, – kein Wort. Kein Hinweis z.B. auf die Verhaftung des Genossen Horlemann. Und im selben Flugblatt: „....Darum sind auch alle Demonstrationen der KPD/ML gegen den Breschnew-Besuch in Nordrhein-Westfalen verboten..." Daß auch die Demonstrationen der „KPD" verboten sind, wird nicht erwähnt. Wozu auch? ....

Umgekehrt ignoriert die „KPD" sehr weitgehend Angriffe auf andere Organisationen oder einzelne ihrer Genossen.

Das Bild ist immer dasselbe: Die Bourgeoisie greift UNS an – andere natürlich „auch", aber UNS am allermeisten, weil WIR die Allerkorrektesten und Allerwichtigsten sind......

Die eine Folge ist, daß die „Parteien" dazu neigen, sich dann teilweise unsolidarisch gegenüber anderen Organisationen zu verhalten. Die andere Folge ist, daß umgekehrt die Solidarität anderer Organisationen mit den „Parteien" erschwert wird. Denn es ist einfach politisch unerfreulich, Aktionseinheiten mit Leuten einzugehen, die in erster Linie darauf bedacht sind, sich selbst kräftig herauszuputzen, und die dabei auf getroffene Abmachungen kaum Rücksicht nehmen.



Zu dritt auf einem bereits am Boden liegenden Demonstranten herumprügeln – typisch für den brutalen Poli zeieinsatz in Dortmund

Zu dritt auf einem bereits am Boden liegenden Demonstranten herumprügeln – typisch für den brutalen Poli zeieinsatz in Dortmund



Im Würgegriff wird ein Demonstrant von den Polizisten weggeschleppt.

Die Genossen nennen das „die Partei propagieren". In Wahrheit machen sie das Gegenteil. Sie preisen ihren Verein an wie ein neues Waschmittel „mit drei Rot-Machern". Die „KPD/ML" etwa preist sich in ihrem nationalen Mai-Aufruf 1973 an als „Kampfstab echter (!), disziplinierter (!), selbstloser (!), opferbereiter (!) Revolutionäre". Sie sagt nicht etwa: so einen Kampfstab muß die Arbeiterklasse sich schaffen, sondern: „Diese, das heißt eure Partei, ist die KPD/ML". Natürlich, Kommunisten sollten all das sein, „selbstlos, opferbereit" usw. Und vor allem „offenherzig und ehrlich", was Mao an die erste Stelle setzt. Und gerade mit der Ehrlichkeit hapert es bei diesen Revolutionären der Phrase doch sehr. Sie haben alle diese guten Eigenschaften von vornherein, weil sie eben Kommunisten (die einzig wirklich wasch-„echten") sind.

Die Selbstbeweihräucherung der „Parteien" (wie natürlich auch verschiedener Zirkel) offenbart auch, welche Einstellung sie zur Arbeiterklasse haben. Faktisch stellen sie ihre eigene Gruppierung in allem über die Arbeiterklasse. Und das merken die Arbeiter natürlich sehr genau, die gelegentlich Flugblätter dieser Machart (zwei schlicht, zwei kraus) erhalten oder zufällig mal eine Demonstrationsrede der „Partei"-Werber mitanhören müssen. Und gerade in dieser Hinsicht sind doch die Arbeiter mit Recht äußerst mißtrauisch. Mit dieser Sorte von „selbstlosen Vertretern der Arbeiterinteressen" etc. haben die Arbeiter ihre Erfahrungen. Hinter den „selbstlosen" Phrasen sehen die Arbeiter sehr deutlich den nackten Egoismus und Größenwahn, der in der Selbstbeweihräucherung zum Ausdruck kommt.

Das ist freilich mehr als eine Frage allzu aufdringlicher und plumper Formulierungen. Wir können den Genossen nur empfehlen, ihre gesamte Einstellung zur Arbeiterklasse gründlich und selbstkritisch zu überprüfen. Kommunisten sollten der Arbeiterklasse dienen, nicht etwa umgekehrt.

Durch die rosa Brille

Es ist prinzipiell klar: um den Kampf wirkungsvoll und letztlich erfolgreich zu führen, muß man zunächst klare Vorstellungen vom Kräfteverhältnis zwischen uns und dem Feind haben. Andernfalls wird man mit Sicherheit entweder in „revolutionären" Amok oder in opportunistischen Defätismus verfallen.

Bekanntlich weicht die Einschätzung des Kommunistischen Bundes von der der meisten anderen kommunistischen Organisationen ab.

Wir gehen davon aus, daß die Arbeiterbewegung einer Offensive der Bourgeoisie gegenübersteht. Diese Offensive umfaßt sowohl den Angriff auf die materielle Situation der Arbeiter (Lebensstandard) wie auch auf ihre politischen Rechte. Die Bourgeoisie betreibt unserer Meinung nach den Ausbau des Staatsapparats und den Abbau politischer Rechte vorbeugend. D.h. sie ist zu Maßnahmen wie Verabschiedung der Notstandsgesetze, Verstärkung der Polizei, Ausbau des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerarmee, Verbot kommunistischer Organisationen noch nicht unmittelbar durch den Stand der Klassenkämpfe gezwungen. Vielmehr trifft sie diese Maßnahmen in einer relativen Schwächesituation der Arbeiterbewegung mit Blick auf eine zukünftige Verschärfung der Klassenkämpfe. Daraus ergibt sich für uns die Schlußfolgerung, daß die Bourgeoisie zunächst einmal mit diesen Maßnahmen durchkommen wird, weil die Arbeiterklasse noch nicht in der Lage ist, das Vorgehen der Bourgeoisie schon heute allseitig zu begreifen und zu durchkreuzen.

Im Gegensatz dazu stehen Einschätzungen, die sich durch Begriffe wie „revolutionärer Aufschwung", „Haupttendenz Revolution", „Linkswendung der Massen" und „Arbeiteroffensive" fassen lassen.

Nehmen wir zunächst das Stichwort „Haupttendenz Revolution", das vor allem von der „KPD/ML" häufig vorgebracht wird. Die Anwendung dieses Stichworts ist im nationalen Mai-Aufruf 1973 der „KPD/ML" gut zu beobachten. Zuerst wird allgemein die Aussage gemacht: „Weltweit erleiden die beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion Schläge und Niederlagen". Dann heißt es: „Kampf heißt die Losung! Überall auf der Welt!" Nun werden einzelne Beispiele für Kampf aneinandergereiht, die von den „Urwäldern Afrikas und Brasiliens" über die „Straßen Nordirlands" bis nach Dortmund und Kiew reichen. Der unterschiedliche Stand der Klassenkämpfe in den einzelnen Ländern wird gar nicht berücksichtigt, alles reduziert sich auf die Formel „Kampf überall". Dabei ist es doch ein entscheidender Unterschied etwa zwischen den Kämpfen in Indochina, dann z.B. in Italien und schließlich in der BRD.

Es ist bezeichnend, daß eine weitgehend spontaneistische Gruppe wie „Lotta Continua" (Italien) in ihrer Propaganda genauso vorgeht wie die „KPD/ML". Typisch dafür ist ein von LC verbreitetes Lied, in dem es heißt: . . . Die ganze Welt explodiert – von Angola bis Palästina . . . Auch die Massen in Europa wollen nicht mehr warten – Barrikaden überall: von Burgos (Spanien) bis Szczecin (Polen) – und auch hier bei uns: von Avola bis Turin . . ."

Und nach jeder Strophe der überwältigende Refrain: „Was brauchst du noch, Genosse, um zu begreifen, daß die Stunde des Gewehrs geschlagen hat? !"

Das ist geradezu schon das Programm der „KPD/ML" – in Noten. Hier und dort wird krampfhaft einer auf „revolutionären" Schwung gemacht. Das Rezept ist einfach: Was den Klassenkämpfen im eigenen Land noch an Bewußtheit und Militanz fehlt, wird durch Anleihen in Indochina etc. wettgemacht.

Die Hauptseite der politischen Arbeit wird nicht darauf gelegt, bei den Massen klare Vorstellungen der gesellschaftlichen Situation zu schaffen, sondern darauf, mit aller Gewalt und mit allen Mitteln „revolutionärer" Demagogie die „Kampfmoral" hochzuputschen.

Formen davon sind u.a. auch das systematische Aufschönen von Teilnehmerzahlen der eigenen Demonstration, eine falsche Wiedergabe der Stimmung der Massen („Die Bevölkerung stand jubelnd an den Straßen. In allen Fenstern rote Fahnen und geballte Fäuste" etc.), das Hochspielen ökonomischer Kämpfe zu halb-revolutionären Aktionen, Illusionen über das Bewußtsein der Massen („Der Reformschwindel verfängt nicht mehr") und das Kokettieren mit revolutionären Parolen („Nur der Griff der Massen zum Gewehr schafft den Sozialismus her").

Das ist kein Marxismus-Leninismus, das ist haargenau Spontaneismus!

Völlig blind verbreitet der „Rote Morgen" irrwitzige Illusionen über unsere Situation gegenüber den Verbotsvorbereitungen. Da konnte man z.B. lesen: „Heute ist nicht mehr 1933". Das ist besonders makaber, wenn man die damalige Stärke der Arbeiterbewegung und der KPD mit heute vergleicht. Anderes Beispiel: als Ernst Aust (Herausgeber des „Roten Morgen") 1963 vor Gericht stand, hätten „Tausende Hamburger Arbeiter" für ihn demonstriert, und heute würden es „ohne Zweifel" noch viel mehr sein, heißt es im RM. Der RM „vergißt" nur, daß Aust damals Herausgeber einer revisionistischen Wochenzeitung war, und daß damals die Revisionisten jene Demonstration von „tausenden Hamburger Arbeitern" organisierten. Wieviel Menschen heute die „KPD/ML" in Hamburg mobilisiert, konnte jeder u.a. am 1. Mai sehen: nicht einmal 500 (auf der Demonstration gegen das geplante Kommunistenverbot am 17. Mai nicht einmal 200!).

Wer soll durch soviel wilde Kraftmeierei beeindruckt werden? Etwa die Bourgeoisie, die doch wohl recht genau über die tatsächliche Stärke der einzelnen Organisationen informiert ist? Nein. Hier sollen die Arbeiter und die eigenen Genossen verarscht werden!

Vom Zirkelblock NRF/KBB wird die These von der „Linkswendung der Massen" vertreten. Genauer muß man wohl sagen, daß diese These von den NRF/Ideologen stammt und von den KBB-Genossen wider besseren Wissens nachgebetet wird, um die „Einheit" nicht aufs Spiel zu setzen.

Während die „KPD/ML" kaum verbirgt, daß sie ihre Thesen aus dem hohlen Bauch holt, bemühen sich die Zirkelblock-Ideologen um einen wissenschaftlichen Anstrich.

Die These des Zirke!blocks ist, daß die Massen „nach links wollen". Im Grunde warten die Massen nur darauf, daß endlich eine Kommunistische Partei gegründet wird, um sich an die Spitze der Kämpfe zu stellen. Diese Partei gibt es aber noch nicht, sagt der Zirkelblock, weil die Kommunisten „lokal und politisch zersplittert" sind. Pech für die Massen! Die Zirkelblock-Genossen begreifen nicht oder wollen nicht zugeben, daß der gegenwärtige Zustand der kommunistischen Bewegung gerade das getreue Spiegelbild der Arbeiterbewegung ist.

Daher haben die Genossen auch von der Einheit der Kommunisten

Forts. nächste Seite

nur mechanische, abstrakte Vorstellungen. So schrieben sie in der Heidelberger „Arbeiterzeitung": „. . . die Kommunisten sind zersplittert und uneins. Diese schlechte Lage muß überwunden werden durch den Wiederaufbau der KPD". (AZ, Mai 73) Natürlich, das ist die Lösung! Daß da vorher noch keiner darauf gekommen ist! . . .

Aber nun geht es endlich richtig los: „In den letzten Jahren und Monaten haben die Kommunisten im Wiederaufbau der KPD zweifellos Fortschritte gemacht." Prima, und was heißt das konkret? – „Es haben sich Kräfte herausgebildet. . ." „Kräfte"? Welche? Und da steht es schwarz auf weiß: der Zirkelblock hat sich herausgebildet.

Der angebliche Stein der Weisen entpuppt sich schnell als ein Stück alter Käse: die Sammlung aller Kommunisten im eigenen Zirkel wird als der große Clou zur Überwindung der Zersplitterung angepriesen. Lieber Himmel, soweit war die „KPD/ML" schon vor vier Jahren!!

Die These, daß die Massen „nach links wollen" hat u.a. auch eine abenteuerliche Vorgehensweise in den Gewerkschaften zur Folge. Der KBB, der hierzu zunächst relativ korrekte Vorstellungen hatte, ist inzwischen in die Knie gegangen und hat eine „Selbstkritik" abgelegt.

Da nämlich, wie die NRF-Ideologen sagen, die Massen (vor allem in der Gewerkschaft) nach links wollen und sich vom Sozialdemokratismus lösen, müßten die kommunistischen Gewerkschafter unbedingt „auf allen gewerkschaftlichen Ebenen offen und als solche auftreten". Klar: wie sollen die Arbeiter sonst ihre Avantgarde erkennen, wenn die nicht „offen und als solche" mit der roten Fahne durch Betrieb und Gewerkschaft rennt? !

Die Folge ist, daß Genossen leichtfertig verheizt, ins offene Messer der Gewerkschaftsführung und der Bourgeoisie geschickt werden. Wer nicht mitspielt, ist ein „Opportunist".

Die These von der „Linkswendung der Massen" hat eine falsche Einschätzung der kommenden Entwicklung zur Folge. In ihrem Papier „Die Massen wollen nach links" (Anfang 73) tadeln die NRF-Ideologen unsere Einschätzung (s.o.) und behaupten: „Das Wahlergebnis (!!) zeigt, daß die Einschätzung dieser Organisationen falsch ist". Wir hätten bloß „auf die Absichten der reaktionärsten Teile (!) der Kapitalistenklasse gestarrt", statt den „Aufschwung der Arbeiterbewegung" zu sehen. Und kühn wird behauptet: „Wenn die Arbeiterklasse und große Teile des Volkes nach links wollen, dann kann die Kapitalistenklasse nicht einfach (?) offen (?) nach rechts gehen". – Doch doch, sie geht! Und offen genug!

geht! Und offen genug!

Dieser Unsinn wurde seinerzeit soweit getrieben, daß in der „Wahrheit" des KBB zu lesen war, es sei „ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie, daß sie nicht mehr in der Lage ist, durch einen Federstrich eine einzelne kommunistische Organisation zu verbieten" (November 72). Und im selben Artikel wird darauf verwiesen, daß ja auch das Verbot des Heidelberger SDS 1970 die Bewegung nur gestärkt hätte.

Heilige Einfalt! Verstehen die Genossen wirklich nicht, daß die Schläge der Bourgeoisie heute eine andere Qualität haben als 1970, und daß die Bourgeoisie zu diesen Schlägen zunächst einmal sehr wohl in der Lage ist, ohne daß ihr die Arbeiterklasse in den Arm fällt? !

In dem erwähnten Papier „Die Massen wollen nach links" wird auch behauptet, die Bourgeoisie sei „gegenwärtig ideologisch in der Defensive". Die Arbeiterklasse hätte begonnen, sich von der Bourgeoisie zu lösen und die Mittelklassen würden auch schon „abbröckeln". Von „verzweifelten Versuchen der Bourgeoisie, ihren schwindenden Einfluß auf die Arbeiterklasse zurückzugewinnen" ist dort gar die Rede. Daß die Bourgeoisie eine reaktionäre Massenmobilisierung versucht, beweist für die NRF-Ideologen nur den „Bankrott der bürgerlichen Ideologie."

Tatsächlich, schon bankrott? Ist es nicht vielmehr so, daß die Bourgeoisie neue ideologische „Modelle" vorausschauend entwickeln läßt zu einer Zeit, wo die alten ideologischen Fesseln durchaus noch nicht ihre Haltbarkeit verloren haben?

Ebenso wie von der „KPD/ML" wird u.E. auch von den Zirkelblock-Ideologen den Genossen Sand in die Augen gestreut und durch verniedlichende Darstellungen die Schwere unserer Aufgaben vernebelt. Das bedeutet objektiv Schwächung des Widerstandes gegen die Offensive der Bourgeoisie. Weit geschickter zwar als die mit dem Holzhammer hantierende „KPD/ML", aber darum nicht minder gefährlich.

Die Formel „Arbeiteroffensive" schließlich stammt von schwäbischen KAB„D". Die Genossen sehen zwar, daß die Bourgeoisie in der Offensive ist. Aber forsch sagen sie gleich dazu, daß die Arbeiter eben auch in der Offensive sind: „Arbeiteroffensive gegen Unternehmeroffensive" (Bündnisfassung, z.B. für Offene Briefe) bzw. „Arbeiteroffensive gegen Monopoloffensive" (Fassung für Fortgeschrittene).

Den 1. Mai 1973 hatte der KAB„D" daher auch zum „1. Mai der Arbeiteroffensive" ernannt. In diesem Sinne werden natürlich auch die Berichte vom Verlauf des 1. Mai 73 hingeschönt: „Ein Schritt voran in der Einheit und Kampfentschlossenheit der werktätigen Massen", das „Band zwischen den sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeitern" ist fester geworden, „die Vertreter der Klassenzusammenarbeit erlitten eine Riesenschlappe", die Losungen des KAB"D" haben „sich als richtungsweisend erwiesen" (alles „Rote Fahne", Mai 73).

Diese Erfolgsmeldungen sind so allgemein und künstlich, daß man sich gut vorstellen kann, daß sie schon zu Weihnachten niedergeschrieben worden sind.

Das ganze ist dahin zusammenzufassen, daß eine große Neigung besteht, die Dinge anders zu sehen als sie tatsächlich sind. Die Realität wird nicht analysiert (mit dem Ziel, sie zu verändern), sondern wird auf Erfolgsmeldungen und große Parolen hingetrimmt. Vor den auf uns zukommenden Kampfaufgaben werden krampfhaft die Augen verschlossen.

Das ist angesichts der unmittelbaren Verbotsvorbereitungen besonders gefährlich. Die Propaganda vieler kommunistischer Gruppen und Organisationen beschränkt sich demgegenüber darauf, immer wieder zu beteuern, daß man „die KPD (mit oder ohne „ML") nicht verbieten" kann, daß „der Kommunismus sich nicht hinter Kerkermauern verbannen läßt" usw. usf. Also hysterische Kraftmeierei um jeden Preis.

Tatsache ist jedoch, daß die Bourgeoisie kommunistische Organisationen sehr wohl verbieten kann, und daß dadurch unsere Arbeit unter Umständen für längere Zeit erheblich erschwert werden wird. Das wird aber auch heißen, daß an jeden einzelnen Genossen erheblich höhere Anforderungen als heute gestellt werden. Wer darüber Illusionen verbreitet, trägt zur Entwaffnung der kommunistischen Bewegung bei und tut damit der Bourgeoisie einen großen Gefallen.

DKP auf Kommunisten-Jagd

Die stockreaktionäre „Frankfurter Allgemeine" (FAZ) brachte am 26. April folgende Meldung:

„ ... *Wie groß die Gegnerschaft zwischen der Deutschen Kommunistischen Partei und der ‚neuen KPD' ist, geht aus der Forderung der DKP hervor, daß die ‚Chaoten' der KPD ‚im Verein mit der Staatsmacht zerschlagen' werden müßten. Die DKP fordert hierzu den uneingeschränkten Einsatz des Verfassungsschutzes, der uniformierten Polizei und der politischen Kommissariate der zuständigen Kriminalpolizei.*"

Diese Meldung wurde von der DKP durch eine Gegendarstellung dementiert. In dieser Form war die Meldung der FAZ wohl auch als Provokation zu verstehen. So offen sagen die Revisionisten denn doch nicht, worum es ihnen geht.

Dennoch gibt die Meldung das praktische Vorgehen der Revisionisten richtig wieder. Weder gegen das allgemeine Demonstrationsverbot für „KPD" und „KPD/ML" in Nordrheinwestfalen noch gegen die Polizei-Aktionen gegen die „KPD" haben die „aufrechten Demokraten" der DKP ein einziges Wort des Protests eingelegt. Der Bundesvorstand des MSB behauptet sogar zynisch, von den Polizei-Aktionen gegen die „KPD" seien „Kommunisten und andere demokratische Kräfte (!) nicht unmittelbar betroffen". Das ist eine klare Aussage: Die Polizei-Aktion richtet sich gar nicht gegen Demokraten (sondern? ...), also hat die DKP nichts dagegen einzuwenden.

Und schlimmer. Die DKP führt eine Hetzkampagne vor allem gegen „KPD" und „KPD/ML" mit dem Ziel, diese Gruppen mit den Faschisten auf eine Stufe zu stellen.

Während die „offizielle" DKP sich dabei noch eine gewisse taktische Zurückhaltung auferlegt, geifern ihre bezahlten Schreiberlinge umso wilder. So schreibt z.B. der Hamburger DKP-Fuktionär Peter Schütt (Bundestagskandidat 1972) in einem Leserbrief an „konkret", die Politik der „KPD" sei „ihrem ganzen Charakter nach weißgardistisch und faschistisch", und er vergleicht unverblümt die „KPD" mit der NSDAP („konkret", 24. Mai 73). Da die DKP natürlich das Verbot der neo-faschistischen NPD fordert, ist die Konsequenz für ihr Verhalten gegenüber der „KPD" klar, wenn sie diese als faschistisch diffamiert. Natürlich schreckt die DKP-Führung davor zurück, o f f e n das Verbot der „KPD" und anderer Organisationen zu fordern, weil dieser Schritt schwerlich allen DKP-Mitgliedern einsichtig wäre. Objektiv tut sie aber genau dies!

Sehen wir weiter. In der UZ vom 18. Mai findet sich eine Notiz mit der Überschrift: „CDU-Führung stellt sich schützend vor Chaoten". In dieser Meldung wird behauptet, die „KPD" würde „Schützenhilfe" von der CDU/CSU erhalten, die CDU/CSU stelle sich „schützend vor die ihr nützliche Sekte einer handvoll Maoisten". Abgesehen von der geradezu unglaublichen Gemeinheit dieser Lüge ist das doch wohl auch eine deutliche Mahnung an den bürgerlichen Staat, die „KPD" nicht zu schonen, sondern endlich hart gegen sie vorzugehen.

Besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang die von Revisionisten und „linken" Sozialdemokraten geführte Jauche-Kampagne gegen die „KPD" und andere linke Gruppen, z.B. Hausbesetzer, in der Zeitschrift „konkret". Hier kotzen sich diese Leute so richtig aus, hier finden sich jene Artikel, für die sich UZ oder „Vorwärts" zu vornehm sind.

Seit der Bonner Rathaus-Beset - zung Mitte April hat „konkret" jede Woche mindestens einen Artikel, für die sich UZ oder „Vorwärts" zu vornehm sind.

Seit der Bonner Rathausbesetzung Mitte April hat „Konkret" jede Woche mindestens einen Artikel gegen die „Chaoten", vor allem gegen die „KPD" gebracht. Diese Artikel enthalten persönlichen Klatsch und Tratsch, Gerüchte und Verleumdungen aller Art aus dem Milieu der Agenten des „Verfassungsschutz" (Urbach & Co.) – alles, nur keine politische Auseinandersetzung mit den „Chaoten". Diese Kampagne ist für die Bourgeoisie besonders wertvoll, weil sie in jene Schichten hineinreicht, wo „Bild", „FAZ" etc. nicht mehr verfangen.

Es ist natürlich kein Zufall, daß die Revisionisten ihre Polemik gegen die „ultralinken Gruppen" genau zum selben Zeitpunkt erheblich gesteigert haben, wo auch der bürgerliche Staat unmittelbar gegen diese vorgeht und wo in der gesamten bürgerlichen Presse aus allen Rohren gegen die „Chaoten" geschossen wird. Die Revisionisten haben selbstverständlich nicht nur keine Einwände, sondern sie würden es b e g r ü ß e n, wenn alle „Chaoten", also alles links von der DKP, möglichst schnell von der Bildfläche verschwinden würde. P o l i t i s c h wäre die DKP zur Auseinandersetzung mit den „Chaoten" niemals in der Lage, also kommt das Vorgehen der Bourgeoisie höchst gelegen.

Dennoch halten wir die von vielen kommunistischen Gruppen und Organisationen vertretene Auffassung für falsch, daß die DKP nicht ebenfalls vom Verbot bedroht ist, weil sie sich angeblich „ihre Legalität erkauft hat", „aufs Grundgesetz eingeschworen" sei usw. Das sind im Grunde dieselben Illusionen, denen sich die Revisionisten selbst hingeben. Aber die Bourgeoisie macht ja gar kein Geheimnis daraus, daß sie nach der Salami-Taktik vorgeht, die demokratischen Kräfte nacheinander abwürgen will und daß nach den Kommunisten irgendwann in nicht zu ferner Zeit die DKP ebenfalls dran kommen soll.

Die Thesen mancher Gruppierungen, wonach die DKP „nicht vom Verbot bedroht sei, sind nicht nur inhaltlich falsch, sondern sind auch taktisch völlig unsinnig. Diese Leute sagen doch praktisch den Mitgliedern der DKP: „Ätsch, ihr seid man nicht vom Verbot bedroht, weil wir die richtigen Kommunisten sind." Damit wird die Demagogie der DKP-Führung gestärkt und die Gewinnung einzelner DKP-Genossen zum solidarischen Kampf gegen Kommunistenverfolgung und Abbau politischer Recht erschwert.

. . . Vorwärts, und nicht vergessen: die Solidarität!

Außer der DKP haben auch einige Gruppen der kommunistischen Bewegung jede Solidarität mit der „KPD" und „KPD/ML" verweigert. Das sind in erster Linie die ABG München und der schwäbische KAB„D". Diese beiden Organisationen haben klar ausgesprochen, daß es für sie „keine Solidarität" mit diesen Organisationen gibt.

Besonders markig ist die „Abgrenzung" des KAB„D" gelungen. Er schreibt:

„*Wer steckt hinter diesen Provokationen? Die Söhne von Kapitalisten. Wer liefert das Geld? Die Bourgeoisie und revisionistische Agenten.*" („Rote Fahne", Mai 73)

Haargenau dasselbe schreibt in Hamburg der IG Chemie-Vorstand gegen den Kommunistischen Bund. Genau mit demselben Mist füllt „Konkret" seit Wochen seine Seiten.

Eine bemerkenswerte Erklärung hat auch der KB Bremen („Wahrheit") zur „KPD" abgegeben. Eine Erklärung des ZK des KBB befaßt sich mit der Bonner Rathausbesetzung. Darin war die Rede von „kläglichstem Putschismus", von „randalierenden Horden", die „völlig sinnlos ein Rathaus demoliert" hätten, um „ihr Mütchen zu kühlen". Der „KPD" wurde gar vorgeworfen, sie habe „mit dem Großmut (!!) der Bourgeoisie gerechnet", weil ja die Polizei aus lauter Großmut bloß wild geknüppelt, aber immerhin nicht geschossen hat. („Wahrheit", April 73)

Die „KPD"-Führer haben aus der Rathausbesetzung ein Riesen-Spektakel gemacht: der Bourgeoisie wurde ein „Ultimatum" gestellt, es wurde so getan, als hätte man sozusagen schon fast die Macht im Staat erobert, und anschließend traten die „KPD"-Führer stolzgeschwellt vor die Fernsehkameras, um zu verkünden, daß das eine Aktion der „KPD" gewesen war. Das muß tatsächlich kritisiert werden, und damit haben die Genossen äußerlich der Bourgeoisie den Vorwand zur Verfolgung der „KPD" selbst in die Hand gegeben. Die Erklärung des KBB-ZK schießt jedoch über das Ziel weit hinaus, bedient sich demagogischer Formulierungen und kommt zu politisch äußerst bedenklichen Thesen („Großmut" der Bourgeoisie). Auf der anderen Seite fehlt in der Erklärung jeder Hinweis auf die bürgerliche Hetzkampagne gegen die „KPD", die doch unmittelbar nach der Rathausbesetzung einsetzte.

Wie jedoch reagiert darauf wiederum die „KPD"? In Hamburg hat sie unlängst ein Flugblatt verteilen lassen, in dem unter der martialischen Überschrift „Kommunistenhetze unter der Maske der Solidarität" gegen die SSG/„KG" (eine Gruppe, die mit dem Zirkelblock NRF/KBB verbunden ist) polemisiert wird. (Die „KG" hat sich in taktisch leicht abgeschwächter Form die Angriffe des KBB gegen die „KPD" zu eigen gemacht.)

Die „KPD" nun nimmt das zum Anlaß, der „KG" vorzuwerfen, daß sie sich „nahtlos einreiht in die gesamte Hetze der bürgerlichen Presse", sie hätte sich in die „konterrevolutionäre Linie" eingereiht usw. Daß die „KPD" sich gegen unsolidarische Angriffe verteidigt, ist verständlich. Wenn sie aber einfach in herumpolternder Weise kommunistische Gruppen mit dem Etikett „konterrevolutionäre Linie" auszeichnet, dann ist das bestenfalls lächerlich, in der gegenwärtigen Situation direkt makaber. Die „KPD" meint sogar – laut erwähntem Flugblatt – sie könne „auf solche Solidaritätsbekundungen . . . verzichten".

Wenn man sich ansieht, welche Vorwürfe in der kommunistischen Bewegung schon ausgetauscht worden sind, dann fragt sich doch, wo es überhaupt noch Solidarität geben kann, wenn man die Maßstäbe der „KPD" anlegt. Die „KPD" selbst z.B. hat noch unlängst in ihrer „Roten Fahne" über den „KPD/ML"-Vorsitzenden Ernst Aust geschrieben, er habe „Watte im Kopf und Schaum vorm Mund". Dagegen sind ja die „Pöbeleien" der „KG" gegen die „KPD" noch geradezu harmlos. Dennoch hat sich die „KPD" mit Ernst Aust – gegen den zur Zeit ein Prozeß läuft – solidarisch erklärt. Warum auch nicht?

Insgesamt kommt es darauf an, die Solidarität in der kommunistischen Bewegung zu stärken. Verzicht auf unsolidarische Polemik ist nur die eine Seite davon. Die andere Seite ist der Verzicht auf die weit verbreitete Selbstbeweihräucherung der eigenen Organisation und die lobhudlerische und lügenhafte Herausstellung einzelner Personen als die ganz großen Arbeiterführer. ■

Extremistenerlaß gegen die Arbeiterklasse

Unter der Überschrift „Extremistenerlaß gegen die Arbeiterklasse" werden wir uns in einer Artikelfolge über mehrere Ausgaben unserer Zeitung mit der zur Zeit laufenden antikommunistischen Hetzkampagne in den Gewerkschaften und dem Ausschluß-Terror gegen linke und kommunistische Arbeiter und Angestellte auseinandersetzen und in diesem Zusammenhang auftauchende Fragen der kommunistischen Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft erörtern. Mit dieser Artikelfolge wenden wir uns gleichzeitig an die kommunistische Bewegung und Arbeiterlinke der BRD, um eine möglichst fruchtbare Diskussion um eine geeignete Strategie und Taktik gegen die Schläge der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Gang zu bringen.

In diesem Artikel setzen wir uns im wesentlichen mit Ereignissen im Zusammenhang der Kommunisten-Hatz in der IG-Druck und Papier auseinander. In weiteren werden wir auf die Ereignisse innerhalb der IG-Metall, der Liquidierung der Jugendbildungsarbeit und verschiedener örtlicher Kreis-Jugendausschüsse des DGB in Niedersachsen, der IG-Chemie, GEW, DPG etc. auseinandersetzen.

In den westdeutschen DBG-Gewerkschaften läuft zur Zeit eine neue Welle von Antikommunismus-Beschlüssen, Gewerkschaftsausschlüssen gegen einzelne Mitglieder, Auflösung gewerkschaftlicher Gremien usw. usf. Diese neue antikommunistische Welle wird von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern gegen die Arbeiterlinke in der BRD vorgetragen.
Der Beginn dieser Antikommunismus-Welle erfolgte im wesentlichen sofort im Anschluß an die Betriebsratswahlen 1972, die der westdeutschen Arbeiterlinken zum Teil beachtliche Erfolge brachten. Vorbote dieser antikommunistischen Kampagne der Gewerkschaftsführer war die ein Jahr zuvor laufende antikommunistische Hetze der IG-Drupa-Führer (Mahlein und Stotz) gegen die „Neue Linke" im allgemeinen und die Münchner „Arbeiterbasisgruppen" im besonderen (vgl. hierzu Artikel in AK 15, Feb. 72 und AK 16, März 72).
Die Kampagne in den Gewerkschaften rollt ab im Schutz und in Verbin-

terbasisgruppen" im besonderen (vgl. hierzu Artikel in AK 15, Feb. 72 und AK 16, März 72).
Die Kampagne in den Gewerkschaften rollt ab im Schutz und in Verbin-
dung mit einer hochgepeitschten antikommunistischen Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse sowie willkürlicher Unterdrückungsmaßnahmen der Staatsorgane gegen kommunistische Organisationen.
Die Ausschaltung kommunistischer und linker Arbeiter und Angestellter aus dem Gewerkschaftsleben ist im Grunde genommen so alt wie die Gewerkschaftsbewegung selbst, sie ist eine internationale Erscheinung und gilt für alle kapitalistischen Länder gleichermaßen. Seit die reformistischen und sozialdemokratischen Führer sich der Gewerkschaftsorganisationen und insbesondere ihrer organisatorischen Apparate bemächtigt haben, verteidigen sie ihre Stellung mit administrativen und organisatorischen Mitteln gegen die Arbeiterklasse, mit geschickt wechselnder Taktik und einer z.T. unglaublichen Demagogie gegen alle Bestrebungen, die gewerkschaftliche Kampfkraft mit für die Überwindung des kapitalistischen Systems einzusetzen. Im Sinne einer Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung benutzen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Stellung in den Gewerkschaften zur Kontrolle der Arbeiterbewegung und zu ihrer auch politisch-ideologischen Integration in das kapitalistische System.
Bei dieser Aufgabe können sie sich auf die Unterstützung der Kapitalistenklasse, der bürgerlichen Parteien und des Staatsapparates verlassen.
Die derzeit laufende antikommunistische Hetzkampagne muß vor dem Hintergrund neuer Entwicklungstendenzen in der westdeutschen Arbeiterbewegung gesehen und gewertet werden: Die für die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahren unmittelbar wichtigen Ereignisse – also Tarifrunden, Streiks, Urabstimmungen, Betriebsrats- und Vertrauensleutewahlen – zeigen inzwischen deutlich gewordene Ansätze für die Herausbildung einer allgemeinen Tendenz: Auf der einen Seite versagen immer mehr Arbeiter, vor allem der Großbetriebe, den Gewerkschaftsführern bis zum gewissen Grad (noch weitgehend beschränkt auf Lohnfragen und unmittelbar betriebliche Probleme) Gefolgschaft und Vertrauen, auf der anderen Seite ist eine allgemeine Stärkung der Arbeiterlinken festzustellen, ein größer gewordenes Interesse vieler Arbeiter und Angestellter am gewerkschaftlichen Leben und Kampf und an politischen Fragen.
Diese neuen Tendenzen – die allerdings erst im Ansatz sichtbar werden – sind vor allem Ergebnis des in den letzten Jahren für jeden Arbeiter spürbar gewordenen materiell-finanziellen und politischen Drucks, der von der Kapitalistenklasse ausgeht.
Andererseits zeigt sich in dieser Tendenz, wenn auch beschränkt, ein gewisser Einfluß der propagandistischen und agitatorischen Arbeit kommunistischer und sozialistischer Gruppen und Organisationen, die an Klarheit und Umfang erheblich zugenommen hat. Diese Entwicklung innerhalb der westdeutschen Arbeiterklasse geht konform mit Entwicklungstendenzen in anderen gesellschaftlichen Bereichen: den zunehmenden Protesten und Aktionen gegen die kapitalistische Schul- und Ausbildungspolitik, gegen die kapitalistische Wohnungspolitik, gegen die Entwicklung bei Preisen, Mieten, Gebühren usw.

Es ist schon seit einigen Jahren üblich, daß örtliche Gewerkschaftsführungen von Zeit zu Zeit antikommunistische Hetzflugblätter vor den Betrieben verteilen lassen, die sich gegen kommunistische Organisationen richten, die sich in den letzten Jahren neu herausgebildet haben. In Hamburg tauchten bereits 1971 im Organisationsbereich der IG Chemie erstmals solche Blätter auf, die sich gegen die Agitationsschriften des damaligen SALZ (Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum – jetzt KB) richteten.

IG Drupa – Führer als Vorreiter

Im Januar 72, also während der Tarifrunde in der Druckindustrie, hatte diese gelegentliche Hetze örtlicher Gewerkschaftsführer eine neue Qualität und bundesweite Ausdehnung gefunden. Etwa zur selben Zeit verteilten die Hamburger und Münchner IG Druck-Führer Flugblätter (für gewerkschaftliche Funktionäre), auf denen in bisher noch nicht dagewesenen Weise vom Leder gezogen wurde.

Wir schrieben dazu im ARBEITERKAMPF Nr. 15 (Febr. 72):

„Die Führung der IG Druck und Papier bläst zur Kommunisten-Hatz. Auf Flugblättern oder in „Mitteilungsblättern an die gewerkschaftlichen Funktionäre" haben die Vorstände der Ortsvereine Hamburg und München mit haltlosen Lügen und Unterstellungen, mit wilden Beschimpfungen und Diffamierung versucht, die Arbeiter gegen ihre kommunistischen Kollegen im „Kommunistischen Bund" (Hamburg und Flensburg) und in den „Arbeiter-Basis-Gruppen" (München) aufzuhetzen.. Glaubt man den Schmierblättern dieser Ortsvereine, so würden die angegriffenen kommunistischen Arbeiterorganisationen nichts anderes im Sinn haben, als die „Arbeitnehmer zu spalten" (Hamburg), „die gewählten (!) Betriebsräte zu verunglimpfen" (Hamburg), „die gewählten (!) Gewerkschaftsfunktionäre zu diffamieren" (Hamburg), „die Gewerkschaften und den DGB bei den Kollegen herab(zu)setzen" (München), „Betriebsräte, Vertrauensleute, Vorstandsmitglieder und ihre gewerkschaftliche Organisation sowie deren politische Parteien (!!) . . . in die Pfanne zu hauen" (München) usw. usf. Der Münchner Ortsverein, der

politische Parteien (!!) . . . in die Pfanne zu hauen" (München) usw. usf. Der Münchner Ortsverein, der
von SPD- und DKP-Funktionären gemeinsam beherrscht und für deren Parteipolitik ausgenutzt wird, stellte sogar die irrsinnige Behauptung auf, daß die kommunistischen „Arbeiter-Basis-Gruppen" (München) von Kapitalisten, Faschisten und Rechtskräften bezahlt werden würden."

Obgleich die Angriffe der IG Druck-Führer sowohl in Hamburg als auch in München zum Teil massiv von Arbeitern, einem größeren Teil von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Delegierten und Betriebsräten zurückgewiesen werden konnten, scheute sich der erste Vorsitzende der IG Druck, Leonhard Mahlein, nicht, schon einen Monat später in dem Zentralorgan dieser Gewerkschaft einen zweiseitigen Hetzartikel gegen „die sogenannten ‚Neuen Linken'" unter seinem Namen zu veröffentlichen. Bedenkenlos warf dieser Antikommunist kommunistische Organisationen mit „Stadtguerillas", „Baader-Meinhof-Gruppe", „Tupamaros", „Schwarze Zellen" und – nicht zuletzt – den Faschisten in einen Topf.

Mahlein versuchte seinerzeit in die von bürgerlichen Politikern, bürgerlicher Presse und Staatsapparat angeheizte „Baader-Meinhof"-Hysterie die kommunistischen Organisationen, speziell die Münchner „Arbeiter-Basis-Gruppen" gleich mit einzubeziehen und abfertigen zu lassen. Wenn auch zu diesem Zeitpunkt die Presse der Kapitalisten seine Tiraden gegen die „anarchistisch-linksfaschistischen Sektierer" (Mahlein meint die kommunistischen Organisationen) applaudierend zur Kenntnis nahm und die Führer aller DGB-Gewerkschaften aufforderte, es Mahlein nachzutun, blieb seinerzeit, vor gut einem Jahr also, eine unmittelbare Einbeziehung der kommunistischen Organisationen in die Baader-Meinhof-Kampagne der Bourgeoisie aus.

Immerhin jubelte damals das kapitalistische „Handelsblatt" vom 24.2.72 über den Mahlein-Artikel:

„So scharf, so offen und rücksichtslos wie der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, . . . ist noch kein Gewerkschaftsvorsitzender mit der ‚Neuen Linken' ins Gericht gegangen . . .".

Und weiter an die Adresse der anderen Gewerkschaftsführer: *„Sein* (Mahleins) *Beitrag kann als Warnung an die deutschen Gewerkschaften allgemein (!) verstanden werden, den ‚demagogischen Rattenfängern'* (gemeint sind die Kommunisten) *und ihren ‚schizophrenen Phrasen' entgegenzutreten."*

Vollends kurios wird es, wenn sich dieser Kapitalisten-Schreiberling im selben Artikel noch für eine starke Arbeiterbewegung ins Zeug legt und die „Gefahr" beschwört, daß die Kommunisten „die Gewerkschaftsbewegung zu zersplittern und zerstören" versuchten. Schließlich fordert der Artikel im „Handelsblatt" die Gewerkschaftsführungen auf, das „gestörte Bild" einer allgemeinen kommunistischen „Unterwanderung der Gewerkschaften" wieder schnellstens zu „korrigieren".

Dieser Artikel im „Handelsblatt" macht deutlich, daß die Kapitalisten durchaus an einer „einheitlichen" und „geschlossenen" Gewerkschaftsbewegung interessiert sind, solange dieselbe von solchen sozialdemokratischen Führern wie Mahlein und Co. fest im Griff und kommunistische und andere linke Strömungen in der Arbeiterbewegung „klein gehalten" werden können. Für die Kapitalisten ist diese Art „gewerkschaftlicher Einheit" eine ausgezeichnete Möglichkeit der Zügelung und Lenkung der Arbeiterbewegung in ihrem Interesse.

Schon seinerzeit schrieben wir: „Es darf damit gerechnet werden, daß die Führung der IG Druck und Papier eine Vorreiterrolle spielt und daß die Führungen anderer Gewerkschaften demnächst nachziehen werden, insbesondere wenn die Kommunisten an Einfluß in den Betrieben und Gewerkschaften gewinnen." (ARBEITERKAMPF Nr. 16, März 1972)

IG Drupa von der Hetze zur Liquidierung

IG Drupa von der Hetze zur Liquidierung

Der oben erwähnte antikommunistische Hetzartikel des Drupa-Vorsitzenden Mahlein war nicht der letzte dieser Art in der „Druck und Papier" (Zeitung für die Mitglieder dieser Gewerkschaft). Knapp acht Monate später sind die IG-Drupa-Führer dann von ihrer vorbereitenden Hetze, die die Isolierung kommunistischer und klassenbewußter Kollegen zum Ziel hatte, zu Taten übergegangen.

Am 5. Oktober 72 wurde gegen das IG-Drupa-Mitglied Hans Zintl, seit 1950 Mitglied dieser Gewerkschaft, durch „einstimmigen Beschluß des Münchner Ortsvorstands" ein Ausschlußverfahren nach § 11c der Satzung eingeleitet.

Die Gewerkschaftsführer monierten bei Hans Zintl „offensichtliches Zusammenwirken mit bekannten ABG-Sprechern" auf einer „Demonstration der DGB-Jugend am Antikriegstag". Genosse Zintl wurde von den Gewerkschaftsführern zur Vorstands-Sitzung geladen und auf seine Mitgliedschaft in den „Arbeiter-Basis-Gruppen" angesprochen, die er auch offen bestätigte. Dieses Bekenntnis zu den ABG's reichte den Münchner Gewerkschaftsführern für ein Ausschlußverfahren.

Am 23.10.72 begründete der Ortsverein seinen Schritt auf einem Flugblatt, das vor den Betrieben verteilt wurde. Darin finden wir diese bemerkenswerten Äußerungen:

„Um allen Mißverständnissen vorzubeugen: der Ausschlußantrag gegen den Kollegen Zintl begründet sich ausschließlich auf dessen eingestandene Mitgliedschaft bei den Arbeiter-Basis-Gruppen und die damit verbundenen gewerkschaftsfeindlichen Aktivitäten. Wer Mitglied dieser Gruppierung ist, identifiziert sich mit ihrer pauschalen Diffamierungen und Lügen über die Gewerkschaften und ihre Funktionäre . . . Da er trotzdem weiterhin mit den ABG's zusammenarbeiten will, erscheint dem Ortsvorstand sein Ausschluß aus der IG Drupa unumgänglich."

Diese Begründung ist in zweierlei Hinsicht bemerkenswert: ein wenig versteckt geben die Gewerkschaftsführer zu, daß sie dem Genossen Zintl persönlich nicht in einem einzigen Fall konkretes gewerkschaftsfeindliches Verhalten nachweisen können. Sie werfen ihm solches in ihrer „Begründung" auch gar nicht erst vor. Stattdessen beanstanden sie seine bloße Mitgliedschaft in einer kommunistischen Organisation, die von den Gewerkschaftsführern als „gewerkschaftsfeindlich" diffamiert wird. Später muß sogar Otto Götz – Sprecher des Ortsvereins – zugeben, daß der Genosse Zintl stets ein „guter Gewerkschafter" war.

Was den Gewerkschaftsführern als unvereinbarer Widerspruch erscheint, ist in Wirklichkeit nur logisch: nämlich daß ein Mitglied einer kommunistischen Organisation immer ein guter Gewerkschafter ist, und dies nicht aus „taktischen" Gründen, um sich – wie es die Gewerkschaftsführer verleumderisch darstellen – in das „Vertrauen der Kollegen einzuschleichen", sondern aus prinzipiellen Gründen. Diese sind Ergebnis der Erkenntnis, daß die Arbeiterklasse ihren Zusammenschluß in Gewerkschaftsverbänden braucht, um sich gegen den ständigen wirtschaftlichen und politischen Druck der Kapitalistenklasse und ihrer Regierung verteidigen zu können, daß der Zusammenschluß der Arbeiter-Massen in Gewerkschafts-Verbänden für den Kampf um den Sozialismus notwendige Vorausset- ist.

Zum zweiten ist bemerkenswert, daß dieser Ausschlußantrag erfolgte, noch bevor der Hauptvorstand der IG Drupa seinen inzwischen allgemein bekannten „Antikommunismus-Beschluß" verabschiedete, der die später gegründete „RGO" (Rote Gewerkschafts-Opposition) und die damit angeblich verbundene Gefahr einer Spaltung der DGB-Gewerkschaften zum **Vorwand** für weitere Ausschlüsse gegen kommunistische und klassenbewußte Kollegen nahm.

Das bestätigt unsere Einschätzung, daß noch so wortreiche wie politisch richtige Abgrenzungen von dieser „RGO" kommunistische und

zung, daß noch so wortreiche wie politisch richtige Abgrenzungen von dieser „RGO" kommunistische und
klassenbewußte Arbeiter von Gewerkschaftsausschlüssen nicht schützen. Das bestätigt weiterhin, daß es den Gewerkschaftsführungen mit ihren Antikommunismus-Beschlüssen nicht um die Abwendung der Gefahr einer spalterischen „RGO"-Politik geht, sondern um die Aufhetzung der Gewerkschaftsmitglieder gegen kommunistische Politik und Propaganda überhaupt. Auch ohne diese Antikommunismus-Beschlüsse sind Ausschlüsse nach den bestehenden Satzungen möglich, wie das Beispiel Zintl zeigt.

Zu dem Kollegen Zintl konkret wäre noch zu sagen, daß er seit über 20 Jahren als Gewerkschafter und später auch als Kommunist mutig für die Interessen seiner Kollegen eingetreten ist und deshalb schon mehrere Kündigungen hat hinnehmen müssen.

Besonders erbost hatten die Gewerschaftsführer seine Aktivitäten im „Gewerkschaftlichen Aktionskomitee", das zur Tarifrunde '72 von Funktionären und Mitgliedern der der IG Drupa gebildet wurde und das unter anderem eine Protestdemonstration zur gerade tagenden Tarifverhandlung zwischen Tarifkommissions- und Kapitalvertretern organisierte. Desweiteren kandidierte er bei den letzten Wahlen zum Ortsvorstand und erhielt die beachtliche Zahl von 78 Stimmen.

Angesichts der Drucker-Demonstration in München äußerte der berüchtigte Gewerkschaftsführer Dörrhöfer (Hamburg) als Mitglied der Tarifkommission: *„Diese Leute (er meint die demonstrierenden Drucker) müßte man alle fotografieren und aus den Gewerkschaften ausschließen!"*

Mit dem Kollegen Zintl wurde ebenfalls der Kollege Francis Oppenauer – seit 10 Jahren Mitglied der IG Drupa, gewählter Vertrauensmann und Betriebsrat im Münchner Zeitungsverlag, Kandidat bei den letzten Wahlen zum Ortsvorstand (105 Stimmen) – von der Münchner Drupa-Führung auf seine mögliche Mitgliedschaft bei den ABG's durchleuchtet und verhört. Gegen ihn „wird weiter ermittelt" – so der Ortsvorstand der IG Drupa im Polizei-Jargon.

Zusammenarbeit mit polizeilichen und staatlichen Organen

Nur einen Monat nach dem Ausschlußverfahren gegen den Genossen

Zintl schlugen die Drupa-Führer erneut gegen die bayrischen „Arbeiter-Basis-Gruppen" zu. In Passau verfügte der Ortsvorstand der IG Drupa die Auflösung der örtlichen Jugendgruppe dieser Gewerkschaft, weil angeblich ihr Leiter „engere Beziehungen zu der Sympathisantengruppe der Arbeiterbasisgruppe (München)" habe.

An diesem Zusammenhang ist interessant, daß den ABG-Genossen ein Schreiben des Ortsvereinschef Adolf Neyerl vom 30.11.72 an den „Leiter der Kriminalpolizei Passau" in die Hände fiel (vgl. KAZ Nr. 32, Febr. 73 – Zeitung der ABG's).

In diesem Schreiben wird der Leiter der Jugendgruppe, Heinz Hießberger, als Sympathisant der ABG's bezeichnet, bzw. daß sich in diesem Punkt Neyerls Verdacht „mittlerweile so stark bestätigt" hat, daß es ihm „unverantwortlich" erscheint, „diesem Mann eine Jugend anzuvertrauen". Neyerl kündigt der Kripo dann noch ein gewerkschaftliches Ausschlußverfahren gegen Heinz Hießberger an. Mit diesem Brief an die Kripo bezweckt die Passauer Drupa-Führung, daß Hießberger, der Österreicher ist, aus Westdeutschland abgeschoben wird.

Diese zufällig offenbar gewordene unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Polizeiorganen – in diesem Fall der Kripo – und einzelnen Gewerkschaftsführern bei der Jagd auf klassenbewußte Kollegen, ist keine einzelne Erscheinung.

Drei Beispiele, die uns allein aus dem Organisationsbereich der Hamburger IG Chemie bekannt geworden sind, sollen dies verdeutlichen:

1. In einem Fall ist uns bekannt geworden, daß ein Gewerkschaftssekretär einem Betriebsrat gegenüber in einem „vertraulichen Gespräch" eine Reihe gewerkschaftlicher Vertrauensleute und Betriebsräte seines Betriebes als „Mitglieder des KB" bezeichnete. Diese Information hätte er – so der Gewerkschaftssekretär – „kürzlich vom Verfassungsschutz erhalten".
2. In einem mehrere Monate zurückliegenden Fall verlas ein reaktionärer Betriebsrat auf einer Betriebsratssitzung eine Namensliste von mehreren Arbeitern und Arbeiterinnen, die er als „Mitglieder des KB" bezeichnete. Interessant dabei ist, daß er bei jedem Namen detaillierte Angaben aus dem Privatbereich der Betroffenen (die weitgehend stimmten!) machte. Diese zum Teil sehr detaillierten Angaben können nur aus einer langfristigen Beschattungspraxis des Verfassungsschutzes stammen.
3. In einem dritten Chemiebetrieb verlas ein Gewerkschaftssekretär auf einer gewerkschaftlichen Mitgliederversammlung eine Liste mit Namen von Betriebsräten, Vertrauensleuten und Jugendvertretern, die er als Mitglieder des KB bezeichnete. Dabei führte er auch Namen von Kollegen auf, die in der betrieblichen Auseinandersetzung bisher kaum in Erscheinung getreten sind und die von daher den Gewerkschaftsführern auch gar nicht weiter auffallen konnten.

Diese wenigen (nur zufällig bekanntgewordenen) Beispiele zeigen, daß – bedingt durch die langjährige Schnüffel- und Spitzelarbeit des Verfassungsschutzes, der Politischen Polizei und anderer Staatsorgane, durch das ständige Abfotografieren (und nachträgliche Identifizieren) von Teilnehmern an Demonstrationen, die von kommunistischen Organisationen durchgeführt werden – die Mehrheit aller Mitglieder und engeren Sympathisanten kommunistischer und anderer linker Organisationen auch den Gewerkschaftsführern bestens bekannt sein dürfte, wenn sie auch nicht in jedem Einzelfall völlige Klarheit haben können.

Wenn die Gewerkschaftsführer heute also noch nicht sozusagen auf einen Schlag alle ihnen bekannten Mitglieder und Sympathisanten kommunistischer Organisationen aus den Gewerkschaften ausschließen, so dies vor allem aus taktischen Erwägungen:

Zum einen spekulieren sie derzeit noch auf das opportunistische Zurückweichen kommunistischer und klassenbewußter Arbeiter und Angestellten, wenn sie an einzelnen profilierten Linken heute das Exempel eines Gewerkschafts-Ausschlusses statuieren. Zum anderen möchten sie eine allzu starke Unruhe in den Belegschaften vieler Betriebe vermeiden, die zweifellos entstehen würde, wenn von heut auf morgen eine größere Zahl aktiver Gewerkschafter (häufig gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsräte) geschaßt werden würden.

Gefahr des opportunistischen Zurückweichens

Die Schläge gegen klassenbewußte und kommunistische Gewerkschafter durch die Gewerkschaftsführung (und in ihrem Verbund durch die SPD-Betriebsgruppen und sozialdemokratischen Betriebsratsfürsten) werden in nächster Zeit zweifellos härter werden. Die Gefahr eines opportunistischen Zurückweichens der Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter wird zunehmen.

Schon unter den jetzigen Bedingungen sind Genossen aufgetreten, die um „Rückstufung in das Sympathisantenverhältnis" nachsuchten, da sie sich dem „Druck und der Verantwortung kommunistischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit" nicht mehr gewachsen fühlen. Kollegen, mit denen es bisher enge Zusammenarbeit mit unseren Genossen gegeben hat, lassen sich, nachdem sie von Gewerkschaftssekretären direkt in die Mangel genommen wurden, zu öffentlicher Distanzierung z.B. von kommunistischen Zeitungen treiben.

In einem Extremfall (in einem Hamburger Chemiebetrieb) ist ein Betriebsratsvorsitzender, mit dem es bisher nicht nur enge Zusammenarbeit in Betrieb und Gewerkschaft gegeben hat, sondern der zeitweise sogar aktiv an kommunistischer Schulungsarbeit beteiligt war, dazu übergegangen, die von den Gewerkschaftsführern betriebene Kommunistenhatz zu unterstützen und selbst mit voranzutreiben.

Andererseits zieht die derzeit betriebene antikommunistische Hetze in den Betrieben mehr Kollegen in die politische Diskussion als das bisher üblich war. Empören sich Arbeiter über die Schweinereien der Gewerkschaftsführer und solidarisieren sich mit ihren unter Beschuß stehenden Kollegen. Erkennen sie zunehmend den Zusammenhang zwischen der allgemeinen Politik der Gewerkschaftsführer (z.B. in Lohnrunden) und der derzeitigen Kommunistenhetze. Hier liegt eine bedeutende Chance für eine weitergehende Verankerung kommunistischer Politik, die Chance für das Knüpfen neuer Kontakte und Verbindungen durch die kommunistischen Arbeiter. Diese Chance muß **offensiv** genutzt werden.

Die notwendige Gegenoffensive der kommunistischen und klassenbewußten Arbeiter als Antwort auf die Kommunistenhatz der Gewerkschaftsführer darf nicht so aussehen, daß man sich z.B. darauf konzentriert, in großartigen Redeschlachten in Vertrauenskörpern und anderen gewerkschaftlichen Gremien den Gewerkschaftsführern Paroli zu bieten. Die Offensive der Kommunisten muß vielmehr mit dem Gesicht zur Masse der Kollegen geführt werden, d.h. die Kommunisten müssen auch in diese Auseinandersetzungen die konkreten und unmittelbaren Interessen der Kollegen einbringen (ohne vom politischen Charakter dieser Auseinandersetzung abzulenken) und sich bemühen, die spontane Empörung der Kollegen in politische Klarheit und Aktivität umzuwandeln.

Die Gewerkschaftsführer dagegen werden versuchen, die Auseinandersetzung mit den Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft mend stärkeren „abstrakt-politischen" Charakter bekommt, für die Masse der Kollegen immer weniger verfolgbar und unkontrollierbar. Dies wird gleichzeitig von den Gewerkschaftsführern ausgenutzt, um eine Isolierung der kommunistischen und fortschrittlichen Arbeiter zu betreiben, bereitet den Boden für ihre Demagogie gegen „Spinner", „Utopisten" etc. Ausdrücklich muß vor der Gefahr gewarnt werden, daß die Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter in diese geschickt aufgestellte Falle tappen.

Ein opportunistisches Zurückweichen vor den Schlägen der Gewerkschaftsführer bringt den Genossen und Kollegen durchaus nicht größere Sicherheit vor Gewerkschaftsausschluß und Rausschmiß aus dem Betrieb, obgleich gerade diese falsche Hoffnung – bewußt oder unbewußt – viele zum Zurückweichen treiben mag.

Im Gegenteil: Haben die Gewerkschaftsführer erst mal die Erfahrung gemacht, daß ein bestimmter Kollege oder Genosse vor ihren Schlägen opportunistisch zurückgewichen ist, werden sie nicht eher locker lassen, werden ihre Schläge verstärken, bis sie ihn da haben, wo sie ihn hin haben wollen: beim offenen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse, an den Interessen seiner Kollegen.

Im Grunde genommen erleichtert opportunistisches Zurückweichen von Genossen und Kollegen den Gewerkschaftsführern ihr Geschäft des Ausschlusses, wenn auch der Ausschluß eines in die rechtsopportunistische Ecke Abgedrängten mehr den Charakter der Beerdigung einer politischen Leiche hat.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Kommunisten und klassenbewußten Arbeiter unter den Schlägen der derzeitigen Kampagne durchaus überleben können, wenn sie ihrerseits zur Offensive übergehen. Die Tatsache, daß die Mitglieder der kommunistischen Organisationen größtenteils nicht nur dem Staatsapparat, sondern auch der Gewerkschaftsführung bekannt sind, ist zwar ein starkes Hindernis, jedoch nicht allein entscheidend, wenn es ihnen gelingt in oben beschriebener Weise die Interessen der Kollegen in die Auseinandersetzung mit einzubringen.

Die Kommunisten werden nur dadurch in die Lage kommen, ihren Einfluß in der Arbeiterklasse zu halten oder gar auszubauen und zu verstärken, daß sie das politische Niveau ihrer Agitation und Propaganda, ihrer gesamten Arbeit entscheidend zu heben imstande sind.

Liquidierung der Westberliner DJU-Vorsitzenden

Nur gut einen Monat nach ihrem Angriff gegen fortschrittliche Kollegen in Passau schlug die Drupa-Führung erneut zu. Am 15. Dezember wurden nach vorausgegangenen Verhandlungen die Vorstandsvorsitzenden der Westberliner DJU (Deutsche Journalisten-Union) Jörg R. Mettke und Stefan Reisner aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. (Die DJU ist der IG-Drupa angeschlossen, d.h. sie untersteht dem Vorstand der IG-Drupa.)

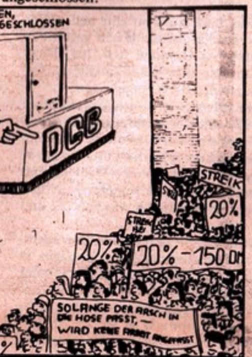
Vorausgegangen war die Bemühung dieser beiden Gewerkschafter, mit einer eigeninitiativ eingeleiteten Spendenaktion 187 kurzfristig auf die Straße gesetzten Druck-Kollegen, die Opfer einer kapitalistischen Betriebsstillegung waren, über die ärgste Not hinwegzuhelfen.

Für die Drucker-Kollegen war diese Spendenaktion vor allem deswegen von großem Wert, da es – trotz anderslautenden Versprechungen – weder der Westberliner Senat noch die Drupa-Führung für nötig hielten, die auf die Straße gesetzten Kollegen finanziell zu unterstützen. In der eingeleiteten Spendenaktion der beiden DJU-Vorsitzenden sah die Westberliner Drupa-Führung „eigenmächtiges Vorgehen" und damit „gewerkschaftsschädigendes Verhalten".

Der Westberliner Drupa-Vorstand stellte beim Stuttgarter Hauptvorstand Antrag auf Ausschluß, den dieser am 15. Dezember nach nochmaligem „Verhör" der beiden Journalisten vollzog. Außer der „eigenmächtig" initiierten Spendenaktion wurde noch ein weiterer – vorerst von der Gewerkschaftsführung jedoch geheim gehaltener – Ausschlußgrund angegeben: der Spendenaufruf von Mettke und Reisner wurde in der sozialistischen Drukkerzeitung „umbruch" veröffentlicht. Darum mutmaßte die Drupa-Führung „Verbindungen" zwischen den beiden Journalisten und dem „umbruch", der von der Gewerkschaftsführung als „gewerkschaftsfeindlich" diffamiert wird. Vor seiner Veröffentlichung im „umbruch" kursierte dieser Spendenaufruf allerdings schon in weiten Kreisen westberliner Gewerkschafter, so daß der Vorwurf einer „Verbindung" willkürlich blieb.

Der Ausschluß der beiden Kollegen ist noch unter einem anderen Aspekt bemerkenswert:

Während noch vor Jahren sich im wesentlichen die Arbeiter gewerkschaftlich organisierten, ist heute ein allgemein stärker gewordener Trend zur gewerkschaftlichen Organisierung auch im Bereich der Angestellten und kleinbürgerlicher Schichten erkennbar. Die GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), in der Lehrer, Erzieher, Wissenschaftler usw. sich organisieren, hat einen starken Mitgliederzulauf. Dasselbe ist bei der DGB-Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) erkennbar. Weiter haben sich Journalisten und in letzter Zeit auch Schriftsteller in Sondergruppen der IG-Drupa angeschlossen.

Diese insgesamt positive Entwicklung birgt jedoch auch eine Gefahr in sich: Die ökonomischen Interessen von zum Teil hoch bezahlten Wissenschaftlern, Journalisten, Schriftstellern usw. können unter Umständen gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet sein, da ihre zum Teil „überhöhten" Gehälter häufig darin begründet sind, daß sie den Kapitalisten in dieser oder jener Weise bei der Unterdrückung und Gängelung der Arbeiterklasse hilfreich und nützlich sind.

Diese in der gewerkschaftlichen Organisierung von Kleinbürgern liegende Gefahr kann nur überwunden werden, indem sich die dort Organisierten bewußt und politisch mit den Interessen der Arbeiterklasse solidarisieren und ihre eigenen gewerkschaftlichen und politischen Ziele am Gesamtinteresse des Proletariats ausrichten, d.h. unterordnen.

Mit ihrer Spendenaktion für in Not geratene Drucker-Kollegen haben die Journalisten Mettke und Reisner in diesem Sinne gehandelt, haben sie aktive Solidarität mit den Arbeitern geübt. Ihr Ausschluß aus der Gewerkschaft und insbesondere die Begründung durch die Drupa-Führung, die eben diese aktive Solidarität verurteilt, zeigt, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in jedem Falle eine Solidarisierung der kleinbürgerlichen Gruppierungen innerhalb der DGB-Gewerkschaften mit den Interessen der Arbeiterschaft verhindern wollen. Dies ist zweifellos ein politischer Angriff auf die Arbeiterklasse.

Der Radikalenerlaß der IG-Drupa-Führung

Am 31. März 73 begann mit der Kündigung der alten Tarifverträge durch die Drupa-Führung die Druck-Tarifrunde in diesem Jahr. Die Drupa-Führung bereitete diese Tarifrunde, in der eine schärfere Auseinandersetzung mit der gewerkschaftlichen Basis bereits sichtbar wurde, in der ihr eigenen Art und Weise intensiv vor: Im „Zentralorgan" dieser Gewerkschaft „Druck und Papier" (Zeitung für die Mitglieder) erschien am 19. Februar (Nr. 4, Jg. 111) erneut ein antikommunistischer Hetzartikel unter der Überschrift „Die Radikalen planen den Umsturz / RGO: Zerstörung der Gewerkschaft an der Basis".

Auf das Thema RGO (Rote Gewerkschaftsopposition) sind wir bereits im letzten AK (Nr. 27, S. 22) ausführlich eingegangen. Es ist bekannt, daß das Konzept RGO von zwei linken Organisationen mit Namen „KPD" und „KPD/ML" vertreten wird. In der linken Szenerie sind es gerade diese beiden unter den bedeutenderen Gruppen mit dem geringsten betrieblichen und gewerkschaftlichen Einfluß. Heute wird dem Konzept RGO nur größere Bedeutung für die Entwicklung der westdeutschen Arbeiterbewegung in der Hetze der Gewerkschaftsführer und den z.T. komischen Selbstdarstellungen von „KPD" und „KPD/ML" beigemessen.

Der geringe betriebliche und gewerkschaftliche Einfluß der beiden Organisationen „KPD" und „KPD/ML" steht offenbar im Zusammenhang mit der Befürwortung des Konzepts RGO. Insbesondere die „KPD/ML" (Roter Morgen) versucht ihre politische und organisatorische Schwäche hinter besonders großtuerischem Gerede in ihren Zeitungen zu verdecken. Den kaum vorhandenen betrieblichen und gewerkschaftlichen Einfluß dieser Organisation sollen großmäulige und politisch unsinnige Ausführungen übertünchen über eine hier und heute zu gründende „Rote Gewerkschaftsopposition" als eigenständige, innerhalb und außerhalb der DGB-Gewerkschaften operierende Organisation. Die Verantwortlichen solcher Veröffentlichungen, die ein kleines Häuflein Arbeiter und Angestellte, die im Einfluß ihrer Organisation stehen, zusammengebracht haben, bauschen diese Angelegenheit zu einem „unerhört wichtigen Fortschritt" für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in der BRD auf.

Die Drupa-Führer haben nun mit Bienenfleiß die Zeitungen dieser „KPD/ML" durchgewühlt und die am meisten unsinnigen Ausführungen darin in ihrem Artikel zusammengetragen. Diese Ausführungen (aus dem „Roten Morgen") sollen dazu dienen, die gesamte kommunistische Bewegung zu diskreditieren, sollen einen Keil zwischen die kommunistischen und anderen linken, fortschrittlichen Gewerkschafter treiben. Die Drupa-Führer unterstellen, daß das RGO-Konzept nicht nur von „KPD" und „KPD/ML" vertreten wird, sondern mehr oder weniger von allen kommunistischen Organisationen. Geschickt bemühen sie sich dann, für die Arbeiter angemessene Lohnforderungen zu „speziellen Forderungen" der RGO und ähnlicher Organisationen zu stempeln, nur weil dieselben diese Forderungen auch propagieren.

Das Ziel ist also durchsichtig: Die aktiven Gewerkschafter sollen eingeschüchtert werden, sollen nicht wagen, sich für angemessene Lohnforderungen – wie „40 Mark wöchentlich für alle", die in vielen Druckbetrieben zur Lohnrunde aufgestellt wurden – einzusetzen und stark zu machen, ohne damit schon als „RGO-verdächtig" zu gelten.

Einen Monat später veröffentlichte die Drupa-Führung in ihrer Zeitung den sog. „Extremistenerlaß". In der „Druck und Papier" Nr. 6 vom 19 März – also nur eine gute Woche vor Beginn der Lohnrunde – gibt die Drupa-Führung in einem Artikel unter der Überschrift „Extremisten können ausgeschlossen werden" folgenden Beschluß des Hauptvorstandes bekannt:

„Mitglieder der Industriegewerkschaft Druck und Papier, welche sich zur ‚Roten/Revolutionären Gewerkschaftsopposition' (RGO) oder Gruppen mit gleicher beziehungsweise ähnlicher Zielsetzung bekennen, deren Bestrebungen durch ihre Mitgliedschaft, durch Äußerungen in Wort und Schrift beziehungsweise durch aktive Mitwirkung unterstützen, verstoßen gegen § 4 der Satzung der IG Druck und Papier. Auf sie ist das Verfahren nach § 11 (Ausschluß aus der Gewerkschaft) Ziffer 1 a beziehungsweise 1 c anzuwenden."

Die schwammigen Formulierun-

Forts. nächste Seite

gen (z.B. „ähnliche Zielsetzung", „aktive Mitwirkung") sind von der Drupa-Führung absichtlich gewählt worden, sie lassen eine völlig willkürliche Interpretation offen und sind prinzipiell gegen alle Kritiker der Vorstandspolitik gerichtet, wenn auch der Hauptvorstand zynisch behauptet, daß mit diesem Beschluß „Kritik und Meinungsfreiheit innerhalb unserer Organisation" nicht unmöglich gemacht werden sollen". Selbstverständlich geht es den Gewerkschaftsführern gerade darum.

Kriminalisierung der kommunistischen Agitation und Propaganda wird vorbereitet

Zusammen mit dem Extremistenerlaß veröffentlichte der Drupa-Hauptvorstand einen weiteren Beschluß im selben Artikel, der bisher weder in der bürgerlichen noch kommunistischen Presse entsprechende Beachtung fand. Dieser Beschluß heißt:

„Der Hauptvorstand beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, die Interessen von Funktionären der IG-Druck und Papier, die im Zusammenhang mit ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Publikationen der Roten Gewerkschaftsopposition (RGO) und anderer Gruppen mit ähnlicher Zielsetzung diffamiert und persönlich beleidigt werden, vor ordentlichen Gerichten zu verteidigen. Der Hauptvorstand ist der Auffassung, daß eine Rechtsverfolgung der für diese Publikationen Verantwortlichen auch im Interesse der Organisation erforderlich ist."

Den kommunistischen Organisationen ist es noch nie um Diffamierungen und persönliche Beleidigungen irgendwelcher Gewerkschaftsführer gegangen. Aufgabe der kommunistischen Agitation und Propaganda allerdings ist es, die Funktion der Führer des Reformismus den Arbeitern immer wieder deutlich zu machen, auf ihren ständigen Klassenverrat hinzuweisen, aufzuzeigen, in welcher Weise sie mit den Kapitalisten gegen die Interessen der Arbeiterklasse zusammenarbeiten. Die Kommunisten tun dies aus der grundsätzlichen Erfahrung und Einschätzung heraus, daß die Arbeiterklasse mit diesen Gewerkschaftsführern nicht einmal im wirtschaftlichen Kampf gegen die Kapitalisten bestehen kann, geschweige denn einen politischen Kampf um die Beseitigung des kapitalistischen Systems der Ausbeutung führen kann.

Die Gewerkschaftsführer sind inzwischen dazu übergegangen, die kommunistischen Organisationen in der von ihnen beherrschten Presse zu „diffamieren" und zu „beleidigen". Die gemeinsten Lügen, die gröbsten Geschichtsfälschungen werden dort verbreitet. Die Kommunisten sind dies gewöhnt. Kein bürgerliches Gericht würde je auf die Idee kommen, wegen dieser Diffamierungen die Gewerkschaftsführer zur Rechenschaft zu ziehen.

In der bürgerlichen und Gewerkschafts-Presse werden heute die Kommunisten ganz selbstverständlich als „Spinner", „Utopisten" oder schlimmer als „Faschisten", „Linksfaschisten" usw. usf. bezeichnet. In diesem Sinne wird die Kritik der Kommunisten an den Führern des Reformismus in der bürgerlichen Öffentlichkeit ganz selbstverständlich als „Diffamierung" und „persönliche Beleidigung" aufgefaßt. Die Vorherrschaft bürgerlicher Ideologie und antikommunistischer Vorurteile wollen sich nun die Gewerkschaftsführer zunutze machen, um mit Hilfe der bürgerlichen Gerichte diese Kritik der Kommunisten verbieten und bestrafen zu lassen. Dabei scheuen sie sich nicht, die Mitgliederbeiträge der Gewerkschaftsmitglieder für aufwendige Prozesse gegen die Kommunisten zu verpulvern. ■

wird fortgesetzt

Aus einer ostholsteinischen Kleinstadt

Am Eutiner Voß-Gymnasium ist der Geschichtslehrer Schatton besonders offen dazu übergegangen, Zensuren nicht nach der fachlichen Leistung, sondern nach der politischen Gesinnung zu vergeben. In der Geschichtsarbeit, die die „Grundlagen des Marxismus" zum Inhalt haben soll, ist eine Sparte „Kritikfähigkeit" am Marxismus eingeführt. Wer dann nicht bereit ist, die im Unterricht von Schatton vorverdaute „Kritik" in der Arbeit nachzukäuen, kommt wegen „mangelnder Kritikfähigkeit" am Marxismus natürlich auf keine gute Note mehr, während üble Hetze gegen die Arbeiterklasse und abstruse Verdrehung des Marxismus mit eins honoriert werden!

So kann z.B. ein Juso (!) für die unerhörte Aussage, daß die „deutsche Arbeiterklasse keine revolutionäre Vergangenheit" hätte, mit einem Schlag vier Punkte kassieren, während unser Genosse, der in der Arbeit die Positionen der Arbeiterklasse verteidigte, natürlich leer ausgeht.

Je dreister die Schläge gegen den Marxismus, desto höher offensichtlich auch die Punktzahl: Wenn geschrieben wird, Marx „irrte sich in der Verelendungstheorie", dazu noch, daß „in der bisherigen Geschichte noch kein Klassenkampf, (d.h. ein Kampf mit dem Ziel der Vernichtung der anderen Klasse), (? ?) ausgebrochen" sei, läßt Herr Schatton in seiner Begeisterung gleich sechs Punkte springen . . . Die Beispiele ließen sich vermehren.

Natürlich ist Schatton kein Einzelfall. Im braunen Eutiner Klima gedeihen vorzüglich und unbeschadet solche Sumpfpflanzen wie der Rektor der Realschule, Ernst Harm (CDU). Schul-Führer Harm, Stammgast auf Revanchistentreffen des in Eutin ansässigen „Bund der Vertriebenen", führt die Meinungszensur und politische Entrechtung auf folgende Art durch: Auf Befehl Harms werden die Schüler vom Hausmeister nach kommunistischer AP „gefilzt" („. . . mach mal die Tasche auf!"). Flugblätter, die vor (!) der Schule verteilt werden und auch der ARBEITERKAMPF, der vor der Schule v e r k a u f t wird, werden den Schülern vom Hausmeister weggenommen! Diese Methoden des Meinungsterrors haben eindeutig faschistische Vorbilder.

Programmatisch erklärt Harm dazu: „Ich tu', was ich will, und es klappt!"

An der Eutiner Berufsschule treiben Offiziere und Hauptleute der Hitlerarmee ihr braunes Unwesen derart, daß sich sogar das CDU-Kultusministerium in den 60er Jahren zu einer Verwarnung Hauptmann Rössners wegen zu offener rechtsradikaler Propaganda veranlaßt sah.

Auch das Eutiner Mädchengymnasium kann mit einem rechtsradikalen Gefolgsmann an der Spitze aufwarten. Rektor Jarmatz, Mitglied im „Freundeskreis der CSU", schafft auf altbewährte Art und Weise „Disziplin und Ordnung". Anläßlich eines geplanten Schülerstreiks gegen die Verabschiedung des reaktionären Landeshochschulgesetzes (LHG) in Schleswig-Holstein, berief Jarmatz Schülerversammlungen ein, auf denen er sich für das LHG und scharf gegen Streik, die Schülervertretung usw. aussprach. Dabei untersagte er jede Diskussion, wörtlich: „Dies ist eine Belehrung und keine Diskussion!"

Als das immer noch nicht genügend fruchtete, schrieb er einen Brief an alle Eltern, indem er zwischen Lügen und Diffamierungen offene Drohungen gegen politisch aktive Schülerinnen entwickelte. Gleich sahen sich auch seine braunscheckigen Mitkläffer, Obermeier und Kosweg, zu den unverschämten Diffamierungen veranlaßt, daß die Aktivitäten der Schülervertretung Parallelen zu den Methoden der Nationalsozialisten zeigten!

Die braune Spur führt weiter zur Lokalpresse, zum Zusammenspiel mit Schreiberlingen vom „Ostholsteiner Anzeiger' (Verleger NPD-Mitglied, Chefredakteur CDU!). Im Zusammenhang mit einem möglichen Streik der Eutiner Gymnasiasten wurde die antikommunistische Hetzmaschinerie wieder auf Hochtouren gebracht. – Da war dann die Rede davon, daß die Kommunisten sich „eingemischt", zum Streik „aufgewiegelt" hätten usw.

Dieser kleine Ausschnitt steht repräsentativ für die Eutiner Verhältnsse. Obiges geschieht nämlich vor dem Hintergrund, daß Eutin eine alte SA-Hochburg war, die Hitler schon in den 20er Jahren mehrere Male aufgesucht hatte.

Diese Tradition ist naturlich nicht gebrochen. Beispielsweise werden die großen Polizei- und Bundeswehreinheiten („Heimatschutzkommando"!) von alten „erfahrenen" SS-Leuten angeführt. Und genauso, wie damals die SA ausrückte, um Arbeiterdemonstrationen in Preetz und Kiel zu zerschlagen, rückt heute die Eutiner P o l i z e i gegen Demonstrationen in Hamburg, Kiel, Flensburg usw. aus.

KB-Gruppe Eutin

»Der erste Schuß muß tödlich sein«



Den Kapitalisten genügt es nicht, sich über -zig Augen und Ohren über die Kampfkraft der Arbeiter zu informieren. Auch Notstandsgesetze, Verfassungsschutz, Bürgerkriegsausbildung des Bundesgrenzschutz und spezieller Polizei-Einheiten sind noch nicht alle Waffen, die die Unternehmer sich gegen selbständige Politik der Arbeiterschaft geschaffen haben. In aller Öffentlichkeit werden jetzt private Spitzel- und Killertrupps organisiert: nach dem „bewährten" Vorbild faschistischer Terrorgruppen.

Jüngstes Beispiel: Eine „Firma" mit vier Millionen Jahresumsatz in Kassel, die sich (nach dem Vorbild des US-Geheimdienstes) „CIA" nennt. Chef ist ein gewisser Gerd Mihm, der früher bei der amerikanischen Spionageabwehr CID (!) arbeitete und sich im Wahlkampf 1969 zur Bewachung des NPD-Parteivorstandes anheuern ließ.

Ihren Profit macht diese saubere Firma hauptsächlich mit „Industrieschutz", sie ist bereits bei zahlreichen größeren Unternehmen „im Geschäft", wo sie für die Überwachung „pro tausend Arbeitnehmer" jährlich 156 000 DM plus Spesen kassiert!

Unerkannt arbeiten im Auftrag dieser Truppe vierzig „Spezialagenten", darunter vier Frauen, in westdeutschen Betrieben. Alle sind sie bewaffnet und können Karate. Um nicht aufzufallen, werden sie vorher monatelang auf ihren Spezialauftrag trainiert. Sie bilden jedoch nur den „harten Kern" – in Verbindung mit ihnen arbeiten noch etwa 5 000 sogenannte „Zeitagenten" – „das sind sehr zuverlässige und angesehene Mitbürger" (Mihm) – die sich mit Spitzeldiensten zusätzlich Geld verdienen wollen.

Als Ausbeute der Schnüffelei unter den Arbeitern und Angestellten sind im Archiv der Firma "CIA" bereits Akten über 20 000 (zwanzigtausend!) Personen angelegt mit Angaben bis in die intimsten Persönlichkeits-Bereiche. Vieles wird an den Verfassungsschutz weitergeleitet. Die Kasseler „CIA"-Leute „schauen scharfen Auges nach links" (sagt ihr Chef), angeblich, „um die demokratische Grundordnung zu schützen" (!).

Dazu der Sohn und Kompagnon von Gerd Mihm, Frank Mihm: „Wir machen alles, wenn es nicht gegen die deutsche Industrie geht."

Die mit Minikameras, Tonbandgeräten, Infrarot-Nachtsichtgläsern und einem Lügendetektor ausgerüsteten Agenten, über deren Einsatz angeblich stets auch Arbeitsdirektor oder Betriebsrat informiert werden, wühlen zunächst die Personalakten einer „schutzbedürftigen" Firma durch. „Wir prüfen die finanziellen und privaten Verhältnisse, stellen eventuell fest, welche Parteizugehörigkeit, da diese Unterwanderungen zumeist ja doch von recht linker Seite erfolgen."

Soweit Frank Mihm über die Methoden, mit denen fortschrittliche Kollegen, die der Geschäftsleitung „politisch verdächtig" sind, überwacht werden sollen.

Die „lautlos" arbeitende Spitzeltruppe ist jedoch nur das eine Bein dieser Privatarmee. Sie wird ergänzt durch eine uniformierte, militärisch ausgebildete „Industrieschutztruppe". Frank Mihm: „Unsere Leute sind schärfer als die normalen Werkschutzopas mit ihren lahmen Schäferhunden. Wir können uns vor Aufträgen kaum retten."

Wovon spricht er? Seine Leute werden von südkoreanischen Karatelehrern darauf trainiert, mit bloßen Händen Menschen zu töten. Nicht nur das: Auf einem eigenen Schießstand wird täglich trainiert unter der Parole: „Der erste Schuß muß tödlich sein!" Geschossen wird auf eine Scheibe, auf die menschliche Umrisse gemalt sind – nur bis zur Gürtellinie. Schüsse auf Beine und Füße, die nur kampfunfähig machen, werden gar nicht erst geübt.

Diese Killertruppe wird bei Streiks „zur Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Ordnung" (Mihm-Dienstanweisung) in Betrieben gegen die Arbeiter eingesetzt. Dann „werden alle dienstfreien Industrieschutzangehörigen zur Verstärkung des regulären Dienstes hinzugezogen und für die Dauer des Streiks im Werksgelände untergebracht."

Damit die Truppe „scharf" bleibt, wird zum Beispiel bei der hannoverschen Gilde-Brauerei die Mannschaft alle 14 Tage ausgewechselt. Frank Mihm: „Sie sollen nicht erst heimisch werden. Keine Vertraulichkeiten mit den Arbeitern."

Auch die Bundeswehr hat ihre Pfoten in diesem Killertrupp! So ist der Chef-Ausbilder der „Industrie-Schutztruppe" (Schiemann) zur Zeit Feldwebel bei der Bundeswehr, Zeitsoldat auf acht Jahre, hat Einzelkämpferausbildung und ist Träger der „goldenen Schützenschnur". Überhaupt werden Leute vom Bund, Grenzschutz oder der Polizei bevorzugt eingestellt. „Da ist schon Drill drin."

(Ähnliches wird grundsätzlich für die gesamte Polizei angestrebt. Auf einer Tagung der führenden Polizeibeamten und Staatsanwälte des ganzen Bundesgebietes wurde unter großem Beifall der „gezielte Todesschuß" gefordert. Der Todesschuß der Polizei sei der „letzte, aber legale Ausweg", um gegen „Extremfälle totaler Kriminalität" vorzugehen. Was darunter zu verstehen ist, hat das Vorgehen gegen die Baader-Meinhof-Gruppe im vorigen Jahr deutlich genug gezeigt.)



Mihm's faschistische Privattruppe: 'Auf Mann' abgerichtete Bluthunde und bewaffnete, uniformierte 'Agenten' gehören ebenso dazu, wie konspirativ arbeitende 'Spezialisten' mit Minikameras, Abhörgeräten etc.

Neben der „gründlichen" Ausbildung besitzt die Werkschutztruppe Mihms noch eine Hundestaffel mit mannscharf abgerichteten Schäferhundbestien, die sofort an die Kehle springen.

Niemand hat bis jetzt etwas gegen diese auf Einsatz gegen Arbeiter gedrillte Killerorganisation unternommen. Im Gegenteil. Der Schießstand wurde eigens vom Kasseler Oberbürgermeister genehmigt, der Landesinnenminister in Wiesbaden hat sich noch nicht gerührt. Auch von der Gewerkschaft kam noch kein Einspruch – interessiert sie sich nicht für diese Mordorganisation? (nach: „Stern", 14/73)

„Protest" gegen die Organisation Mihms kam lediglich vom Bund deutscher Detektive e.V.: „Eigentlich sollte Herr Mihm wissen, daß z. B. die Sicherung von Betrieben heute noch keineswegs gefährlich ist, jedoch sehr viel Takt (!) und Fingerspitzengefühl erfordert. Für diese Arbeit benötigt der Detektiv Köpfchen und kein Schießeisen." (Stern, 10.5.73). Das heißt nichts anderes, als daß zur Zeit noch die „einfache" Spitzeltätigkeit gegen fortschrittliche Kollegen und Gewerkschafter im Betrieb weitgehend ausreicht, daß aber schon morgen der massive Einsatz von Organisationen wie der Mihmtruppe zum Kampf gegen die Arbeiterbewegung notwendig sein kann. Die Kapitalisten wissen das sehr genau – nicht umsonst kann sich Mihm „vor Aufträgen nicht retten".

Berichte aus Japan zeigen, welche Bedeutung solche „Abwehrorganisationen" (Mihm selber nennt seine Truppe die „größte private Abwehrorganisation Europas") gewinnen können. Dort stehen riesige Gangstersyndikate, mit z. T. mehr als 120 000 Mitgliedern, zur Zusammenarbeit mit der Polizei, höchsten Wirtschaftskreisen und Politikern bereit. (Der Name der größten Organisation ist bezeichnend: „Verein zur gegenseitigen Unterstützung".) Für jedes schmutzige Geschäft können Gangster angeheuert werden, insbesondere, wenn es gilt, „widerspenstige Gewerkschafter im Betrieb einzuschüchtern" (Stern, 15/73). Hier ist nicht nur eine vielseitig verwendbare faschistische Kampftruppe, sondern zugleich der Ansatz einer faschistischen Massenorganisation geschaffen. ■

Hamburg:

GEW-Vorstand knapp gescheitert

Am 26.4.1973 fand die ordentliche Hauptversammlung der GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wisschaft) in Hamburg statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt: Abschaffung der Hauptversammlung, die als Versammlung aller ordentlichen Mitglieder das höchste Beschlußorgan des Verbandes bildet. Nach Willen des Vorstands und eines großen Teils der Mitglieder sollte stattdessen eine Delegiertenversammlung eingesetzt werden (siehe ARBEITERKAMPF 26, S. 10). Die Absicht, die der Vorstand mit dieser Satzungsänderung verfolgte, war klar: Die HV, die mehr und mehr zu einem Organ innergewerkschaftlicher Kritik und Kontrolle wurde, sollte zugunsten eines vorstandsfreundlichen Akklamationsorgans ausgeschaltet werden. Dieser Frontalangriff auf die innergewerkschaft-Demokratie konnte im ersten Anlauf erfolgreich abgeschlagen werden. Der Vorstand verfehlte knapp die für eine Satzungsänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit; die HV bleibt vorerst bestehen.

Diese Auseinandersetzungen sind auf dem Hintergrund der Krise kapitalistischer Bildungspolitik zu sehen. Die von einem erheblichen Teil der Eltern, Schüler und Lehrer in die sozialliberale Regierung gesetzten Erwartungen, ‚nämlich grundlegende Reformen des Bildungswesens, sind gründlich enttäuscht worden. Mit dem erschütterten Vertrauen in die SPD macht sich gleichzeitig ein wachsender Unmut über die Schulmisere breit, und die Bereitschaft steigt, sich in dieser oder jener Weise kämpferisch für die Beseitigung der Mißstände zu engagieren.

Das ist die objektive Ursache für den Tatbestand, daß auch Teile der in der GEW organisierten Lehrer nicht nur Pläne, Debatten und fruchtlose „Spitzengespräche“, sondern endlich einmal Taten von ihrer Gewerkschaft sehen wollen – und zwar ohne Rücksicht darauf, ob darunter das Ansehen irgendeiner Partei oder gar „unseres demokratisch-sozialen Rechtsstaates“ Schaden nehmen könnte.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der GEW Hamburg haben gezeigt, daß die Gewerkschaftsführer diese Entwicklung für gefährlich halten und daß sie auch vor weitreichenden Mitteln nicht zurückschrecken, um diese Bewegung zu stoppen.

GEW-Vorstand gegen „Fundamentalisten“

Der Hamburger GEW-Vorstand hat bewußt die Frage der prinzipiellen Einstellung gegenüber „unserem demokratisch-sozialen Rechtsstaat“ in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung gestellt, und nicht etwa die Frage der prinzipiellen Einstellung zu den Interessen der Bevölkerung an Schule und Ausbildung.

Zwar ist nach Meinung des 1. Vorsitzenden des Hamburger Verbandes, Wunder, der Erfolg der „Bildungsreform“ durchaus noch fraglich: „Es gibt viele Anzeichen, die auf einen negativen Ausgang der Auseinandersetzung um die Bildungsreform hindeuten.“ (Hamburger Lehrerzeitung, 6/73). Im folgenden wird jedoch nicht etwa so argumentiert, daß die GEW zunächst einmal alle Möglichkeiten ausschöpfen will, die der BRD-Staat den Gewerkschaften bietet, um dann – je nach den Ergebnissen dieser Politik – darüber zu entscheiden, ob die grundlegende Zielsetzung einer fortschrittlichen Schulpolitik in diesem Staat überhaupt zu verwirklichen ist.

Vielmehr wird ein prinzipielles Bekenntnis zur SPD/FDP-Regierung und zum Staat abgelegt und von allen Mitgliedern gefordert. Wunder bekennt sich nämlich zur „Auffassung der Gewerkschaften des DGB, die diesen Staat prinzipiell als ihren eigenen Staat zwar kritisch sehen, aber dennoch bejahen, die eine SPD-Regierung prinzipiell als eine gewerkschaftsfreundliche Regierung von einer CDU-Regierung zu unterscheiden wissen“. (HLZ 6/73)

Die Wahrheit ist, daß sich die deutschen Lehrerverbände zu allen Zeiten freudig zu „diesem Staat“ bekannt haben. Ob das nun das Reich Bismarcks oder Kaiser Wilhelms oder gar die faschistische Diktatur war. Hierin drückt sich der alte Untertanengeist aus, eine Sache nicht danach zu beurteilen, was sie für die Interessen der Bevölkerung bringt, sondern ob sie den obrigkeitlichen Segen hat.

Wohlgemerkt: Wunder selbst sieht sich nicht in der Lage, den Beweis darüber zu führen, daß dieser Staat die berechtigten Interessen und Forderungen der Bevölkerung – in diesem Fall in der Schulpolitik – tatsächlich erfüllt. Er gesteht im Gegenteil ein, daß die „Bildungsreform“ (von der SPD schon 1969 und früher mit Pauken und Trompeten versprochen) wahrscheinlich einen „negativen Ausgang“ nehmen wird, d.h. daß aus der Sache nicht sehr viel herauskommen wird. Aber trotzdem: „Wir bekennen uns zu diesem Staat“, und wer da nicht mitzieht, ist selbstverständlich ein Extremist, der bloß zerstören will.

Der GEW-Vorstand behauptet, die Politik der Linken sei eigentlich nur so zu erklären, daß für sie „die Mißstände im Bildungswesen nur der Anlaß (sind), um diesen Staat und seine demokratischen Strukturen immer heftiger zu bekämpfen“ („GEW-aktuell“, 16.4.73). Hier werden wieder einmal bewußt Ursache und Wirkung vertauscht. Denn gerade wegen der immer krasseren gesellschaftlichen Mißstände – nicht nur im Schulbereich – kommt eine wachsende Zahl von Menschen zur Einsicht, daß grundlegende gesellschaftliche Veränderungen notwendig sind. Wunder kehrt die Sache genau um. Er behauptet, daß diese Menschen aus Prinzip unzufrieden sind und nur nach Gründen suchen, um „unseren Staat“ kaputtzumachen. Dasselbe hat die Reaktion schon zu Zeiten Bismarcks den Sozialdemokraten vorgeworfen, dasselbe haben die Faschisten den den „Marxisten“ vorgeworfen. Von dort führt eine gerade Linie zur „Liquidierung“ der „destruktiven Elemente“.

Polarisierung innerhalb der Lehrerschaft

In dieser Auseinandersetzung, die ihren Kristallisationspunkt in der Frage der Satzungsänderung hatte, fand eine sich seit längerem abzeichnende Polarisierung ihren Ausdruck. In der Abstimmung über die Abschaffung der Hauptversammlung fanden auf den einen Seite die organisierten Lehrer zusammen, die in dieser oder jener Weise unzufrieden waren mit der bisherigen Politik der Partnerschaft mit dem SPD-Senat (bzw. der SPD-Regierung) und mit dem Verzicht auf Kampfmaßnehmen seitens der GEW, außerdem die Lehrer, die die innergewerkschaftliche Demokratie verteidigen wollten, oder die nicht einverstanden waren mit der undemokratischen Vorgehensweise des GEW-Vorstands in dieser „Kampagne“: mit der antikommunistischen Hetze die einen Teil der Mitglieder disziplinieren sollte, mit der groben Nichtbeachtung von Beschlüssen gewerkschaftlicher Gremien u. a.

Auf der anderen Seite scheute der GEW-Vorstand keinen Aufwand und keine Kosten, um die „schweigende Mehrheit“ zu mobilisieren. Dramatische Appelle im Stil von ‚Rettet die GEW vor der kommunistischer Unterwanderung‘ zielten eindeutig auf die Mobilisierung des reaktionären Potentials innerhalb der GEW (und der gesamten Lehrerschaft) ab. Der GEW-Vorstand fand dabei die tatkräftige Unterstützung durch die gewerkschaftsfeindliche Springer-Presse.

Dennoch fehlten dem Vorstand auf der Hauptversammlung vom 26. 4. Stimmen zur Erreichung seines Ziels. 2774 Lehrer hatten für die Einführung der vom Vorstand vorgeschlagenen Deligiertenversammlung gestimmt, 1477 dagegen. Der GEW-Vorstand wird sich mit dieser Entscheidung nicht abfinden. Noch auf derselben Versammlung erklärte der erste Vorsitzende Wunder, man werde im Herbst einen 2. Anlauf in Richtung Deligiertenversammlung unternehmen. Der Vorstand kalkuliert (nicht zu Unrecht) damit, daß die reaktionären Reserven in der Lehrerschaft noch nicht ausgeschöpft sind. Zu diesem Ziel will er – mit der Parole des Antikommunismus – neue Mitglieder für die GEW werben.

Der Kommunistische Bund hatte zur Hauptversammlung vom 26. 4. dazu aufgerufen, einen Antrag mehrerer GEW-Mitglieder zu unterstützen, der die Verurteilung der Vorgehensweise des Vorstands und aufgrund dessen Nichtbefassung mit dem Antrag auf Satzungsänderung zum Inhalt hatte. Dieser Antrag forderte stattdessen die Einleitung eines Diskussionsprozesses über die bisherige Politik der GEW und danach erneute Entscheidung darüber, ob eine Satzungsänderung notwendig ist. Dies war nicht nur ein taktischer, sondern auch ein grundsätzlicher Fehler. Der Vorstand hatte seine Absichten unmißverständlich dargelegt: Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie. Was der Vorstand wollte, war auch den meisten Lehrern klar. Sie hatten sich in zwei Lager gespalten und eine eindeutige Stellung zu dieser Frage eingenommen. Notwendig war hier nicht, das ganze noch einmal zu diskutieren, notwendig war hier, ein klares Votum gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie zu erreichen. Ebensowenig war und ist es angebracht, darüber zu räsonieren, ob eine Satzungsänderung „an sich“ notwendig wäre oder ob ein „demokratisches Delegierten-Modell“ „an sich“ denkbar wäre. Wir haben es mit den Delegiertenversammlungen der DGB-Gewerkschaften zu tun und die sind zweifellos eine erhebliche Verschlechterung hinsichtlich der Demokratie und genau mit dieser Absicht von den Gewerkschaftsführern eingeführt worden.

Unsere Politik wollte gewissermaßen alle Lehrer auf der Basis der „Demokratie“ vereinigen und übersah dabei genau die Tatsache der Polarisierung, die zwangsläufig in allen kleinbürgerlichen Schichten bei einer Zuspitzung der gesellschaftlichen Auseinandersetzung eintritt, und die ein fortschrittlicher Prozess ist. Daher stellte unsere Politik faktisch ein weder-noch dar und war letztlich ein Zurückweichen vor den Angriffen der GEW-Führung. Das kam auch darin zum Ausdruck, daß der von uns unterstützte Antrag praktisch unter den Tisch fiel und keine Rolle auf der Hauptversammlung spielte.

GEW-Führung auf Spalterkurs

Die Entwicklung der letzten Zeit weist deutlich darauf hin, daß die GEW-Führung die Politik der Spaltung stärker und bedenkenloser als bisher zur Anwendung bringen wird, um dem „Rechtsstaat“ eine „gut funktionierende GEW“ als „Partner“ zu erhalten. In Hamburg wird zunächst vom Vorstand versucht werden, einen Keil zwischen die verschiedenen Gruppierungen der relativ starken Opposition zu treiben. Das geschieht vor allem dadurch, daß es der Vorstand nicht an Winken und Hinweisen an die Addresse der DKP fehlen läßt, sich irgendwie miteinander zu arrangieren. „Die DKP neigt zwar in Zielaussagen immer wieder dieser fundamentalistischen Linie zu, zeigt sich aber in der Praxis vielfach der bisherigen GEW-Linie verbunden.“ (Wunder; HLZ, 6/73). Und gleich darauf: „ ...kommunistische Gruppen links von der DKP...führen gegen die (!) Gewerkschaften scharfe Attacken“. In dieser Unterstellung, in der es den Herren Vorsitzenden wieder einmal gefällt, sich mit der Gewerkschaft insgesamt gleichzusetzen, zeichnet sich bereits wie in anderen Gewerkschaften der Vorwurf „gewerkschaftsschädigenden Verhaltens“ und die Vorbereitung von Ausschlüssen ab.

Angesichts der unzweideutigen Zielsetzung des GEW-Vorstands sollte aber klar sein, daß das Bemühen um gemeinsames Handeln und um die Solidarität der Linken für eine demokratische Politik in der GEW eine Frage von Sein oder Nichtsein ist. Wenn eine Gruppe – im Eintausch gegen bestimmte Posten o.ä. – in dieser Frage Kompromisse mit der GEW-Führung schließen sollte, sägt sie damit ganz klar am eigenen Ast.

Leider muß in diesem Zusammenhang die DKP genannt werden, da sie in ihrer letzten "Kommunistischen Lehrerzeitung“ (5/73) eine ganz üble Polemik gegen die „vom Großkapital bezahlte und von der Springerpresse hochgespielte spalterische Tätigkeit von linkssektiererischen Abenteurern und Chaoten“ führt, ohne im mindesten Beweise anzuführen, ohne konkret zu werden, ohne offen zu sagen, welche Schlußfolgerungen sie daraus für ihre weitere Politik in der GEW Hamburg zieht.

Sollte es der Vorstand nicht schaffen, die Linken im organisatorischen Rahmen der bisherigen GEW „zurückzudrängen“, ist durchaus mit „radikaleren“ Maßnahmen der GEW-Führung zu rechnen. Das zeigt sich am Beispiel Bremen, wo außerhalb des GEW-Ortsverbandes ein reaktionärer Gegenverband gegründet worden ist, in den laut Satzung keine „Linksextremisten“ aufgenommen werden. Dieser „Verband Bremer Lehrer und Erzieher“ ist sogleich in den GEW-Landesverband (Bremen und Bremerhaven) aufgenommen worden. Vorausgegangen waren Auseinandersetzungen über das Berufsverbot gegen den DKP-Kollegen Griese, über die Forderung nach Streikrecht für Lehrer und über das undemokratische KPD-Verbot. Ebenso scheint die Beteiligung einer Anzahl von Lehrern des alten Ortsverbandes an der Mai-Demonstration – obwohl diese von der DGB-Führung abgesagt worden war – Anlaß für die Reaktionäre gewesen zu sein. Der „Verband Bremer Lehrer und Erzieher“ will Massenübertritte aus dem alten, noch bestehenden Ortsverband erreichen und „einen Präzedenzfall für unsere Kollegen in anderen Bundesländern“ schaffen.

Hier handelt es sich im Grunde genommen um den Versuch der Zerschlagung eines ganzen Ortsverbandes der GEW auf kaltem Weg.

Auch die DKP-Kollegen können sich an fünf Fingern abzählen, was das für eine demokratische Politik bedeutet. Aber ein solches Vorgehen kann für die Gewerkschaftsführer ein Pyrrhus-Sieg werden, wenn die demokratischen Kräfte ihre Stärke und Solidarität erhöhen und sich auch bei einer Verschärfung der Auseinandersetzungen nicht gegeneinander ausspielen lassen. ■

Bündniskommission KB-Gruppe Hamburg

halten und daß sie auch vor weitreichenden Mitteln nicht zurück-
Elemente“.
„Demokratie“ vereinigen und übersah dabei genau die Tatsache der Polarisierung, die zwangsläufig in allen
sägt sie damit ganz klar am eigenen Ast.
Leider muß in diesem Zusam-
Bündniskommission KB-Gruppe Hamburg

Auf leisen Sohlen

Verfassungsschutz sucht Agenten gegen KB

Der gesetzliche Auftrag des Verfassungsschutzes (kurz: VS) ist das Sammeln und Auswerten von Informationen für die Staatsorgane „zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung".

Daß die tatsächlichen Aufgaben und Praxis des VS darüber hinausgehen, ist allgemein bekannt: so gehören dazu das Einschleusen von Spitzeln in „extremistische“ Organisationen, das Planen und Durchführen von Provokationen usw. Man denke z.B. an den VS-Agenten Dieter Urbach aus Berlin, der systematisch in Wohnungen von Linken Sprengstoff deponierte, der von der Polizei bei „Routineaktionen“ prompt gefunden wurde. Oder an Krahberg, der maßgeblich mit Staatsauftrag die militant-faschistische Westeuropäische Befreiungsbewegung aufbaute, Mitglieder warb, Waffen, Sprengstoff und Munition besorgte und schließlich diese Gruppe auffliegen ließ. Krahberg ist die typische Figur des „agent provocateur".

Der VS arbeitet zielstrebig gegen linke und kommunistische Organisationen. Seine Tätigkeit in faschistischen Kreisen dagegen dient der Verschleierung seines „Hauptbetätigungsfeldes". Die Arbeit unter den Faschisten soll aber auch Übungsfeld für die Arbeit gegen die Kommunisten sein.

Folgerichtig ist die sog. „scharfe Rüge" vom Hamburger Bürgermeister Schulz an der „Arbeitsweise“ des VS nur als Kritik an der allzu entlarvenden Vorgehensweise des VS zu verstehen: im Februar dieses Jahres hatte das Landesamt für Verfassungsschutz den Fehler gemacht, in sehr nachlässiger Art und Weise den Rechtsreferendar Rieger zu „überprüfen". Rieger ist ein stadtbekannter faschistischer Schläger, außerdem Sprecher der „Aktion Oder-Neiße“ (AKON) und des CSU-Freundeskreises Hamburg, Mitglied der NPD und gewiß auch verschiedener militant-faschistischen Gruppen. Bekannt über die Grenzen Hamburgs wurde er, als er beim Stoph-Besuch 1970 in Kassel die Fahne der DDR vom Mast holte. In seinen Schriften und Publikationen verteidigt er die Theorie von der „natürlichen Ungleichheit der Rassen“ und beschwört die Gefahr der Inbesitznahme Europas (!) durch das polnische Volk in Form eines „paneuropäischen Slavenstaates".

Der VS sah „keine Beanstandung“, als sich Faschist Rieger als Gerichtsreferendar beim Öffentlichen Dienst bewarb. Nachdem diese Angelegenheit ruchbar wurde, war klar, daß da auch ein sozialdemokratischer Bürgermeister die Geduld verliert und sagt: Wie könnt Ihr nur so offen, Leute . . .

„Am Anfang 300,– DM . . ."

Als der junge Kollege S. in Hamburg am 23. Februar 1973 nach Feierabend den Betrieb verläßt, spricht ihn ein Herr an, der offensichtlich auf ihn gewartet hatte: „Guten Abend, Herr S.". Der Herr weist sich als Herr Cordes vom Landesamt für Verfassungsschutz aus. Er möchte sich gern einmal mit S. unterhalten.

Forts. nächste Seite

Forts. von Seite 8

Er läd S. zu einem Glas Wein ein. Herr Cordes kommt auch gleich auf den Kern der Sache zu sprechen: er soll einen Mann für die Spitzeltätigkeit in linken und kommunistischen Organisationen gewinnen. Auf die Frage, wieso er gerade auf S. gekommen sei, führt Cordes aus: sie halten ihn für einen politisch interessierten Menschen, der auch bereit sei, politisch aktiv zu arbeiten. Außerdem führt Cordes aus, sei dem VS bekannt, daß er früher Kontakte zum damaligen Sozialistischen Arbeiter- und Lehrlingszentrum, SALZ (heute KB), gehabt habe. Wie der VS den S. heute einschätze, legte Cordes zunächst nicht dar. Auf der anderen Seite gibt Cordes ohne Umschweife zu verstehen, daß er über S. gut informiert sei. So wisse der VS, daß S. z.Z. nicht zu Hause, sondern bei seiner Verlobten wohne u.ä. Dies hätte ein Beamter durch „einfaches Beschatten" herausgefunden.

Cordes umreißt das gedachte Betätigungsfeld für S. genauer: dem VS käme es besonders auf Informationen aus dem KB an. Ihm werde 300,– bis 400,– DM geboten („Verhandlungssache"), und Cordes sagt weitere Finanzmöglichkeiten zu.

Cordes tritt als politisch-fortschrittlicher Mensch auf, er stellt besonders die Bedeutung der „Friedenspolitik" der Regierung heraus, seine Ablehnung von Kriegen, Gewalt usw. In dem Gespräch teilt er die Kritik S. an den politischen und sozialen Verhältnissen der BRD, an der ungerechten Verteilung des Vermögens und anderes mehr. Seine Arbeit beim VS begründet Cordes mit der Notwendigkeit, daß der Staat doch über alles im Land Bescheid wissen müsse. Es gehe ja gar nicht darum, konkret jetzt etwas zu unternehmen, sondern nur Informationen über radikale Gruppen und Organisationen zu erhalten.

Nach einiger Zeit erklärte Cordes dem S., daß er ihn aufgrund ihrer eigenen Berichte und seines persönlichen Eindrucks in diesem Gespräch für den „geeigneten Mann" halten würde.

Die Gefährdung des S. bei dieser geplanten Spitzeltätigkeit sei – nach Cordes' Ausführungen – umso geringer, je mehr S. bei seiner politischen Arbeit „mit ganzem Herzen dabei sei". Außerdem sei der VS in der Lage, seine Informanten zu schützen. S. brauche ihn dann nur unter seiner Dienstnummer anzurufen (Tel. 2482 5808). Schließlich sei es ja der „oberste Grundsatz" des VS, seine Quellen und Informanten zu schützen. Bei Ruhland hätte es allerdings nicht geklappt (!), weil Ruhland zu sehr Aufsehen erregt hatte. (Ruhland wurde von der Klassenjustiz als Kronzeuge gegen angebliche Mitglieder der RAF – „Baader-Meinhof-Gruppe" – aufgebaut). Aber S. hätte ja auch die Möglichkeit, „jederzeit auszusteigen".

Cordes präzisierte die Aufgaben von S.: das wesentliche sei, daß S. in „radikalen" Organisationen mitarbeite, Demonstrationen und Veranstaltungen besuche. Über alles hätte er dann Berichte zu schreiben, die von Cordes neugefaßt werden würden, damit die Berichte von S. dann vernichtet werden könnten.

Wichtig sei es eben für den VS, politische Standpunkte, Aktivitäten und Arbeitsweise der „Linksextremisten" zu erforschen. Allerdings müsse er manchmal auch Namen nennen, „z.B. wenn so einer in den Staatsdienst gehen will".

Auch dadurch könnte S. nicht gefährdet werden. Schließlich lese Cordes täglich Berichte über DKP-Betriebsräte, ohne daß diesen etwas passieren würde, was die Informationsquelle gefährden könne.

Die Bedenken von S. sind aber noch nicht ausgeräumt; Cordes bearbeitet ihn weiter: den Namen von S. brauche Cordes in seinen Bericht nicht zu nennen, es sei denn, S. hätte in der betreffenden Organisation eine „zentrale Stellung" eingenommen! Der VS hätte jedenfalls viele Möglichkeiten; „im Falle der Gefahr genügt ein Anruf".

Am Ende des Gesprächs erzählt Cordes noch, wie er selbst zum VS gekommen sei: vorher hätte er in einer anderen Verwaltung gearbeitet, sich aber dann beim Hamburger Staat beworben, so sei man auf ihn aufmerksam geworden. Drei Jahre hätte er insgesamt Berichte ausgewertet. Jetzt sei es seine Aufgabe, im Außendienst Kontakte zu knüpfen. Das sei aber auch gefährlich. Bei Ausländern z.B. müsse er mit einem Messer rechnen, wenn er erzähle, weshalb er überhaupt komme. Auch würden sie sich nicht – wie Cordes es formulierte – an „ideologisch gefestigte Leute heranmachen, weil diese sich meist nicht überzeugen lassen".

Aus S. wurde „John"

Zum Abschluß gibt Cordes S. den Decknamen „John". Man verabredet sich für das nächste Mal am Rande der Innenstadt; dann wolle Cordes von S. seine Entscheidung hören, aber S. soll sich gleich auf eine etwa einstündige Diskussion einstellen.

Cordes mißfällt der späte Termin; er sagte, daß sie sich eigentlich früher als erst in vier Tagen treffen müßten, damit S. „nicht so viel Zeit zum Grübeln" hätte.

Beim nächsten Mal fährt Cordes mit einem blauen Renault 12 tl (Kennzeichen: HH - KC 1662). Er schlägt vor, zur Autobahnraststätte Hamburg-Stillhorn zu fahren, weil „man ihn hier vielleicht erkennen könnte". S. lehnt ab. Sie gehen in ein nahegelegenes Restaurant. Wieder nimmt Cordes alles auf seine Rechnung.

S. teilt Cordes seine Entscheidung mit: er lehne aus prinzipiellen Gründen eine Arbeit beim VS ab, ihm gefalle auch die vorausgegangene Bespitzelung nicht usw., was würde seine Verlobte dazu sagen. Cordes kontert: seiner Verlobten könne er doch erzählen, daß er Überstunden machen müsse. Cordes bietet S. „fest" 300,– DM an, auch sei der VS bereit, im nächsten Jahr ihm bei der Wohnungsbeschaffung „mit einer größeren Summe" unter die Arme zu greifen. Cordes will S. eine schriftliche Erklärung geben, daß S. aus dieser Tätigkeit „keinerlei Nachteile" erwachsen können. Er würde S. auch seinem Chef vorstellen, d.h. seinem direkten Vorgesetzten. Der hätte sowieso schon gesagt, daß S. der richtige Mann sei!

Cordes Bemühungen schlagen fehl. Da führt er den alten Kontakt des S. zum SALZ wieder ins Feld. Diese solle S. doch wieder aufnehmen. S. hält entgegen, daß die wenigen Personen, die er gekannt hatte, vielleicht gar nicht mehr in Hamburg seien. Aber Cordes sagt, daß man das konkret überprüfen müsse. Wer sonst noch in Betracht käme, müßten die „Auswerter für den KB" noch mitteilen. Jedenfalls braucht der VS für die Arbeit beim KB „noch einige Leute".

S. fragt noch einmal, wie der VS gerade auf ihn kommt. – Bei der Durchsicht ihrer entsprechenden Karteien, so Cordes, sei man auf ihn gestoßen. In den Karteien befinde er sich, weil er von der Politischen Polizei im Oktober 1971 beim Flugblattverteilen erkannt worden sei.

Cordes drängte, man wolle doch nur Informationen über die politische Richtung erhalten.

Als es auch für Cordes klar zu sein schien, daß S. bei seiner Ablehnung bleibt, änderte Cordes seinen Kurs und beschwichtigte: er könne die Argumente des S. verstehen, er sei auch nicht enttäuscht von ihm und respektiere seine Gründe. Er hätte bei seiner Einstellung beim VS „genauso überlegt"!! Der VS könne eben nur im Gespräch herausfinden, wer der geeignete Mann für sie sei. Wenn es wie bei S. „nicht klappt", sei das sehr schade, da sie eigentlich gedacht hätten, daß der S. ihnen helfen könne. Auf jeden Fall werden ihm keine Nachteile entstehen, er möchte nur über die ganze Angelegenheit schweigen...

Ein neuer Versuch

Einen Monat später klingelt Cordes beim Genossen T. an der Haustür und stellt sich vor mit: „Cordes, Behörde für Inneres. Kann ich mich mal mit Ihnen unterhalten." T. fragt zurück, worüber, und er antwortete: „Über den KB z. B.". Er würde doch den ARBEITERKAMPF verkaufen. T. lehnt ab, es sei denn, Cordes hätte eine Vorladung, was dieser verneinte.

Schließlich geht Cordes, nachdem er sich für die „Störung" entschuldigt hatte!

Was können wir daraus lernen

Wer von der Erwartung und Vorstellung ausgeht, im Verfassungsschutz auch im Auftreten ein direktes Abbild der Gestapo vorzufinden, kann sich – wie dieser Fall zeigt – sehr getäuscht sehen.

Cordes bezieht Positionen sozialdemokratischer Politik. Auf diesem Hintergrund entwickelt er das sozialdemokratische Verständnis vom Wesen des Staates: er propagiert die „Theorie" von der Unabhängigkeit und Neutralität des Staates.

Der VS hofft – wie Cordes offen zugibt – eine vermutete mangelnde ideologische Festigkeit von Linken direkt ausnutzen zu können; Cordes erklärt von Anfang an eindeutig seine Absicht. Nicht zuletzt wohl deshalb, um so eine allgemein vorhandene Abwehrhaltung gegen Staatsorgane zum erstenmal zu unterlaufen. Dieser politischen Abwehrhaltung liegt oft nur ein falsches „taktisches Feindbild" zugrunde (Gestapo-Parallelen), so daß dieses offene, vom Charakter her sozialdemokratische Vorgehen, die grundsätzliche Abwehrhaltung überrollen kann.

Es ist nicht aus dem Auge zu verlieren, daß rechtswidrige Inhaftierungspraxis, physischer und psychischer Terror in den Gefängnissen, überfallartig inszenierte brutale Schlägereien durch die Polizei bei Demonstrationen z.B. nur die eine Seite im Kampf des Staatsapparates gegen Kommunisten darstellen. Die Kapitalistenklasse verfeinert die Methode des Einschleusens, Unterwanderns und Bespitzelns erheblich; Ziel und Zweck bleiben unverändert! So wird die Skala in der Technik der politischen Unterdrückung erweitert und ergänzt. Dieses Vorgehen der Kapitalistenklasse bedeutet: auf leisen Sohlen, aber festen Schrittes...

– Leitung der Bezirksorganisation, KB-Gruppe Hamburg –

■

Demonstration gegen Kommunisten-Verbot in Hamburg

Am 17. Mai, zwei Tage nach den Polizei-Aktionen gegen die „KPD", demonstrierten in Hamburg etwa 2000 Menschen gegen Kommunistenverfolgung und KPD-Verbot.

An dieser Demonstration beteiligten sich der Kommunistische Bund, die SSG/„KG", die „KPD", die „KPD/ML", zwei trotzkistische Gruppen und der Ring Bündischer Jugend. Die Evangelische Studentengruppe hatte eine Solidaritäts-Adresse geschickt.

Auf der Abschlußkundgebung sprachen Vertreter der „KPD", der „KPD/ML", der SSG/„KG" und des Kommunistischen Bundes.

Seit der Erschießung Petra Schelms im Juli 1971 hatte es in Hamburg keine derartige Aktionseinheit mehr gegeben. Dazu sind jedoch noch einige Anmerkungen zu machen.

Prinzipiell gehen wir aufgrund mehrfacher schlechter Erfahrungen mit einer starken Portion Mißtrauen in derartige Aktionseinheiten hinein. Denn bisher hat sich gezeigt, daß solche gemeinsamen Aktionen von vielen Gruppen vor allem als Gelegenheit zur Selbstdarstellung mißverstanden werden. Je unbedeutender eine Gruppe ist, umso pompöser und wichtigtuerischer tritt sie normalerweise auf. Es stellt sich dann die Frage, ob durch eine derartige „Aktionseinheit" der Sache überhaupt noch genützt werden kann.

Außerdem hat es sich als schwierig erwiesen, einmal getroffene Vereinbarungen auch durchzusetzen. Das zeigte sich auch diesmal wieder. So war eine Abmachung getroffen worden, daß die Reden keine gegenseitigen Angriffe, keine Organisations-Propaganda und keine Aufrufe zur Demonstration gegen den Breschnew-Besuch enthalten sollten.

Diese Abmachung wurde vor allem von der „KPD/ML" gebrochen. Ihr Sprecher hielt eine wilde Propaganda-Rede auf seine „Partei". Weit dezenter, aber immerhin fehl am Platz, waren derartige Töne auch beim Sprecher der „KPD". Beide Gruppen, besonders aber die „KPD/ML", riefen zur Breschnew-Demonstration auf.

Das zeigt, daß die Genossen anscheinend immer noch nicht in der Lage sind, die Situation richtig einzuschätzen. Denn sonst würden sie nicht versuchen, die Aktionseinheit durch geradezu kindische Gaunereien und Betrügereien zu belasten.

Auch die SSG/„KG" demonstrierte erneut, daß sie in erster Linie auf Spaltung und politischen Schwindel aus ist:

Am Abend nach dem Bekanntwerden der Polizei-Aktionen trafen sich Vertreter der „KPD" und „KPD/ML", des Kommunistischen Bundes, der SSG/„KG" sowie drei ausländischer Gruppen zum Gespräch, nachdem schon im Lauf des Tages Kontakt aufgenommen worden war.

Gleich zu Anfang verkündete der Genosse von der SSG, dieser Kreis hier sei ihm viel zu klein. Die SSG hätte schon für den nächsten Abend ein eigenes Bündnisgespräch angesetzt, das sehr viel „breiter" sein würde.

Der Genosse wurde daraufhin gefragt, mit welchen Organisationen und Gruppen denn nach Auffassung der SSG/„KG" noch zu rechnen sei. Diese Frage konnte der Genosse nicht beantworten, er erwähnte Einladungen an gewerkschaftliche Gremien (!) und versicherte nochmals, das von der SSG angesetzte Bündnisgespräch würde „breiter" sein.

Als der Genosse dann noch forsch erklärte, daß er mit den anwesenden Organisationen gar nicht verhandeln wolle, sondern nur ein „Beobachter" sei (weil das „richtige" Gespräch ja erst am nächsten Abend bei der SSG/„KG" sei), wurde er an die Luft gesetzt. Er kam jedoch nach einer längeren Denkpause reumütig zurück und war nun doch zu Gesprächen bereit.

Der weitere Verlauf hat dann gezeigt, daß hinter dem angeblich so „breiten Bündnisgespräch" der SSG tatsächlich absolut nichts steckte. Die versprochenen „Demokraten" existierten nur in den Wunschträumen der SSG. Das ganze Schwindel-Manöver hatte nur dazu dienen sollen, die SSG/„KG" in den Vordergrund zu spielen und sich vielleicht doch noch die „Führung" in der Aktion zu ergaunern.

In der Rede des Kommunistischen Bundes auf der Abschlußkundgebung wurde bedauert, daß die im Gespräch getroffenen Abmachungen wiederum nicht eingehalten worden waren. Es wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Solidarität zwischen den Kommunisten zu stärken. Gaunereien, Schwindel-Manöver und spalterische Mätzchen sind dabei stets von Übel.

■



Polizeiterror gegen Hausbesetzer

Am 19. April 1973 (Gründonnerstag) besetzten etwa 60 junge Arbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten ein fast leerstehendes Haus in Hamburg-Hohenfelde, das der „Bewobau", einer Tochtergesellschaft der „Neuen Heimat" gehört. Am 23. Mai frühmorgens 4.00 Uhr wurde dieses Haus von schwer bewaffneten Spezialeinheiten der Polizei mit brutaler Gewalt wieder geräumt. Kurz darauf wurde das Haus von einer bestellten Abbruchfirma unbewohnbar gemacht, indem Fenster und Türen herausgeschlagen, das gesamte Dach abgedeckt, die Möbel auf den Hof geschmissen wurden etc. 61 Jugendliche wurden von der Polizei zusammengeschlagen, gefesselt und verhaftet und noch am gleichen Tag dem Haftrichter vorgeführt. Dieser überwies 30 Besetzer in das Hamburger Untersuchungsgefängnis. Alle Besetzer sollen wegen mehrerer „Vergehen" und „Verbrechen" verurteilt werden. Der Hauptpunkt der Anklage lautet auf Bildung einer „kriminellen Vereinigung". Dies ist identisch mit den Beschuldigungen gegen kommunistische Organisationen, die derzeit von bürgerlicher Presse und Staatsapparat erhoben werden. Eine Protestdemonstration am Nachmittag desselben Tages wurde gleichfalls von der Polizei zusammengeknüppelt, es gab weitere 30 Verhaftungen. Am darauffolgenden Sonnabend protestierten erneut ca. 1 300 Menschen mit einer Demonstration gegen die kapitalistische Wohnungspolitik, die Polizeibrutalitäten und gegen die Kriminalisierung von Protestaktionen der Bevölkerung.

Warum haben die Jugendlichen das Haus Ekhofstraße 39 besetzt?

Die Besetzung war eine Reaktion auf die katastrophale Wohnsituation in Hamburg. Nach der offiziellen Wohnungszählung von 1968 lag Hamburg schon damals mit einem Anteil von 6% Familien ohne eigene Wohnung [illegible] städte.

In Hamburg fehlen mindestens 60 000 Wohnungen, bei den Bezirksämtern sind rund 10 000 Dringlichkeitsfälle registriert; vermehrt wird der Fehlbestand durch den Abriß von Wohnungen (in Hamburg jährlich ca. 2 000). Mehrere zehntausend Wohnungen sind hoffnungslos überaltert, weil sich die Eigentümer vor allen notwendigen Renovierungsarbeiten drückten. Der jährliche Neubedarf durch Familienzuwachs liegt bei 9 bis 10 000 Wohnungen. Allein um den Fehlbestand in den nächsten Jahren langfristig aufzuholen und die allernötigsten Sanierungen und den Neubedarf auszugleichen müßten im Jahr mindestens 20 bis 25 000 Wohnungen gebaut werden.

Im langfristigen Wohnungsbauprogramm des Senats ist aber nur der jährliche Neubau von 10 000 Wohnungen vorgesehen (und selbst für dieses Programm ist die Finanzierung noch längst nicht gesichert). Gerade erst in diesen Tagen hat der Hamburger SPD-Senat eine weitere Streichung von schon bereitgestellten Geldern für den Wohnungs-Neubau verkündet, worauf ihm umgehendes Lob für diese „stabilitätsgerechte Maßnahme" aus Bonn zuging.

Im Hamburger Wohnungsbau sind die Zahlen stark rückläufig: 1968 wurden noch 18 259 Wohnungen gebaut, 1970 waren es nur noch 12 087. Zur Verschärfung der Wohnungsnot kommt noch hinzu, daß die Mittel für den sozialen Wohnungsbau stark gekürzt wurden. (Anteil der Sozialwohnungen am gesamten Wohnungsbau der BRD heute 28% – 1959 waren es noch 51%.)

Immer mehr Hauseigentümer gehen dazu über, noch gut erhaltenen Wohnraum abreißen zu lassen und stattdessen profitträchtige Bürooneubauten, Eigentumswohnungen etc. zu bauen. Die Altmieter werden rücksichtslos aus ihren Wohnungen vertrieben und in die am Stadtrand gelegenen Wohnsilos „umgesetzt". (vgl. AK 16/17 und AK 28)

Mit ihrer Besetzungsaktion protestierten die jugendlichen Besetzer der Ekhofstr. 39 gegen den skandalösen Abriß von noch bewohnbaren Häusern. Ihr Protest richtete sich damit gegen die kapitalistische Wohnungspolitik, die das Wohnungselend durch Verknappung von Wohnraum ebenso ständig vergrößert wie die Mietpreise. Statt Abriß forderten die Jugendlichen aus dem leerstehenden Haus Ekhofstr. 39 ein Jugendzentrum zu machen. Für die entsprechenden Umbauten wollten sie selbst aufkommen. Die Besetzungsaktion fand bei der Hohenfelder Bevölkerung allgemeine Sympathie, besonders bei denjenigen Mietern, die von der „Neuen Heimat" ebenfalls mit Kündigungen bedroht worden sind.

Bewobau/Neue Heimat – „gemeinnütziges Unternehmen"?

In Hamburg-Hohenfelde hat die [illegible] Bewobau, ein[e] [illegible] der „Neuen Heimat", ein 30 000 qm großes Grundstück mit 111 relativ billigen Altbauwohnungen aufgekauft. Die Bewobau plante, alle Häuser der aufgekauften Grundstücke möglichst schnell abreißen und stattdessen profitträchtige Eigentumswohnungen bauen zu lassen.

Den Bewohnern der Altbauwohnungen wurde gekündigt, obwohl der neue Bebauungsplan für dieses Gebiet noch längst nicht genehmigt ist. Einzelne Wohnungen wurden nach bewährtem Rezept durch Rollkommandos unbewohnbar gemacht.

Als die Methoden der Bewobau in der sozialdemokratischen Presse vorsichtig kritisiert wurden, wählte die Bewobau – in perfekter Zusammenarbeit mit dem SPD-Senat – einen Weg, diese Kritik im Keim zu ersticken: sie „besorgte" ganz „unbürokratisch" 80 Sozialwohnungen für die gekündigten Mieter. Daß der Trick mit den Sozialwohnungen nur auf Kosten anderer Mieter gelingen kann, verschwieg die Presse dann. Sozialwohnungen nämlich sind bekanntlich so rar, daß allein in den Wartelisten des Bezirksamtes Hohenfelde 1 500 bedürftige Familien gemeldet sind, die jetzt noch länger auf eine Wohnung warten müssen.

Zu dem „unbürokratischen" Vorgehen der Bewobau sagt Thomas Schäfer, Sprecher der Mieterinitiative Hohenfelde: „Bisher sah es so aus: Für jeweils vier neu gebaute Wohnungen hat der Bauträger Anspruch auf eine Sozialwohnung. Da die Bewobau in Hohenfelde noch keine neuen Wohnungen gebaut hat, dürfen auch keine Sozialwohnungen an sie vergeben werden. Und außerdem muß sie sich solche Wohnungen bei anderen Bauträgern selbst besorgen und nicht von der Behörde bringen lassen." („Konkret", 26.4.73)

Die gute Zusammenarbeit mit den Hamburger Behörden kann aber nur so gut klappen, weil die Bewobau über die „Neue Heimat" eng mit der SPD verbunden ist.

Die „Neue Heimat" gehört zu hundert Prozent dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg hatten die deutschen Gewerkschaften gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften gegründet, um den Arbeitern billige Wohnungen zu verschaffen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stieg die „Neue Heimat" dann schnell ins Baugeschäft ein. Vor allen Dingen in den sozialdemokratisch regierten Bundesländern entstanden „Volkswohnungen", die aus dem Boden gestampft wurden, um den ausgebombten Massen zunächst einmal eine Unterkunft zu verschaffen. Diese „Volkswohnungen" heute bereits in einem derartig schlechten Zustand (lecke Fenster, seit zehn Jahren keine Farbe mehr auf den Fassaden, Haustüren und Treppenaufgängen), daß Albert Vietor, Chef der „Neuen Heimat", durchaus bereit ist, die „alten Wohnungen abzureißen und sie durch moderne Behausungen zu ersetzen – allerdings zu weit höheren Mieten („Stern").

Heute ist die „Neue Heimat" der mächtigste Baukonzern der Welt. Mit 360 000 gebauten Wohnungen in der BRD, einer Bilanzsumme des Unternehmens von 9 Milliarden DM und Bauunternehmen in 70 Ländern der Welt (Luxushotels in Monaco, Prominentenwohnungen in Südamerika, Wohnungen und Einkaufszentren in der Negev-Wüste, in Jerusalem und Haifa, CCH-Hotel in Hamburg usw. usf.) ist aus der gewerkschaftseigenen Firma ein imperialistischer Riesenkonzern geworden. Daß sie als „gemeinnütziges Unternehmen eingetragen ist, bringt ihr auch noch handfeste steuerliche Vorteile, denn gemeinnützige Unternehmen brauchen für ihre Erträge (wie z.B. Mieteinnahmen) so gut wie keine Steuern zu zahlen (die Gewinnausschüttung an den DGB ist auf 4 % begrenzt).

Aus den Überschüssen müßten eigentlich immer wieder „Volkswohnungen" gebaut werden. Da das auf die Dauer nicht sehr profitträchtig ist, hat die Neue Heimat eine Vielzahl von Tochterfirmen gegründet, die sich nicht an diese Richtlinien zu halten brauchen – so z.B. die Bewobau, die auf Eigentumswohnungen spezialisiert ist.

Auf den Vorschlag der Mieterinitiative Hohenfelde, für die von der Bewobau gekündigten Mieter Sozialwohnungen zu bauen, antwortet denn auch Norbert Tietz, Geschäftsführer der Bewobau zynisch: „Der Bau von Sozialwohnungen ist für uns eine reine Frage der Kosten". (Er meint natürlich Profite) Und da Sozialwohnungen natürlich längst nicht so viel einbringen, wie die in Hohenfelde geplanten 15-stöckigen Hochhäuser mit 450 Eigentumswohnungen (Preis pro Wohnung ca. 500 000 - 600 000 DM), müssen eben die Altmieter „umgesetzt", d.h. rausgeschmissen werden, denn wie sagt doch Albert Vietor: „Wenn wir Sozialpolitik machen wollen (!) brauchen wir Kapital". Und das Kapital holt man sich eben von den Arbeitern und Angestellten ... und dabei „vergißt" Vietor & Co. dann auch die „Sozialpolitik".

Perfektes Zusammenspiel von Polizei, bürgerlicher Presse und dem SPD-Senat / Neue Heimat

Polizei, bürgerliche Presse und Neue Heimat spielten von Anfang an ein Spiel mit verteilten Rollen bei der Einschüchterung der Mieter in Hohenfelde im allgemeinen und den Hausbesetzern im besonderen. Da die Bewobau – in Abstimmung mit dem SPD-Senat – aufgrund der breiten Sympathie, die die Hausbesetzung bei der Bevölkerung gefunden hatte, das Haus nicht sofort räumen lassen konnte, ohne gleichzeitig ihr „soziales" Image einzubüßen (Hausbesetzungen sind Delikte, die nur auf Anzeige hin verfolgt werden), versuchte die Polizei im Auftrag des SPD-Senats, die Hausbesetzer in einer Art Nadelstich-Taktik ständig zu provozieren, um sie dann wegen ihrer „kriminellen Handlungen", wegen „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" o.a. aus dem Haus prügeln zu können. Gleichzeitig sollten durch Meldungen von „kriminellen Handlungen" die Hausbesetzer von der Bevölkerung isoliert werden. Dieses Vorgehen läßt sich an einer Aufstellung vom 22.5. des K 4 (Politische Polizei) über die „Straftaten" der Hausbesetzer deutlich ablesen. Die „Straftaten", die die Zugehörigkeit zu einer „kriminellen Vereinigung" belegen sollen, sind: „Wiederstand bei Personalienüberprüfung" (alle überprüften Personen wurden „erkennungsdienstlich behandelt"), Bewerfen der Polizeiautos mit Farbbeuteln u.ä.

Die Methode der Polizei, die Hausbesetzer zu Kriminellen zu erklären, konnte nur durch Provokationen und Terror erreicht werden. Allein durch ihre ständige Anwesenheit (nachts wurden die Häuser z.T. mit Scheinwerfern angestrahlt) und durch ständige Ausweis-Kontrollen, plötzliches Überfallen auf einzelne, die häufig brutal zusammengeschlagen wurden, terrorisierte die Polizei Anwohner und Besetzer. So wurden z.B. Besetzer auf dem Weg zur U-Bahn „weggefiedelt", wie die „Morgenpost" das so humorig ausdrückt, d.h. daß die Besetzer, wenn sie sich einzeln auf die Straße wagten, in die Polizeiautos geschleppt wurden (z.T. an den Haaren über die Straße geschleift und zusammengeknüppelt), um auf der Wache „erkennungsdienstlich" behandelt zu werden.

Wenn sich die Besetzer nicht provozieren ließen, wurden, um die Hetze in der Presse nicht erlahmen zu lassen, schlicht Lügen erfunden: „Hausbesetzer schlugen 2 Polizisten nieder! Beide Polizisten schwer verletzt" stand als Horrormeldung in der „Morgenpost", am nächsten Tag wurde dann korrigiert: „Ein Polizist erlitt leichte Verletzungen einem [illegible]

Bei der Räumung des Hauses ging die Polizei dann bürgerkriegsmäßig vor. Dazu wurde auf der Pressekonferenz, die nach der Räumung stattfand, gesagt: „Bereits in der letzten Woche entschloß sich die Polizei, die Räumung mit angemessenen (!) Mitteln zum günstigsten Zeitpunkt durchzuführen... Als taktisch günstigster Zeitpunkt wurde der heutige Morgen zum Eingreifen festgesetzt, weil sich am Wochenende jeweils viele (!) Jugendliche im Haus befanden. Aus dem gleichen Grund verbot sich auch ein Einsatz während der Tageszeit..." (Die „Bild-Zeitung" macht daraus: „Die ‚schwache Stunde' war die Zeit gegen 4 Uhr morgens ... die meisten Politrocker waren betrunken ins Bett gewankt")

Die „angemessenen" Mittel waren das Mobile Einsatzkommando (MEK), das nach den Münchner Ereignissen zur „Bandenbekämpfung" gebildet wurde, Wasserwerfer, 10 Panzerwagen, Drucklufthämmer, Drehleitern, mindestens 500 Polizisten. Die Bürgerkriegsübung lief perfekt ab: Das Viertel wurde abgeriegelt Anwohner, die sich auf der Straße sammelten, wurden auseinandergetrieben. Die Besetzer wurden im Schlaf überrascht. Die Polizei hatte leichtes Spiel durch einen V-Mann, der sich während der Besetzung als „guter Onkel" eingeschlichen und die Jugendlichen mit Essen versorgt hatte. Er kam in der Räumungsnacht mit dem Verpflegungswagen vorgefahren, die Besetzer machten ihm – und damit der Polizei die Tür auf. (Es darf angenommen werden, daß dieser V-Mann der Polizei nicht nur Essen für die jugendlichen Besetzer brachte. Seit der westberliner V-Mann Urbach aufgeflogen war, ist bekannt, daß es eine beliebte Praxis der Polizei ist, „Molotow-Cocktails" und anderes „belastende Beweismaterial" bei unliebsamen Personen und Gruppen heimlich von solchen eingeschlichenen Kreaturen deponieren zu lassen, um es tags darauf „zufällig" dort zu finden, worauf sie ihre Opfer für Jahre hinaus ins Gefängnis stecken können.) Die „Hauswache" der Besetzer wurde von Karatekämpfern zusammengeschlagen (Träger des Schwarzen Gürtels", wie die „Mopo" „stolz" meldete), im Haus wurde geschossen (ein Besetzer soll am Kopf schwer verletzt sein), nach kurzer Zeit waren viele Besetzer krankenhausreif geschlagen. Gefesselt wurden die Besetzer in die Polizeiautos geprügelt.

Als am Tag nach der Räumung spontan eine Demonstration durch Hohenfelde zog, ging die Polizei

Forts. nächste Seite



Nadelstichtaktik der Polizei: Brutal werden die Besetzer zur „erkennungsdienstlichen Behandlung" geschleppt.

Forts. von Seite 10

gegen die Demonstranten mit gezogenen Pistolen und Knüppeln vor (Kommentar der „Mopo“: „Kein Pardon der Polizei“). Brutal wurde der Zug auseinandergeknüppelt. Passanten wurden verprügelt, am Boden liegende Demonstranten noch weiter mit Knüppeln bearbeitet, weibliche Demonstrantinnen „an den Haaren gebändigt“ („Mopo“). Dennoch konnte die Polizei nicht verhindern, daß sich immer mehr Menschen sammelten, die bis spät in die Nacht noch diskutierten.

Die Hetze in der bürgerlichen Presse dient der Kriminalisierung der gesamten Linken

Den jugendlichen Besetzern lagen vielfältige Erfahrungen von Besetzungsaktionen aus anderen westdeutschen Großstädten vor, bei denen die Besetzer ebenfalls brutal aus den Häusern herausgeprügelt wurden. Um sich davor zu schützen, verbarrikadierten sie das Haus, schützten sich mit Helmen vor den polizeilichen Schlägern und verdeckten ihre Gesichter mit Tüchern, um sich so einer späteren Identifizierung zu entziehen.

Die äußeren Umstände dieser Besetzung – Verbarrikadierung, Helme und Gesichtschutz – boten der bürgerlichen Presse, allen voran Springers Schmierblättern, von Anfang an einen ausgezeichneten Vorwand, in faschistischer Manier gegen die Aktion der Jugendlichen zu hetzen, um gleichzeitig vom eigentlichen Problem der Sache abzulenken, nämlich der kapitalistischen Wohnungspolitik und ihren z.T. schon existenzgefährdenden Auswirkungen für die Bevölkerung.

Schon bei der Besetzung wurde über „dpa“ (Deutsche Presse-Agentur) an sämtliche Zeitungen in der BRD bekanntgegeben, „herumreisende Politrocker“, die die Bevölkerung terrorisierten, hätten das Haus besetzt. Die unglaublichsten Gruselgeschichten über die „Politrocker“ (sie verletzten kleine Kinder, greifen die Polizisten an, versetzen die Bevölkerung in Angst und Schrecken) werden z.B. in der „Bild“-Zeitung regelmäßig von dem provozierenden Schluß begleitet: „. . . und die Polizei sieht zu!“ Springers Blätter riefen offen zur Bildung einer faschistischen „Bürgerwehr“ auf (wenn die Polizei zu schwach ist, müssen wir uns vor diesen randalierenden Horden, diesen Schlägerbanden, eben selber schützen), die jugendlichen

den, diesen Schlägerbanden, eben selber schützen), die jugendlichen

Besetzer wurden in faschistischer Manier als Psychopathen, entlaufene Sträflinge, aufgedunsene Typen usw. diffamiert.



So schützt die Polizei das Eigentum der Bewobau

So schützt die Polizei das Eigentum der Bewobau

Bemerkenswert ist das „Zusammenrücken“ der sozialdemokratischen, liberalen und offen reaktionären bürgerlichen Presse in ihrer Hetzkampagne. In der Zeit der großen „Studentenunruhen“ hatt die „linksliberale“ und sozialdemokratische Presse noch zum Teil Partei für die revoltierenden Studenten ergriffen; noch in der Zeit der Baader-Meinhof-Fahndung hatten sich kritische Stimmen zur Hetzjagd gemeldet, bei der Hetzkampagne gegen linke Organisationen in der letzten Zeit waren sich alle, alle einig. Das deutlichste Beispiel für diese „Gleichschaltung“ ist wohl die „linke“ „Konkret“, die der „Bild“-Zeitung an Diffamierung der Hausbesetzer nicht nachstehen möchte: Unter der Überschrift „Der Wanderzirkus“ wird über die Hausbesetzung in Hamburg-Hohenfelde gemeldet: „Ein paar Wilde (!), die sich Kommunisten nennen, ziehen durchs Land. Schmeißen in Bonn Möbel und in Frankfurt Polizisten kaputt (!!). Zu Ostern kamen sie nach Hamburg. Aber nicht einmal die Polizei fiel auf sie herein (!!!).“

Die weitgehende „Gleichschaltung“ in der Argumentation ist zweifellos als Erfolg der faschistischen Hetze der Bourgeoisie zu werten. Wie Meldungen aus dem OKW (das faschistische „Oberkommando der Wehrmacht“) lesen sich denn auch die Berichte über die Räumung.

„Im Handstreich hatten sie die Festung genommen“, bejubelt das „Hamburger Abendblatt“ das brutale Vorgehen der Polizei, „die oft beschimpfte Polizei hat diesmal ein Meisterstück geliefert“, „ihr fiel das besetzte Haus innerhalb weniger Minuten in die Hände“, und Hamburgs Innensenator Ruhnau zeigte sich vom Verhalten seiner Beamten „begeistert“.

In dieser „Begeisterung“ war er sich einig mit der gesamten Hamburger Bürgerschaft (alle Fraktionen!). Die CDU hatte lediglich noch zu bemängeln, daß der Einsatz nicht schon früher gelaufen war.

Die Offensive der Bourgeoisie ist allseitig

Die Hetze und Demagogie in der bürgerlichen Presse, das provokative Vorgehen von Polizeikommandos usw. ist nicht nur gegen die Jugendlichen aus der Ekhofstraße gerichtet. Sie dient vielmehr der Abschreckung der Bevölkerung vor Widerstandsaktionen jeder Art, z.B. gegen das brutale Vorgehen der Haus- und Grundeigentümer. Diese Hetze fügt sich nahtlos ein in die laufende Hetzkampagne der Bourgeoisie gegen kommunistische Organisationen und Gruppen.

Insgesamt versucht die Bourgeoisie, Verbot und Zerschlagung aller linken und kommunistischen Gruppen anzusteuern. Damit versucht die herrschende Klasse einen Gegner auszuschalten, von dem sie befürchten muß, daß er die zunehmende Unruhe und den vielfältigen Protest der Bevölkerung gegen niedrige Löhne, hohe Preise und Mieten organisieren und ihnen eine politische Stoßrichtung geben kann.

Dasselbe Vorgehen finden wir heute bei den Gewerkschaftsführern, die gegen die Arbeiterlinke in Betrieb und Gewerkschaft vorgehen. Linke und kommunistische Arbeiter und Angestellte werden von den Gewerkschaftsführern bei ihren Kollegen diffamiert, an die Geschäftsleitung zwecks fristloser Kündigung ausgeliefert, um ihnen so auch noch jeden Rechtsschutz zu nehmen.

Auch die Kriminalisierung kommunistischer Organisationen läuft derzeit nach demselben Muster ab. Da werden in der bürgerlichen Presse die unglaublichsten Gruselgeschichten aufgetischt, da wird die „Sicherheit der Bevölkerung“ beschworen, die die Kommunisten angeblich gefährden, da werden kommunistische Organisationen mit genau den gleichen Vokabeln bedacht wie die jugendlichen Hausbesetzer aus der Ekhofstraße.

Mit ihrer gesamten Hetzkampagne gegen kommunistische und andere linke Organisationen, gegen Hausbesetzungen und Mieterstreiks, gegen spontane Streiks der Industriearbeiter usw. versucht die herrschende Klasse sich einer allgemeinen Entwicklung in der Bevölkerung entgegenzustemmen, von der sie langfristig eine Bedrohung ihrer Profite und Posten, ihrer Herrschaft über Staat und Gesellschaft befürchten muß.

AStA und Studentenwerk – in einem Boot mit SPD-Senat und Wohnungsunternehmen

Schützenhilfe bei der Räumung der Häuser erhielt die Bewobau vom Hamburger AStA (Allgemeiner Studentenausschuß) und vom Studentenwerk. AStA, Studentenwerk und Uni-Präsidium sind seit 1971 „im Sanierungsgeschäft tätig“. Seit dieser Zeit gibt es ein Abkommen mit Maklergruppen und Wohnungsunternehmen, in dem vereinbart wurde, daß in dem Zeitraum zwischen Zwangsräumung und endgültigem Abriß der Wohnungen in den Sanierungsgebieten (meistens ein bis zwei Jahre) Studenten in die Wohnungen ziehen können.

Nun ist es ja ein legitimes Bedürfnis der Studenten, wenigstens für kurze Zeit eine erschwingliche Wohnung zu haben. Entscheidend aber ist, daß AStA und Studentenwerk die Verträge so abgeschlossen haben, daß die Studenten aufgrund der „Nutzungsverträge“ außerhalb der – ohnehin minimalen – Schutzbestimmungen des Mietrechts stehen.

Nach den vom AStA/Studentenwerk bereitwillig abgeschlossenen „Nutzungsverträgen“ sind die Studenten nur noch beliebig austauschbare Objekte, die aufgrund ihrer völlig rechtlosen Situation und wegen der unerschwinglichen Mieten auf dem „freien“ Wohnungsmarkt für die Wohnungsunternehmen zu einer gut kontrollierbaren und jederzeit auswechselbaren Zwischenmieterschicht zur Sicherung maximaler Profite dienen.

Die „Nutzungsverträge“ sehen vor:

- vierwöchentliche Kündigungsfrist (z.T. bis zu 14 Tagen vor Abbruch)
- Das Wohnungsunternehmen übernimmt keine Gewähr für den baulichen Zustand.
- Das Studentenwerk hält das Wohnungsunternehmen von allen haftungsrechtlichen Ansprüchen frei.
- Ansprüche auf weitere Instandhaltung können nicht dem Wohnungsunternehmen gegenüber geltend gemacht werden.
- Bei Beendigung des Nutzungsverhältnisses hat das Studentenwerk das Nutzungsobjekt dem Wohnungsunternehmen geräumt zu übergeben, ohne daß Anspruch auf Ersatzwohnungen besteht.
- Das Studentenwerk haftet bei nicht fristgemäßer Räumung (bis zu 100 000,- DM haften die Beteiligten zu je einem Drittel, für Ansprüche über 100 000,- DM haften sie als als Gesamtschuldner).

Diese Vereinbarungen hat der AStA freiwillig abgeschlossen, und als „gute Geschäftsleute“ sorgen AStA und Studentenwerk auch gleich gründlich dafür, daß die Bestimmungen auch wirklich eingehalten werden. So fertigten AStA und Studentenwerk schwarze Listen über Mietrückstände an, so sprechen sie Kündigungen bei „unkontrollierbarer Überbelegung der Wohnungen besonders durch Ausländer (!) aus, sie sorgen dafür, daß die Verträge nur verlängert werden, wenn die Mieter polizeilich gemeldet sind, als Saubermann fordern sie die Mieter auf, „die Wohnung in einen Zustand zu versetzen, der den Anforderungen im Blick auf Ordnung und Sauberkeit in einem zivilisierten (!) Land genügt“, sie überwachen die politische Zugehörigkeit der Mieter zu einzelnen Gruppen, schicken sogar einem Studenten, der wegen „illegalen Aufenthalts in der BRD“ in Abschiebehaft sitzt, ein Kündigungsschreiben ins UG („es wurde uns mitgeteilt, daß Sie sich illegal in der BRD aufhalten. Unter diesen Umständen kann Ihnen das Studentenwerk einen Wohnraum nicht mehr zur Verfügung stellen . . .“). AStA und Studentenwerk betreiben also einen schwunghaften Menschenhandel mit Studenten, die sie kontrollieren, bespitzeln und einschüchtern und machen sich bereitwillig zum direkten Handlanger des reaktionären Ausländergesetzes.

Für die Spekulanten sind mit diesen Verträgen mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen:

- In dem Zeitraum, der für die Vertreibung der Altmieter notwendig ist, haben die Wohnungsunternehmen keine Verluste durch leerstehende Wohnungen.
- Die Wohnungsunternehmen brauchen für die Studenten keine Ersatzwohnungen zu besorgen.
- Die Studenten stellen ein Mieterreservoir dar, das aufgrund der Verträge völlig rechtlos ist.
- AStA und Studentenwerk sorgen für rechtzeitige Räumung (also kein Ärger und keine Verzögerung für die Hausbesitzer und maximaler Profit).

In dieser Eigenschaft tritt der AStA den Studenten als Vertreter der Kapital-Seite gegenüber, hinter dem sich die Spekulanten und Wohnungsunternehmen bestens verstekken können. Die Politik des Hamburger AStA entspricht in diesem Punkt genau den Vorstellungen des rechten CDU/CSU-Studentenbundes RCDS von studentischer „Sozialpolitik“. Allerdings wird der Hamburger AStA vom linkssozialdemokratischen SHB und revisionistischen MSB (Studentenorganisation der DKP) gestellt.

Daß AStA-Politik auf diesem Sektor auch anders aussehen kann, beweist der Frankfurter AStA. Er bemüht sich – z.T. mit Erfolg – den Kampf der Mieter gegen drohenden Abbruch ihrer Häuser zu unterstützen. Er unterstützt Hausbesetzungen von Arbeitern und Studenten und kämpft um die Aufhebung der Rechtlosigkeit der Studenten auf dem "freien Wohnungsmarkt". Auf der Grundlage dieses Kampfes konnten Arbeiter und Studenten dem SPD-Senat relativ günstige Wohnnutz-Verträge abringen, z. B. dürfen und durften eine Reihe Frankfurter Häuser jahrelang umsonst bewohnt werden. – Was noch mehr zählt, ist die Tatsache, daß die Politik des Frankfurter ASTA in diesem Punkt eine zunehmende politische Klarheit über das Wesen kapitalistischer Wohnungspolitik geschaffen hat und weiterhin schafft, während die Politik des reformistischen Hamburger ASTA sich bemüht, die Widersprüche die die kapitalistische Wohnungspolitik zwangsläufig hervortreibt, zu verschleiern und die arbeiter- und menschenfeindliche Politik des SPD-Senats abdeckt.

Auch in Hohenfelde mischte der ASTA kräftig mit. Nur glaubte hier die Bewobau zunächst, daß sie aufgrund ihrer guten Beziehungen zum Senat die Hilfe des ASTA nicht nötig haben würde, sondern die Räumung des gesamten Viertels schnellstens über die Bühne gehen könnte; eine Anfrage des ASTA, ob die freiwerdenden Wohnungen an Studenten vermietet werden können, wurde zunächst dankend abgelehnt.

Nach der Hausbesetzung wurde aber deutlich, daß der Abriß nicht so unkompliziert vor sich gehen würde. Darum wurden Bewobau und ASTA/Studentenwerk sich nun doch schnell handelseinig: Bis zum 31. März 1974 sollten Studenten in die bereits leerstehenden Häuser ziehen, bereits bestehende Mietverträge (Ekhofstr. 43) sollten bis zu diesem Zeitpunkt verlängert werden. So sollten vor allem weitere Besetzungsaktionen verhindert werden.

Die Harmonie zwischen Studentenwerk und der Bewobau wurde empfindlich gestört, als am 2.5. in einem Gespräch zwischen Bewobau, Studentenwerk und Initiativkreis Hohenfelde (eine Selbsthilfe-Organisation der Mieter), letzterer es ablehnte, die Wohnungen mit Studenten belegen zu lassen und stattdessen forderte, die Wohnungen mit Individual-Mietverträgen zu vergeben (der Initiativkries legte eine Liste mit Namen von bedürftigen vor) und die bisher erfolgten Kündigungen zurückzunehmen, und dann noch – wie die „Welt“ empört berichtete – andeutete, daß sie selbst Häuser besetzen könnten.

Die Vertreter des Studentenwerks und der Bewobau reagierten gleichermaßen sauer. Sofort nach der Räumung des besetzten Hauses Ekhofstr. 39 konnten ASTA/Studentenwerk wieder in Aktion treten. Die leerstehenden Häuser werden an Studenten vermietet, die Aktion hat damit, wie die sozialdemokratische "Hamburger Morgenpost" ("Mopo") zufrieden versicherte, ein zufriedenstellendes Ende gefunden.

Über die Wohnungspolitik ASTA/Studentenwerk liegt inzwischen eine Dokumentation vor, die von den Hausbesetzern zusammengestellt wurde. – Als die Hausbesetzer auf einem Teach-in ankündigten, sie würden bisher interne Dokumente über

einem Teach-in ankündigten, sie würden bisher interne Dokumente über

die "Wohnungs- und Sozialpolitik des Hamburger ASTA veröffentlichen, kam es zu Auseinandersetzungen mit Vertretern des MSB und SHB. Die Hausbesetzer holten sich die Akten und Unterlagen später aus der ASTA-Baracke. In einem Großeinsatz der Polizei (mit Hubschraubern, Stoppen eines U-Bahn-Zuges, Haussuchungen etc.) wurde versucht, die Akten noch vor ihrer Veröffentlichung zu beschlagnahmen. Der ASTA behauptete in einem Flugblatt, er habe auf eine Anzeige verzichtet, die Besetzer sagen, ASTA und Studentenwerk seien Auslöser dieser Großfahndung. Inzwischen dürfte geklärt sein, daß eine entsprechende Anzeige des ASTA gegen die Hausbesetzer Auslöser der polizeilichen Großfahndung war, die kurz nach dem Einstieg in die ASTA-Baracke bereits auf Hochtouren lief. Ziel dabei war, in jedem Fall die internen ASTA-Akten noch vor ihrer Veröffentlichung zurückzuschaffen und so eine Entlarvung der ASTA-Politik zu verhindern.

Die Politik der Reformisten und Revisionisten: Abwiegeln, Spalten, Verwirrung stiften

Auch das Haus Ekhofstraße 43 (neben dem besetzten Haus) ist vom ASTA und Studentenwerk mit Studenten belegt worden. Einige der Bewohner gehören der Mieterinitiative Hohenfelde an, die sich vor ca. 1 1/2 Jahren gebildet hat. Die Mieterinitiative hat versucht, gegen den Abrißterror der Bewobau den Widerstand der Bevölkerung zu mobilisieren. Durch Unterschriftensammlungen, Gespräche mit den Behörden usw. wollte man versuchen, wenigstens

Forts. Seite 17

Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

Am diesjährigen 1. Mai haben mehrere Millionen Arbeiter und andere fortschrittliche Menschen in vielen Ländern der Welt in Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sind, für die Durchsetzung ihrer unmittelbaren Belange und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen.

In den Ländern des Sozialismus feierten die Menschen die Erfolge des sozialistischen Aufbaus und demonstrierten auf vielfältige Weise ihre Solidarität mit dem Kampf des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker.

In der **VR China** nahmen allein in Peking mehrere hunderttausend Arbeiter und andere Werktätige an den Mai-Feiern teil, die auch in diesem Jahr wieder in Form eines Volksfestes begangen wurden. In Anwesenheit mehrerer tausend ausländischer Gäste und führender Vertreter der chinesischen Partei- und Staatsführung vergnügten sich die Menschen mit Sport und Tanz, sahen mit Interesse revolutionäres Theater und sangen begeistert die traditionellen Lieder ihres Kampfes.

In der **Demokratischen Republik Vietnam** konnte das Volk zum ersten Mal seit Jahren wieder Mai-Kundgebungen ohne die Bedrohung durch den Bombenterror der USA-Luftwaffe durchführen. Alle Mai-Feiern standen im Zeichen des Sieges über den US-Imperialismus. Zehntausende versammelten sich allein in den zerbomten Straßen Hanois und demonstrierten auf dieser ersten öffentlichen Massenkundgebung seit 1964 ihre Entschlossenheit, bis zum endgültigen Sieg über den US-Imperialismus und das reaktionäre Thieu-Regime den Kampf weiterzuführen. Ministerpräsident Pham Van Dong dankte in einer Ansprache allen Menschen in der Welt, „die uns in unserem ruhmreichen Kampf unterstützt haben."

In den Ländern des faschistischen Terrors **Spanien, Portugal, Griechenland** und der **Türkei** standen alle Aktionen der Arbeiter und anderer Kräfte des antifaschistischen Widerstandes wie bisher unter Verbot. Da sich die Arbeiter von der faschistischen Diktatur ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht zu demonstrieren, nicht verbieten ließen und auch nicht durch die Aufmärsche von Militär und Polizei eingeschüchtert werden konnten, ging es an vielen Orten gewaltsam zu.

In **Portugal** wurden fast hundert Antifaschisten bereits vor dem 1. Mai in die Kerker geworfen. Dieser Maßnahmen waren ausgedehnte Polizeirazzien vorausgegangen.

Trotz Verbot und dieser „Präventivmaßnahmen" wurde vor allem in Lissabon am 1. Mai demonstriert.

In **Spanien** wurden am 1. Mai zahlreiche Kundgebungen von Polizei und Militär überfallen, viele Demonstranten brutal mißhandelt und festgenommen. In Madrid wurde ein Agent der faschistischen Geheimpolizei von der aufgebrachten Menge erstochen. Am Vorabend des 1. Mai waren bereits bei SEAT in Barcelona (dem größten Industriebetrieb des Landes) 24 000 Arbeiter ausgesperrt worden. Mehrere Hundertschaften der Polizei besetzten das Fabrikgelände. Trotz der brutalen Vorgehensweise der Kapitalisten und ihres faschistischen Staatsapparates waren gerade die SEAT-Arbeiter auf Demonstrationen in Barcelona mit kämpferischen Parolen aktiv vertreten. Allein in Barcelona demonstrierten 16 000 Menschen!!

Bei einem Feuerüberfall wurden in der **mexikanischen** Provinzstadt Puebla drei Studenten von der Polizei erschossen, als sich in der Stadt mehrere hundert Menschen zu einer Mai-Demonstration formieren wollten.

Sieben Millionen Arbeiter, Angestellte und Studenten demonstrierten am 1. Mai in 850 Städten **Japans**, um die Erfolge ihres „Frühlingskampfes" zu feiern. Seit zehn Jahren hat die japanische Arbeiterklasse vor allem in den ersten Monaten des Jahres große Arbeitskämpfe für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen durchgeführt. In den diesjährigen Kämpfen, an denen sich in den Monaten März und April rund acht Millionen Arbeiter beteiligten, konnten bedeutende Lohnerhöhungen, höhere Ruhegehälter, kürzere Arbeitszeit und die Wiedereinsetzung des Streikrechts erkämpft werden.

Auf zahlreichen Massenversammlungen wurde der Rücktritt der reaktionären Regierung Tanaka und die Bildung einer fortschrittlichen Regierung von Sozialisten und Kommunisten gefordert.

In **England**, wo der 1. Mai kein gesetzlicher Feiertag ist, streikten weit über eine Million Arbeiter und Angestellte gegen die Angriffe auf ihre Lebensbedingungen und die gewerkschaftsfeindliche Politik der Heath-Regierung. Obwohl die englischen Gewerkschaftsführer diesen Kampf nicht unterstützten und zu spalten versuchten, gelang es den Arbeitern dennoch, bedeutende Teile der Industrie und des öffentlichen Lebens lahmzulegen und in Massenveranstaltungen ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. (Siehe auch unseren Bericht weiter unten!)

Ganz im Zeichen der bereits seit Monaten andauernden Arbeitskämpfe und Protestmärsche standen die Mai-Veranstaltungen in **Italien** und **Frankreich**.

Die größten Manifestationen der italienischen Arbeiterklasse gab es mit ungefähr 50 000 bzw. 100 000 Teilnehmern in Rom und Mailand. Größere Umzüge fanden auch in Turin, Bologna, Triest und anderen Städten statt. In Frankreichs Hauptstadt Paris versammelten sich auf zwei größeren Demonstrationen fast 100 000 Menschen.

Die konkreten Losungen des Kampfes, für die Millionen Menschen an diesem 1. Mai auf die Straße gegangen sind, waren entsprechend den besonderen Verhältnissen in den jeweiligen Ländern unterschiedlich – alle Aktionen richteten sich jedoch gegen das **Kapital** und die **politische Reaktion: Gegen Krieg und Imperialismus – für Frieden, Demokratie und Sozialismus!**

Überall dort, wo die Arbeiter und fortschrittliche Menschen aus anderen Schichten des Volkes ihre Meinung frei und unzensiert zum Ausdruck bringen konnten, betonten sie die Verbundenheit mit dem Kampf der unterdrückt gehaltenen Völker. In diesem Sinne war der

1. MAI

1. Mai 1973 ein Schritt nach vorn in der Verwirklichung der großen Losung:

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker – vereinigt euch!



Spanien: Faschistische Polizei und Militär gehen in Barcelona gegen Arbeiter vor

Der Appell der Bourgeoisie

Anläßlich des 1. Mai 1973 richtete das Deutsche Industrieinstitut im Auftrag des Großkapitals einen Appell an seine „Kollegen" von der DGB-Führung, „nicht über neuen Forderungen die gemeinsame Aufgabe zu vergessen, in der BRD die bewährten (!) Grundlagen des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts (!) gegenüber allen radikalen Kräften zu verteidigen."

Die bisher errungenen „Erfolge" seien „eindeutig der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Unternehmern in der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und nicht dem Klassenkampf zu verdanken".

Diese Willensäußerung traf sich gut mit den Vorbereitungen der DBG-Führer zu den gewerkschaftlichen Mai-Veranstaltungen: Ordnertrupps („die geballte Fäuste wieder gerade biegen"), so der Frankfurter DGB-Führer Reiss) und Polizei - Hundertschaften wurden zum „Schutz" der DGB-Kundgebungen bestellt – die Arbeiter in den Betrieben wurden mit Gruselgeschichten über „gewalttätige Extremisten" auf Zusammenstöße bei den Mai-Veranstaltungen „vorbereitet" und selbst zum Zupacken aufgefordert (siehe Bericht aus Frankfurt).

Bereits vor der Bourgeoisie hatte der DGB-Bundesvorstand in einer Erklärung zum 1. Mai als Leitlinie die Devise ausgegeben: „SOLIDARISCH ALLE VERSUCHE ZUR UNTERWANDERUNG DER DEMOKRATIE ABWEHREN . . ." (DGB-Nachrichtendienst vom 25. April 73).

Daß mit Ausnahme von einigen DKP-Schlägern und anderen verlumpten Elementen diesem Aufruf zur antikommunistischen „Solidarität" keine Arbeiter gefolgt sind, ist der Grund dafür, daß es innerhalb der Demonstrationen an diesem 1. Mai relativ friedlich zuging. Es ist jedenfalls nicht das Verdienst der Gewerkschaftsführer, sondern der Besonnenheit der Linken zu danken, daß sich aus „ordnenden" Übergriffen der Polizei (siehe Bericht über Köln) und Ordnereinsätzen an verschiedenen Orten keine Prügeleien entwickelten.

Die Antwort der DGB-Führer Leere Phrasen . . .

In fast allen größeren und mittleren Städten der BRD kamen zigtausende zu Kundgebungen und Demonstrationen zusammen, die von den Gewerkschaften oder von sozialistischen und kommunistischen Gruppen organisiert worden waren. Darin drückte sich erneut die gewachsene Kampfbereitschaft der Arbeiter aus, wie sie sich zuletzt vor allem in den zurückliegenden Tarifauseinandersetzungen gezeigt hat: spontane Arbeitskämpfe in bedeutenden Metallbetrieben, Ablehnung von Tarifabschlüssen in Urabstimmungen, Branchenstreik der Drukker.

Diese Entwicklung hat die Führer des DGB veranlaßt, in stärkerem Maße als in den vergangenen Jahren zu öffentlichen Kundgebungen und Demonstrationen aufzurufen und sich in ihren Reden mit scheinradikalen Phrasen an die „Spitze der Bewegung" zu setzen. Wenn z.B. DBG-Vorsitzender Vetter in München vor über 20 000 Demonstranten die Frage stellt, „ob unser Wirtschaftssystem auf der Grundlage des privaten Eigentums, der privaten Unternehmerentscheidung nicht langsam aber sicher seine Rechtfertigung verliert", so ist das nichts anderes als ein ganz demagogischer Spruch von einem Mann, dessen Existenz gerade mit diesem kapitalistischen System aufs engste verbunden ist.

Derartig radikal klingende Phrasen, die hier und da bei allen Festrednern des DGB gezielt eingemischt wurden, sollen die Arbeiter über die Taten der Gewerkschaftsführung hinwegtäuschen: Über die Tatsache z.B., daß die Führer aller DGB-Gewerkschaften in den zurückliegenden Lohnrunden Tarife abgeschlossen haben, die nicht einmal die gestiegenen Preise ausgeglichen haben, und daß sie dort den Arbeitern oft in den Rücken gefallen sind, wo diese sich das in Streiks zu holen versuchten, was ihnen die Geheimdiplomatie der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nicht bringen konnte.

In den wenigsten Fällen boten die offiziellen Veranstaltungen des DGB den Arbeitern die Möglichkeit, ihre Forderungen in der Weise zum Ausdruck zu bringen, wie sie das ohne die Bevormundung durch die Gewerkschaftsführung getan hätten. Redner waren allemal die Stars aus den Gewerkschaftsvorständen und Persönlichkeiten des „öffentlichen Lebens", aus den Betrieben sind kaum Kollegen zu Wort gekommen. Die Arbeiter brachten vor allem auf Transparenten und durch Sprechparolen ihre Kampfforderungen zum Ausdruck, soweit diese nicht der Zensur der Hauptamtlichen zum Opfer gefallen waren. Dort wo sich die Losungen des Klassenkampfes durchsetzten, scheuten die DGB-Führer nicht davor zurück, Demonstrationen zu spalten. So geschehen in Bremen, wo die Führer des DGB einen bereits aufgestellten Demonstrationszug von mehreren tausend Menschen aufzulösen versuchten.

. . . und Antikommunismus

In mehreren Städten der Bundesrepublik waren die von Sozialisten und Kommunisten angesetzten Demonstrationen verboten (u.a. Dortmund und Aachen). Die sogenannte „KPD", die seit mehreren Wochen vom Verbot bedroht ist, war nicht nur in der antikommunistischen Hetze der DGB-Führer die am meisten angegriffene Gruppe, sondern auf ihrer Demonstration in Dortmund tobten sich mehrere hundert Polizisten in einer wahren Knüppelorgie aus; ca. 60 Demonstranten wurden festgenommen. Demonstranten, die mit Bussen und Zügen nach Dortmund fuhren, wurden vor und in der Stadt von Polizisten mit Prügel am Aussteigen gehindert.

Zu allem Wortradikalismus und antikapitalistischen Tönen machte die DGB-Führung jedoch deutlich, daß sie mit beiden Beinen fest auf dem Boden der bestehenden Verhältnisse steht. Noch einmal Vetter:

„Die Arbeitgeber scheinen noch gar nicht gemerkt zu haben, daß wir (?) nicht allein bestimmen, sondern mitbestimmen wollen. Sie trampeln noch solange auf diesem „mit" herum, bis aus der Mitbestimmung eine Selbstbestimmung geworden ist."



Vietnam: In Hanoi – das vietnamesische Volk feiert den Sieg über die die US-Imperialisten

1973

Der Sozialismus, die Klassenherrschaft der Arbeiter wird von der DGB-Führung nicht als anzustrebendes Ziel gesehen, sondern als eine abzuwehrende Gefahr. Ganz im Sinne der Verteidigung der bestehenden Verhältnisse waren die massiven Angriffe auf oppositionelle und kommunistische Gruppen, die sich entweder an DGB-Veranstaltungen beteiligt oder die Arbeiter zu eigenen Demonstrationen aufgerufen hatten. Zu einer Spitzen-Leistung an Antikommunismus brachte es der DGB-Führer Heinz Richter, der in Regensburg auf kritische Zwischenrufe erwiderte: „Wir lehnen rechte Extremisten ab und ebenso ihre kommunistischen Abkömmlinge (!), weil wir wissen, daß im Prinzip kein Unterschied besteht zwischen Faschismus und Bolschewismus." (lt. „Süddeutsche Zeitung" v. 2. Mai 73)

Hamburg

Wie bereits im vergangenen Jahr gab es auch diesmal in Hamburg wieder vier Demosntrationen am 1. Mai. Mit rund 7500 Demonstranten (zusammengenommen) war die Beteiligung nicht größer als im Vorjahr:

+ An der vom Kreisjugendausschuß (KJA) des DGB und einer Vielzahl von Organisationen und Verbänden durchgeführten Demonstration beteiligten sich 4500 (nach Angaben der Veranstalter sollen es 6000 gewesen sein) – wovon etwa 800-900 im Sozialistischen Block marschierten, an dessen Spitze ein Lautsprecherwagen der Sozialistischen Studenten Gruppe (SSG) rollte.

+ Etwa 2400 Menschen waren dem Aufruf des KOMMUNISTISCHEN BUNDES (KB) gefolgt und demonstrierten durch die Arbeiterviertel Altona und Eimsbüttel.

+ Jeweils etwa 300 Demonstranten beteiligten sich an den Mai-Umzügen von „KPD" und der „KPD/ML".

Die offizielle Veranstaltung des DGB im „Congress Centrum Hamburg" wurde von 3000 Leuten besucht; eine größere Anzahl von Teilnehmern an der KJA-Demonstration, die keine Karten mehr bekommen hatten, wurden am Eingang abgewiesen.



Die Taktik der Hamburger DGB-Führer

Die Taktik der Hamburger DGB-Führer

Seit Jahren wird von der Hamburger DGB-Führung darauf verzichtet, am 1. Mai (wie auch sonst) gewerkschaftliche Demonstrationen durchzuführen. Seit zwei Jahren finden die offiziellen „Festlichkeiten" sogar im Saal vor geladenen Gästen statt.

In einer Erklärung des DGB-Kreisvorstandes wird diese Praxis vor allem mit zwei „Argumenten" legitimiert:

1. „ ...trotz der erheblichen finanziellen Aufwendungen und nachhaltigen Bemühungen des DGB ...ist die Zahl der Beteiligten seit Jahren rückläufig..."
2. Das Auftreten sozialistischer und kommunistischer Gruppen habe „das Ansehen des DGB und seiner Gewerkschaften zusätzlich herabgesetzt und geschädigt" und darüberhinaus hielte man gar nichts davon, „diesen radikalen Gruppen eine Plattform öffentlicher Wirksamkeit zu bieten."

Der schlichten Feststellung von der Rückläufigkeit der Teilnehmerzahlen an den Mai-Veranstaltungen des DGB kann nicht widersprochen werden.

Dazu zunächst einige Daten:

1968 und 69 hatten die Kundgebungen jeweils über 10 000 Teilnehmer
1970 vorm Gewerkschaftshaus waren es noch ca. 6000
1971 gab es lediglich eine Saalfeier mit rund 4000 Teilnehmern
1972 hatte die halb-„gewerkschaftliche" Demonstration des AZ 3-4000 Teilnehmer

Was aber sind die Ursachen für diese Entwicklung?

Diese Frage wird von der DGB-Spitze natürlich gar nicht erst gestellt.

Es ist logisch, daß von den Gewerkschaftsführern verschwiegen werden muß, daß i h r e Politik der Demobilisierung und Entpolitisierung mit dazu beigetragen hat, das Interesse der Arbeiter an gewerkschaftlichen Mai-Demonstrationen zu mindern.

Entscheidend jedoch ist, daß von den Massen (einschließlich der Gewerkschaftsmitglieder) der 1. Mai nicht mehr (besser: noch nicht wieder!) als Kampftag ihrer Klasse begriffen wird. Das ist nur ein besonderer Ausdruck des vergleichsweise niedrigen Niveaus der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und muß vor dem Hintergrund der gesamten Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche gesehen werden.

Auf der Grundlage dieser Bedingungen betreiben die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Politik – die natürlich auch am 1. Mai in Form und Inhalt unter dem Banner der Klassenversöhnung und nicht des Klassenkampfes steht.

Den 1. Mai wieder als Kampftag des internationalen Proletariats durchführen – das werden nur die sich ihrer Klasseninteressen bewußt werdenden Arbeitermassen tun.

Gegenwärtig kann aber noch keine Rede davon sein, daß es eine M A S S E N bewegung in diese Richtung gibt.

Wenn die Hamburger DGB-Spitze wie bereits im vergangenen Jahr diesmal wieder eine Demonstration mit halb-„gewerkschaftlichem" Charakter genehmigte, so muß das vor allem als Antwort auf das Wirken jener „radikalen Gruppen" verstanden werden, durch die die DGB-Führer ihr Image „herabgesetzt und geschädigt" sehen.

1971 war es nämlich so, daß dem Aufruf des SALZ (heute im KB) immerhin 4000 Menschen gefolgt waren – während die Saalveranstaltung des DGB von nur rund 4000 Leuten besucht wurde.

Am 1. Mai 1972 kamen die Gewerkschaftsführer dann auf den Trichter, einem abgeschlafften „Arbeitskreis" (AZ) am Rande der DGB-Jugend die Durchführung einer Mai-Demonstration zu „erlauben", damit „nicht alle zum KB rennen".

Die Mobilisierung zu dieser Demonstration wurde anderen, im wesentlichen der DKP überlassen. Der diesjährige Kuhhandel der Jugendgremien mit der Gewerkschaftsführung erbrachte einerseits den Aufruf zu einer Jugenddemonstration durch den KJA, andererseits eine Route, die um 8.30 Uhr durch die leere Innenstadt in Richtung Congress Centrum führte, um so die Aktivitäten für einen kämpferischen 1. Mai möglichst leerlaufen zu lassen. Nach und nach wurde dann vom DGB zu dieser Demonstration ein wenig aufgerufen. Das veranlaßte dann allen voran die DKP, dies als gewerkschaftliche Mai-Demonstration herauszuputzen. Die DKP tat noch ein übriges dazu, ihr Verständnis einer gewerkschaftlichen Demonstration zu zeigen; sie verzichtete weitgehend auf rote Fahnen und die SDAJ stellte einen Trupp auf, um den sozialistischen Block von dieser Demonstration abzudrängen.

DKP und SSG versuchten es so darzustellen, als sei die KJA-Demonstration Ausdruck davon, daß die gewerkschaftliche Basis geradezu zu einer Mai-Demonstration drängt. Dem Papier nach hätten laut DKP praktisch die Hälfte der Hamburger Gewerkschafter zur KJA-Demonstration kommen müssen. Dies wurde mit dem Aufruf einer Reihe von gewerkschaftlichen Gremien begründet. Insbesondere die Jugendgremien hatten zur KJA-Demonstration aufgerufen und mobilisiert, ohne daß allerdings diese Gremien größeren Einfluß besitzen.

Schenkte man der SSG Glauben, so hätte die Gewerkschaftsführung sogar „ihre liebe Not (!), damit den wachsenden Druck von der Basis abzufangen, ohne sich selbst zu isolieren" bzw. ginge es dem „Willen vieler fortschrittlicher Kollegen" entsprechend darum, diese „KJA-Demonstration zu einer Demonstration aller Arbeiter zu machen".

Der KB geht dagegen davon aus, daß es in den letzten Jahren verstärkt die Forderung nach einem kämpferischen 1. Mai gegeben hat, wie sie sich etwa in Hamburg in den sozialistischen Demonstrationen zum 1. Mai niederschlug, daß andererseits gegenwärtig die gewerkschaftlich organisierten Massen nur geringe Neigung zur Mai-Demonstration haben. Es kommt somit darauf an, durch die Agitation und Propaganda zum 1. Mai die Forderung nach einer w i r k l i c h e n gewerkschaftlichen Mai-Demonstration mit breiter Mobilisierung zu verbreitern und zu vertiefen. Da die halb-„gewerkschaftliche" Demonstration des KJA wesentlich auf Grund des Drucks von außen in den letzten Jahren zugelassen worden war, zog der KB daraus den Schluß, auch in diesem Jahr nicht darauf zu verzichten, eine Demonstration durchzuführen, die durch Zeitpunkt und Route möglichst viele Menschen erreichte.

Das trug dem KB von einigen Organisationen Anwürfe ein, wie „Gewerkschaftsfeinde" (DKP) oder KB im „Schmollwinkel" von der SSG. (Eine ausführlichere Auseinandersetzung über den 1. Mai in Hamburg wird in UNSER WEG 20 erscheinen.)



West-Berlin

Insgesamt waren in diesem Jahr am 1. Mai in Westberlin ca. 70 000 Menschen auf der Straße. Allein dem Aufruf des „Maikomitee '73", das im wesentlichen von der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins (SEW) bestimmt wurde, waren über 50 000 Arbeiter, Angestellte und Studenten gefolgt. Der kilometerlange Demonstrationszug führte durch die Arbeiterviertel Kreuzberg und Neukölln.

Der West-Berliner DGB dagegen hatte wie im letzten Jahr wieder zu einer Saalfete geladen. Mit einem „kämpferischen" Mai-Programm in geschlossener Gesellschaft, bestehend aus Tingel-Tangel-Musik und Liedern wie „Schön ist die Welt" versuchte er, die Arbeiter an ihrem Kampftag vor den Fernseher zu locken. Daß ihm das noch weniger als im letzten Jahr gelungen ist, beweist die deutlich gestiegene Zahl der Demonstranten.

Mit ihrer Entscheidung, unter „Ausschluß der Öffentlichkeit" im Saal zu „feiern", setzten sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ganz bewußt über den erklärten Willen der kämpferischen Berliner Arbeiter hinweg. Ebenso wie die Vertreterversammlung rischen Berliner Arbeiter hinweg. Ebenso wie die Vertreterversammlung der IG Bau, der Landesbezirkstag der IG DRUPA, der Hauptvorstand der GEW, die Jugendkonferenz der IG Metall u.a.m. protestierte auch der Bezirksjugendausschuß der ÖTV gegen die Entscheidung der DGB-Führer und forderte in einer beispielhaften Erklärung:

„*Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse, an dem die Lohnabhängigen machtvoll und solidarisch für ihre Forderungen demonstrieren. Nicht nur, weil es den guten Traditionen der Arbeiterbewegung entspricht, sondern in noch stärkerem Maße, weil die Arbeiterklasse und ihre Organisationen, die Gewerkschaften, in der kapitalistischen Gesellschaft ihre Forderungen nur durch steten kämpferischen Einsatz durchsetzen können, wäre es notwendig gewesen, daß der Landesbezirksvorstand des DGB am 1.Mai 1973 die Durchführung einer gewerkschaftlichen Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel beschlossen hätte.*"

Der BJA hält es „*angesichts der sich ständig verschlechternden Arbeits- und Lebensbedingungen, angesichts steigender Preise und sich verschärfender Auseinandersetzungen an der Tariffront geradezu für eine Verhöhnung unserer Kollegen und für eine ungeheure Zumutung für alle Gewerkschafter, wenn wir aufgefordert werden, am 1.Mai 1973 zusammen mit abgeschlafften Showstars wie Paul Kuhn und Olivia Molina auf einer billigen Variete-Veranstaltung die Traditionen und Inhalte des Kampftages aller Lohnabhängigen mit Füßen treten zu müssen.*"

Demgegenüber sah der BJA im „Mai-Komitee '73", „*welches zu einer Demonstration in Kreuzberg und Neukölln aufgerufen hat, eine anerkennungswürdige Initiative...*" Zum Schluß der Erklärung heißt es: „*Der BJA ist auch der Meinung, daß am 1. Mai 1973 vor allem konkrete Forderungen vertreten werden müssen und daß unverbindliche Diskussionsrunden unter weitgehend ausgewählten Kollegen ...., wie sie in der Messehalle ‚aufgeführt' werden sollen, nicht dazu beitragen, durch Mobilisierung die Kampfkraft der Gewerkschaften zu stärken.*"

Auch in diesem Jahr hatte die SEW relativ frühzeitig die Initiative zur Bildung eines „gewerkschaftlichen" Mai-Komitees ergriffen. Erwartungsgemäß ging sie jedoch auch in diesem Jahr keine Aktionseinheit mit Sozialisten und Kommunisten ein. Mokierte sich sogar die SEW-freundliche Wochenschrift „Berliner Extra-Dienst" über die **„ungeduldige Bevormundung"** durch ihre Genossen, die **„andere Linke verprellt, wenn ihnen zu deutlich (!) die Rolle des nützlichen Idioten oder gar des nutzlosen Idioten zugewiesen wird."** (ED, Nr. 35, 3.5.73)

Die Hälfte der Demonstranten (mehr als 25 000) marschierten im (mehr als 25 000) marschierten im Block der SEW. Der andere Teil in den Blöcken der sozialistischen Arbeiter- und Schülergruppen, der Betriebs- und Stadtteilgruppen, in den Reihen gewerkschaftlicher Gruppen, der ML-Hochschulorganisationen, der Trotzkisten und Anarchisten. Die gewerkschaftlichen Gruppen demonstrierten unter den Parolen „Gegen Mitbestimmungsillusionen und Sozialpartnerschaft – Für Klassenkampf!", „Kampf dem Kapital – Klassenkampf ist international!", „Gegen die ökonomischen und politischen Angriffe der Kapitalistenklasse – die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse!" u.a.m.

An diesem 1. Mai mischte auch die SPD mit. Deren „linke" Flügelleute und die Jusos veranstalteten eine eigene Demonstration, die eine Stunde vor der der anderen Gruppen begann und auf der gleichen Route entlangführte. Daran nahmen rund 5 000 Menschen teil. Diese Demonstration muß als Einstieg in die vom West-Berliner SPD-Vorstand propagierte „verstärkte Arbeit an der Basis" gewertet werden. Der Schwerpunkt soll dabei auf dem Aufbau von „Betriebsprojektgruppen" und an den Schulen liegen, um dem Einfluß der Kommunisten in diesen Bereichen entgegenzuwirken. Daß dieser Einstieg am 1. Mai '73 nicht so recht geglückt ist, zeigt die (für West-Berliner Verhältnisse) niedrige Teilnehmerzahl an dieser Demonstration.

Die „Parteien" („KPD", KPD/MLs) und ihre „Massenorganisationen" machten ihren Umzug wieder im Wedding. Die Teilnehmer waren wie immer zum größten Teil Studenten, die sich zu 6 000 dort eingefunden hatten.

KB-Gruppe Westberlin

1. Mai 1973

Frankfurt

Der DGB veranstaltete zum 1. Mai 73 in Frankfurt eine Kundgebung in der Innenstadt mit anschließender Demonstration zum Gewerkschaftshaus, an der sich etwa 8 000 Menschen beteiligten. Diese Zahl zeigt klar eine zunehmende Beteiligung von Kollegen innerhalb der letzten 3 Jahre: 1971 betrug die Teilnehmerzahl noch 1 000, 1972 waren es 3 000 Menschen.

Die Initiatoren eines „Roten 1. Mai-Komitees" organisierten eine Vordemonstration hin zur DGB-Kundgebung. Die Sympathisantengruppe der „KPD"-Rote Fahne hatte ebenfalls zu einer weiteren Vor-Demonstration aufgerufen, die jedoch verboten wurde.

Auf der DGB-Kundgebung wies ein spanischer Redner während der einleitenden Begrüßungsansprachen von Sprechern der ausländischen Kollegen darauf hin, daß der kürzlich von der IGM gefaßte sog. „Extremisten-Beschluß" ein gefährliches Instrument darstellt, das zur Abspaltung und Isolierung der fortschrittlichen und revolutionären Arbeiter dienen soll und damit der Schwächung der Arbeiterklasse, indem man sie gerade ihrer besten Kräfte beraubt.

In seiner Rede, die er zunächst in deutscher Sprache hielt, übte er auch Kritik an der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung. Den örtlichen Gewerkschaftsgrößen paßte diese Kritik gar nicht; sie versuchten – allen voran Willi Reiss – den Spanier am Reden zu hindern und ließen ihm keine Gelegenheit, sich in Spanisch

allen voran Willi Reiss – den Spanier am Reden zu hindern und ließen ihm keine Gelegenheit, sich in Spanisch
an seine Landsleute zu wenden.

Auf die Redenzweier DGB-Funktionäre folgte eine Ansprache des Frankfurter SPD-Oberbürgermeisters Rudi Arndt. Sie ging weitgehend unter in den Protesten anwesender Kollegen und linker Gruppen. Das Image des hemdsärmeligen Rudi, der es „packt und schafft und macht", verfängt nicht mehr so ohne weiteres, seit seine Anordnungen und sein Vorgehen gegen Hausbesetzer und Mieterproteste einiges an Kritik und Ablehnung hervorrief.

Den scheinradikalen Phrasen des SPD-Führers erteilten die Demonstranten mit Sprechchören und Pfeifkonzerten eine deutliche Abfuhr. Einige Gruppen hatten es für ulkig gehalten, den Oberbürgermeister mit rohen Eiern einzudecken – von denen zwar nicht er selbst, sondern sein Parteifreund Reiss und einige der stämmigen Ordner getroffen wurden.

Im Anschluß an die Kundgebung bildete sich ein Demonstrationszug, der durch weitgehend leere Straßen der Innenstadt zum Gewerkschaftshaus marschierte. Der gesamte Zug war – wie auch im vergangenen Jahr – geprägt von Spruchbändern mit fortschrittlichen Parolen, die z.B. die Forderung nach konsequenter Klassenpolitik in den Gewerkschaften und gewerkschaftlicher Demokratie enthielten. Auch die ausländischen Kollegen beteiligten sich mit starken Blöcken. Die Spanier riefen auf zur internationalen Solidarität und forderten die Aufhebung des Verbots der KPD; die Griechen zogen in ihren Parolen Parallelen zwischen dem Berufsverbot für Kommunisten in der BRD und den Methoden der diktatorischen Machthaber in ihrem Heimatland.

In den Sälen des Gewerkschaftshauses fanden anschließend Veranstaltungen der ausländischen Kollegen statt.

Vor dem DGB-Haus hielt ein Vertreter des „Roten 1. Mai-Komitees" eine ‚inoffizielle' Abschlußrede, in der er Kritik an der Politik der Gewerkschaftsführung übte.

Weitgehend isoliert blieben die Sympathisanten der „KPD"-Rote Fahne, die weiter bis ins Arbeiterwohnviertel Gallus zogen.

1. Mai - à la SPD

„Hier (am 1. Mai) muß es sich zeigen, daß die Arbeitnehmer bereit sind, für Veränderungen zu kämpfen." „Jedes aktive Gewerkschaftsmitglied ist aufgefordert, in Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz auf die Wichtigkeit der Teilnahme an den Maiveranstaltungen des DGB hinzuweisen". – Dies erklärt der DGB-Kreisvorsitzende Willi Reiss in Mai-Aufrufen, die Gewerkschafter wiederholt in der Frankfurter Innenstadt verteilten.

In Betrieben, z.B. bei Teves, Ffm., hingen 1. Mai-Plakate am Schwarzen Brett und wurden die Kollegen für die Teilnahme an der 1. Mai-Kundgebung des DGB agitiert. Auch die bürgerliche Presse schrieb Artikel zum 1. Mai.

Hinter dieser Mobilisierung stand jedoch nicht etwa ein Bemühen um die Stärkung von Bewußtsein und Handeln der Arbeiterschaft, sondern sie hatte vielmehr zum Ziel, eine Hetze gegen Linke und vor allem gegen linke Gewerkschafter oder gar kommunistische Gewerkschafter zu organisieren.

Beispielsweise wurde die Agitation für die Teilnahme an der DGB-Kundgebung unter den Teves-Kollegen so durchgeführt, daß eine massenhafte Beteiligung der Kollegen notwendig sei, um „es den Linken mal zu zeigen und zu geben".

Auch die Äußerungen vom DGB-Kreisvorsitzenden Reiss in der Presse zielten in dieselbe Richtung. Er warnte: „Zum erstenmal müssen wir auf unserer Maikundgebung mit einer ernsten Konfrontation rechnen. Doch ich rechne auch damit, daß die Arbeitnehmer diese Gefahr nicht so gelassen zur Kenntnis nehmen, als wenn die Apfelsinen teuerer würden" (FR 27.4.1973). Und Reiss kündigte an, daß geballte Fäuste wieder geradegebogen werden sollten: „Wir haben Leute als Ordner ausgewählt, die man nicht umpusten kann. Jeder Ansatz von Gewalt wird im Keim erstickt".

Daß die DGB-Führer darüber hinaus noch den Staatsapparat zur Verteidigung „ihrer" Mai-Veranstaltung gerufen haben, zeigten Kundgebung und Demonstration in der Frankfurter Innenstadt: In zahlreichen Seitenstraßen standen mehrere Hundertschaften Polizei mit Wasserwerfern und in voller „Kampfausrüstung" bereit, um auf Geheiß der SPD/DGB-Führer hin mit den „Störern" aufzuräumen.

Die Anwesenheit der Bereitschaftspolizei in bedrohlicher Nähe der Demonstranten deutet wohl darauf hin, daß die DGB-Führer an den Erfolg ihrer reaktionären Formierungsversuche selbst nicht so recht glauben mochten.

Als Vorwand für die Drohungen und polizeistaatlichen Vorbereitungen nahmen die SPD/DGB-Führer die Ankündigung mehrer „Mai-Komitees" oppositioneller Arbeiter und sozialistischer Studenten, auf der offiziellen Kundgebung die Forderungen des Klassenkampfes auf ihre Weise zu propagieren und in der anschließenden Demonstration im Block unter roten Fahnen und kämpferischen Losungen zu marschieren.

Flankendeckung erhielten die DGB-Führer, wie auch anderenorts, von den DKP-Revisionisten.

Das von den „Arbeitern" der Frankfurter DKP unterzeichnete Pamphlet, das in hoher Auflage verteilt wurde, spricht wohl für sich:

FÜR DIE EINHEIT DER GEWERKSCHAFTEN

FÜR DIE EINHEIT DER GEWERKSCHAFTEN

ERKLÄRUNG VON BETRIEBSRÄTEN UND GEWERKSCHAFTSFUNKTIONÄREN DER DKP, FRANKFURT/MAIN:

"In der Bundesrepublik versuchen anarchistische Gruppen, wenige Tage vor dem 1. Mai die Gewerkschaften zu spalten und zum Sturm auf die Gewerkschaftshäuser aufzurufen.

In der Universität Frankfurt werben die gleichen anarchistischen Gruppen für die Bildung der 'Revolutionären Gewerkschaftsorganisation (RGO)'. Sie fordern mit scheinrevolutionären Phrasen dazu auf, die Maikundgebung der Gewerkschaft in Frankfurt umzufunktionieren.

ZUR FREUDE VON STRAUSS & CO.

Diese Aktivitäten, die sich unter Mißbrauch des Namens der von der Adenauer-Regierung verbotenen KPD abspielen, sind objektiv das Produkt der Feinde der Arbeiterklasse. Wenn es diese Gruppen nicht gäbe, Strauß, Barzel, Dregger und die Unternehmerverbände müßten sie erfinden und finanzieren, denn sie betreiben die Geschäfte der äußersten Reaktion.

In Zeiten, wo die Kampfkraft der werktätigen Bevölkerung wächst, wo in Tarifkämpfen sichtbar wird, daß solidarisches Handeln gegen Unternehmerwillkür notwendiger denn je ist, leiten die Aktionen der Spaltergruppen Wasser auf die Mühlen der Konzern- und Bankherren. Jene leben gut, wenn Arbeiter und Angestellte uneinig und zerstritten sind.

HILFE FÜR DIE KAPITALBESITZER.

Die Politik der Spaltergruppen dient auch den rechten Kräften in der Arbeiterbewegung. Jene, die die Arbeiterinteressen den Kapitalinteressen unterordnen wollen, gehen unter Hinweis auf das anarchistische Treiben ein engeres Bündnis mit den Kapitalbesitzern ein. Sie reden von 'Gemeinwohl und von Volksinteressen' dort, wo vom notwendigen Kampf der Arbeiter gegen die Monopolmacht gesprochen werden muß.

FÜR STARKE GEWERKSCHAFTEN.

Wir, die Mitglieder der DKP, die in Fabriken und Büros die Stimmung unserer Kollegen und Mitarbeiter seit vielen Jahren kennen, sagen angesichts der abenteuerlichen Politik der anarchistischen Kräfte:
Seid Euch bewußt, wer zur Spaltung der Gewerkschaften aufruft, stellt sich außerhalb der Arbeiterbewegung. Wer zum Sturm auf die Gewerkschaftshäuser aufruft, weckt Erinnerungen an das Jahr 1933, wo die SA in die Gewerkschaftshäuser eindrang und damit die Geschäfte der Großindustrie betrieb.
Seid Euch bewußt, Ihr bringt den politischen und sozialen Kampf in Verruf, Ihr arbeitet den Feinden der Arbeiterklasse in die Hände. Ihr treibt die arbeitende Bevölkerung an die Seite der Kräfte, die in unserem Land mit Notstandsgesetzen und Polizeigewalt Friedhofsruhe schaffen wollen und mit Berufsverbot Demokraten und Sozialisten verfolgen.
Was jetzt angesichts der Unternehmerwillkür und der Preistreiberei, der Bodenspekulation und des Mietwuchers, des Berufsverbots und der Bildungsmisere gebraucht wird, ist das einheitliche solidarische Handeln der Arbeiter und Angestellten und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen.

Gegen die Strategie der Konzerne und des Großkapitals gilt es, die Strategie der Einheit der Arbeiterinteressen zu setzen. Was die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Monopole braucht, sind starke einheitlich handelnde Gewerkschaften.

DAFÜR TRETEN WIR EIN

Günther Arndt, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft Holz und Kunststoff; Günther Becker, Betriebsratsvorsitzender; Emil Carlebach, Gewerkschaftsdelegierter; Etti Gingold, Mitglied des Frauenausschusses; Egon Glorim, Betriebsrat; Alfred Heinze, Vertrauensmann; Günther Herzberg, Betriebsratsvorsitzender; Helga Jähnert, Betriebsrätin; Rudi Jähnert, Betriebsrat; Manfred Keller, Vertrauensleute-Vorsitzender; Helmut Knippel, Vertrauensmann; Hans Löffler, Personalratsvorsitzen-

KB-Gruppe Frankfurt

Wilhelmshaven

"Nach langer Pause wurde in diesem Jahr auch in Wilhelmshaven wieder eine 1. Mai-Demonstration durchgeführt. Kollegen aus den Betrieben, die ein Mai-Komitee gebildet hatten, riefen dazu auf. Mitgetragen wurden u.a. die Parolen:
"7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich", "Gegen Lohnleitlinien und Konzertierte Aktion", "Einheitliche lineare Lohnerhöhungen für alle Kollegen", " 600 DM Existenzlohn für alle Lehrlinge" und "Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in Ausbildung und Betrieb".
Die Demonstration war mit ca. 250 Kollegen nicht sehr stark, aber immerhin ein Anfang.
Seit langem schon wird von Gewerkschaftsmitgliedern – hauptsächlich der Gewerkschaftsjugend – versucht, den 1. Mai wieder zum Kampftag zu machen ... Dieses Jahr haben einige Kollegen die Initiative selbst in die Hand genommen.
Die Gewerkschaftsführung, die als einziges Argument gegen eine Mai-Demonstration bisher immer gebracht hatte, es würde ja doch keiner kommen, zeigte nun, daß das nicht der wahre Grund für ihre Ablehnung ist:

* Sie setzte sich mit Betriebsräten und anderen in Verbindung, die im Betrieb Kollegen davon abhalten sollten, den Aufruf des Mai-Komitees zu unterschreiben.
* Sie behauptete auf einer gemeinsamen Sitzung des DGB-Kreisvorstandes mit dem KJA, daß sich alle Mitglieder des Mai-Komitees gewerkschaftsschädigend verhalten würden und drohte Konsequenzen an.
* Mit aller Kraft versuchte sie in den Betrieben (z.B. bei Olympia), Kollegen von der Teilnahme an der Mai-Demonstration abzuhalten.
* Sie verlangte von Mitgliedern des Mai-Komitees, sie sollten ihre Unterschrift unter den Mai-Aufruf zurückziehen und sich gegen das Komitee auszusprechen.
* Sie ging sogar soweit, zu versuchen, Mai-Komitee-Mitglieder durch die Geschäftsleitung einzuschüchtern."

(nach einem Flugblatt des KB - Wilhelmshaven)

Ein Genosse, der an dieser Demonstration teilgenommen hat, schreibt uns dazu aus Wilhelmshaven: „*Man zog durch die wenig belebten Straßen. Einmal wurde noch zu einer kurzen Ansprache angehalten, wo ein Sprecher der Lehrlinge des Marine Arsenals WHV deren Forderungen zusammenfaßte. Dann ging es weiter in Richtung Kurpark, in die Nähe der DGB-Kundgebung, wo die Versammlung für aufgelöst erklärt wurde. Die meisten Demonstranten beteiligten sich noch an der DGB-Veranstaltung, an der etwa 2000 (zumeist ältere) Menschen teilnahmen. Die Rede unter dem Motto „MIT...MIT...MIT..." eines DGB-funktionärs war wenig zündend, sogar recht schlaff.*

Natürlich verteidigte er mit starken Worten diesen Staat und seine Ordnung – und wenn er nicht direkt auf die Demonstration von morgens Bezug nahm, so brachte er seinen Antikommunismus anders an. Sozialisten u.a. nannte er „Utopisten, die diesen Staat zerstören wollten" usw. Am Schluß kam er dann noch auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der IG DRUPA und IGM zu sprechen und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die anderen Gewerkschaften in nächster Zeit nachziehen würden." ■



Bremerhaven

„Es ist erreicht!", konnte sich die Bremerhavener DGB-Führung sagen, nachdem die 1. Mai-Veranstaltung in ihrem Sinne glatt über die Bühne gegangen war. Es scheint sich bestätigt zu haben, was einige DGB-Funktionäre schon vor dem 1. Mai lauthals prophezeit hatten: „Die Arbeiter wollen ja nicht mehr". Damit wurde ja auch begründet, daß diesmal keine Demonstration mehr stattgefunden hat.

In der Tat waren unter den knapp 400 Anwesenden in der Waldschenke überwiegend DGB- und SPD-Funktionäre – „einfache" Kollegen kaum vertreten. Das den Arbeitern anzulasten, ist allerdings ein ganz besonders dämlicher Trick der DGB-Führer. Hatten sie schon im letzten Jahr mit dem ungünstigen Zeitpunkt und der völlig unzureichenden Mobilisierung auf möglichst geringe Beteiligung an der Demonstration hingearbeitet, so war in diesem Jahr tatsächlich von vornherein klar, daß die Resonanz in der Arbeiterschaft noch geringer sein würde. Wen wundert es, daß die Kollegen lieber zu Hause bleiben, als zu einer Saalfeier mit Starrednern und SPD-Prominenz zu gehen?

Ganz in Übereinstimmung mit der spießigen Waldschenken-Atmosphäre befand sich dann auch der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr. Ohne das näher zu begründen, behauptete er, daß die Arbeiter heute andere als die traditionellen Formen des Kampfes wählen müßten, um ihre Lage zu verbessern. Muhr konnte zwar nicht umhin, festzustellen, daß „der grundsätzliche Gegensatz . . . von Besitzern und Nichtbesitzern der Produktionsmittel . . . nicht überwunden" ist. Er mußte jedoch diese Feststellung, der nicht widersprochen werden kann, im nächsten Atemzug wieder umstoßen („Die Wirtschaft, das sind nicht allein die Unternehmer, die Bankiers . . . Die Wirtschaft – das sind wir alle!"), um nach dieser „Einleitung" rasch auf die Mitbestimmung zu sprechen zu kommen. Dabei sei an Klassenkampf nicht im entferntesten gedacht, denn „wir sind . . . zur Überwindung der Klassengegensätze angetreten. . ." (Muhr).



Forderungen der Gewerkschaftsjugend

Einen „kämpferischen Akzent" versuchten Mitglieder der Gewerkschaftsjugend und des KB der Veranstaltung zu geben, indem sie auf Spruchbändern die aktuellen wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterklasse trugen.

Es ist allerdings zu überdenken, ob auf diese Weise der erklärten Absicht der DGB-Führer, den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse zu begraben, in Zukunft wirkungsvoll begegnet werden kann. Wenn im nächsten Jahr nicht aus den Betrieben heraus die Forderung nach einer Demonstration entwickelt wird, werden die DGB-Führer keine Veranlassung sehen, den 1. Mai anders als in diesem Jahr zu gestalten. ■

KB/Gruppe Bremerhaven

Göttingen

Jedes Jahr wieder demonstrieren Arbeiter, Angestellte, Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten am 1. Mai für die Forderungen der Arbeiterklasse. Jedes Jahr wieder versucht die Gewerkschaftsführung, diesen Kampftag der Arbeiterklasse auszunutzen, um für ihre Politik der friedfertigen Sozialpartnerschaft bei den Kollegen Unterstützung zu finden. Jedes Jahr
legen, die für e [illegible]
der Gewerkschaften eintreten, ver-

suchen, daß der 1. Mai nicht zum Feiertag der Sozialdemokratie wird.

Klare Sicht schaffen

Das war das Ziel, mit dem die Kommunistische Arbeitergruppe Göttingen (KAG) ihre Branchenpresse für die Kollegen der Metall- und Druckindustrie zum 1. Mai herausgab und den Verkauf des ARBEITERKAMPF organisierte. Klare Sicht über die Lage der Arbeiterklasse und über ihre Gegner, die Kapitalisten und ihre Verbündeten in der Führung der Gewerkschaften, klare Sicht über die Angriffe der Kapitalisten und des Staates auf die Arbeiterklasse, klare Sicht auch über die Versuche der Spaltung und Schwächung der Gewerkschaften, die die Gewerkschaftsführung durch ihre Kommunistenjagd betreibt.

Betrachtet man nun den diesjährigen 1. Mai, so gibt es keinen Grund zu feiern oder zu jubeln. Wenn auch SPD-DGB-Führer Siegfried Krüger „kein Bein an die Erde kriegte", wenn auch die Singgruppe „Kurve Links" mit ihrem Lied „Hätten wir die Mitbestimmung – wär' das nicht passiert" Pfiffe und schallendes Gelächter erntete, wenn auch rote Fahnen und Arbeiterlieder dem Ganzen ein gutes Aussehen gaben, können jedenfalls wir nicht übersehen, daß diesen Protest wenige Kollegen, aber viele, viele Studenten unterstützten, und wir dürfen die Unterstützung der studentischen Kollegen und Genossen nicht verdrehen und sagen: „Die Göttinger Arbeiterschaft erteilte der verräterischen Politik der DGB-Führung eine Abfuhr".

Dieser 1. Mai war bis auf die Zwischenrufe fest in der Hand der Gewerkschaftsführung. Die Vorbereitung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Transparente wurden im Kreisvorstand beschlossen, für die Demonstration dann auch andere „geduldet". Bis zum 30. April leistete der DGB-Kreisvorstand keinerlei Mobilisierungsarbeit, der Ortsvorstand der IG Druck und Papier weigerte sich gar, für die Forderungen der Arbeiter am 1. Mai zu demonstrieren. „Solange die Gefahr besteht, daß dort linke Gruppen ihr Süppchen kochen", will die Göttinger DruPa-Führung vom 1. Mai nichts wissen.

Zu wenig war dieser 1. Mai von den Kommunisten und den aktiven Gewerkschaftern, auch von den Genossen und Sympathisanten unserer Organisation, in den Betrieben vorbereitet worden, viel zu nachlässig wurde die Frage des 1. Mai in den gewerkschaftlichen Gremien, in Arbeitskreisen und Jugendgruppen der Einzelgewerkschaften diskutiert. Doch unsere Forderungen: **Setzen wir den Kapitalisten die Einheit von Arbeiterschaft, Vertrauensleuten und Betriebsräten entgegen!** und **Gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie – für eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften!** nutzen nicht viel, wenn sie nur in unseren Zeitungen stehenbleiben oder wenn sie auf Transparenten durch die Straßen getragen werden. Diese Parolen müssen rein in die Betriebe und die Gewerkschaften, mit ihnen muß gearbeitet werden. Da müssen wir mehr tun, das war noch zu wenig.

Dennoch kamen mehr als 2 000 Menschen zur Demonstration und über 3 000 Zuhörer nahmen an der abschließenden Kundgebung auf dem Marktplatz teil. Mit dem Mai-Motto „Mitdenken – Mitbestimmen – Mitverantworten" fand der DGB-Kreisvorsitzende Krüger keine Zustimmung, seine Einleitung zur Kundgebung ging in den Sprechchören unter: **„Macht den Unternehmern Dampf – nicht Mitbestimmung – Klassenkampf"**.

Der Jugendvertreter Otmar Köhler formulierte als wichtigste Aufgaben den Aufbau einer gemeinsamen Kampffront von Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen. Viel Beifall konnte seine Rede ernten, als er forderte, die Gewerkschaften nicht nur zahlenmäßig, sondern auch politisch zu stärken. Trotz der Zensur dieser Rede durch den Kreisvorstand war klar, was gemeint war: Gegen die spalterische Kommunistenjagd und die partnerschaftliche Lohnpolitik der Gewerkschaftsführung die Arbeiterpolitik der Gewerkschaften zu stärken.

Ein „smarter" Professor aus Dortmund versuchte zum Schluß der Kundgebung noch den Mitbestimmungsgedanken zu retten, indem er sagte, Mitbestimmung sei kein Verzicht auf Klassenkampf, sondern der Kampf der Gewerkschaft um Mitbestimmung sei selbst schon Teil des Klassenkampfes. Umsonst. Sprechchöre **„Macht den Unternehmern Dampf – nicht Mitbestimmung – Klassenkampf"** verschluckten die Worte des Gastredners des DGB-Kreisvorstandes.

Der KBG (Kommunistischer Bund Göttingen, der dem Zirkelblock um KB Bremen und NRF Heidelberg angehört) feiert diesen 1. Mai schon als „einen deutlichen Aufschwung der Arbeiterbewegung und der wachsenden Stärke der Kommunisten" und schwärmt von „einem Meer von roten Fahnen und klassenkämpferischen Parolen". **Die Genossen jubeln, wie so oft, am Kern der Sache vorbei.**

Der Unmut, der in den Parolen gegen die Mitbestimmungsillusion der Gewerkschaftsführung zum Ausdruck kam, erfaßte allerdings auch einen größeren Teil der Kollegen. Denn auf dem Hintergrund der Niederlagen in den hinter uns liegenden Tarifrunden, auf dem Hintergrund der „Mit"-Täterschaft der Gewerkschaftsführung an diesem Lohnraub, ist die Hoffnung in die sozialpartnerschaftliche Mitbestimmung stark angeschlagen. Hier muß unsere weitere Politik ansetzen, um die klassenkämpferische Linie in den Gewerkschaften zu stärken. ■

KAG Göttingen

1.Mai 1973

Köln

Bereits in der Vorbereitung der 1.Mai-Veranstaltungen hatten die örtlichen DGB-Führer in Zusammenarbeit mit der Lokalpresse versucht, eine antikommunistische Front gegen die Initiative mehrerer linker Gruppen zu einer kämpferischen Mai-Demonstration aufzubauen. Mit Gruselgeschichten aus der Mottenkiste des Antikommunismus sollte die Stimmung für gewaltsame Zusammenstöße hergestellt werden.



Die sozialistischen Gruppen hatten angekündigt, im eigenen Block an der offiziellen Demonstration des DGB teilnehmen zu wollen (nach Lesart der bürgerlichen Presse „in den Demonstrationszug... eindringen"(!), so der KÖLNER STADTANZEIGER vom 1./2.Mai.

Ganz offensichtlich in Absprache mit der Kölner DGB-Führung tauchten bei Demonstrationsbeginn mehrere Hundertschaften Polizei auf und spalteten den sozialistischen Block von der übrigen Demonstration ab. Höhnisch berichtet der KSA zwei Tage später:

„Pünktlich um 9.15 Uhr hatte sich die Spitze des Demonstrationszuges am Ebertplatz in Marsch gesetzt...Kaum aber hatte die letzte Gruppe des offiziellen DGB-Zuges den Sudermannplatz passiert, als die Polizei den bis dahin angehaltenen Querverkehr für einen Augenblick freigab. Der bis dahin dicht aufgeschlossene Marschblock der Linksradikalen geriet ins Stocken, die Chaoten saßen im Chaos (!) fest – so lange, bis der aufgestaute Autoverkehr wieder abgeflossen war und die Polizei den Marschweg wieder freigeben konnte (? !)."

Auf dem Kundgebungsplatz am Neumarkt, den der abgespaltene Teil der Demonstration erst mit großer Verspätung erreichte, versuchten wiederum zwei Hundertschaften Polizei, die Demonstranten zu spalten. Auch hier erhielten die „Ordnungshüter handfeste Unterstützung durch die DGBST (DGB-Schlägertruppe).

Inhaltlich näher auf die Darlegungen des Festredners E. Frister (GEW-Vorsitzender) einzugehen, wäre Platzverschwendung, da sie aus den gleichen Phrasen und antikommunistischen „Abgrenzungen" bestanden wie die Reden der DGB-Größen andernorts.

In Köln ist es den DGB-Führern in diesem Jahr mit Hilfe des Staatsapparates gelungen, die im Block aufgetretene Linke von der Masse der Demonstranten abzuspalten. **Die fortschrittlichen Arbeiter werden auf der Grundlage dieser konkreten Erfahrungen Bilanz ziehen und für andere Anlässe eine zweckmäßige Taktik ausarbeiten müssen** ■

Bremen

Durch die Erfahrungen des vergangenen Jahres gewarnt, als in Bremen rund 15 000 Menschen unter roten Fahnen und den Forderungen des Klassenkampfes demonstrierten und damit dem Mitbestimmungsschwindel der DGB-Führer eine klare Absage erteilten, haben die Bremer DGB-Führer in diesem Jahr von vornherein nichts unversucht gelassen, die einheitliche Kampffront der Arbeiter von vornherein zu vereiteln – und am 1. Mai selbst die einheitliche Demonstration zu spalten.

Entsprechend dem Beschluß der Kreisjugendkonferenz, den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse durchzuführen, hatten sich insbesondere junge Gewerkschafter und Arbeiterjugendliche engagiert. In den Betrieben wurden Forderungen diskutiert und festgelegt.

Der Kreisvorsitzende des Bremer DGB, Erwin Schmidt, verbot daraufhin dem Kreisjugendausschuß des DGB jegliche Aktivität zur Vorbereitung des 1. Mai. Er würde nicht so gern unter roten Fahnen marschieren, meinte Schmidt.

Daß DGB-Schmidt mit dieser Meinung durchaus die Stimmung des kämpferischen Teils der Bremer Arbeiterschaft getroffen hatte, zeigte sich bereits bei der Aufstellung des Demonstrationszuges am 1. Mai auf dem Bremer Osterdeich: Etwa 6000 – 7 000 Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten hatten sich hinter die kämpferischen Parolen und unter die roten Fahnen gestellt, die von Gewerkschaftern und Genossen des Kommunistischen Bundes Bremen getragen wurden.

Als die Gewerkschaftsführer erkennen mußten, daß die absolute Mehrheit der Demonstranten sich für die Forderungen der Arbeiterklasse entschieden hatte, beschlossen *„fünf vorher (!) bestimmte Vertreter* (der örtlichen DGB-Führung, Anm. d. Red.) *nach kurzer Beratung..., den Mitgliedern zu empfehlen, sofort auf dem kürzesten Wege zum Domshof zu gehen und die Kundgebung zu beginnen."* („Bremer Nachrichten". vom 3. Mai)

Dieser Schritt der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bedeutete die offene Spaltung der gewerkschaftlichen Mai-Demonstration – er ist in seiner Art „absolute Spitzenklasse" in der ohnehin auf Sabotage, Desorientierung und Spaltung der Arbeiterkampffront gerichteten „offiziellen" Gewerkschaftspolitik.

Sehr zum Leidwesen der DGB-Führer folgten diesem Aufruf nur 1 500 – 2 000 Demonstranten, vor allem DKP-Leute und andere Sozialdemokraten. Die Bremer DKP-Größen wieselten durch die Reihen, um ihre Leute herauszuziehen und Kollegen (u.a. den Block der KLÖCKNER-Arbeiter) ebenfalls zur Spaltung anzustiften. Bei den Arbeitern erhielten die Revisionisten eine klare Abfuhr.

Während die DGB-Spitze in aller Eile auf dem Domshof „ihre" Kundgebung über die Bühne brachten, demonstrierten rund 5 000 Menschen durch die Straßen Bremens. Als dieser Marsch am gleichen Platz endete, war die offizielle Veranstaltung bereits beendet.

„Sprecher des KBB führten daraufhin eine kurze Kundgebung durch. Auf dieser Kundgebung wurden die Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrükkung, für die Verteidigung der Lebensbedingungen und Sozialismus ausgedrückt. Die Spaltungsmanöver des DGB-Vorstands wurden von mehreren Rednern, die ihre Stellungnahme vortragen konnten, verurteilt. Die Kundgebung wurde durch das gemeinsame Singen der Kampflieder der Arbeiterklasse beendet." (aus einem Flugblatt des KBB nach dem 1. Mai)

ANTIKOMMUNISMUS UND AUSSCHLUSSTERROR – BREMER DGB-FÜHRER LAUFEN AMOK

Noch dicker als am 1. Mai selbst, kommt es jetzt in der nachträglichen „Abrechnung". Die Gewerkschaftsführer, in ihrer „Ehre" zutiefst getroffen, haben eine beispiellose Kampagne gegen alle konsequenten Gewerkschafter (vor allem gegen Genossen des KBB) eingeleitet.

In lügenhafter Weise begründeten die DGB-Führer ihr Vorgehen zunächst damit, daß Arbeiter aus Metall- und Hafenbetrieben den Abbruch der Demonstration verlangt hätten. Der Presse gegenüber wird er deutlicher, um was für „Kollegen" es sich dabei gehandelt hat. Schmidt: **„Es war weder dem Gewerkschaftsvorstand (!) noch mir (!) zuzumuten, einen Demonstrationszug anzuführen, in dem so viele rote Fahnen mit Hammer und Sichel getragen wurden."**
(„Weserkurier", 3. Mai 73)

Um die eigene Pleite zu vertuschen und den Erfolg der klassenbewußten Gewerkschafter herabzumindern wird sogar von Schmidt die offenkundige Lüge aufgetischt, daß die sogen. KPD ihre für Dortmund geplante Demonstration abgesagt hätte und versucht habe, *„die Teilnehmer auf andere Orte umzuleiten. In Norddeutschland sei dafür Bremen...ausersehen worden. Also traf man sich hier (!)!"* („Bremer-Nachrichten", 3. Mai 73)



Von dieser unverschämten und nicht mal geschickten Verlogenheit bis zur Diffamierung der 5 000 Demonstranten als „Ultra-Linke". „Anarcho-Kommunisten" und „Maoisten" („Bremer Nachrichten"), bis hin zur jetzt laufenden Ausschlußwelle in verschiedenen DGB-Gewerkschaften ist es natürlich nicht mehr weit:

* Die Bremer GEW-Führung hat als erste durch ihren Vorsitzenden Mews erklären lassen, daß die Anwesenheit von Kommunisten und anderen fortschrittlichen Gewerkschaftern nach diesem 1. Mai in „seiner" Gewerkschaft „nicht länger zu ertragen ist". (BN)

  „Mews betonte, daß damit nicht Angehörige der DKP gemeint seien, die sich 'in vorbildlicher Solidarität' (!) an die von der Gewerkschaft beschlossenen Losungen gehalten haben."
  (BN, 3. Mai '73)

  Da Ausschlüsse von Kommunisten aus Satzungsgründen nicht möglich seien, ziehe die GEW-Führung die Spaltung der bestehenden Organisationen vor. Laut BN wollen die GEW-Führer einen neuen Verein aufmachen.
* Der nächste Schlag traf den Kreisjugendausschuß (KJA). Am 11. Mai lösten die DGB-Führer dieses Gremium auf und verboten seinen Mitgliedern im Namen des DGB zu sprechen. In der Begründung für diese Maßnahme hieß es;

  „Der KJA ist maßgeblich vom KBB bestimmt." Und weiter: „Die jugendlichen DGB-Mitglieder werden von revolutionärer Kaderarbeit verblendet (!)."
* In mehreren Einzelgewerkschaften laufen derzeit Ausschlußverfahren gegen eine ganze Reihe von Kollegen (so u.a. in der Deutschen Post Gewerkschaft und der IGM) wegen deren Beteiligung an der Mai-Demonstration.

Es liegt auf der Hand, daß die hier geschilderten Maßnahmen erst der Beginn einer Kampagne der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer sind, die auf die vollständige Zerschlagung einer konsequenten Klassenpolitik überhaupt gerichtet ist. ■

1. Mai 1973

Dortmund

Während im vergangenen Jahr rund 90.000 Menschen zur zentralen Kundgebung des DGB in Dortmund zusammenkamen, waren es am 1. Mai dieses Jahres nur magere 5.000 die sich um 10.30 Uhr im Westfalenpark versammelten. In einer Art "Sternmarsch" führten 4 Demonstrationszüge zum zentralen Kundgebungsplatz, wobei der Marsch der HOESCH-Arbeiter mit 1000 Teilnehmer wohl noch der stärkste war.

Kennzeichnend für alle Demonstrationen und die anschließende Kundgebung war, daß kaum rote Fahnen zu sehen waren, die DGB-Mitbestimmungsparolen überwogen und Ansätze zu Sprechchören immer wieder versickerten.



Knüppel frei – s' ist 1. Mai



Knüppel frei – s' ist 1. Mai

Insgesamt ein sehr unlustiges und wenig kämpferisches Bild.

Die DGB-Führer hatten mit starken Ordnertrupps (die z.T. durch DKP/SDAJ-Leute verstärkt wurden) für eine "ordnungsgemäße" Durchführung "ihrer" Veranstaltung gesorgt. Um ihre Treue zu diesem kapitalistischen Staat auch in aller Deutlichkeit zu demonstrieren, hatten die Gewerkschaftsführer schwarz-rot-goldene Fahnen en masse austeilen lassen, die dann auch die "Mit dem Kapital ..."-Parolen aufs Schönste ergänzten.

Ein recht anschauliches Bild vom Charakter der gewerkschaftlichen Mai-Veranstaltungen in Dortmund vermittelt ein Bericht unserer Genossen, die dort den ARBEITERKAMPF verkauften:

"Zur dritten Demonstration trafen die Genossen kurz nach 9.00 Uhr in der Hochofenstraße ein. Dort wurden wir von Bullen angehalten, die wissen wollten, wo wir herkämen, was wir zu verkaufen hätten und ob noch mehr von uns in Dortmund seien. (Diese Fragen bezogen sich auf die von der sogenannten "KPD" in Dortmund organisierte und verbotene Demonstration, Anm. AK-Red.)

Die Demonstration begann ebenfalls mit zwei Musikzügen, um die sich anfangs 30 - 40 Leute versammelt hatten. Zu diesem Zeitpunkt wurde nur ein Flugblatt der DGB-Jugend verteilt. Während des Marsches wurde die Demonstration ständig größer. Offenbar stießen auf der Strecke die Züge von anderen Abmarschorten zu dieser Demonstration. Insgesamt umfaßte der Zug gegen Ende 2.000 bis 3.000 Personen. Auch hier gab es keine roten Fahnen, sondern nur schwarz-rot-goldene. Dazu gab es kleine DGB-Schilder mit den bekannten Sprüchen. Ausnahme war auch hier ein SDAJ-Block mit Transparenten gegen die Berufsverbote. Sprechchöre gab es überhaupt nicht.

Auf dieser Demonstration verteilten auch alle anderen Gruppen ihre Flugblätter und Zeitungen ("KPD", KPD/ML, SDAJ und ML-BOCHUM). Als wir versuchten, den ARBEITERKAMPF innerhalb der Demonstration zu verkaufen, wurden wir von DGB-Ordnern aufgefordert, entweder die Zeitungen einzupacken oder die Demonstration zu verlassen ...

In Gesprächen wurde von einigen Demonstranten die Meinung geäußert, daß die Demonstration dieses Jahr nicht sehr doll sei.

Im Westfalenpark hatten sich ca. 5.000 - 7.000 Leute zur Kundgebung eingefunden. Nachdem zunächst einige Stücke Big-Band-Jazz à la Kurt Edelhagen gespielt und sodann von einem Mädchen-Chor ein unbedarftes Liedchen gesungen wurde (was alles sehr passend war), hielt IGM-Vorstandsmitglied Hans Preiss die Ansprache. Diese Rede hielt sich voll und ganz im Rahmen dessen, was man auch sonst von den Gewerkschaftsführern zu hören gewohnt ist. Eingangs ging er auf den 1. Mai 33 und die anschließende Zerschlagung der Gewerkschaften ein und wies auf die "Verantwortung der Gewerkschaften bei der Erhaltung des demokratischen Rechtsstaates" hin. Sodann erteilte er allen "Gewaltpredigern" eine Absage und beschwor den Kampf für Frieden, Demokratie und soziale Reformen - wobei er lobend die Ostpolitik der Brandt-Regierung hervorhob. Im Folgenden ging er "schwer" mit den Kapitalisten ins Gericht, die für den zunehmenden Verlust der Stabilität verantwortlich seien und die "lohnpolitische Zurückhaltung" der Gewerkschaften nicht entsprechend honoriert hätten. In diesem Zusammenhang wandte er sich auch gegen die Politik des Wirtschaftsminister Friderichs (Helmut Schmidt nannte er wohlweislich nicht) und erneuerte die Forderung nach Mitbestimmung."

Diese Rede von Preiss fand bei den Zuhörern so gut wie keine (auch keine negative) Resonanz.

Ebensowenig wie oppositionelle Kräfte auf den verschiedenen Demonstrationen erwähnenswerten Einfluß nehmen konnten, spielten sie auf der Kundgebung eine Rolle. Zwar versuchten rund 200 Mitglieder und Sympathisanten der Gruppe "KPD" am Rande für ihre Veranstaltung am Nachmittag zu werben – das wurde jedoch kaum zur Kenntnis genommen. Wenn die Zeitung der sogenannten "KPD" "Rote Fahne" in Nr. 18 dieses Jahres berichtet: *"Er* (der oppositionelle Block, die Red.) *marschierte mit in den Westfalenpark, wo ein Genosse eine kurze Kundgebungsrede hielt, der die Massen (!) mit Interesse zuhörten ...",* so ist das eine hahnebüchene Übertreibung.

Mit derartigen Phantastereien können sich die Linken nicht mal selbst dienen – geschweige denn der Sache der Arbeiterklasse.

"KPD" - Demonstration von der Polizei zerschlagen

Die Gruppe "KPD" hatte unter anderem nach Dortmund zu einer ihrer zentralen Demonstrationen aufgerufen, die hier wie auch in Frankfurt verboten wurden.

Mit dem Vorwand, daß von d i e s e r Demonstration Gewalt ausgehen würde, hatte die Polizei von vornherein angekündigt, daß man in jedem Fall jede Ansammlung verhindern und auflösen werde. Entsprechend waren die Vorbereitungen:

- Aus zahlreichen (auch entfernteren) Städten waren Bereitschaftspolizisten nach Dortmund zusammengezogen worden – insgesamt mehr als 2.000.
- Alle nach Dortmund führenden Straßen und Autobahnen waren durch Straßensperren "gesichert". Mehrere Hundert Demonstranten wurden bereits außerhalb Dortmunds an der Weiterfahrt und damit an der Teilnahme an der Demonstration gehindert.
- Bahnhöfe wurden ebenso "kontrolliert" wie öffentliche Busse.

Alles, was nach potentiellen Demonstranten aussah, wurde ohne weiteres festgehalten, gefilzt und zeitraubenden "Prüfungen" unterzogen. So u.a. auch KB-Genossen, denen über 100 ARBEITERKÄMPFE abgenommen wurden, deren Personalien festgehalten wurden – die schließlich bis zum Abend in Dortmund bleiben mußten, bis sie einen Teil der Zeitungen zurückbekamen. Wie sehr die Polizisten auf ihren Einsatz gedrillt waren, zeigt die Reaktion des Beamten, der uns die Zeitungen abnahm: **"Wir können das nicht unterscheiden, ob Sie von der "KPD" sind oder nicht. Die Zeitungen sind vorläufig sichergestellt!"**

Unsere Genossen berichten:

"Gegen 12.00 Uhr befanden sich auf dem Nordmarkt, einem kleinen Park im Arbeiterviertel Nordstadt, ca. 200 – 300 Demonstranten. Um den Nordmarkt herum und auf den gegenüberliegenden Straßenseiten standen abwartend nochmals ein paar Hundert Menschen. Ältere Kollegen sah man kaum.

An allen Ecken des Platzes waren Polizisten postiert, in den Seitenstraßen standen eine Reihe von Mannschaftswagen und Polizeiomnibussen bereit. Über dem Platz kreiste ständig ein Polizeihubschrauber ...

Dann wurden Demonstranten und Zuschauer per Lautsprecher aufgefordert, den Platz zu räumen, da die Demonstration verboten sei. Gleichzeitig fuhren mehrere Wasserwerfer und Mannschaftswagen auf. Der größte Teil der Demonstranten verließ nach mehrmaliger Aufforderung den Platz und versuchte, sich in einer Nebenstraße zu formieren. Dabei kam es zu einer Schlägerei, bei der zwei Menschen niedergeschlagen wurden – weil die Bullen versuchten, die Straße abzuriegeln.

Die Demonstranten lösten sich auch hier auf und zogen in kleinen Gruppen zum Hauptbahnhof – die Bullen in ihren Wagen hinterher.

Gegenüber dem Hauptbahnhof sammelten sich die Demonstranten auf der Freitreppe. Hier wurden dann auch die "Partei"-Fahnen entrollt.



"Schwarz-rot-gold" – die dominierenden Farben in Dortmund

Der Platz vorm Bahnhof war sofort von allen Seiten durch Polizeiketten abgeriegelt. Als eine Bullenkette näher heranrücken wollte, erfolgte ein lautes Pfeifkonzert der Zuschauer am Bahnhof, unter denen sich auch eine Reihe älterer Kollegen befanden. Die Bullen zogen sich daraufhin wieder zurück. Nach dem abschließenden Singen der "Internationale" löste sich die Versammlung auf."

Im Verlauf dieser Demonstration wurden ca. 60 Demonstranten festgenommen und weit mehr z.T. brutal zusammengeschlagen, als unsere Genossen beobachten konnten. ■

England
Am 1. Mai – in England kein Feiertag – streikten über zwei Mil-
Die Gewerkschaftsführung war
10 000 Kollegen, obwohl der Ma-

England

Am 1. Mai – in England kein Feiertag – streikten über zwei Millionen Arbeiter und Angestellte. Zigtausende beteiligten sich an zahlreichen Demonstrationen gegen das Antistreikgesetz und den Lohnstop der konservativen Tory-Regierung.

Unter dem Druck der Mitgliedermassen hatte die Führung des TUC (Dachverband des größten Teils der englischen Gewerkschaften) im April dazu aufgerufen, am 1. Mai einen Generalstreik gegen die arbeiterfeindliche Politik der Tory-Regierung durchzuführen.

Von da an tat die Gewerkschaftsführung allerdings alles dafür, das Zustandekommen einer breiten Massenbewegung zu sabotieren:

Einerseits rührte sie keinen Finger, um die Mitglieder zu einer breiten Protestaktion zu mobilisieren. Zum anderen tat sie aber alles, um im Interesse der Kapitalisten mit der Regierung eine Politik gegen die Arbeiter auszumauscheln. Dabei kümmerte sie sich einen Dreck um die zahlreichen Beschlüsse aus den Betrieben, die eine konsequente Ablehnung des Antistreikgesetzes und des Lohnstops forderten.

So hatte z.B. die Vollversammlung der Eisenbahnergewerkschaft (AUEW = Amalgamated Union of Engineering Workers) im Februar eine Resolution verabschiedet, in der sie ihren Generalsekretär Hugh Scanlon aufforderte, „beim TUC darauf zu drängen, in keinem Fall an Diskussionen mit der Regierung über den Lohnstop teilzunehmen". Eine Ablehnung des Antistreikgesetzes wurde schon 1971 beschlossen.

Scanlon hingegen – der als „linker" Gewerkschaftsführer gilt – gab auf einer Pressekonferenz kurz danach bekannt, er wäre der Ansicht, daß nur einige „Änderungen" am Antistreikgesetz vorgenommen werden müßten.

Außerdem sprach Scanlon davon, eine „freiwillige Politik auf der Basis dessen, was angeboten wird" (von der Regierung) – also auf der Grundlage des Lohnstops! – herauszuarbeiten.

Die Gewerkschaftsführung war so voll auf die von den Kapitalisten gewünschte Linie eingeschwenkt. Das kam auch zum Ausdruck, als die TUC-Führung offiziell erklärte, ein Proteststreik am 1. Mai sei „unnötig".

Die bürgerliche Presse tat ihr übriges dazu, die Arbeiter zu entmutigen. Unter Schlagzeilen wie „Die Zustimmung zum Streik brökkelt ab" wurden Gerüchte verbreitet, immer mehr Belegschaften hätten sich gegen einen kämpferischen 1. Mai ausgesprochen.

Trotz der verräterischen Politik ihrer Führer und der Stimmungsmache durch die bürgerliche Presse organisierten große Teile der englischen Arbeiter ihre eigenen Protestaktionen zum 1. Mai:

London: Mehr als 20.000 Arbeiter und Angestellte demonstrierten durch die Stadt.

Birmingham (eine der größten Industriestädte in Mittelengland): 500 000 streikten, 20.000 demonstrierten. Es war die größte Demonstration in Birmingham seit dem Generalstreik 1926. Die Fabriken Austin, Rover, Pressed Steel, Fisher, Lucas, Dunlop und viele andere große Auto- und Metallbetriebe waren geschlossen.

Überall in den kleinen Industriestädten um Birmingham fanden Demonstrationen statt. So demonstrierten in Dudley 500, in Wolverhampton mehr als 2 500, in Walsall 700, in Stoke-on-Trent 2 000 Arbeiter und Angestellte. Das riesige Michelin -Werk in Stoke-on-Trent mußte schließen.

Oxford: Sämtliche Werke der British-Leyland Autoindustrie mußten geschlossen werden, weil 25 000 Kollegen in Streik getreten waren. Eine 1000 Mann starke Demonstration marschierte durch die Innenstadt.

In ganz Schottland streikten insgesamt 250 000 Arbeiter, sämtliche Autofabriken und Werften waren geschlossen.

In Glasgow, der größten Stadt in Schottland, demonstrierten mehr als 10 000 Kollegen, obwohl der Magistrat die Demonstration verboten hatte. Es war die erste Demonstration in Glasgow seit 50 Jahren. In der Küstenstadt Dundee (nördlich von Glasgow) streikten 20 000 Arbeiter der Michelin-Werke, der Timex-Fabriken, der Robb Caledon-Werft und der National Cash Register-Fabriken. ? 000 demonstrierten durch die Stadt.

In Southwales waren 50 Kohlengruben geschlossen. In Swansea (eine Küstenstadt in Wales) streikten 9 000 Eisenbahner, Hafenarbeiter, Metallarbeiter und 800 Postler. Eine 8 000 starke Demonstration marschierte durch Cardiff.

Ein weiteres Streik-Zentrum war das Industriegebiet um Manchester und Liverpool im Nordwesten Englands.

In Manchester streikten über 30 000 Drucker, Hafenarbeiter, Bauarbeiter und Busfahrer. 4 000 Arbeiter demonstrierten.

In Liverpool streikten mehr als 60 000 Arbeiter der Ford-, Lucas-, Dunlop-, Vauxhall- und Triumph-Werke. Die Kaianlagen und Lösch-Betriebe mußten schließen. 12 000 Mann demonstrierten.

Auch im Nordosten in Newcastle und Middlesborough streikten rund 15 000, vor allem die Werften waren betroffen.

In der Hafenstadt Hull waren Kai- und Löschanlagen geschlossen, Maschinenfabriken ebenfalls. 24 000 streikten.

Dies sind nur die größten Streiks und Demonstrationen, die am 1. Mai in England von den Arbeitern und Angestellten durchgeführt wurden. Aber schon diese Zahlen vermitteln einen Eindruck von der Stärke der spontanen Arbeiterbewegung in England. Die massiven Angriffe von seiten der Kapitalistenklasse und der erbärmliche Verrat durch die Gewerkschaftsführung konnten die Arbeiterklasse Englands nicht daran hindern, ihren Protest gegen die arbeiterfeindliche Politik der Tory-Regierung in Massenveranstaltungen zum Ausdruck zu bringen. ■

Polizeiterror gegen Hausbesetzer

Forts. von Seite 11

die rechtlichen Möglichkeiten für die Mieter voll auszuschöpfen und sich nicht einfach einschüchtern zu lassen. (Bis zur Hausbesetzung war dieses Vorgehen allerdings erfolglos geblieben.)

In dieser „Mieterinitiative" gaben bislang einige DKP-Mitglieder in Zusammenarbeit mit wenigen SHB- und Juso-Studenten politisch den Ton an. Allerdings existierte diese „Mieterinitiative" im wesentlichen nur als einflußloser Popanz ohne Verbindung und Rückhalt in der Bevölkerung. Die sich in den letzten Wochen schnell verschlechternde und bedrohlich werdende Wohnsituation in Hohenfelde brachte der „Mieterinitiative" dann plötzlich die langersehnte Verbindung mit den Mietern der vom Abriß bedrohten Häuser der Ekhofstraße: viele Mieter traten der Initiative als Mitglieder bei.

Der ständig sich verschärfende Polizeiterror, besonders gegen die jugendlichen Besetzer des Hauses Ekhofstr. 39 und schließlich dessen brutale Räumung durch das Polizeigroßaufgebot führten zu ständigen Reibereien und schließlich zur politischen Spaltung der Mieterinitiative. Etwa 75 % ihrer Mitglieder solidarisierten sich mit den jugendlichen Hausbesetzern und unterstützten diese auch. Die DKP und ihr sozialdemokratischer Anhang (SHB- und Juso-Studenten) isolierten sich vollständig, da für sie eine Solidarisierung mit den Besetzern nicht infrage kam, sondern nur eine "deutliche Abgrenzung".

Dieser DKP-Flügel hatte von Anfang an ein gestörtes Verhältnis zur Hausbesetzung, störte diese Aktion durch ihre "legalen" Verhandlungen mit den Behörden. So unternahmen z. B. die Reformisten und Revisionisten alle Anstrengungen, die Bewohner des benachbarten Hauses Ekhofstr. 43 ja nicht in den "Verruf" kommen zu lassen, sie seien auch Besetzer oder hätten sonst irgendetwas mit diesen zu tun. Schließlich hatten sie ja ihre "rechtmäßigen" Mietverträge von ASTA/Studentenwerk. Am 9. Mai 1973 veranstalteten sie einen "Mieter-Initiativ-Tag" mit Bier und Brause und auch die Polizei war herzlich eingeladen. Man forderte zur selbsttätigen "Fassadenverschönerung" der Häuser (der Bewobau) auf.

Während also die Besetzer und Anwohner einem systematischen Terror der Polizei ausgesetzt waren, während die Polizei ständig versuchte, die Bevölkerung durch Ausweiskontrollen etc. von Sympathiebekundungen mit den Besetzern abzuhalten, wird sie von diesen Leuten als "Diskussionspartner" eingeladen. Als ob die "Argumente" der Polizei nicht deutlich genug gewesen waren.

Es erschienen dann auch tatsächlich 2 hohe Beamte, davon war der eine der Einsatzleiter Kleve, der am 4.5.1973 eine verschlossene Tür in der Ekhofstr. 43 eingetreten hatte, um seinen Beamten zu ermöglichen, die Feuerleiter des besetzten Hauses wegzunehmen.

Die „Solidarität" der Revisionisten und Reformisten sah (genau wie die Solidarität in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der Hetze gegen die gesamte linke Bewegung) so aus, daß sie sich in der Agitation, die sie betrieben, in der rechtsopportunistischen Ecke versteckten, um ja nicht in den Verdacht zu kommen, „Radikale" zu sein. Ganz „neutral" werden in dem Flugblatt zum „Mieter-Initiativ-Tag" „mehrere gewaltsame Zwischenfälle durch Polizisten und (!) einige Besetzer" verurteilt und man protestiert auch ein bißchen – nicht etwa gegen das Vorgehen der Polizei (Eintreten der Tür), sondern: „Der Initiativkreis verurteilt besonders die Einbeziehung (!) des von regulären (!) Mietern bewohnten Hauses Ekhofstr. 43 in die Aktionen der Polizei", als Forderung wird aufgestellt: „sofortige Instandsetzung der beschädigten Feuerleiter" (!!!)

Das Flugblatt gipfelt dann in einer Anbiederung beim Senat: „Wir begrüßen den Entschluß des Senats, alte Viertel Hamburgs vor dem Zugriff von Bodenspekulanten und finanzstarken Interessen zu schützen" (!). Wie dieser Schutz aussah, konnten die Bewohner der Ekhofstr. dann am Tag der Räumung mit verfolgen: Fenster und Türen des besetzten Hauses wurden herausgerissen, das Dach abgerissen (obwohl noch eine Altmieterin im Haus wohnte) und die Abbruchleute gingen auch gleich noch in die Häuser Nr. 43 und 41, um die dort leerstehenden Wohnungen zu zerstören, wovon sie nur durch Diskussion mit den Bewohnern abgehalten werden konnten. Revisionisten und Reformisten „danken dem Senat, daß er alte Viertel Hamburgs vor dem Zugriff von Bodenspekulanten schützen will ..."

Das massenfeindliche Vorgehen der DKP wurde noch einmal besonders deutlich an den Vorbereitungen zu einer Demonstration, die am Sonnabend stattfand.

Verschiedene linke Hamburger Organisationen hatten sich noch am Abend nach der Räumung zusammengefunden, darunter auch die DKP-Leute aus der Mieterinitiative Hohenfelde, sowie Kollegen aus den vom Abbruch bedrohten Häusern. Einstimmig wurde beschlossen, einen Wachdienst vor den betroffenen Häusern aufzustellen, da damit gerechnet werden mußte, daß die Bewobau Abrißtrupps in die Häuser schicken würde. Eine Protestdemonstration für Sonnabend wurde ebenfalls einstimmig beschlossen.

Am nächsten Tag fand erneut eine Versammlung von Vertretern verschiedener Organisationen statt, auf der die weiteren Bedingungen (Reden, Parolen, Transparente etc.) vereinbart werden sollten. Wieder erschienen die DKP-Leute aus der Mieterinitiative und erklärten zum allgemeinen Erstaunen „im Namen der gesamten Mieterinitiative" die geplante Demonstration für „nicht mehr sinnvoll". „Man darf die Stimmung nicht noch weiter anheizen!" In die gleiche Kerbe haute der ASTA-Vertreter (ebenfalls DKP): Man dürfe „nicht gegen den Polizei-Terror demonstrieren". Dies würde bedeuten, „daß man auf die Provokationen hereinfalle" (? !!). – Die Reformisten sprengten darauf die Versammlung und verhinderten wieder einmal mehr ein gemeinsames Vorgehen linker Gruppen.

Noch am selben Tag stellte sich dann heraus, daß die DKP-Leute bewußt gelogen hatten und keinerlei Legitimation hatten „im Namen der Mieterinitiative" die Demonstration abzusagen. Die Mieter der Ekhofstr. verteilten im übrigen schon Aufruf-Flugblätter. Eine sofort einberufene Vollversammlung der Initiative stellte die DKP-Leute zur Rede und bekräftige mit 75 %iger Mehrheit nochmals ihren Willen zur Demonstration. – Dieses Gaunerstück der DKP-Leute blieb nicht das letzte. Unverfroren versuchten sie auch weiterhin, die Mehrheit der Mieter auszutrixen, um – ganz im Interesse des SPD-Senats, der Bewobau etc. – die ganze Angelegenheit sich erst einmal „abkühlen" zu lassen, damit der Boden ihrer reformistischen Illusionen in Mauschelgesprächen mit Senats-Vertretern erneut gefunden werden kann. (Ein starkes Stück in diesem Zusammenhang leistete sich ein DKP-Führer, der mit erlogenen Behauptungen den schon oben erwähnten „Wachdienst" nach Hause schicken wollte: Dieser DKP-Herr mußte erst von den aufgewachten Mietern zurechtgewiesen und in die Wüste geschickt werden).

In einem ASTA-Flugblatt vom 25.5. wird die Spalterpolitik von DKP/SHB dann vollends klar. Offen wird zum Boykott der Demonstration aufgerufen: „ KOMMILITONEN, BETEILIGT EUCH NICHT AN EVENTUELLEN (!) DEMONSTRATIONEN AM SONNABEND!" Die Initiatoren der Demonstration werden als „bunte Palette von Sektierergrüppchen" diffamiert. Offen wird die Lüge verbreitet, die „Mieterinitiative Hohenfelde" „distanziere" sich von der Demonstration, Sektierer wollen ihr „Süppchen kochen" auf den Interessen der Mieter usw. usf. Schließlich wird zu einer „Informationsveranstaltung" zum Zeitpunkt der Demonstration aufgerufen, die angeblich auch von der Mieterinitiative unterstützt werde. – Zur Demonstration kamen dennoch etwa 1.500 Menschen.

Aber nicht nur bei der DKP war ein Zurückweichen vor dem sich verschärfenden Polizeiterror und der allgemeinen Illegalisierungs- und Kriminalisierungs-Kampagne der Bourgeoisie sichtbar geworden. Die Hamburger Filiale des „Zirkelblocks" (NRF/KBB), die SSG/KG (Sozialistische Studenten-Gemeinde) hatte sich in ihrer ganzen Agitation und Propaganda zur Hausbesetzung ebenfalls darauf „beschränkt", Mietwucher und Bodenspekulantentum „anzuprangern". Mit keinem Wort geht sie auf die politischen Zusammenhänge, auf eine Einordnung der bürgerkriegsähnlichen Räumung und der faschistischen Hetze der „freien Presse" in die gegen die gesamte linke Bewegung gerichtete Kampagne ein. In rechtsopportunistischer Manier wird von einer bevorstehenden Illegalisierung und der Kriminalisierung linker Gruppen kein Wort erwähnt. ■

- Bezirksorganisation -
KB-Gruppe Hamburg



Hamburg – Stadt mit ~~HERZ~~ SCHMERZ für Kinder

Das Sinken des Lebensstandards als Verbesserung der Lebensqualität zu verkaufen – das ist die Kunst der bürgerlichen Politiker. Mit der Ideologie von der "Verbesserung der Lebensqualität" will sich die SPD als volksnahe, reformfreudige Volkspartei, als "Partei des kleinen Mannes" verkaufen. Je schlechter die Lebensbedingungen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung werden, umso lauter wird der Chor der Parlamentarier, der Versprechungen macht, der von "Verbesserungen" in den höchsten Tonlagen singt, der versucht, reale Verbesserungen durch Illusionen zu ersetzen. Die Hamburger SPD legte jüngst so ein Ei – vielbegackert, aber faul!

Im Januar dieses Jahres beschlossen die SPD-"Stadtväter", daß Hamburg eine Stadt mit Herz für Kinder ist. Diese Aktion "Hamburg – Stadt mit Herz für Kinder" soll die Kinderliebe und die Menschenfreundlichkeit der SPD unter Beweis stellen. Mehr noch: "Mit dieser Initiative wollen wir den Hamburger Bürgern, aber auch der Verwaltung verdeutlichen, wie wichtig wir die Aufgabe nehmen, über den Lebenswert dieser Stadt, über die Qualität des Lebens nicht nur zu sprechen, sondern auch vor allem konkret dafür zu arbeiten." (SPD-Bürgermeister Schulz)

Das hörte sich nach Ärmel aufkrempeln und zupacken an. Es hörte sich aber nur so an. Wer nämlich gehofft hatte, daß an der Lage der rund 300 000 Kinder in Hamburg etwas verbessert werden würde, sah sich betrogen. Die ganze Aktion entpuppte sich sehr schnell als Publicity-Show des Senats, mit der sich Bürgermeister und Senatoren zu gütigen Stadtvätern aufschwingen wollten. Dahinter scheinen die Erfahrungen der Werbebranche zu stecken: Mit Kindern wirbt's sich eben leichter. Fotowettbewerbe, ein Säuglingspflegewettbewerb ("Wir suchen den Super-Vati"), Kindermöbelausstellungen, Kinderkochkurse, Musterspielplätze auf der IGA, Broschüren über richtige Kinderernährung – das sind einige Ausschnitte aus dem "Lebensqualitätsverbesserungsprogramm" der SPD. Damit ein Herz für Kinder beweisen zu wollen, ist allerdings ganz schön mutig.

Hamburg hat ein Herz – für Autos. Mit dem größten Parkplatzangebot der BRD erfüllt Hamburg hervorragend die Vorschriften der "Reichsgaragenordnung" von 1939. 25 Quadratmeter Abstellfläche für ein Auto sind vorhanden - mit ca. 2 Quadratmetern Spielplatzfläche muß jedes Kind auskommen. Von den 14 Millionen Kindern in der BRD müssen 5 Millionen auf Straßen und Gehsteigen spielen. Insgesamt fehlen in der BRD 25 000 Spielplätze. Dafür müssen jährlich etwa 70 000 Kinder büßen – beim Spiel auf Straßen werden sie von Autos angefahren und meistens schwer verletzt.

Aber auch die vorhandenen Spielplätze bieten ein Bild öder Langeweile: Sandkasten – Klettergerüst – Schaukel. Nach diesem phantasielosen Schema sind die meisten Spielplätze gebaut, und genauso phantasielos sind die Spiele, die dort gespielt werden können. Sie bieten für die Kinder ungefähr soviel Abwechslungsmöglichkeiten wie ein Fließband für Arbeiter. Der Spielplatz bestimmt, was gespielt wird, nicht das Kind. Wie ein Hohn klingen da die Forderungen bürgerlicher Pädagogen durch das Land, die Kinder sollten doch bitteschön Kreativität und Spontaneität entfalten. Überall, wo das möglich wäre, versperren Verbotsschilder den Kindern den Weg.

Wie die Spielplätze aussehen müssen, auf denen Kinder wirklich spielen können, wie sie es wollen, das kann man jetzt in Hamburg auf der "Internationalen Gartenbauausstellung" besichtigen. Für diese Ausstellung sind der Bevölkerung über 60 Millionen DM Steuergelder aus der Tasche gezogen worden. Für ein gepfeffertes Eintrittsgeld können daher jetzt die Menschen Blumen und unter anderem den "Musterspielplatz" besichtigen. Allerdings ist und bleibt dieser Spielplatz ein Einzelstück – die Kinder werden weiterhin auf den Straßen oder auf den langweiligen Einfaltsspielplätzen spielen müssen. Lebensqualität – nur gegen Eintrittsgeld.

Auch im kapitalistischen Wohnungsbau findet man bestätigt, daß menschliche Bedürfnisse hinter den Bilanzen der Kapitalisten zurückstehen. So sind Kinderzimmer beim Wohnungsbau keine bindende Vorschrift. Die "Grundsätze des Bundesministeriums für Städtebau und Wohnungswesen" sagen lediglich aus, daß Kinderzimmer 8 Quadratmeter Grund- und 2,2 Quadratmeter Spielfläche haben sollten. Diese Grundsätze, die für Kinder pferchartige Räume vorsehen, sind offenbar nicht auf den Bedürfnissen spielender Kinder, sondern auf der Raumverdrängung eines Kindes aufgebaut. Illusorisch sind diese Grundsätze sowieso: ca. 1 Million Kinder in der BRD haben kein eigenes Bett, sie müssen bei ihren Geschwistern oder ihren Eltern unter der Bettdecke kriechen. 800 000 Wohnungen fehlen, allein in Hamburg sind es 50 000. Während sich die Kapitalisten überlegen, ob sie ihren Kindern ein Island- oder ein Shetland-Pony zum Geburtstag schenken, muß der Arbeiter gut ein Drittel seines Lohnes für Wohnungsmiete ausgeben, wenn seine Kinder ein eigenes Zimmer haben sollen.

Daß die Kinder der arbeitenden und lernenden Bevölkerung für die Kapitalisten nur ein notwendiges Übel sind, bestätigt sich auch in den Schulen und Kindergärten. In Hamburg sitzen durchschnittlich 32 Kinder in einer Volksschulklasse – unwillkürlich fällt einem dabei das Bild von der Sardinenbüchse ein.

Auf einen freien Kindergartenplatz gibt es in Hamburg 10 Anwärter. Für die meisten Familien, in denen Vater und Mutter arbeiten müssen, um den Lebensstandard halten zu können, ist der einzige Ausweg, den Kindern den Hausschlüssel zu geben und sie sich ansonsten den Tag über allein zu überlassen.

Das sind Ausschnitte aus der wirklichen Lebensqualität der Kinder in der BRD. Daran ändert sich auch nichts, wenn die SPD mit Möbelausstellungen und Fotowettbewerben "gegenanarbeitet".

Solche Aktionen wie "Hamburg – Stadt mit Herz für Kinder" sollen die kapitalistische Logik verschleiern, daß Investitionen in die Lebensqualität der Menschen "Luxus" sind. Menschen sind für Kapitalisten nur dann interessant, wenn sie als Arbeitskräfte "verwertbar" sind und Profit bringen. Und in diese Arbeitskräfte investieren die Kapitalisten eben nur so viel, wie zu ihrer Erhaltung notwendig ist. Was darüber hinausgeht, ist "rausgeschmissenes Geld". Kinder sind als Arbeitskräfte noch nicht verwertbar, sie sollen aber möglichst schnell und vor allem billig groß werden. Aus dieser kapitalistischen Logik ergibt sich dann auch, daß Kinder ohne Bett, ohne Spielmöglichkeiten auch zu Arbeitskräften werden.

Innerhalb dieser Logik bewegt sich auch die Senats-Show. Der "Super-Vati" und das Kinderfest im "Hotel Atlantic" helfen den Hamburger Kindern kein Stück. Helfen soll diese Aktion nur der SPD, die damit versucht, ihr soziales Image aufzupolieren. Diese Aktion soll für den kapitalistischen Staat werben – die Illusion vom "Sozialstaat" soll die arbeitende und lernende Bevölkerung mit ihren Ausbeutern versöhnen. Ob das allerdings in diesem Fall auf der ganzen Linie erfolgreich sein wird, bleibt fraglich. Die Aktiönchen und Sensatiönchen sind so oberflächlich, die soziale Demagogie ist so plump und durchsichtig, daß der Widerspruch zwischen der wirklichen Situation der Kinder und der staatlichen Politik nicht verschleiert, sondern eher noch offensichtlicher wird.

Diese Aktion, in der Kinder zum Werbeträger für die Ideologie von der Lebensqualität benutzt werden, beweist nur einmal mehr die Herzlosigkeit, mit der Kinder vom kapitalistischen Staat behandelt werden. ■

Renault/Frankreich:

Die Streiks der O.S.

Nach 40 Tagen Aussperrung und Streik haben die Arbeiter des Automobilwerks Renault vorerst die Arbeit wieder aufgenommen. Ein Erfolg konnte allerdings nur in einer Abteilung des Werks Billancourt erzielt werden. Die Probleme, besonders die der angelernten Arbeiter, bleiben damit die gleichen – und es ist nur eine Frage der Zeit, wann sie wieder in neuen Kämpfen aufbrechen.



„Dreyfus, Schweinehund – Renault will deine Haut!"
(Dreyfus ist der Generaldirektor von Renault)

Für gleiche Arbeit, gleicher Lohn

Für gleiche Arbeit, gleicher Lohn! Mit dieser Forderung waren am 21. März 400 angelernte Arbeiter der Karosseriepresse im Renault-Werk Billancourt in den Streik getreten (siehe die letzte Ausgabe des ARBEITERKAMPF, Nr. 29, Seite 5). Sie kämpften damit gegen die unzumutbare und völlig willkürliche Splatung in mehrere Lohnkategorien, die einzig und allein den Profiten der Geschäftsleitung und der Uneinigkeit der Arbeiter dient. Gerade die angelernten Arbeiter, die demagogisch ouvriers spécilaisés (O.S.), „spezialisierte Arbeiter" genannt werden, sind neben ihrer ohnehin schon weit niedrigeren Bezahlung gegenüber den Facharbeitern (den ouvriers professionels, O.P.) von dieser Lohn-Spaltung besonders stark betroffen: Allein bei Renault sind sie in 15 verschiedene Klassen eingeteilt.

Dafür genießt die Arbeit der O.S. drei andere Reichtümer: Dreck, Härte und vor allem Monotonie. Die Kapitalisten bürden solche Arbeit mit Vorliebe den zumeist sprachunkundigen und in noch schlechteren Verhältnissen aufgewachsenen ausländischen Arbeitern auf, von denen es in Frankreich drei Millionen gibt – größtenteils Spanier, Portugiesen und Nordafrikaner. Die Arbeitsbedingungen der O.S. haben in letzter Zeit immer häufiger zu Streiks geführt, was auch die öffentliche Meinung veranlaßte, sich diedem Problem zuzuwenden.

Politiker und Ökonomen dachten über die O.S. und ihre Lage nach und fanden dabei heraus, daß sie „die Vergessenen der modernen Welt" sind. Und sie fanden auch die Lösung des Problems: sie versicherten, daß die weitere technische Entwicklung auch die Lage der O.S. verbessern wird, und daß die heutige Fließbandarbeit in ca. zehn Jahren verschwunden ist.

Aber die bürgerlichen Statistiken selbst widerlegen dieses unsinnige und nur auf Beruhigung abzielende Geschwätz 1954 betrug der Anteil der O.S. an der gesamten Arbeiterbevölkerung 52,5%, während die qualifizierten Arbeiter 47,5% ausmachten. 1968 hatte sich dieses Verhältnis bereits in 63,5% O.S. und 36,5% Facharbeiter gewandelt. Bei Renault zählte man 1963 schon 73% O.S. und 1971 dann sogar 78%.

Die 400 O.S. in der Karosseriepresse von Renault-Billancourt warteten denn auch nicht mehr auf die weitere technische Entwicklung, sondern nahmen den Kampf für ihre Forderungen auf – das einzige und bewährteste Mittel der Arbeiterklasse, um tatsächlich eine Änderung ihrer Lage herbeizuführen.

Die Geschäftsleitung von Renault verlegte sich aufs Taktieren und Provozieren und versuchte, die Streikenden gegen die Nichtstreikenden auszuspielen. Aber ohne Erfolg. Die Arbeiter der Karosseriepresse hielten durch, unterstützt mit der Solidarität ihrer Kollegen. Ein erstes Verhandlungsergebnis, in dem die Direktion zwar eine gleiche (aber niedriger als geforderte) Lohneinstufung zusicherte, wo sie jedoch die Spaltung über unterschiedliche Prämien aufrechterhalten wollte, lehnten die Streikenden ab. Erst nach drei Wochen, am 11. April, wurde die Arbeit aufgrund einer Vereinbarung wieder aufgenommen, in der die Direktion auch die Prämien in einen gleichen und festen Lohn integrierte. Dennoch stimmte ein großer Teil gegen diese Vereinbarung, und ein noch größerer Teil blieb der Abstimmung ganz fern, weil die Höhe der gleichen Lohneinstufung nicht den Forderungen entsprach. Die Unzufriedenheit über diesen Punkt reichte aber nicht mehr zur Weiterführung des Streiks aus. Immerhin haben die 400 O.S. durch ihre Ausdauer zwei wichtige Erfolge errungen, die allerdings nur für ihre Abteilung gültig sind:

- Nicht mehr die Maschine wird bezahlt, sondern der Arbeiter: auch bei einem Wechsel zu einer anderen Maschine bleibt der Lohn der gleiche.
- Für gleiche Arbeit gilt gleicher Lohn: die Spaltung der Arbeiter durch die Lohnliste zählt in dieser Abteilung nicht mehr.

Gegenoffensive der Direktion

Mit dieser Vereinbarung für die 400 angelernten Arbeiter der Karosseriepresse war die Auseinandersetzung bei Renault jedoch nicht beendet. Die Direktion hatte während des Streiks der 400 O.S. 7.000 andere Arbeiter des Werkes Billancourt schrittweise ausgesperrt und wollte ihnen dafür nur 47 % ihres Lohns zahlen. Die 7.000 Arbeiter, die sich zuvor nicht gegen ihre streikenden Kollegen hatten ausspielen lassen, widersetzten sich dieser hinterhältigen Provokation der Geschäftsleitung: am 13. April traten sie nun in den Streik und forderten den vollen Lohn für die Aussperrungszeit.

Dieser zweite Streik im Werk Billancourt endete aber mit einer Niederlage. Während die Streikenden in Billancourt keine ausreichende Kampfverbindung mit ihren Kollegen in den anderen Renault-Werken herstellen konnten (wofür die Gewerkschaftsführung der CGT verantwortlich ist), leitete die Direktion eine Kraftprobe im gesamten Unternehmen ein. Sie schloß zwei der Hauptwerke, in Flins und in Sandouville. Allein in Flins wurden 22.000 Arbeiter ausgesperrt. Auch im Werk Le Mans wurde schließlich "technische Arbeitslosigkeit" angeordnet.

Natürlich wandten sich die Arbeiter auch in diesen Werken gegen die Angriffe der Geschäftsleitung. In Sandouville besetzten die Arbeiter beispielsweise für kurze Zeit die Stromzentrale. In Flins hatte die Geschäftsleitung 26 Arbeiter (darunter 22 Ausländer) wegen "Schädigung der Arbeitsfreiheit" entlassen und dabei auch die Justiz zu Hilfe gezogen. Die 26 Entlassenen organisierten daraufhin eine Versammlung vor dem Betriebstor, an der 2.000 ihrer Kollegen teilnahmen. Insgesamt war die Streikorganisation in diesen Werken aber schwächer als in Billancourt, und es mangelte eben an der Verbindung untereinander. Viele Arbeiter meinten: "Warum sollen wir streiken, wo wir doch ausgesperrt sind und sowieso nicht arbeiten? "

Gegen diese Kraftprobe der Direktion im gesamten Unternehmen konnten die Arbeiter in einem Werk (Billancourt) nicht standhalten. Mit einem spalterischen Angebot, dem die Gewerkschaftsführung zustimmte, brach die Direktion schließlich die Kampfkraft der Streikenden: die Nachzahlung für die Aussperrungszeit wurde von 37 % bis 60 % gestaffelt. Diejenigen, die nicht nur ausgesperrt waren, sondern auch gestreikt hatten, sollten weniger erhalten – diejenigen, die ausgesperrt waren, aber nicht gestreikt hatten, mehr. Tatsächlich wurde dann bei der Auszahlung völlig willkürlich verfahren: Die Direktion demonstrierte ihre Allmacht, indem sie einige Streikende als Nicht-Streikende, und einige Nicht-Streikende als Streikende einstufte.

Daß die Arbeiter eine Niederlage erlitten hatten, als sie am 2. Mai nach 40 Tagen Aussperrung und Streik die Arbeit wieder aufnahmen, ist unbestreitbar: der Streik wurde gegen eine Nachzahlung von 47 % des Lohns geführt – und endete für viele mit einer Nachzahlung von 37 %. Nichtsdestoweniger fälschte die CGT-Führung diese eindeutige Tatsache in einen Sieg um, als sie in einem Flugblatt dazu aufrief, die getroffene Vereinbarung zu unterstützen. Kein Wort verlor sie mehr über die "vollständige Bezahlung der Aussperrungszeit", obwohl dies die Hauptforderung des Streiks gewesen war. Im gleichen Flugblatt sprach die CGT davon, daß die Direktion zu "ernsthaften Verhandlungen über die Klassifikation" gebracht worden sei, daß die Anzahl der Lohnkategorien der O.S. im ganzen Werk verringert werden sollten usw. Dies war allerdings weit von der Wirklichkeit entfernt. Nach wie vor ist die Mehrheit der O.S. durch ihre Lohneinstufung gespalten.

Unzufriedenheit, die über diese Vereinbarung und über die Entlassung von 7 Kollegen des Werks Billancourt herrschte, bog die CGT-Führung sofort ab. In einer Abteilung hatten sich schon 80 % der Arbeiter bereit erklärt, den Streik fortzusetzen. Ein CGT-Sekretär wiegelte jedoch mit dem "Argument" ab, daß sie die einzigen im ganzen Werk seien, die weiterstreiken wollen, und daß man die Probleme auf der nächsten Gewerkschaftsversammlung besprechen würde. Der anhaltende Protest blieb so ohne praktische Konsequenz. Ein junger Arbeiter meinte über die Situation nur: "Alle sind von vorne bis hinten angeekelt, und die Wagen, die heute morgen vom Band gegangen sind, sind verhunzt."

Am 4. Mai, zwei Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit, meldete die linke Presse-Agentur a.p.l.: Die Direktion von Renault-Billancourt will die Arbeiter alle Sonnabende bis zu den Ferien arbeiten lassen, um die "verlorene Zeit" wieder aufzuholen. Diese Maßnahme hat vor allem unter den Arbeitern der Nachmittagsschicht, die bis um 23 Uhr arbeiten müssen, große Unzufriedenheit hervorgerufen. ■

Italien:

Der seltsame 'Anarchist'



Nach dem Attentat

15. Mai in Mailand. Eine Büste für Calabresi, den vor einem Jahr erschossenen Kommissar der Politischen Polizei, ist enthüllt worden. Eine Menschenmenge sieht zu, wie der italienische Innenminister Rumor abfährt. Plötzlich wird von der anderen Straßenseite ein Gegenstand geworfen – eine schwere Handgranate! Eine junge Frau wird getötet, zahlreiche Verletzte und Schwerverletzte liegen auf dem Platz.

Der Attentäter wird verhaftet. Er heißt Gianfranco Bertoli und ist 40 Jahre alt. In den ersten Nachrichten über den Vorfall wird es heißen, der Täter sei ein „vorbestrafter Anarchist".

Ein anarchistischer Bombenwerfer wäre der italienischen Bourgeoisie natürlich gewünscht gekommen, in einer Situation, wo sich in Italien der Protest gegen den faschistischen Mord-Terror immer mehr verstärkt.

Bertoli aber ist dafür offenbar nicht der richtige Mann. Die Story vom „vorbestraften Anarchisten" fällt zusammen wie ein Kartenhaus.

Freilich, vorbestraft ist Bertoli, und das sogar reichlich. Das ist aber auch das einzige, was an der Story stimmt.

Wenige Stunden nach dem Attentat erscheint bei der Polizei Rodolfo Mersi. Er arbeitet als Kellner in einem Restaurant und ist nebenbei Funktionär der faschistischen Gewerkschaft CISNAL. Er kennt Bertoli von früher, und bei ihm hat der „Anarchist" den Abend vor dem Attentat verbracht. Seltsam genug.

Weiter wird bekannt, daß Bertoli früher Kontakt zur berüchtigten Organisation „Pace e liberta" (Frieden und Freiheit), einem Geschöpf des US-Geheimdienstes CIA, hatte. Auch seltsam.

Es stellt sich weiter heraus, daß Bertoli die beiden letzten Jahre in einem israelischen Kibbuz gelebt hat: Karmia, 55 km von Tel Aviv. Ein Kibbuz, das der „sozialistischen" MAPAM-Partei untersteht.

Auch die von Bertoli geworfene Handgranate ist israelisches Fabrikat.

Am 8. Mai hat Bertoli Haifa mit dem Schiff verlassen. In Genua hat er das Schiff nicht verlassen, sondern er blieb bis Marseille an Bord. Das Schiff kam dort am 13. Mai morgens an, zwei Tage vor dem Attentat. Was er in Marseille wollte, und wann er die Grenze nach Italien überschritt, ist ungeklärt.

Warum gerade Marseille? Die italienische Tageszeitung „Unita" (PCI) schreibt: „ **...dort arbeitet eine der am höchsten organisierten zionistischen Zentralen in Europa, die eng verbunden ist mit den reaktionärsten französischen Kreisen und dem CIA selbst...**" (19. Mai).

Alles deutet darauf hin, daß Bertoli die französische Hafenstadt zur Koordinierung des Attentats ansteuerte. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Bemerkung von Noah Schustermann, einem der Vorsitzenden des Kibbuz Karmia, in einem Interview mit der israelischen Zeitung „Maariv": Bertoli habe kurz vor Ostern einen Brief aus Frankreich erhalten und daraufhin erklärt, abreisen zu müssen.

Der Wunder nicht genug. Woher hatte Bertoli die Granate? Er behauptet, sie im Arsenal des Kibbuz gestohlen und aus Israel herausgeschmuggelt zu haben. Diese Version wird von Kennern der israelischen Sicherheits-Vorkehrungen für unglaubwürdig gehalten.

Weiter. Bertoli hatte einen falschen Paß auf den Namen Massimo Magri. Unter diesem falschen Namen hat er auch im Kibbuz gelebt. Das seltsame daran ist zunächst, daß die israelische Polizei einen vorbestraften Ausländer mit falschem Paß zwei Jahre in Israel leben ließ, ohne ihn anscheinend zu bemerken.

Das zweite ist, daß es tatsächlich einen Massimo Magri gibt. Er ist Mitglied der marxistisch-leninistischen Gruppe „Servire il popolo". Seinen Ausweis hat er 1968 als verloren gemeldet.

Es scheint, daß dieser seltsame „Anarchist" noch einige weitere Überraschungen bereit hält. Mit Sicherheit kann jetzt schon gesagt werden, daß es sich nicht um einen „übergeschnappten Einzelgänger", sondern um das Werkzeug imperialistischer Geheimdienste handelt. ■

Preissteigerungen

Forts. von Seite 1

		Januar 1973 DM	Januar 1972 DM
Erzeugerpreis	1 kg Roggen	0,346	0,344
Verbraucherpreis	1 kg Roggenbrot	1,63	1,50
Erzeugerpreis	1 kg Weizen	0,382	0,366
Verbraucherpreis	1 kg Weizenbrot	2,07	1,92
Erzeugerpreis	1 kg Rindfleisch	5,81	4,95
Verbraucherpreis	1 kg Rindfleisch (o.MwSt)	9,61	7,74
Erzeugerpreis	1 kg Schweinefleisch	3,75	3,22
Verbraucherpreis	1 kg Schweinefleisch	5,97	5,35
Erzeugerpreis	Eier (pro Stück)	0,10	0,122
Verbraucherpreis	Eier (pro Stück)	0,22	0,24
Erzeugerpreis	1 kg Butter	6,78	6,71
Verbraucherpreis	1 kg Butter	8,12	8,04
Erzeugerpreis	10 kg Kartoffeln	1,82	0,95
Verbraucherpreis	10 kg Kartoffeln	5,08	3,52

Landwirtschaftspreise in der EWG (Quelle: „UZ")

heit ihrer Arbeitsplätze könnten sie dann „nicht garantieren" (so als täten sie es sonst!).

In der Aufschwungphase finden sie dann besondere Märchen, wie „der Aufschwung darf nicht durch ‚überzogene Lohnforderungen' in Frage gestellt werden". Das ist natürlich Unsinn.

Die Kapitalisten wissen natürlich ganz genau, wie die Sache wirklich ist. Sie sprechen es auch manchmal offen aus, so z. B. Keynes, ein englischer Wirtschaftspolitiker, der „wissenschaftliche" Begründer der heutigen Wirtschaftspolitik: **„In der Tat wird einer Bewegung der Unternehmer, die Geldlohnabkommen nach unten zu berichtigen, ein viel größerer Widerstand entgegengesetzt werden, als einer allmählichen und automatische Senkung der Reallöhne als einer Folge steigender Preise."**

Das Aufzeigen der einzelnen, konkreten Ursachen der Inflation gibt daher ein klares Bild davon, wie und mit welchen Methoden und mit welcher ideologischen Verschleierung die BRD-Kapitalisten den Klassenkampf führen und daß auch sie und nur sie die Preissteigerungen zu verantworten haben.

Die konkreten Ursachen der Inflation sind: Monopolprofite der Großkonzerne, der EWG-Agrarmarkt, die hohe Rüstungsproduktion, der Aufkauf riesiger Dollarmengen durch die vom BRD-Kapital kontrollierte Bundesbank, der riesige Waren-Export der BRD-Kapitalisten, die aufgeblähten Kredite, hervorgerufen durch den Staatshaushalt und die Großbanken, das Abwälzen von Zugeständnissen, die die BRD-Imperialisten im imperialistischen Kräftespiel machen mußten, auf die Arbeiterklasse, und als letzten und wichtigsten Punkt die Maßnahmen der Kapitalisten mit dem Ziel, zugestandene bzw. von der Arbeiterklasse erkämpfte Lohnerhöhungen auf anderem Wege wieder zurückzunehmen.

Die EWG – eine Inflationsgemeinschaft

Bei den Lebensmittelkosten liegt die Inflationsrate besonders hoch. Nirgends wie hier wird so deutlich, daß die großen Konzerne die Preistreiber sind. Aus nebenstehender Tabelle werden die von der EWG-Kommission festgelegten Erzeugerpreise von 1972 und 1973 verglichen mit den entsprechenden Verbraucherpreisen. Sie zeigen deutlich, wie groß die Profitspanne der Nahrungsmittelkonzerne ist. Auch wenn der Erzeugerpreis nur wenig geändert wurde (z.B. Roggenbrot), so wurden die Verbraucherpreise trotzdem um fast 10% erhöht (siehe Tabelle). Im allgemeinen wurden die Erzeugerpreise selbst jedoch stark erhöht, die Konzerne schlugen trotzdem noch einige Prozente drauf.

Es geht aber noch weiter. Die Erzeugerpreise sind selbst künstlich hochgeschraubt und liegen weit über dem Weltmarktpreis und werden im wesentlichen von den Großbauern bestimmt. Billigere Lebensmittel (insbesondere aus RgW-Ländern) werden immer wieder vom Markt verwiesen (z.B. rumänische Tomaten), preissenkende Importe also ausgeschaltet.

Nirgends wird so deutlich wie am Beispiel des EWG-Agrarmarkts, wem die ganze EWG dient. Die Zeche der Kapitalisten und kapitalistischen Großbauern muß von den Arbeitern und Bauern bezahlt werden.

So hat der Beitritt Englands zur EWG eine Erhöhung der Lebensmittelpreise von über 15% in England zur Folge gehabt.

Das System der Agrarmarktpreise ist aber nicht die einzige EWG-bedingte Inflationsquelle. Das ganze Mehrwertsteuersystem führt ebenfalls zu erheblichen Preiserhöhungen (zur Zeit insbesondere in Italien und England).

Die europäischen Großkonzerne, die entweder keine ernstzunehmenden Konkurrenten mehr haben oder sich mit zwei bis drei Konkurrenten den Markt teilen, tragen (in der Regel) ihre Konkurrenz untereinander nicht auf der Ebene der Preise aus, sondern sprechen diese ab und erhöhen sie regelmäßig. Das ganze Programm der Wirtschafts- und Währungsunion und das damit verbundene Devisen-Kredit-System wird <u>notwendigerweise</u> neue inflationsfördernde Impulse enthalten.

So erweist sich die EWG, die immer als notwendig für die „Verbesserung der Lebensbedingungen" angepriesen wird, als eine der entscheidensten und wirksamsten Instrumente zur Senkung und Verschlechterung der materiellen Lebensverhältnisse der Arbeiter und Bauern. Nicht einmal der Abbau der zum Teil recht hohen Zölle zwischen den EWG-Ländern hat zu Preissenkungen geführt. Von den Kapitalisten wurden sie als zusätzliche Profitquellen betrachtet.

Ist die Inflation „importiert"?

Die momentan hohen Inflationsraten werden von der SPD/FDP-Regierung häufig als importiert bezeichnet. Damit will sich die SPD-Regierung von der Verantwortung für die Inflation reinwaschen und greift zur Demagogie. Sie begründet das damit, daß alle Länder Westeuropas, der USA und Japans (also der kapitalistischen Industrieländer), zur Zeit ähnlich hohe Inflationsraten haben und diese aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung auch auf die BRD übergreifen. Richtig ist die Sache so: Aufgrund der hohen Inflationsrate in der Welt sagen sich die BRD-Kapitalisten: „die Marktlage gestattet eine Preiserhöhung" und noch nie hat ein Kapitalist sich eine solche Chance nehmen lassen, die Preise ungestraft ohne Umsatzverluste nach oben schrauben zu können. Durch das ganze Gerede von der importierten Inflation soll nun von der Verantwortung der BRD-Kapitalisten abgelenkt werden. Auf indirektem Wege gibt es allerdings einen Zusammenhang zwischen den Preissteigerungen in der BRD und dem Ausland. Die ganze Weltwährungskrise beschleunigt die Inflation erheblich. Die 60 Milliarden in der Welt vagabundierenden „Eurodollars", der hohe rein spekulative Goldpreis, die „Flucht aus dem Dollar" in europäische Währungen (vor allem D-Mark), dies alles sind die äußeren Erscheinungsformen der Währungskrisen, die nichts anderes widerspiegeln als verschärfte innerimperialistische Machtkämpfe. Sie werden auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen, denn je schwächer die Arbeiterbewegung in einem Land, umso besser ist die Ausgangsposition der Imperialisten aus diesem Land. Im ARBEITERKAMPF Nr. 28 wurde konkreter auf den Zusammenhang Währungskrise – Preissteigerung eingegangen.

Die Theorie von der „importierten Inflation" ist bei der Bourgeoisie und insbesondere bei Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern beliebt, kann man hiermit doch am leichtesten und plausibelsten die „Wir sitzen alle in einem Boot"-Ideologie verkaufen und daß es Einflüsse von „außen" auf das Wirtschaftsgeschehen gibt, kann man ja gar nicht bestreiten (wir tun es auch nicht!). Das Ausland ist dann schuld an schlechten Zeiten, die die eigenen Kapitalisten der eigenen Arbeiterklasse bereiten wollen, die Gewerkschaftsführer benutzen das Ausland, um zu verkünden, daß nun „nicht mehr so viel drin" sei (z.B. anläßlich der Dollarabwertung durch Nixon) und beauftragen ihre Wissenschaftler, das Herunterschrauben der Forderungen auch „wissenschaftlich" zu begründen. Ein Grund mehr ist gefunden, um das „gemeinsame Abwehren der Gefahren" in der Konzertierten Aktion zu besprechen.

Steigende Preise und hohe Profite sind Zwillinge

Seit 1970 hat kein Tarifabschluß mehr den durch Geldentwertung und Steuererhöhungen betriebenen Lohnabbau aufgewogen. Er lag entweder ungefähr auf der gleichen Höhe oder deutlich darunter (wie z.B. der Metallabschluß im letzten Herbst). Bei den Kapitalisten hat sich daher so einiger Profit angesammelt, der jetzt in der Aufschwungphase investiert wird. Die letzten Tarifrunden waren für die Kapitalisten auch recht erfolgreich. Ein Profitboom kann erwartet werden. In solchen Situationen erteilen die Großbanken sehr großzügig Kredite, blähen damit das Geldvolumen auf und vergrößern damit die Inflation. Nicht wie die bürgerliche Presse tagtäglich verkündet: hohe Löhne, daraus folgen hohe Preise (Lohnpreisspirale); der Zusammenhang ist genau umgekehrt.

Um die Profite konstant zu halten (oder zu steigern), werden die Preise erhöht (Preis-Profit-Spirale) und hohe Profite tragen nochmals über die damit verbundene Kreditexpansion zu einer weiteren Geldentwertung bei. Dann kommt die Regierung und hält eine „Kaufkraftabschöpfung" mit Hilfe eines „Stabilitätsprogramms" für notwendig um die Kaufkraft der Löhne zu senken, d.h. keine Senkung der Nominallöhne, sondern Lohnsenkung auf Umwegen.

Weitere Inflationsquellen sind die großen Zuwachsraten des Staatshaushalts, seine teilweise Finanzierung durch den Finanzmarkt, der Exportüberschuß und die riesige Rüstung. Die letzten beiden Punkte ergeben sich daraus, daß hier riesige Werte produziert werden, die nicht auf dem nationalen Markt erscheinen, das „Loch" zwischen den ausbezahlten Löhnen und den damit zu kaufenden Waren vergrößern und damit auch die Preise um eben diese Größe.

Seit 1967: „Stabilitätsprogramme" = Lohnabbau durch steigende Inflation und Steuererhöhungen

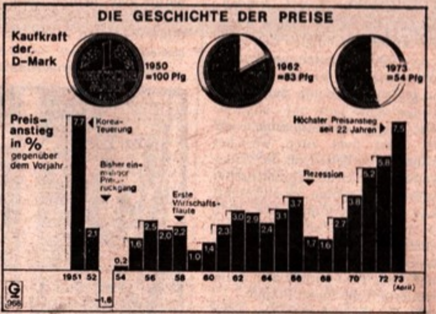
Seit 1967 gibt es in der BRD ein stetiges Wachstum der Inflation. Mehrere Regierungen und noch mehr Wirtschafts- und Finanzminister haben seitdem stetig versprochen, sich „verstärkt" um dieses Problem zu kümmern, „verstärkt" antiinflationäre Maßnahmen zu ergreifen, oder sich „Ziel" zu setzen, im folgenden Jahr die Inflation auf diese oder jene Prozentzahl zu beschränken. Diese Zahl lag ursprünglich bei 3 - 4 % (für 1973), wurde dann immer größer und mittlerweile sagte Helmut Schmidt zur Begründung seines „Stabilitätsprogramms", daß die positiven Auswirkungen dieser Maßnahmen erst Anfang nächsten Jahres zu erwarten seien. Geschickt werden erst Erwartungen gezüchtet (vor den Bundestagswahlen im November 1972), dann werden die Erwartungen immer weiter gedämpft. Aus alledem kann man nur den Schluß ziehen, daß die Kapitalisten samt SPD-/FDP-Regierung ernstlich gar nicht wollen und uns nur an der Nase herumführen und daß sie nicht wollen ist auch leicht verständlich: <u>Wirksame</u> antiinflationäre Maßnahmen in der jetzigen Aufschwungphase würden notwendigerweise zu einer Dämpfung der Produktion führen, und das zu einer Zeit, wo die Zeit zur Expansion besonders günstig ist, und wo die Sicherung der Profite von den Kapitalisten vielmehr verlangt wird. So waren vor 4 Jahren die Ziele der Schillerschen Wirtschaftspolitik, durch eine „Verstetigung des Wirtschaftsprozesses" einen konjunkturellen „Aufschwung nach Maß" herbeizuführen, um die Wirtschaft auf einen „mittleren Wachstumspfad" zu führen und um eine „Stabilisierung des Preisniveaus" zu erreichen, nur schöne Worte zur Förderung der Popularität Schillers. Die so schön formulierten Ziele haben sie in keiner Weise erreicht. Sie dienten andererseits gerade durch ihre Wirkungslosigkeit der Vorbereitung eines „Konjunkturzuschlages" von 10 % (5,9 Milliarden DM), wovon in erster Linie die Arbeiter betroffen wurden.

Am 9. Mai dieses Jahres hat die Bundesregierung ein sogenanntes „Stabilitätsprogramm" verkündet. Es umfaßt u. a. folgende Maßnahmen:

1) Erhöhung der Mineralölsteuer um 5 Pfennig
2) Konjunkturzuschlag um 10 % für Einkommen über 24.000 DM für Ledige bzw. 48.000 DM für Verheiratete.
3) Investitionssteuer von 11 %
4) Kürzung der Staatsausgaben um ca. 1 Mrd. DM
5) Streichung der erhöhten steuerlichen Absetzbarkeit für Eigentumswohnungen und Ein- bzw. Zweifamilienhäuser (§ 7b).

Die tatsächliche konjunkturdämpfende Wirkung dieser Maßnahmen ist ähnlich gering wie die vor 4 Jahren. Sie haben aber andere beabsichtigte Folgen von viel größerer politischer Relevanz.

Die Investitionssteuer von 11 % werden die Kapitalisten als Vorwand benutzen, um noch schärfere Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Arbeiter durchzuführen. Der Konjunkturzuschlag für etwas höhere Einkommen und die Streichung der Steuervergünstigungen für Eigentumswohnungen treffen einerseits besser verdienende Arbeiter und vor allem gewisse Teile des Mittelstands. Die Angriffe des Großkapitals sind prinzipiell nicht nur darauf ausgerichtet, das Lebensniveau der Arbeiterklasse zu senken, sondern auch mittelständische Zwischenschichten zu proletarisieren. Solche Maßnahmen werden dann besonders gern einer sozialdemokratischen Regierung übertragen, die so etwas auch bereitwillig durchführt, kann sie dann doch dem Arbeiter vorgaukeln, wie „arbeiterfreundlich" sie ist, und die Gewerkschaften sind auch dafür. Eine Polarisierung zwischen Arbeiterschaft und Mittelstand (der im allgemeinen mehr zur CDU/CSU tendiert) ist die beabsichtigte Folge.



Nur Lohnerhöhungen gleichen die Preissteigerungen aus

Die Arbeiter können dem Abbau ihres Reallohnes durch Inflation und Steuererhöhungen nur dadurch begegnen, daß sie sich Lohnerhöherhöhungen. 1969 hatten sich die Arbeiter im Ruhrgebiet in einer ähnlichen Situation durch „wilde" Streiks erhebliche Lohnerhöhungen erkämpft.

Genauso können sich die Arbeiter heute nur wehren, wenn sie sofortige neue Tarifverträge durchsetzen, Teuerungszulagen erkämpfen oder lediglich auf Betriebsebene Lohnerhöhungen durchsetzen. Die <u>konjunkturelle</u> Situation für die Arbeiter ist momentan die günstigste: die Auftragsbücher der Kapitalisten sind voll. In vielen Betrieben wurde auch schon danach gehandelt:

- 800 Vertrauensleute von Opel Rüsselsheim forderten in einer Resolution neue Tarifverträge
- 800 Arbeiter der Maschinenfabrik Zinser in Ebersbach streikten mehrere Tage für eine Erhöhung der Stundenlöhne um 30 - 35 Pfennig.

Die Reihe der Betriebe mit ähnlichen Forderungen ließe sich beliebig verlängern. Die <u>Kampfbereitschaft</u> der Arbeiterklasse hat weiter zugenommen.

Die Hoescharbeiter (und nicht nur sie) mußten um Jahreswende aber schon die Erfahrung machen, daß die Gewerkschaftsführer nicht auf ihrer Seite stehen. Sie sehen es momentan als ihre Hauptaufgabe an,

- die Linken, die Kritik an der Politik der Zusammenarbeit mit den Kapitalisten und das Herunterschrauben der Arbeiterforderungen haben, aus den Gewerkschaften auszuschließen,
- die Arbeiter solange wie möglich stillzuhalten.

In der Argumentation verweisen die Gewerkschaftsführer meist auf ihre Pflicht, die Verträge zu halten, vertrösten auf die Maßnahmen der Regierung, von denen sie sagen: „Neu an diesem Programm ist, daß fast alle Maßnahmen gegen die Unternehmer gerichtet sind" (IG-Metall zum Stabilitätsprogramm von Schmidt) und deren Wirkung sie recht optimistisch einschätzen. Weiter erteilen sie den Kapitalisten den Rat, nicht zu weit zu gehen, sonst müßten sie losschlagen. Auch die Kapitalisten sagen: „Vertrag ist Vertrag".

Da die Unruhe jedoch soweit gestiegen ist, die Warnstreiks zunehmen, vereinbaren Kapitalisten und Gewerkschaftsführer hinter dem Rücken der Kollegen Zugeständnisse (z. B. in der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie), um zu verhindern, daß die Arbeiter sich noch mehr erkämpfen. Letztlich wird hier das ganze Tarifvertragssystem durchbrochen, aber warum nicht? Wenn es den Kapitalisten nützt! Aber den Arbeitern, die das gleiche tun und neue Verträge fordern, sagt Loderer: „Vertrag ist Vertrag", bezeichnet sie als Kommunisten, die „utopische Forderungen" stellen, den Rechten nützen und gar nicht in die Gewerkschaft gehören.

Alles wird getan, um dem Kampf der Arbeiter die Spitze zu brechen und um die bewußten Kräfte zu isolieren, zu diffamieren oder auszuschließen. Aber auch das wird immer mehr von den Arbeitern durchschaut. ■

ANKÜNDIGUNG !

Nachdruck von Artikeln des ARBEITERKAMPFs Jahrgang 72 unter dem Titel

GEGEN DIE SCHRITTWEISE FASCHISIERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT

Erscheint demnächst!

Stauerei Buss im Hamburger Hafen

Höhere Leistung und weniger Rechte

Die Stauerei Buss ist ein Lade- und Löschbetrieb im Hamburger Hafen. Sie ist ein typisches Beispiel für die meisten der über 400 Hafeneinzelbetriebe: durch die frühkapitalistischen Sozialleistungen und dadurch, daß heute wie vor 100 Jahren Handelsgüter durch vorwiegend schwere körperliche Arbeit zwischen Kai und Schiff umgeschlagen werden.

Die vielen kleinen Klitschen werden zunehmend von grösseren Konkurrenten bedrängt, die in der Lage sind, schneller und kostensparender zu arbeiten. In diesem Konkurrenzkampf spielt die Stauerei Buss mit etwa 700 Beschäftigten unter den Staureibetrieben noch eine wichtige Rolle.

Dabei versucht sie wie alle anderen Hafenbetriebe, den Konkurrenzkampf auf den Schultern der Hafenarbeiter auszutragen:

Bei mangelnden Umkleide- und Aufenthaltsräumen, fehlender Gestellung warmer Mahlzeiten und erheblichen Unfallgefahren wird den Schauerleuten im Laderaum der Seeschiffe körperliche Schwerstarbeit abverlangt. Anstatt auf die Proteste aus der Belegschaft hin sich für deren Forderungen einzusetzen, erwirkte der Betriebsratsvorsitzende Backhaus (SPD-Mitglied), daß gegen ein fortschrittliches Mitglied des Betriebsrats (BR) ein Arbeitsgerichtsverfahren auf Ausschluß aus dem BR eingeleitet wurde.

Die Stauerei Buss gilt schon länger als einer der unsozialsten Betriebe im Hamburger Hafen. Aber die enorme Steigerung des Arbeitspensums pro Schicht und die Verringerung der Gangstärken auf drei oder gar zwei Mann (in den sechziger Jahren durchschnittlich fünf bis sechs Mann) wird in letzter Zeit immer unerträglicher. Diese Maßnahmen sind ungehindert gegen die Arbeiter durchgesetzt worden, weil sie bisher nicht die Kraft hatten, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Die Unzufriedenheit der Arbeiter bei Buss über diese Lage ist gerade in letzter Zeit stark angestiegen: Viele holten im letzten halben Jahr ihre Papiere, weil sie der Meinung waren, anderswo kann es nur besser sein. Nicht umsonst kursiert im Hafen der Spruch: „Nur wer muß, geht zu Buss!"

Auch auf der letzten Betriebsversammlung am 15./16. Februar wurde diese Unzufriedenheit an den Beiträgen vieler Kollegen deutlich. Neu daran war aber, daß zum erstenmal umfassende und unmißverständliche Forderungen aufgestellt wurden:

* Festlegung der Gangstärken
* Bezahlung der Meldezeit vor Beginn der Barkassenabfahrt (vor Beginn der Arbeitszeit müssen sich die Schauerleute zur Einteilung an einem zentralen Sammelplatz melden, bevor sie mit den Barkassen – kleinen Personenfähren – zu den Schiffen in allen Teilen des Hafens befördert werden. Nach dem Tarifvertrag muß diese Meldezeit – sofern sie früher als eine Viertelstunde vor Beginn der Arbeitszeit angesetzt ist – als Überstunde bezahlt werden.

  Um aber die Barkassen, die um Punkt Viertel vor sieben abfahren, noch zu erreichen, müssen die Kollegen in der Regel bereits um halb sieben in der Einteilung sein, um sich ihre Order zu holen und dann zur Barkasse runter zu gehen. Der Anspruch auf die Bezahlung einer Überstunde pro Tag, die sich aus diesem Sachverhalt ergibt, wird von den meisten Stauereien im Hamburger Hafen seit Jahr und Tag ignoriert.)
* Erstattung nicht nur der Telefongebühren, sondern auch der mit dem Anrufen verbundenen Arbeitsbereitschaftszeit
* Bezahlung aller Tage, an denen wir zur Arbeit verpflichtet sind; keine „Abgeltung der Mehrarbeit durch Freizeit" mehr!

Obwohl diese wirtschaftlichen Forderungen dem Kapitalisten Buss sehr wohl verständlich geworden sind, wird er nicht freiwillig die Nackenschläge gegen die Arbeiter

Forts. nächste Seite

Streiks bei VW

Vom 10. bis 16. April streikten Arbeiter in allen Volkswagenwerken. In Kassel, Emden, Hannover, Salzgitter, Braunschweig und Wolfsburg beteiligten sich mehr als 10 000 Arbeiter an kurzen Streiks. Anlaß war die vom VW-Konzern geplante Kürzung der Jahres-„Erfolgsprämie".

Die Jahres-„Erfolgsprämie", die noch unter dem alten VW-Chef Nordhoff – zu Zeiten, als die Volkswagenwerke noch als kapitalistischer Musterbetrieb galten – eingeführt wurde, war bis zum Jahre 1970 eine „freiwillige" Zahlung der Konzernleitung. 1970 gelang es, diese Prämie im Manteltarifvertrag abzusichern, der Tarif enthält aber keine garantierte Höhe dieser Prämie.

Mit der Anfang der 70er Jahre aufgrund stärkerer Konkurrenz wachsenden Absatzkrise begannen die Unternehmer auch diese Prämie zu drücken.

Im letzten Jahr wurde sie von 8% 1971 auf 5,2% des Jahres-Brutto-Verdienstes gekürzt, was durchschnittlich etwa 480,– DM weniger als im Vorjahr ausmachte. Damals hatte es zwar starke Unruhe in den Betrieben gegeben, doch aufgrund drohender Entlassungen (1972 wurde die VW-Belegschaft um 12 000 auf zur Zeit etwa 122 000 verringert) kam es nicht zu Kampfaktionen hiergegen.

Anfang April 1973 begannen Verhandlungen zwischen der IG Metall und der Konzernleitung um die Höhe der in diesem Jahr zu zahlenden Prämie. Dabei wurden von den Unternehmern 5,35% angeboten.

In allen Werken wurde dieses Angebot von den Arbeitern scharf kritisiert. Auf zahlreichen Betriebsversammlungen, in Resolutionen der Vertrauensleute wurde die Forderung nach 8% aufgestellt.

Sprecher betonten immer wieder die verbesserte Ausgangslage für die Arbeiter gegenüber dem Vorjahr.

So mußten die Arbeiter in sämtlichen Werken in diesem Jahr schon mehrfach Sonderschichten fahren.

Die starke Expansion des VW-Konzerns im Ausland ist kein Geheimnis. Allein in diesem Jahr wurden mehrere neue Werke gegründet: VW of Nigeria, mit dem Bau eines zweiten Werkes von VW do Brasil ist begonnen, das VW-Werk in Jugoslawien hat die Produktion aufgenommen, die Werke in Mexiko und Südafrika werden mit großen Mitteln ausgebaut und der Export in die USA hat wieder stark zugenommen, wobei erstmals bekannt wurde, daß mehrere hundert Millionen Mark zum Aufbau eigener Produktionsstätten in den USA bereitstehen.

Als die Konzernherren bei ihrem provokatorischen 5,35%-Angebot blieben, flogen die Brocken.



Am zweiten Streiktag beteiligten sich auch etwa 600 Lehrlinge in einem zweistündigen Streik an den Aktionen. Sie erklärten sich mit den übrigen Kollegen in einem Demonstrationszug durch die Hallen solidarisch. Sie forderten ebenfalls 8% für Lehrlinge. Als Erfolg können sie verbuchen, daß jetzt erstmals auch die Lehrlinge die „Erfolgsprämie" erhalten.

Das erste Mal: Streiks in allen Werken

Es begann am 10. April in Kassel. Mehrere hundert Kollegen der Spätschicht zogen durch die Werkshallen. Die Demonstration wuchs in kurzer Zeit auf etwa 4000 Arbeiter an. Auf Spruchbändern und in Sprechchören wurden immer wieder 8% gefordert. Dieser insgesamt zweistündige Streik wurde am nächsten Tag von der Früh- und Normalschicht aufgenommen. Insgesamt 7000 Arbeiter beteiligten sich am 11.4. an dem ebenfalls zweistündigen Streik.

Die Nachricht vom Kasseler Streik dringt auch in die anderen Werke. In Emden stoppt am 11.4. die Frühschicht für zwei Stunden die Bänder. Die Werksleitung, besorgt um den „Arbeitsfrieden", schickt leitende Angestellte an die Bänder, um „Rädelsführer" ausfindig zu machen. "Kritische Punkte", wie die Stoppschalter der Bänder, werden besonders scharf beobachtet. In den Hallen taucht der Werkschutz auf. Trotzdem kommt es auch in der Spätschicht zu Arbeitsniederlegungen.

In Hannover hatten am 10. April 200 Vertrauensleute in einer Entschließung noch einmal 8 % gefordert. Eine von ihnen eingeleitete Unterschriftensammlung bringt in kurzer Zeit 5 000 Unterschriften. Auf Meldungen aus Kassel werden am 11. immer wieder kurze Streiks durchgeführt. An den Bändern laufen von den Arbeitern befestigte Streiklosungen mit.

Ebenfalls am 11.4. traten in Salzgitter mehrfach VW-Arbeiter in Kurzstreiks.

Aufgrund der vielen Streiks in den einzelnen Werken erhöhte die Konzernleitung schon nach dem ersten Streiktag ihr Angebot auf 6,5 %. Die Arbeiter bestehen aber in den nächsten Tagen auf 8 %.

Am 12.4. griffen die Streiks auf das Wolfsburger Hauptwerk über. In einem Zug durch mehrere Hallen, der von etwa 80 Kollegen ausging, wuchs die Demonstration schnell an und zog zum Verwaltungshochhaus, wo in Sprechchören die 8 %-Forderung unterstrichen wurde. Die von den Arbeitern zum Rauskommen aufgeforderten Vorstands-Vertreter von VW hatten sich schleunigst verzogen.

Am nächsten Tag wurde der Streik von der Frühschicht wieder aufgenommen. Wieder zog ein Demonstrationszug zum Verwaltungsgebäude und forderte diesmal VW-Boß Leiding persönlich auf, Stellung zu nehmen. Einige Arbeiter suchten Leiding in seinem Büro auf und untermauerten noch einmal die Forderungen der Kollegen.

Ebenfalls am 13.4. traten zunächst 4 500 Arbeiter der Frühschicht in Braunschweig in den Streik für die 8 %. Die 3 000 Kollegen der Spätschicht schlossen sich dem Streik an.

Nachdem auch am Wochenende kein ausreichendes Verhandlungsergebnis zustande kam, traten am Montag, den 16.4. in Wolfsburg wiederum etwa 1 000 Arbeiter in den Streik.

In Emden protestierte die Spätschicht in einem Streik gegen das unzureichende Angebot der Unternehmer. Man beschloß, eine Demonstration in die Stadt zu machen. Mittlerweile war vor dem Werkstor aber Polizei aufgefahren worden. Daraufhin demonstrierten die Arbeiter im Werksgelände.

Ein Teilerfolg

Am 17.4. wurde dann das Verhandlungsergebnis bekannt. Die Jahres-„Erfolgs"prämie wurde umgewandelt in eine tarifliche Sonderzahlung bei VW. Sie beträgt für die Jahre 1973 und 1974 84 % von einem 12. Teil des Jahres-Bruttolohns. Für 1975 wird sie auf 96 % erhöht.

Das bedeutet in alten Prozent ausgedrückt: für 1973/74 ca. 7 %, 1975 8 %.

Damit war es nicht gelungen, das Verhandlungsergebnis auf die volle Erfüllung der Forderung von 8 % zu steigern.

Doch die ersten größeren Kampfaktionen seit Jahren verhinderten ein schnelles Verhandlungsergebnis auf Kosten der Arbeiter.

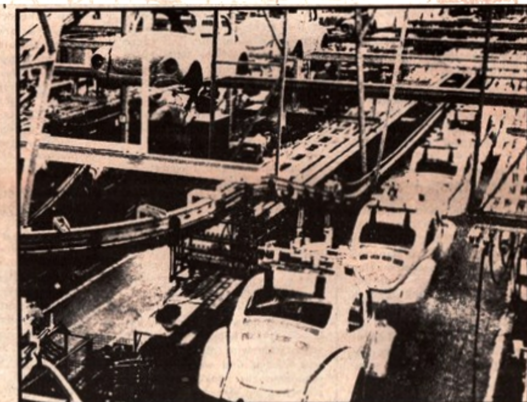
Die Streiks, die das erstemal alle VW-Werke erfaßten, waren überhaupt erst Anlaß für die Konzernherren, über höhere Forderungen zu verhandeln.

Auf der anderen Seite darf man nicht übersehen, daß in der jetzigen günstigen Lage sicherlich mehr für die VW-Arbeiter dringewesen wäre.

Das voll auszunutzen, verhinderte mangelnde Kampferfahrung und ungenügende Organisierung der Streiks. Hinzu kommt, daß zwischen den einzelnen Werken keine Verbindung bestand, so daß vielfach Gerüchte und Spekulationen umliefen. Es kam vor, daß Kollegen der Spätschicht erst durch Flugblätter der Kommunisten von Aktionen der Frühschicht erfuhren und umgekehrt.

Für die Arbeiter in den Volkswagenwerken waren diese Aktionen aber wichtige Erfahrungen in den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern. Gegenüber dem Vorjahr haben sie deutlich gemacht, wie den Angriffen auf Lohn- und Arbeitsbedingungen nur wirksam zu begegnen ist. ■

Bereichsleitung Metall
KB-Gruppe Hamburg



Alle Bänder stehen still, wenn der VW-Arbeiter es will!

Forts. von Seite 19

einstellen.

Er ist sich sogar darüber im klaren, daß die Unruhe noch weiter anwachsen wird. Deshalb werden Methoden angewendet, die eine Einigung und Organisierung der Arbeiter verhindern oder zumindest erschweren sollen. Zu einer dieser „vorbeugenden" Maßnahmen gehört das Auseinanderstreuen der miteinander bekannten Arbeiter bei der täglichen Einteilung auf die verschiedenen Schiffe. Die Unternehmer wissen, daß einander bekannte und aufeinander eingespielte Kollegen auch bessere Arbeit leisten. Aber die Zersplitterung und organisatorische Isolierung der bewußtesten Arbeiter sind ihnen in diesem Fall weit wichtiger als ein kleiner wirtschaftlicher Vorteil.

Weil die Kapitalisten „Ruhe im Haus" brauchen, versuchen sie so zu verhindern, daß die Arbeiter feste Gruppen aufbauen, die sich gegen die Willkür der Geschäftsleitung und ihrer Inspektoren zu wehren wissen.

Die Hoffnung der Kollegen, die Situation würde sich bessern, war vor und nach den Betriebsratswahlen 1972 besonders groß. Es hat sich aber seitdem so gut wie nichts geändert; es sind nicht einmal Versuche des BR unter Leitung des SPD-Mitgliedes Backhaus deutlich geworden, die wesentlichen Forderungen bei der Geschäftsleitung durchzusetzen.

Aber es wird nicht nur nichts für die Kollegen getan – darüberhinaus ergriff die Mehrheit des Betriebsrates Maßnahmen, um fortschrittliche Betriebsratsmitglieder daran zu hindern, sich für die Kollegen einzusetzen.

1. Fall

Gegen das BR-Mitglied Retzlaff beantragten die übrigen BR-Mitglieder seinen Ausschluß aus dem BR.

Die „Begründung": Der Kollege Retzlaff hätte auf der Betriebsversammlung im Oktober vergangenen Jahres die „vertrauensvolle Zusammenarbeit" verletzt. Was war nun vorgefallen? Auf dieser Betriebsversammlung forderte Buss „seine" Arbeiter auf, an der „Konkurrenzfähigkeit" der Stauerei Buss tatkräftig mitzuarbeiten. Er hob die „Schonung des Arbeitsgeschirrs" hervor und forderte indirekt mit dem Hinweis auf die kommenden „schweren Zeiten" unsere Zurückhaltung bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen sowie mehr und schnellere Arbeit.

Buss meinte weiter, alle würden doch „am gleichen Strang ziehen", und versuchte, den Arbeitern einzureden, die Unternehmer und die Arbeiter hätten doch ein „gemeinsames Interesse" am Gedeihen der Stauerei Buss. Aus dieser Logik war Buss so unverschämt, von den Kollegen zu verlangen, sie sollten doch auf die so oft geforderte und seit langem tariflich festgelegte Bezahlung der Meldezeit verzichten! Daran wurde ganz deutlich, was in Wahrheit hinter dem so oft zitierten „gemeinsamen Interesse" steckt: Einzig und allein das Interesse des Kapitalisten, auf Kosten der Arbeiter seinen Profit zu erhöhen!

Dies versuchte das BR-Mitglied Retzlaff deutlich zu machen, als er – ziemlich erregt und wütend sagte, ihm sei es „scheißegal", ob Buss pleite mache oder nicht, ihn interessiere sein Tarifvertrag und daß der vom Unternehmer eingehalten werde.

Auf diesen Ausspruch hin leitete der BR auf die Initiative des Vorsitzenden Backhaus ein Arbeitsgerichtsverfahren mit dem Ziel des Ausschlusses aus dem BR gegen den Kollegen Retzlaff ein.

Um im Betrieb andere Kollegen gegen Retzlaff aufzuhetzen und um vor Gericht besser dazustehen, wurden bei den Kollegen Unterschriften für einen Ausschluß des Kollegen Retzlaff aus dem BR gesammelt. Vieles spricht dafür, daß diese Unterschriftensammlung von seiten des BR in „vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit der Geschäftsleitung organisiert wurde: Sie wurde vom „Sicherheitsinspektor" der Firma durchgeführt. (Er schien in dieser Zeit mehr für die politische Sicherheit der Kapitalisteninteressen als für die Unfallsicherheit der Arbeiter da zu sein.)

Nach dem Eindruck vieler Kollegen kamen aber zustimmende Unterschriften zum Ausschlussverfahren meist nur aus Teilen des Betriebes zusammen, denen die Stellungnahme des Kollegen Retzlaff oder er selbst persönlich unbekannt ist. Mit dieser demagogischen Stimmungsmache sollte der Anschein erweckt werden, die Arbeiter wären „massenhaft" gegen ihren Vertreter eingestellt.

Der Kollege Retzlaff hat inzwischen den Arbeitsgerichtsprozess in der I. Instanz gewonnen, das Arbeitsgericht konnte in seinen Äusserungen auf der Betriebsversammlung keinen Grund zum Ausschluss aus dem BR sehen. Dabei hatte die Gegenseite schwere Geschütze aufgefahren. Sie hatte sogar Fiete Koch, führender ÖTV-Sekretär für den Hafenbereich, laden lassen, der nach Kräften versuchte, den Kollegen Retzlaff in die Pfanne zu hauen: So behauptete er scheinheilig, ihm sei überhaupt nicht bekannt, daß im Hamburger Hafen die Meldezeit in der Regel nicht bezahlt würde, deshalb könnte er auch überhaupt nicht verstehen, warum sich der Kollege Retzlaff so aufgeregt habe und halte seine Äusserungen für in keinem Fall gerechtfertigt!

2. Fall

Bei der Rosskai GmbH, die der Firmengruppe Buss angehört, wurde vor kurzem das BR- und DKP-Mitglied Julius Christiansen fristlos gekündigt. Er hatte auf einer Betriebsversammlung sowohl die Kapitalisten angegriffen, als auch den Betriebsratsvorsitzenden Otto Ehlert scharf kritisiert. Dieser hatte den Arbeitern einen „Rechenschaftsbericht" hingelegt, der allenfalls durch seine Inhaltslosigkeit dem „Betriebsfrieden" im Sinne der Kapitalisten förderlich sein konnte. Dazu kam noch, daß Christiansen sich auch am Arbeitsplatz für die Kollegen eingesetzt hatte und er bei den Arbeitern deshalb sehr beliebt war.

Das alles waren „Gründe" genug, um Julius Christiansen als „Aufwiegler" und „Fremdkörper" so schnell wie möglich zu entfernen. Das Arbeitsgerichtsverfahren, daß Christiansen gegen diesen Beschluß angestrengt hat, läuft noch.

Am Fall Buss wird besonders deutlich, wie eng der politische Angriff der Kapitalisten mit dem wirtschaftlichen zusammenhängt: Um seine Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, geht Buss daran, seine Arbeiter härter auszubeuten und sie möglichst niedrig zu bezahlen. Der wachsenden Unruhe unter den Arbeitern begegnet er mit Einschüchterungsmaßnahmen: So sollte der Kollege Retzlaff exemplarisch für sein konsequentes Auftreten auf der Betriebsversammlung bestraft werden.

Den unzufriedenen Arbeitern treten die Kapitalisten nicht gern selbst gegenüber. Dieses Geschäft – die Durchsetzung von Maßnahmen im Auftrag der Kapitalisten gegen die Arbeiter – erfüllen sozialdemokratische Betriebsräte ausgezeichnet, wie im Fall Retzlaff deutlich wurde: Der BR wurde vorgeschickt, er sollte Retzlaff erst einmal aus dem BR herausdrängen, dann hätte Buss leichtes Spiel gehabt und ihn einfach vor die Tür gesetzt, nachdem er keinen Kündigungsschutz mehr gehabt hätte.

Dies ist erst einmal gescheitert, langfristig aber kann dieser Angriff auf die Buss-Belegschaft im ganzen und BR Retzlaff im einzelnen nur dann abgewehrt werden, wenn die linken Kollegen bei Buss sich zusammentun und es nicht Einzelnen überlassen, gegen die Unternehmer aufzustehen. ■

Schauerleute-Zelle, Hafenbereich,
KB-Gruppe Hamburg

HBV–Tarifrunde

Die diesjährige Tarifrunde im Bereich Handel-Banken-Versicherungen (HBV) sind entsprechend der Preise und Vorstellungen der Kapitalisten glatt über die Bühne gezogen worden. Die Tarifabschlüsse (8,5 % bie Banken, durchschnittlich 11 % bei Versicherungen) orientierten sich an den jeweils vorausgegangenen Abschlüssen bei Metall bzw. Druck.

Die HBV-Angestellten-Bereiche zeichnen sich durch vergleichsweise geringe aktive Beteiligung der Kollegen an den Tarifauseinandersetzungen aus. Der gewerkschaftliche Organisierungsgrad ist hier mit unter 20 % – wovon noch die Mehrheit in der DAG organisiert sind – besonders niedrig. Dies ist ein Ausdruck dafür, daß hier das Bewußtsein noch wenig entwickelt ist, daß es notwendig ist, den Kampf um die eigenen Interessen aktiv und organisiert zu führen. Kampferfahrungen fehlen hier fast vollständig. Mit der Aufsplitterung in viele Einzeltarifverträge, die zu ganz verschiedenen Zeitpunkten abgeschlossen werden, trägt die Gewerkschaftsführung das ihre dazu bei, diesen Zustand aufrechtzuerhalten.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß gerade die HBV-Gewerkschaft in den letzten Jahren einen stürmischen Mitgliederzuwachs erlebt hat; allein im vergangenen Jahr waren es fast 10 % mit 13000 neuen Mitgliedern. In dieser Tarifrunde gab es, ausgehend von den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, verstärkt Ansätze zu aktiver Tarifpolitik der Belegschaften und gleichzeitig Kritik an der Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung, die nicht von den Interessen der Kollegen ausgeht, sondern sich an den 'gesamtwirtschaftlichen' Interessen der Kapitalisten orientiert. Während die Gewerkschaftsführung als etwa hier in Hamburg die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen im Versicherungsbereich begannen, auf breiterer Ebene eine konsequente gewerkschaftliche Politik zu entfalten, der Angriff auf diese Arbeit und Rechte der Gewerkschaftsmitglieder überhaupt. D.h. die Entwicklung geht in Richtung von Zuständen, die wir in Gewerkschaften wie etwa der IG Metall bereits haben.

Der Artikel soll auf den Verlauf der Tarifrunde eingehen und insbesondere auf die Entwicklung, wie sie sich hier in Hamburg gezeigt hat.

Durch einen Konzentrations- und Rationalisierungsprozeß, durch kräftige Preissteigerungen, drastische Erhöhungen etwa der KfZ-Prämien bei den Versicherungen und das Abwälzen von Verwaltungskosten bei den Banken auf die kleinen Konteninhaber konnten die Kapitalisten eine erhebliche Steigerung ihrer Profite verzeichnen. Die wirtschaftliche Hochkonjunktur bringt insbesondere den Banken und Versicherungen durch Kreditvergabe für enorm ansteigende Investitionen etc. eine wahre Gewinnexplosion ins Haus.

Im Gegensatz zu sonstigen Jahren verzichteten die Kapitalisten auf größeres Gejammere über ihre Lage und traten in den Tarifverhandlungen gleich mit Angeboten von 8 – 8,9 % auf. Damit wurden von vornherein die schnellen Abschlüsse angesteuert. Offensichtlich schien es den Kapitalisten nicht zweckmäßig, bei anhaltenden Preissteigerungen und verstärkter gewerkschaftlicher Aktivität der Mitglieder ihre Taktik des langen Dahinschleppens der Verhandlungen zu wiederholen. Das hatte bei noch geringerer gewerkschaftlicher Aktivität in der Gewerkschaft HBV, noch vergleichsweise geringeren Preissteigerungen und insgesamt kaum größeren Tarifkämpfen in der BRD im letzten Jahr, seinerzeit lediglich etwa eine Urabstimmung im Einzelhandel im Bezirk Saar zur Folge. Vor zwei Jahren, 1971, waren die Kapitalisten mit provozierenden Null-Angeboten aufgetreten. Überall gab es deshalb erste gewerkschaftliche Aktionen der HBV, Protestdemonstrationen, wie hier in Hamburg von den Bankangestellten, mit denen sich die Angestellten des Versicherungsbereichs solidarisierten. Dem Gewerkschaftssekretär für die Fachabteilung Versicherungen, Gerd Hamman, dem besondere Verdienste bei der Organisierung des Protestes der Kollegen dabei zukam, wurde danach unter Vorwänden vom Vorstand die Kündigung ausgesprochen. Im Saarland hatte es damals erstmals seit 1919 einen kurzen Warnstreik der Bankangestellten gegeben.

Die Tarifrunde im Handel: Ohne die Kollegen

Die Tarifverhandlungen im Handel wurden fast ohne die Kollegen durchgezogen.

Im Einzelhandel waren die Tarifverträge zum 31.3.1973 gekündigt worden. Die gewerblichen Kollegen wurden mit 100,– DM abgespeist, womit sie weiterhin stark hinter den anderen Löhnen und Gehältern hinterherlaufen. Die Tarife der Angestellten werden z.T. erst im Juni ausgehandelt. Im Groß- und Außenhandel waren die Tarife bereits zum 31.12.1972 gekündigt worden.

Die Tarifabschlüsse am 26.4. – nach der Drucktarifrunde, brachten um 10 bis 13,6 % höhere Tariflöhne.

Hier in Hamburg stehen den 60 000 Beschäftigten in diesem Bereich lediglich 1400 HBV-Mitglieder gegenüber. Hier tut die Gewerkschaftsführung durch weit aufgespaltene Tarifverhandlungen das ihrige dazu, daß Kampfkraft der Belegschaften nur schwerlich zustande kommt. Allein in Hamburg gibt es in diesem Bereich 26 Tarifverträge, die außerdem noch zu ganz verschiedenen Zeiten abgeschlossen werden. In dieser Taktik hat die Gewerkschaft HBV „Großartiges" geleistet. Anläßlich des Gewerkschaftstages wurde „stolz" als „Erfolg" gemeldet, daß man zum 1.1.72 226 Manteltarifverträge, 289 Gehalts- und Lohntarifverträge und 202 Tarifverträge für Sonderbereiche laufen habe, bzw. zwischen 1968-71 1631 Tarifvereinbarungen abgeschlossen worden seien.

In dem einzigen Flugblatt in Hamburg während der laufenden Tarifverhandlungen im Groß- und Außenhandel wurde unter der Parole „Einigkeit macht stark" dann für den Eintritt in die Gewerkschaft geworben. Eigens hinzugefügt war die Parole „Lippenbekenntnisse genügen nicht." Nichtsdestotrotz hatte der Ortsvorstand die Frechheit, für eine Fachgruppensitzung während der laufenden Verhandlungen die Tarifrunde überhaupt nicht in der Tagesordnung zu berücksichtigen. Bereits zur Aufstellung der Forderungen waren nur einige Betriebsräte gehört worden.

So gab es auf der Fachgruppensitzung am 10. Mai nach gelaufener Tarifrunde Kritik der Mitglieder: Es sei notwendig, alle Kollegen in die Diskussion miteinzubeziehen, zur Aufstellung von Forderungen aus den Betrieben. Außerdem müßten gewerkschaftliche Betriebsgruppen aufgebaut werden. Das wurde vom Vorstand abgeblockt: Rechte und Richtlinien müßten erst noch auf höherer Ebene geklärt werden. Das, obwohl in der Gewerkschaft HBV längst Betriebsgruppen mit „Rechten und Richtlinien" existieren.

Der Forderung nach einheitlichen Abschlüssen der Tarifverträge wurde entgegengehalten, daß diese Spaltung der Kollegen gut sei (für die Kapitalisten natürlich):

In den Schwerpunktsgebilden sei leichter was rauszuholen, so die „Argumentation" des Vorstandes, woran sich die anderen Gebiete dann orientieren könnten.

Hier wurde deutlich, daß von Seiten der Gewerkschaftsführung es zwar Appelle zur gewerkschaftlichen Organisierung gibt und „Argumente", daß man ja was tue und das beste wolle, die berechtigten Forderungen der Kollegen aber nur auf dem Wege zu erlangen sind, wenn aus den Betrieben selbst die Kraft dazu entwickelt wird.

Die Tarifrunde bei den Banken

Für die 290 000 Bankangestellten wurden die Tarife zum 28.2. gekündigt. Die Gewerkschaft trat mit der Forderung von 80 DM + 6 % an. Am 3. März boten die Kapitalisten 8 % an, am 19.3. hatte man sich nach dem Muster von Metall auf 8,5 % geeinigt, zusätzlich gab es einige „Strukturverbesserungen" bis zu 16,7 %. Damit war auch stillschweigend der Sockelbetrag unter den Tisch gefallen, auf dem die Fragebögen des Hauptvorstandes an die Gewerkschaftsmitglieder eigens hinargumentierten, bzw. damit gegen eine reine lineare Forderung zu Felde gezogen wurde. So sprach sich auch die Mehrheit für Forderung des Hauptvorstandes aus.

Verglichen mit dem Handel sieht die Situation bei den Banken schon etwas besser aus. Hier hat die Gewerkschaft HBV fast 10 % der Angestellten organisiert.

Ein Tarifarbeitskreis in Hamburg

In Hamburg hatten Angestellte 1971 nach entsprechender gewerkschaftlicher Mobilisierung die Bereitschaft gezeigt, für ihre Forderung auf die Straße zu gehen und kämpfen. Vereinzelt gibt es zwar gewerkschaftliche Betriebsgruppen, die allerdings in der Tarifrunde keine große Bedeutung hatten. Zur diesjährigen Tarifrunde war ein Tarifarbeitskreis aufgebaut worden. Der Arbeitskreis begann vielversprechend mit einem Seminar über Tariffragen. Doch insgesamt ist zu sagen, daß dieser Arbeitskreis mehr die Bereitschaft der Kollegen, sich aktiv in der Tarifrunde einzusetzen, leerlaufen ließ. Denn über diesen Arbeitskreis wurde nicht versucht, systematisch die Diskussionen in Belegschaften zu entwickeln, ein Informationsnetz in den Betrieben und die Kontakte über die Betriebe hinweg aufzubauen, sondern bei loser organisatorischer Form wurde er mehr als Public-Relation Stelle des Vorstandes benutzt, der Informationsflugblätter, wobei der Text zum Teil erst in Düsseldorf kontrolliert werden mußte, und Posters herausgab und die Fragebögen der Mitgliederbefragung des Hauptvorstandes auswertete. Ist das die „basisnähere Tarifpolitik" der Gewerkschaftsführung, die den Tarifarbeitskreis unter dieses Motto stellte?

Damit wurden dann die Vorstellungen des Hauptvorstandes reibungslos durchgesetzt.

Die Tarifrunde bei den Versicherungen

Für die 190 000 Versicherungsangestellten wurden die Tarifverträge zum 31.3.73 gekündigt. Auch hier wurde die Tarifrunde unabhängig von insbesondere den Bankangestellten geführt, trotz gleicher Arbeitsbedingungen und Tätigkeiten. Das zeigt die Unsinnigkeit des Geredes von einem „leistungsgerechten Gehalt". Die Gewerkschaft HBV ging mit einer Forderung von 6 % und 90 DM Sockel in die Verhandlungen. Die Kapitalisten boten am 12.3. 8 % und am 3.4. dann, ähnlich wie bei den Banken, 8,5 % + Korrekturen. Die Mehrheit der Tarifkommission war bereit, dieses Ergebnis anzunehmen. G. Volkmar, der vom Hauptvorstand auch für die Banktarifrunde verantwortlich zeichnet, setzte hier seinen Einfluß ein, daß dieses Ergebnis abgelehnt wurde. Das macht wiederum deutlich, wie mit dem Verkauf der Drucktarifrunde die Lohnleitlinien nach oben korrigiert wurden.

Am 18.4. wurde dann der Schlichtungsspruch von 9,9 % + Korrekturen, was einem Ergebnis von durchschnittlich 11 % entspricht, von allen Tarifparteien angenommen.

Gewerksoppositionelle Ansätze in Hamburg

Die gewählten Hamburger Delegierten hatten in der Tarifkommission gemäß ihrem Auffrag die Forderung von 200 DM für alle begründet. Unterstützt wurden sie lediglich von zwei weiteren Delegierten, ansonsten wurden sie ausgebuht und beschimpft („Schnauze – wir kommen mal zu Euch – Karussell fahren). Wie ist diese Forderung in Hamburg entstanden.

Dort sind insbesondere im letzten Jahr fast überall durch die Aktivität fortschrittlicher Gewerkschafter aus den Betrieben heraus Gruppen aufgebaut worden, die dann vom Vorstand die Anerkennung als gewerkschaftliche Betriebsgruppe erhielten. So gibt es Betriebsgruppen bei Hermes, Volksfürsorge, Iduna und Albingia, als Vorläufer bestehen Arbeitskreis beim Deutschen Ring, der Volksfürsorge Sachversicherungen, der Sovag und der Hamburg-Mannheimer. Deren Arbeit umfaßte die Probleme unmittelbar in den Betrieben und politische Diskussion über die Politik der Gewerkschaftsführung, den 1. Mai, die Bundestagswahl oder die vom Gewerkschaftstag im Okt. letzten Jahres beschlossene Kampagne gegen die Springer-Hetzpresse, bis hin zu Sammlungen für die Opfer des US-Bombenterrors in Vietnam. Die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen entsprechen dem Aufbaukonzept der Gewerkschaft HBV. Hierüber sollen Vertrauensleutekörper aufgebaut werden. Wenn auch nicht im geringsten ein Loblied auf die innergewerkschaftliche Demokratie in der HBV gesungen werden kann, stehen hier im Vergleich zu anderen DGB-Gewerkschaften den Mitgliedern noch viele Rechte zu, die dort längst abgeschafft wurden. Wo bei dem Aufbau dieser Gewerkschaft in Betrieben überhaupt erst eine gewerkschaftliche Basis geschaffen werden sollte, versucht die Gewerkschaftsführung, sich der Aktivität linker Gewerkschafter bis hin zu den Kommunisten zu bedienen. Auf Druck der Betriebsgruppen konnten im Hamburger Versicherungsbereich noch Informationen zu Tarifverhandlungen durchgesetzt werden, während in der IG Chemie dies rundweg abgelehnt wurde, da angeblich die IG Chemie kein Geld besitze, um so etwas drucken zu können. Doch auf dem Gewerkschaftstag im Oktober 72 wurde vom 1. Vorsitzenden Vietherr kundgegeben, daß die Aufbauphase der HBV-Gewerkschaft abgeschlossen sei. Damit werden auch zunehmend die Gewerkschaftsmitglieder an die Kandare genommen werden. In Gewerkschaften, wo Vertrauensleutekörper bestehen, gibt es gewerkschaftliche Betriebsgruppen allenfalls auf dem Papier, in der IG Metall und DrüPa wurde durch die neuen Richtlinien der Vertrauensleutekörper ein übriges getan, um diese zu reinen Vollzugsorganen der Politik der Gewerkschaftsführung zu machen. Wo es noch Mitgliederversammlungen gibt, wird versucht, wie jetzt in der GEW, diese durch Delegiertenversammlungen zu ersetzen. Obwohl diese Entwicklung in der Gewerkschaft HBV noch weitgehend bevorsteht, gab in dazu in Hamburg während der Tarifrunde bei den Versicherungen erste Ansätze.

In den Betriebsgruppen in Hamburg wurde schon frühzeitig im letzten Jahr die Diskussion um die Tarifrunde aufgenommen. Die Argumentation der Gewerkschaftsführung geht aus von „gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernissen", d.h. vom Interesse der Kapitalisten. Dazu läßt sie regelmäßig Gutachten über die „Lage der Versicherungsunternehmen" von Herrn Aufenanger anfertigen. (obwohl darin, das nebenbei, gesagt wird, daß ein Prozent Lohnerhöhung die Kapitalisten nur ca. ein Tausendstel ihrer Prämie kostet). Bei der Berechtigung der Forderung wird insbesondere mit dem „Nachholbedarf" der Versicherungsangestellten argumentiert, als wenn es darum ginge, bei den Kapitalisten Mitleid zu erwecken und nicht die bestehende Kampfkraft der Kollegen entscheidend wäre und man hier tatsächlich von einem „Nachholbedarf" sprechen kann. Lineare Lohnerhöhungen wurden ebenso wie bei den Bankangestellten mit dem Trick der Sockel- und Prozentforderung praktisch unter den Tisch gekehrt, da ja sonst die Sache nicht leistungsgerecht wäre, so die Argumentation bei den Fragebögen an die Mitglieder.

Die Betriebsgruppen setzten sich zum Teil über die Argumentation der Gewerkschaftsführung hinweg. In der Diskussion wurde ausgegangen von den ständig verschärften Angriffen der Kapitalisten auf die Lebensbedingungen der Kollegen zur Erhöhung ihrer Profite. Da diese Angriffe alle Kollegen gleich beträfe, wurde für alle eine einheitliche Forderung aufgestellt. Da aber andererseits weiterhin gesagt wurde, daß die aufgestellten Forderungen auch von der wirtschaftlichen Lage der Versicherungsunternehmen gerechtfertigt seien, versuchte die Gewerkschaftsführung, durch Streichungen die vorbereiteten Veröffentlichungen der Betriebsgruppen zur Mitgliederversammlung möglichst weit auf ihre Linie zu trimmen, so geschehen bei der Betriebsgruppe Iduna und in ähnlicher Form bei Hermes. Dieses Verfahren läuft darauf hinaus, daß die Gewerkschaftssekretäre nur das veröffentlichen lassen wollen, was ihrer Meinung entspricht, weil sie nur das „verantworten" könnten. Das rief natürlich den Protest und Resolutionen der Betriebsgruppen hervor, was dann in den Fachgruppenvorstand hineingetragen wurde. Allerdings hat dann die Resolution gegen das Vorgehen des Ortsvorstandes, die vom Fachgruppenvorstand mit Unterstützung der Betriebsgruppenvorstände (auf deren Arbeitstagung in Sieversen) verabschiedet wurde, den Gewerkschaftssekretären praktisch die Zensur bei Veröffentlichungen zugestanden, die über die organisierten HBV-Mitglieder eines Betriebes hinausgehen. Denn es heißt dort u.a. „Protokolle und Mitteilungen, die an andere" (als die vorher erwähnten „HBV-Mitglieder des Betriebes") „bzw. nichtorganisierte Arbeitnehmer des Betriebes gerichtet sind, bedürfen der Zustimmung des Fachsekretärs"! Mit der Einsetzung einer Sonderkommission durch den Ortsvorstand ist versucht worden, die Mitgliederzensur weiter aus dem Schußfeld zu rücken.

Den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen war es klar, daß sie mit ihren Forderungen zur Tarifrunde sich in Opposition zur Gewerkschaftsführung gestellt hatten und daß es zur Zeit noch an der Breite und der Kraft mangeln würde, diese Forderungen gegen die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführung durchzusetzen. Auf der

Forts. Seite 22

BASF:

Der 'schlafende Riese' hat sich gerührt

Im Bezirk Rheinland-Pfalz arbeiten 80% der Chemiearbeiter im umsatzstärksten Chemiekonzern der Welt, BASF. Auch die Tarifkommission dieses Bezirks besteht fast nur aus „Anilinern" (BASF). Durch betriebliche Sonderverträge verdienen die „Anilin"-Kollegen durchschnittlich etwa 120,– DM mehr als – bei Akkordarbeit, gleicher Arbeit und Arbeitszeit – Chemiearbeiter aus der übrigen Branche. So konnte in der Tarifkommission mit dem Versprechen, hinterher betrieblich noch einiges nachzuholen, aber jetzt zunächst weniger zu fordern, die Aufstellung einer 12%-Forderung durchgesetzt werden.

Daß trotzdem die Kampfbereitschaft der BASF-Kollegen dieses Jahr so groß war wie lange nicht mehr, zeigte sich am 6. April.

An diesem Freitag fanden in Mainz die ersten Tarifverhandlungen '73 für Rheinland-Pfalz statt. Bei BASF-Ludwigshafen wurde nach der Mittagspause eine Vertrauensleute-Versammlung einberufen. Aber es kamen nicht nur die Vertrauensleute. Aus allen Richtungen strömten die Kollegen plötzlich herbei, über 8 000 hatten schließlich die Arbeit niedergelegt! „34% Gewinnsteigerung der BASF-Bosse allein im letzten Jahr – und uns wollen sie wieder mit einigen Stabilitätsprozenten abspeisen!" An drei Stellen im Werk fanden sich die Kollegen zu Kundgebungen zusammen und forderten in Sprechchören: „12%! 12%!" Auf eilig gemalten Pappschildern standen Losungen wie: „Aniliner 12% und wenn dem Timm der Kittel brennt!" (Timm ist BASF-Vorstandsboß.) „Alle Räder stehen still, wenn dies der Aniliner will!" „Solidarität!" „Lehrlinge holen!" Aber es gelang nicht, die 500 Lehrlinge aus der Lehrwerkstatt H 307 loszueisen: Die Ausbilder bedrohten jeden streikwilligen Lehrling mit harten Strafen, und die Lehrlinge ließen sich einschüchtern.

Die Geschäftsleitung läßt Droh-Flugblätter verteilen: Solche Aktionen seien „rechtswidrig" und würden gegen die „Friedenspflicht der Sozialpartner" verstoßen. Sie beruft sich auf das BVG, dessen wahrer Charakter dadurch wieder einmal entlarvt wird. Es wird mit Lohnentzug und Schadensersatzklagen gedroht. Ganz in diesem Sinne versuchen auch einige Betriebsräte, die Kollegen wieder zur Arbeit zu schicken. Als sie jedoch auf Widerstand stoßen, werden die Versammlungen geschwind nachträglich zu „vom Betriebsrat genehmigte außerordentliche Betriebsversammlungen" erklärt.

Hals über Kopf kamen von den Tarifverhandlungen in Mainz schließlich die Betriebsrats-Vorstände und der IG-Chemie-Bezirksvorsitzende angereist. Sie schafften, was bisher nicht gelungen war: Um ca. 15.30 Uhr lösten sich die Versammlungen widerstrebend auf.

Am 9. April, dem Tag, an dem die kämpfenden Drucker-Kollegen mit 10,8% abgespeist wurden und an der Börse plötzlich die Chemie-Aktien sanken, versammelten sich nach Feierabend über 1 000 BASF-Vertrauensleute. Schweres Geschütz von der Gegenseite: Sogar BASF-Personalleiter Dr. Abel war erschienen. Als bekannt wurde, daß der Konzern gegen einige Betriebsräte – besonders die Kommunisten unter ihnen – Maßnahmen wegen „Rädelsführerschaft" einleiten wollte, mußte Abel auf Druck der Vertrauensleute schließlich zusagen, daß solche Maßnahmen nicht ergriffen werden. Die Vertrauensleute forderten 12% und stellten fest: „Lohnfragen sind Machtfragen". Dazu ein Redner unter donnerndem Applaus: „Hoffentlich haben das endlich jene Gewerkschaftsfunktionäre erkannt, die sich von der sogenannten Sozialpartnerschaft etwas erträumen!"

Um die Initiative der „Aniliner" zu isolieren und abzuwürgen, propagierte besonders der BR-Vorsitzende Bauer (SPD) die Forderung nach einem Haustarifvertrag.

Am 17. April wurde den Chemie-Kollegen in Nordrhein der 9,9%-Abschluß aufgezwungen.

Einen Tag später mußte in Rheinland-Pfalz die Landesschlichtung ergebnislos vertagt werden: Über 6.000 „Aniliner" traten trotz „Friedenspflicht" in Streik! Vielleicht, weil die Kollegen entmutigt waren von dem Nordrhein-Abschluß, standen bei BASF als Mindestforderung nur noch 10%. Jedoch konnten die Versuche der Betriebsrats- und Geschäftsführer, den Kampf auch noch auf das Ziel „Haustarif bei BASF" einzuengen, nicht verhindern, daß sich die Chemie-Kollegen des ganzen Bezirks solidarisierten!

Gestreikt wurde auch bei Grünzweig + Hartmann, Michelin, ICI Offenbach, Kali-Chemie, Pentaplast, Montabaur und Texta!

Bei einer Umfrage unter den Vertrauensleuten am 19.4. stimmten im ganzen Bezirk die große Mehrheit gegen 10% als Höchstgrenze und für höhere Forderungen und Abschlüsse, bei Anilin allein 67,9% der VK-Kollegen.

Trotzdem stand die Streikfront auch bei BASF nur zwei Tage. Lag es an der – nach 50 Jahren Ruhe – natürlich noch mangelnden Übung der Kollegen, ihren Kampf wirklich selbständig zu organisieren? Haben nach den breiten spontanen Aktionen vom 6.4. „Sozialpartnerschafts"-Versöhnler die Leitung der Kämpfe an sich reißen können? Warum wurde erst zwei Tage vor dem langen Osterwochenende losgeschlagen und nicht sofort in der Woche nach dem 6.4.? !

Am Dienstag nach Ostern (24.4.) ließ die IG-Chemie den zweiten Versuch zur Landesschlichtung scheitern – um vor den Kollegen ein Alibi als Kämpfer zu wahren? Der Versuch, die BASF-Kollegen mit Haustarif-Propaganda aus der Solidarität mit den übrigen Kollegen herauszulocken, hatte sich jedenfalls durchgesetzt: Außer „kein Abschluß unter 10%" forderte die Tarifkommission einen Anilin-Sondertarif.

So waren von der Kampffront nur noch wenige übriggeblieben. 150 Aniliner und 250 Texta-Kollegen streikten an diesem Tag.

Danach hielten alle Beteiligten die gesetzlich zur „Beruhigung" der Arbeiter vorgeschriebene „Friedenspflicht" bis zur Bundesschlichtung am 18. Mai ein. Die Verhandlungen wurden 23 Stunden in die Länge gezogen – bis zum Wochenende, wenn viele zuallererst nur die Freizeit im Kopf haben – auch ein „Beruhigungsmittel". Dann ließen die IG-Chemie-Unterhändler auch diese Verhandlung platzen, aber nur, um sofort unmittelbar darauf doch auf einen Abschluß einzulassen. Ein Manöver, um noch einmal als „harte Verhandlungsführer" dazustehen?

Der Abschluß: 10,2% auf 12 Monate und 60,– DM, die allerdings erst Ende März '74 ausgezahlt werden. Immerhin: Daß die „Aniliner" sich zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert wieder gerührt haben, ließ – im Gegensatz zu den übrigen Tarifbezirken – alle Verhandlungen bis zur Bundesschlichtung platzen und brachte ihnen ein halbes Prozent mehr ein als den übrigen Chemie-Kollegen. ■

Chemie-Gewerkschafts-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Ein Meisterstück an Verfälschung und Demagogie leistete sich die IG-Chemie-Führung in der Mai-Ausgabe der „Gewerkschaftspost", Zeitung für alle IG-Chemie-Mitglieder. Folgende Zitate aus einer Reportage über die BASF-Kämpfe sprechen für sich:

„Anlaß des Aufbegehrens" ...waren angeblich nicht die Angriffe auf die Lebenslage der Kollegen, sondern: „das unbefriedigende Angebot der Arbeitgeber im Tarifstreit des Bezirks Nordrhein und die Sorge, daß sich die Chemieunternehmer von Rheinland-Pfalz bei den an diesem Tag beginnenden Verhandlungen ... nicht frei entscheiden können, weil sie sich im Würgegriff der Arbeitgeberzentrale befinden."

Zur Entstehung der drei Kundgebungen, von denen doch offensichtlich auch die Gewerkschaftsführung überrascht wurde: „ ... wurden die aufgebrachten Kollegen an drei zentralen Punkten zusammengeführt (!), um zu verhindern, daß es gegenüber uneinsichtigen Vorgesetzten zu Tätlichkeiten kam."

Über die Abwiegelei der hastig aus Mainz herbeigeeilten Betriebsrats- und Gewerkschaftsführer wird befriedigt festgestellt: „ ... gelang es nach einer Weile den Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern durch eine ausführliche und aufschlußreiche Berichterstattung, daß die Kollegen schließlich an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten."

„In dieser brenzligen Situation" (für wen wohl?!) „konnte der berechtigte Zorn der Aniliner mit erheblichen Mühen gedämpft werden."

Über die drohenden Flugblätter der BASF-Bosse: „ ... bevor man so unqualifiziert reagiert, sollte man sich auch als Unternehmer überlegen, was geschieht, wenn man aus einer Mücke einen Elefanten macht."

Der Versuch, durch Betriebs-Tarif den Kampf der Aniliner aus der Solidarität aller Kollegen herauszukaufen, wird damit begründet, daß „die BASF-Vertrauensleute" sich angeblich „nicht länger von Unternehmern anderer Chemie-Konzerne dirigieren lassen wollen."

(Hervorhebungen von uns.)

– Außer dieser Reportage sind in der gesamten Mai-Ausgabe dem Thema Chemie-Tarifrunde ganze 115 Zeilen gewidmet!

Forts. HBV Tarifrunde

Mitgliederversammlung der Fachgruppe Versicherungen im Dezember 72 brachte auf die Kritik Günter Volkmar vom Hauptvorstand langatmige Ausführungen über alles mögliche, um so das einheitliche Vorgehen der Betriebsgruppen möglichst zu sabotieren. Es wurde auch versucht, die Betriebsgruppen gegeneinander auszuspielen. Es konnte dennoch im Februar schließlich die 200-DM-Forderung und für die Auszubildenden von 60,65 und 70 % der Gehaltsstufe IV für die Hamburger Delegierten für die Tarifkommission verbindlich gemacht werden, obwohl auch weiterhin einige Betriebsgruppenmitglieder im Verein mit dem Ortsvorstand, diesen Beschluß zu sabotieren suchten.

Wenngleich all dies nicht dazu ausreichte, die Pläne der Kapitalisten zu durchkreuzen und diese Tarifrunde für die Kollegen eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage gebracht hat, ist das das kein Grund zur Resignation, sondern erfordert, die eingeleiteten Ansätze weiter zu entwickeln. In dieser Tarifrunde gab es zum ersten Mal kontinuierliche Arbeit von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen, die Zusammenarbeit von ihnen konnte für Hamburg hier hergestellt werden.

Sie standen nicht alleine da, sondern konnten sich die Erfahrungen der anderen zunutze machen und ihre Arbeit im Betrieb verbessern. Unter den Betriebsgruppen fanden viele Gespräche zu politischen Fragen statt. Es kommt darauf an, das dies nicht nach der Tarifrunde wieder verpufft, wie dies leider bereits im Gange ist, sondern weiter ausgebaut wird, auch über die Zusammenarbeit innerhalb des Versicherungsbereichs in Hamburg und der Gewerkschaft HBV hinaus, wie das während der Tarifrunde unter den Betriebsgruppen diskutiert wurde.

Besonderes Augenmerk muß auch darauf gerichtet werden, daß nicht mit dem Aufbau eines Vertrauensleutekörpern von seiten der Gewerkschaftsführung die Aktivität der Betriebsgruppen liquidiert wird, womit dann der VK seinen Zweck verfehlt. Hatte die Betriebsgruppe Volksfürsorge vor der Bildung des VK monatliche Mitgliederversammlungen durchgeführt und Ansätze von Arbeitskreisen gehabt, so gibt es inzwischen bald nur noch Halbjahressitzungen des VK.

Die Arbeit unter den Belegschaften verstärken!

Im Betrieb konnten sich im Verlauf der Tarifrunde die Betriebsgruppen stärken und neue aktive Kollegen hinzugewinnen. Doch gerade hier muß die bisherige Arbeit kritisch überprüft werden. Der Kampf in den Gewerkschaften für eine konsequente Klassenpolitik hat den Kampf in den Betrieben zur Grundlage. Gerade jetzt darf der Kampf nicht isoliert in irgendwelchen Gremien geführt werden, sondern müssen die Diskussionen in Betrieben zur Abwehr der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und verstärkte Unternehmerwillkür geführt werden. Es reicht nicht einfach, in die Gewerkschaft einzutreten und sich auf eine Gewerkschaftsführung zu verlassen, die den Kapitalisten in die Hände spielt, und den Abbau der Demokratie in den Gewerkschaften betreibt. Zu stark noch ist von den gewerkschaftlichen Betriebsgruppen die Arbeit unter der gesamten Belegschaft vernachlässigt worden. Zwar ist gerade bei den Angestellten des HBV-Bereichs das Mißverhältnis zwischen einem kleinen Teil konsequenter Gewerkschafter und einem Großteil nicht einmal gewerkschaftlich organisierter Kollegen objektiv besonders groß. Doch das allein kann nicht der Grund sein, wenn zur Mitgliederversammlung von 4000 HBV-Mitgliedern bei den Versicherungsangestellten in Hamburg nur 100 erscheinen. Ihre Mitgliederbefragung zur Tarifrunde hat die Gewerkschaftsführung in Hamburg geschickt ausgenutzt, um die Mehrheit der Mitglieder gegen die in den Betriebsgruppen gefaßten Tarifforderungen auszuspielen. Sie konnte mehrheitliche Zustimmung für ihre Prozent- und Sockelforderung erreichen.

In dem Hamburger Chemie-Betrieb Reichold-Albert-Chemie wurde etwas ähnliches benutzt, um die Auslösung des Vertrauensleutekörpers durch den IG Chemie-Ortsvorstand zu „begründen". Dort war als Tarifforderung 200 DM für alle aufgestellt worden. Es wurde behauptet, eine kleine Gruppe von Extremisten habe die Arbeit des VK sabotiert, in dem an dieses Hetzblatt angehängten Fragebogen wurde zur Zustimmung der Auflösung des VK durch die Kollegen aufgerufen und zur nachträglichen Zurücknahme der 200-DM-Forderung.

Wenngleich im Hamburger HBV-Versicherungsbereich sich rechte Gewerkschafter in den Betriebsgruppen nicht entsprechend formiert haben und für die Mitglieder noch ein relativ großer Spielraum für ihre Arbeit gegeben ist, werden die Angriffe auf die Arbeit der linken Gewerkschafter in diese Richtung sehr schnell verschärft werden, wobei es entscheidend davon abhängen wird, wieweit die Politik der Betriebsgruppen Ausdruck des Willens der Belegschaften ist.

Die Gewerkschaft HBV wird sich zweifellos der Hetz- und Ausschlußkampagne in allen Gewerkschaften gegen fortschrittliche Gewerkschafter und insbesondere Kommunisten, die nicht in der DKP sind, anschließen. Dies teilte der Gewerkschaftssekretär auf der (oben erwähnten) Fachgruppensitzung des Groß- und Außenhandels bereits mit.

In anderen DGB-Gewerkschaften ist diese Kampagne bereits voll im Gang. Der Gewerkschaftsvorstand der HBV braucht lediglich zu übernehmen, ausdrücklich zu erklären, daß Kommunisten oder einfach jemand, der hohe Forderungen aufstellt, „antidemokratisch" oder „antigewerkschaftlich" sei, um auf Grundlage der Satzung Ausschlüsse vornehmen zu können. Es heißt in der HBV-Satzung unter § 11 (Ausschluß der Mitgliedschaft):

1. Der Ausschluß eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn dasselbe...

⋮

c) antidemokratische oder antigewerkschaftliche Bestrebungen von Vereinigungen, Parteien oder anderen Gruppierungen durch seine Mitgliedschaft fördert oder in Wort und Schrift bzw. durch andere aktive Mitwirkung unterstützt.

⋮

2b) Mitglieder von Organisationen, bei denen eine Mitgliedschaft nach DGB-Beschluß mit der Zugehörigkeit zu einer DGB-Gewerkschaft unvereinbar ist, sind vom Hauptvorstand ohne Ausschlußverfahren nach den vom Gewerkschaftsausschuß zu beschließenden Durchführungsbestimmungen auszuschließen.

So haben im Februar die Teilnehmer einer Arbeitstagung des Betriebsgruppenvorstandes und der Vertrauensleute im Hamburger Versicherungsbereich einstimmig festgestellt, „daß nur durch eine verstärkte Betriebsgruppen- und Vertrauensleutearbeit eine entscheidende Stärkung unserer Organisation zu erreichen ist", und die Forderung nach Auswertung der bisherigen Arbeit erhoben.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß die Betriebsgruppe Iduna daraus den Schluß zog, daß mehr als allgemeine Mitgliederversamlungen der Betriebsgruppen notwendig sind. Sie haben darüber hinaus ständige Arbeitsgruppen, nach Arbeitsgebiet im Betrieb bzw. in der gewerkschaftlichen Betriegsgruppe gebildet, die alle in diesem Zusammenhang wichtigen Fragen diskutieren und kontinuierlich mit den Kollegen arbeiten.

Die Diskussion über die Angriffe der Kapitalisten auf die Lebenslage und die politischen Rechte muß verstärkt geführt werden. In diesem Zusammenhange wird die Gewerkschaftsführung die HBV-Mitglieder verstärkt an die Kandare nehmen und die Hetze und Angriffe gegen oppositionelle Kräfte führen. Nur auf dem Wege der Verbreiterung der Klarheit darüber wird es möglich sein die gewonnenen Ansätze zu erhalten. ■

HBV-Komitee, KB-Gruppe Hamburg

Hinweis:

Aus Platzgründen kann der angekündigte zweite Teil des Artikels „Was ist Zionismus? " nicht mehr in diese Nummer aufgenommen werden, sondern wird erst in AK Nr. 30 abgedruckt werden.

Zu diesem Thema eine Berichtigung: In AK 28 wurde von einem Prozeß berichtet, der unlängst in Israel gegen einen angeblichen „Spionage-Ring" geführt wurde. Die angeklagte Gruppe heißt nicht – wie berichtet – „Rote Fahne", sondern „Rote Front".

Ebenso mußte der Abdruck des zweiten Teils des Artikels „Zur Lage der ausländischen Arbeiter" verschoben werden.

Der Lohnkampf der Metaller geht weiter!

„Vertrag ist Vertrag..."

Die IG Metall hat in den letzten Tarifverhandlungen ein ein Beispiel stabilitätsgerechten Verhaltens gegeben. Wir erwarten jetzt von den Unternehmern, daß sie die lohnpolitische Zurückhaltung der Arbeitnehmer durch preispolitisches Maßhalten honorieren."

Diese Anfang Mai auf der Essener Vertreterversammlung vom Bezirksleiter Essl gesprochenen Sätze klingen angesichts der jüngsten Preis- und Profitentwicklung wie ein Hohn. Solche und ähnliche „kämpferische" Erklärungen werden den Kollegen in der Metallindustrie seit etwa vier Monaten (der Tarifabschluß in Metall war in der ersten Januarhälfte) von führenden Gewerkschaftsfunktionären angeboten.

Seitdem versuchen die Gewerkschaftsführer wachsende Kritik und Forderungen aus den Betrieben nach neuen Tarifen in die Sackgasse des Vertrauens in die Vernunft der Unternehmer zu lenken.

Lautes Getön der Gewerkschaftsführer am 1. Mai kann über die Tatsachen nicht hinwegtäuschen: der Stabilitätspakt, der Verzicht auf Verbesserung der Lage der Arbeiter, ist beschlossene Sache. Mit ihrer Zustimmung zu den Stabilitätsmaßnahmen der Bundesregierung, jüngst erneuert in der „Konzertierten Aktion", haben sie sich eindeutig gegen die Forderungen der Arbeiter gestellt.

Finanzminister Schmidt machte in einem Interview klar, was er von den Gewerkschaftsführern erwartet: *„Die Gewerkschaften müssen angesichts der Schonung bei dem Liquiditätsentzug, die wir der großen Masse der Arbeitnehmer als vernünftig haben angedeihen lassen, ihrerseits ein wenig zurückhaltender sein, als sie sonst vielleicht gewesen wären."*

Was der Sozialdemokrat Schmidt „arbeitnehmerfreundlich" umschreibt, sagt unverblümter, sozusagen als Ausführungsbestimmung der „Stabilitäts"maßnahmen, BDA-Kapitalist Friederichs Mitte Mai in Hamburg: **„Praktisch heißt das für die kommenden Monate: Unbedingtes Durchhalten der im Laufe des Jahres abgeschlossenen Tarifverträge, Verzicht auf Indexklauseln und ähnliche Klauseln, die die künftige Preisentwicklung vorwegnehmen, und die Minderung der Lohnforderungen bei den noch ausstehenden Tarifverhandlungen."** („Handelsblatt" vom 16.5.73)

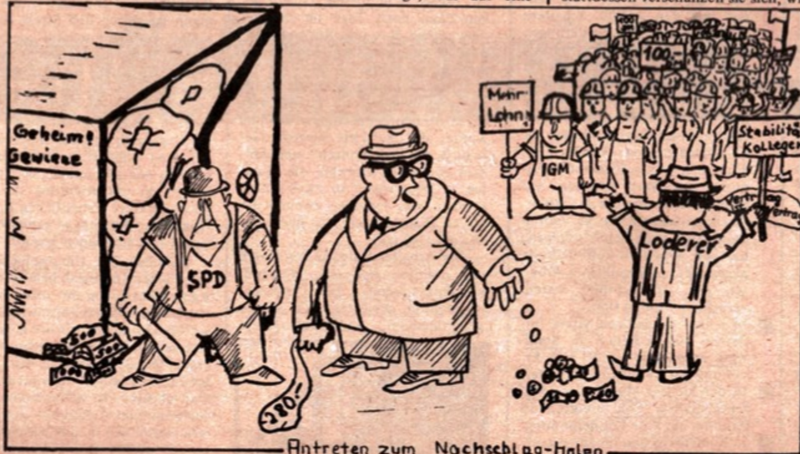
Wer dann, wie die Gewerkschaftsführer es auf der Sitzung der Konzertierten Aktion vorführten, nicht müde wird zu betonen, wie „vernünftig" die Tarifabschlüsse in diesem Jahr waren und seine sanftmütige Kritik an den Kapitalisten mit der Aufforderung an den Präsidenten des BDI Sohl verbindet, doch seinen Einfluß in der Wirtschaft dahin geltend zu machen, daß die Unternehmer nicht jeden Spielraum für Preiserhöhungen nutzen (IGM-Vorsitzender Loderer an Sohl), macht deutlich, daß von seiten der Gewerkschaftsführer keine Hilfe zu erwarten ist. Einhellige Zustimmung der honorigen Herren in der Konzertierten Aktion bekam Loderer denn auch, als er seine Sorgen mitteilte: **„Wenn es mit der Preisentwicklung so weiter geht, dann werden wir die schwersten Tage dieses Jahres noch vor uns haben."**

So zeigte das „Handelsblatt", Organ der Unternehmer, volles Verständnis für die Sorgen der Gewerkschaftsführer:

„Bei dieser unterschiedlichen Artikulation der Interessenvertreter sollte fairerweise nicht vergessen werden daß die Gewerkschaftsführer Zunder von der Basis bekommen. Von einem Gewerkschaftsvertreter bei Preissteigerungsraten von bald acht Prozent zu verlangen, er möge in der Konzertierten Aktion heilige Lohnmaßhalte-Eide schwören, käme nahezu einer Selbstmordaufforderung gleich." („Handelsblatt" vom 21.5.73)

So ist es natürlich verständlich, daß die Gewerkschaftsführer sich scheuen, ein offenes Pakt-Bekenntnis abzulegen und stattdessen mit leeren Versprechungen, Verschleppen angeblicher Verhandlungen und Vertröstungen auf andere Ziele diesen Pakt praktizieren.

Eine besondere Variante dieses Vorgehens lieferte der Ortsbevollmächtigte der IGM Hamburg, Hugo Schreiber, auf der Vertreterversammlung am 17.5.. Anträge der Vertreter von HDW nach einstündigem Warnstreik, aus den Betrieben „Rudolf Otto Meyer" nach sofortigen Lohnverhandlungen und „Ernst Winter & Sohn" nach 35 Pfennig mehr Stundenlohn, beantwortete er so: **„Wir sollten jetzt keinen Bittgang machen, jetzt sind erst einmal die Arbeitgeber dran. Außerdem finden im Herbst die Verhandlungen um Urlaub und Urlaubsgeld statt, die wir nicht durch die Forderungen nach einem Nachschlag gefährden dürfen."**



Antreten zum Nachschlag-holen

Antreten zum Nachschlag-holen

Entfristung der Tarifverträge?

In Warnstreiks, die teilweise Erfolge brachten, in Entschließungen und Forderungen aus den Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien haben die Metallarbeiter in den letzten Wochen immer massiver ihre Forderung nach mehr Lohn zum Ausdruck gebracht.

- Fast 4 000 Kollegen von BBC in Mannheim erzwangen in einem eintägigen Streik der Früh- und Spätschicht eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig.
- In einem fünfstündigen Warnstreik forderten 750 Arbeiter im Karmann-Ghia Zweigwerk Rheine/Osnabrück eine Anhebung von 3 1/2 Prozent und zusätzlich 60 bis 80 Pfennig mehr in den einzelnen Lohngruppen.
- 920 Arbeiter der Textilmaschinenfabrik Zinser in Ebersbach/Göppingen streikten über mehrere Tage für ihre Forderung nach 30 bis 35 Pfennig mehr. Höhepunkt des Streiks war eine Demonstration der Arbeiter durch den Ort.
- In den Motoren Werken Mannheim, MWM, erreichten 700 Arbeiter durch einen Streik einen Teilerfolg: die Unternehmer mußten eine Erhöhung von 10 bis 20 Pfennig zugestehen (gefordert waren 50 Pfennig).
- Im Mannheimer AEG-Werk streikten die Arbeiter für die Forderung nach 1,- DM Lohnerhöhung linear.
- In einem zweistündigen Warnstreik forderten die Arbeiter bei Frankl & Kirchner in Schwetzingen 60,- DM mehr monatlich für alle. Sie erreichten eine Zusage von 45,- DM.
- 500 Arbeiter im Mannesmannwerk Mecca-Bundy in Heidelberg brachen zunächst ihren halbtägigen Streik für 45 Pfennig mehr Stundenlohn erfolglos ab.
- 600 Arbeiter der zum Mannesmann-Konzern gehörenden Kammerich-Werke in Brackwede/Bielefeld streikten vom 10. bis 14. Mai gegen eine von der Konzernleitung geplante Streichung einer außertariflichen Zulage, was auf eine monatliche Lohnkürzung von etwa 300,- DM hinauslief. Der Streik brachte bisher nur einen Teilerfolg: ein Teil der Zulage wird weitergezahlt.

Haupttenor der zahlreichen Entschließungen aus Betrieben und Gewerkschaftsgremien ist die Forderung nach Entfristung des laufenden Tarifvertrags und die unverzügliche Aufnahme neuer Verhandlungen.

Die Vertrauensleute von Felten & Guilleaume in Köln forderten in einer einstimmig verabschiedeten Resolution: **„Öffnungsklausel in die Tarifverträge – Preisindexklausel (Vertragsfrist erlischt automatisch bei Preissteigerungen von ca. 3 %) muß durchgesetzt werden – IG Metall raus aus der Konzertierten Aktion! Die Konzertierte Aktion diszipliniert die Gewerkschaften und gibt den Unternehmern eine sichere Basis für Preismanipulationen. Steigende Preise füllen die Gewinnsäcke der Unternehmer und mindern die Löhne und Gehälter."**

Vertrauensleute der Stahlwerke Südwestfalen in Geiswied/Siegerland kündigten ebenso wie die Stahlwerker von Hoesch in Dortmund einen „heißen Sommer" an. In einer Entschließung eines Vertrauensleute-Ausschusses im Hoesch-Werk „Union" heißt es: **„So kann es nicht weitergehen! Wir rufen unsere Kollegen auf, sich für einen gerechten Lohnausgleich einzusetzen. Auch wir halten nichts von unkontrollierten Maßnahmen, lassen uns aber nicht durch Stillhalteappelle in den Schlaf wiegen. Allen, die es angeht, muß gesagt werden, daß wir auf einen heißen Sommer eingestellt sind."**

Diese Aktionen, diese Forderungen sprechen eine andere Sprache als offizielle Kommentare und die Taten der Gewerkschaftsführer. Insgesamt aber wird aus ihnen deutlich, daß sich die Kollegen in den Betrieben in Wartestellung befinden und noch auf das Handeln der Gewerkschaftsführer warten.

Die jedoch denken nicht daran, von sich aus etwas zu unternehmen, stattdessen verschanzen sie sich, wie Loderer nicht müde wird zu betonen, hinter ihrem „Vertrag ist Vertrag", da können wir nichts machen. Erfahrungen der letzten Jahre, wie es besonders in den September-Streiks 1969 der Fall war, lehren, daß nur die selbständigen Aktionen der Arbeiterklasse in solchen Situationen Erfolg versprechen.

Dabei wird es nicht ohne Auseinandersetzungen und Widerstand seitens der Gewerkschaftsführer zugehen, wie deren unrühmliches Eingreifen in die Streiks bei Hoesch und Mannesmann im Februar zeigte.

Die Taktik der Kapitalisten aber ist eindeutig auf Zeitgewinn ausgerichtet: dabei nützt ihnen sowohl das „Stabilitäts"programm der Bundesregierung als auch die Weigerung der Gewerkschaftsführer, die Forderungen aus den Betrieben zu vertreten. Dort, wo die Situation brenzlig wird, arbeiten die Unternehmer mit dem Mittel der Aufspaltung: einzelne Betriebe – besonders gefährliche „Unruheherde" erhalten eine betriebsinterne Lohnerhöhung. Innerhalb dieser Betriebe wird dann die Solidarität durch unterschiedliche Bezahlung ebenfalls aufgespalten.



Streik bei John Deere, Mannheim

In einer Pressekonferenz am 24. 5. teilte Hoesch-Vorstandsvorsitzender Harders mit, *„in der Stahlindustrie herrscht allgemeine Unruhe. Ich lehne aber die Entfristung ab. Beide Tarifpartner hätten nichts davon. Man sollte sich an die Verträge halten. Bei Hoesch tragen wir uns mit dem Gedanken, die Festlöhne etwas aufzulockern und sie leistungsbezogener zu machen"*.

Diese Taktik nutzt allein den Unternehmern. Sie zu durchkreuzen, kann nur das solidarische und entschlossene Handeln der Arbeiter leisten.

Metallkomitee KB-Gruppe Hamburg

Ergänzung:

Am 29.5. traten bei Felten & Guilleaume in Köln 2 000 Arbeiter in einen Warnstreik und forderten: 70 Mark mehr pro Monat.

Metallindustrie: Wieder Geheimverhandlungen!

Die folgenden Meldungen erreichten uns erst kurz nach Redaktionsschluß:

Am Donnerstag, den 24.5. spät abends, wurde überraschend zwischen dem Kapitalistenverband Eisen und Stahl und der IG-Metall-Führung eine einmalige Sonderzahlung für die Arbeiter in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens vereinbart.

Danach erhalten sie ab 1. Juli einen Betrag von 280 DM, der in vier Raten von 70 DM über das kommende Halbjahr verteilt ausgezahlt wird.

Großspurig verkündete der IG-Metall-Bezirksleiter in Essen, Kurt Herb: *„Das entspricht einer Erhöhung der Stundenlöhne um 40 Pfennig oder gut 5 %"* („Neue Ruhrzeitung" vom 26.5.), womit er diesen Abschluß als großen Verhandlungserfolg hinstellte.

Tatsache ist: Nur ein Rechenkünstler kann auf die von Herb errechneten Zahlen kommen. Schamvoll verschweigt er, daß seit der letzten Tariferhöhung im Januar die steigenden Preise die Löhne gegenüber dem Vorjahr ins Minus gebracht haben. 280 DM aber bedeuten aufs Jahr gerechnet pro Monat 23,33 DM mehr. Das macht in der Stunde 13 Pfennig mehr, in Prozent sind das knapp unter 2 %. In seiner Milchmädchenrechnung rechnet Herb ohne Berücksichtigung des Zeitraums einfach eine Rate von 70 DM, und schon hat er seine 5 %.

Während die IG-Metall-Führer diese Vereinbarung als großen Erfolg anpreisen, reagierten die betroffenen Arbeiter mit Protesten.

So versammelten sich am Freitag

Forts. Seite 24

Forts. von Seite 23

Metallindustrie: Wieder Geheimverhandlungen!

etwa 1 000 Arbeiter bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen zu einem dreistündigen Protestzug durch das Werk. Sie protestierten insbesondere dagegen, daß die Sonderzahlung wieder ohne die Arbeiter in einer Nacht- und Nebelaktion ausgehandelt wurde und forderten zusätzliche betriebliche Zulagen. Als in der Rheinstahl-Gießerei in Duisburg-Meiderich das Ergebnis bekannt wurde, traten 600 Arbeiter aus Protest gegen die Höhe des Ergebnisses in einen Warnstreik und forderten eine monatliche Teuerungszulage von 100 DM.

In beiden Betrieben wurden schon nach dem 8,5 %-Tarifabschluß Warnstreiks mit der Forderung nach mehr Lohn durchgeführt.

Schon vor diesem Abschluß war die Bereitschaft und die Forderung aus zahlreichen Metallbetrieben nach mehr Lohn in Streiks und betrieblichen Forderungen erkennbar geworden (siehe auch Berichte in dieser Ausgabe des ARBEITER–KAMPF). Die wachsende Sorge der Kapitalisten über eine anwachsende Welle „wilder" Streiks veranlaßte sie, mit einer mäßigen Erhöhung die Unruhe und die Kampfbereitschaft der Stahl- und Metallarbeiter zu dämpfen. Ihre Hauptsorge gilt dabei zur Zeit den Kampfaktionen der Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen und der Metallarbeiter in Baden-Württemberg.

Krupp-Vorstandschef Klotzbach sagte nach dem Abschluß: *„Das Ergebnis belastet zwar die Unternehmen, ist aber mit Erleichterung aufgenommen worden, da es eine Lösung zur Beseitigung der Unruhe in den Betrieben ist."* („Neue Ruhrzeitung" vom 26.5.)

Mit dieser Sonderzahlung haben die Gewerkschaftsführer einmal mehr eine Fortführung ihrer Tarifpolitik in Geheimverhandlungen mit den Unternehmern geboten. Gerade diese Politik ist unter den Gewerkschaftern heftiger Kritik ausgesetzt. Mit dem Abschluß ist einmal mehr gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt worden. Die Kampfbereitschaft, die momentan günstige Lage für erfolgreiche Lohnkämpfe ist in diesen Verhandlungen auf der Strecke geblieben. Arbeitshetze, Preissteigerungen und das Scheffeln von Gewinnen haben die Oberhand behalten.

Die 280 DM sind aber noch nicht das letzte Wort.

Streiks in Mannheim

Allein in den letzten 4 Wochen kam es in Mannheim und Heidelberg in etwa 10 Betrieben zu Warnstreiks für mehr Lohn und gegen Preistreiberei.

Um diese Unruhen aufzufangen, schlug IGM-Bezirksleiter Steinkühler in Stuttgart sofort nach dem Stahlergebnis vor, dies auch für Baden-Württemberg zu übernehmen. („Stuttgarter Zeitung" vom 26.5.)

■ Seit dem 24.5. streiken in der Mannheimer Landmaschinenfabrik John Deere etwa 2 600 Arbeiter und Angestellte für mehr Lohn. Am Montag, den 28.5. wuchs die Zahl der Streikenden gegenüber den Vortagen noch an, da sich die Angestellten mit den 2 000 Arbeitern solidarisierten. Die Forderungen der Kollegen sind: 70 Pfennig mehr Stundenlohn und 120 DM Gehaltserhöhung! Aktive Streikbeteiligung geht vor allem von den ausländischen Kollegen aus (Deere beschäftigt Kollegen aus 22 verschiedenen Ländern!!!), die immer wieder Kontrolltrupps durch das Werk schicken, um Streikbrecherarbeiten zu verhin- Streikbrecherarbeiten zu verhindern. Die Unternehmensleitung hat den Arbeitern Polizeieinsatz angedroht, da angeblich 2 Arbeiter, die „arbeitswillig" waren, verprügelt worden sind.

■ In einem 6-stündigen Streik forderten 300 Arbeiter im Stahlwerk Mannheim GmbH eine Erhöhung der Löhne und Gehälter.

■ In der kleinen Mannheimer Maschinenfabrik Con streikten 34 Arbeiter für eine Lohnerhöhung.

■ In Heidelberg sind im amerikanischen Landmaschinenkonzern International Harvester ebenfalls seit dem 24.5. 5 600 Arbeiter in den Streik getreten. Sie fordern zusammen mit ihren Kollegen im Harvester-Werk Neuß: Erhöhung des Tariflohns, eine betriebsinterne Zulage und einen Zuschlag zum bisherigen Weihnachtsgeld, sowie Bezahlung der Streikzeit. Die Unternehmensleitung erklärte, daß sie nicht vor Wiederaufnahme der Arbeit verhandeln will.

Die Streiks bei John Deere und Harvester dauerten bei Redaktionsschluß noch an.

Bereichsleitung Metall
KB-Gruppe Hamburg ■

Karmann-Ghia:

Ausländerhetze gegen streikende Kollegen!

Im Osnabrücker VW-Karmann-Werk traten am 8.5. etwa 1 600 spanische und portugiesische Arbeiter geschlossen in den Streik.

Die Unternehmensleitung hatte sich geweigert, den aus „produktionstechnischen Gründen" für die Zeit vom 23.7. – 10.8. festgesetzten Betriebsurlaub zu verlängern.

Für die ausländischen Kollegen bedeutet das: nur 15 Tage von ihrem Tarifurlaub zwischen 18 und 24 Tagen. Von diesem Urlaub gehen dann noch Tage für die beschwerliche Hin- und Rückreise ab, so daß von Erholung wohl kaum die Rede sein kann.

Als ihre Forderung nach einem zusammenhängenden Urlaub von der Unternehmensleitung abgelehnt wurde, da „zu viele hiervon Gebrauch machen wollten" und mit dem zynischen Hinweis, sie könnten ja Heimurlaub in zwei Teilen nehmen, was bedeutet, zweimal die teuren Fahrtkosten zu bezahlen, war das Maß voll.

Die Arbeiter traten in den Streik und wählten sich eine Verhandlungskommission. Die Unternehmensleitung weigerte sich jedoch zu verhandeln – mußte aber dann



Streikende Arbeiter vor dem Werkstor

unter dem Streikdruck den Forderungen nachgeben.

Unter großem Jubel wurde das Ergebnis aufgenommen und der Beschluß gefaßt, mit der Forderung nach Bezahlung der Streikzeit den Streik fortzusetzen. Diese Forderung konnte jedoch trotz des insgesamt 30 Stunden andauernden, über drei Tage reichenden Streik nicht durchgesetzt werden – einzig die Zusage, den ausgefallenen Verdienst durch Nacharbeiten aufzuholen, wurde erreicht.

Dieser bisher einmalige Streik ausländischer Arbeiter wurde mit großem Selbstbewußtsein und großer Solidarität geführt. Im vollen Bewußtsein ihrer Stärke – bei Karmann lag durch den Streik die gesamte Produktion still – widersprach diese Aktion dem von Feinden und Spaltern der Arbeiterklasse verbreiteten Klischee, die „Gastarbeiter" seien doch nur zum „Ranklotzen und Geldverdienen" hier. Im Gegenteil, von der Geschlossenheit und Solidarität dieser Aktion können wir alle lernen, sie war ein Schritt in der Richtung der Entwicklung einer einheitlichen Kampffront aller Arbeiter – gemeinsamer Feind – gemeinsamer Kampf.

Ein Teil der Unternehmerpresse und der Rundfunk benutzten die Kampfaktion, um mit offenem und verstecktem Rassismus, mit nationaler Überheblichkeit Front gegen unsere ausländischen Kollegen zu machen. Mit Schlagworten wie „Gastarbeitermentalität" wurde die Aktion abgetan. In vielen Kommentaren kam zum Ausdruck: jetzt streiken sogar schon die Gastarbeiter, wo sie doch froh sein können, daß wir sie bei uns arbeiten lassen. Die „Frankfurter Rundschau" etwa sprach von den „aus entlegenen Gebieten Südwesteuropas herangeholten Spaniern und Portugiesen."

Den Gipfel erreichte allerdings die „Bild"-Zeitung, die es fertigbringt, den Karmann-Streik in faschistischer Manier in einem Atemzug mit einer Meldung über eine Messerstecherei, an der außer Deutschen auch „Gastarbeiter" beteiligt waren, zu nennen.

Gegen Rassismus und nationale Überheblichkeit die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse. ■

Gewerkschaftskommission des KB Gruppe Hamburg

> **Jetzt streiken auch Gastarbeiter**
>
> **Aschaffenburg/Osnabrück, 8. Mai** Zum erstenmal sind die Gastarbeiter einer deutschen Firma geschlossen in Streik getreten. Im Autowerk Karmann-Ghia streiken seit gestern 1500 Portugiesen und Spanier. Sie fordern mehr Urlaub. Und: zum erstenmal haben sich Gastarbeiter mit Deutschen eine blutige Straßenschlacht geliefert, bei der es einen Toten und mehrere Verletzte gab. Mit Messern, Holzknüppeln und Bierflaschen gingen etwa 70 Italiener und Aschaffenburger Bürger aufeinander los. Auf dem Straßenpflaster verblutete ein 24jähriger deutscher Autoverkäufer.

▲ Dieser Artikel stammt nicht etwa aus Hitlers „Völkischem Beobachter", sondern aus der „Bild"-Zeitung vom 8.5.73.!

Merck räumt auf!

Wieder zehn Lehrlinge gefeuert

1972 wurden im Bundesgebiet 280 gewerkschaftliche Jugendvertreter und Tausende von Lehrlingen während und nach ihrer Lehre rausgeworfen. In vielen Firmen können politisch und gewerkschaftlich aktive Jugendliche von vornherein sicher sein, daß sie nach der Lehre keine Anstellung im Lehrbetrieb finden.

Erfolgt unmittelbar kein Rausschmiß – sind Lehrlinge, die sich gewerkschaftlich und politisch für die Belange ihrer Kollegen einsetzen besonders den Repressalien der Geschäftsleitung und ihrer Handlanger ausgesetzt.

Nur ein Beispiel der letzten Zeit: Bei Beiersdorf schrieb die Geschäftsleitung einen Brief an die Jugendvertretung:

Die Jugendvertretung solle prüfen, ob nicht der Zeitaufwand für ihre Arbeit zu groß ist, so daß eventuell ihre Ausbildung darunter leiden würde.

Ein Fall, der etwas größere Kreise zog, ist die erneute Entlassung von zehn Lehrlingen in der Chemischen Fabrik MERCK in Darmstadt im März dieses Jahres. Die Entlassungen erfolgten direkt nach Abschluß der Lehre. Die Begründung war die übliche und für alle Zehn gleich:

– Mangel an Arbeitsplätzen
– Die Leistungen sind nicht ausreichend.

Beides konnte sofort von den Lehrlingen und dem angerufenen Betriebsrat widerlegt werden:

– Es herrscht kein Mangel an Arbeitsplätzen, im Gegenteil, die Firma Merck suchte in Zeitungsinseraten Bewerber für die soeben „freigewordenen" Stellen.
– Die Leistungen der Lehrlinge waren gut, zum Teil sogar überdurchschnittlich, einige hatten ihre Lehre ein halbes Jahr früher abgeschlossen.

So hieß die Entlassungsbegründung später ganz anders:

„Leistungen und Prüfungsergebnisse allein sind keine genügende Grundlage für ein Arbeitsverhältnis."

und weiter:

„Der persönliche Gesamteindruck der Entlassenen ist unzureichend"!!

Was nun hatte dem „persönlichen Gesamteindruck" dieser Lehrlinge nach Meinung der Geschäftsleitung so sehr geschadet, daß sie trotz qualifizierter Arbeit und freier Stellen kurzerhand vor die Tür gesetzt worden sind?

In den letzten 2 Jahren hatten diese 10 Lehrlinge sich am aktivsten am Aufbau einer gewerkschaftlichen Jugendgruppe beteiligt.

Außerdem waren 4 der Lehrlinge gewählte Jugendvertreter und es gelang, die Arbeit dieser beiden Gruppen zu koordinieren. Jugendvertretung und Jugendgruppe beschäftigten sich mit den Problemen der Lehrlinge und versuchten in Aktionen zusammen mit den älteren Kollegen einige Forderungen durchzusetzen. Die Jugendgruppe hatte großen Zulauf, viele Lehrlinge wendeten sich an die Jugendvertretung. Die Lehrlinge und auch ein Teil der älteren Kollegen unterstützten z.T. aktiv Forderungen und Aktionen der Jugendvertretung und der gewerkschaftlichen Jugendgruppe.

Ständige Konflikte und Auseinandersetzungen mit den Ausbildungsleitern waren nur der Anfang. Jetzt hat die Merck-Geschäftsleitung die günstige Gelegenheit beim Schopf gepackt und versucht, die gewerkschaftliche Interessensvertretung durch den Rausschmiß totzukriegen.

Dieses Vorgehen ist auch bei Merck nichts neues, 1971 wurden nach den Lohnstreiks 18 Lehrlinge, die sich am Streik beteiligt hatten, gefeuert. Heute wie 1971 protestierten nicht nur die Lehrlinge, sondern auch die älteren Kollegen gegen diese Maßnahmen.

In mehreren Flugblättern wurde der Sachverhalt geschildert und zur Solidarität mit den Entlassenen aufgefordert. Und die Merck-Arbeiter stellten sich hinter ihre jüngeren Kollegen. Mehrere Hundert erschienen zu einer öffentlichen Kundgebung, um gegen die Entlassungen zu protestieren, in einem Fernsehinterview vor den Werkstoren solidarisierten sich sämtliche befragten Kollegen mit diesen Lehrlingen. Klar war, diese Entlassung pickt einige heraus, trifft diejenigen, bei denen es ziemlich einfach ist, sie nach der Lehre mit hergesuchten „Argumenten" rauszuwerfen; da ist ja nicht mal ein Gesetz vor, das die Kapitalisten noch übergehen mußten. Die Entlassungen richten sich aber gegen alle aktiven Gewerkschafter, alle fortschrittlichen Kollegen; sie sollen die direkt Betroffenen fertigmachen, die Aktiven beseitigen, die anderen Kollegen dazu einschüchtern. Die erwartete Einschüchterung fand jedoch nicht statt, wie die Aktionen gegen die Entlassungen zeigen.

Der Betriebsrat hat von den Vertrauensleuten den Auftrag bekommen, eine Betriebsvereinbarung abzuschließen, die sicherstellen soll, daß die Ausbildungspolitik des Betriebes in Zukunft die Nichtweiterbeschäftigung nach bestandener Lehre ausschließt.

Jedoch sind Entlassungen durch die Kapitalisten keine Frage von Gesetzen (die können Entlassungen höchstens erschweren), sondern eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital, in der konkreten Auseinandersetzung.

Die Lehrlinge kommen auf die schwarze Liste

Einer der entlassenen Lehrlinge hatte sich bei dem Chemie-Betrieb Röhm in Darmstadt beworben. Der Vertrag war schon fast perfekt, dann wurde er nach seiner Lehrfirma befragt. Als der Rausschmiß offenbar wurde, erfolgte eine Absage; Begründung:

Es ist schon ein großer Makel, wenn man bei einer so renommierten Firma wie Merck nach der Lehre nicht weiterbeschäftigt wird. Der Lehrling sucht bis heute noch.

Ein anderer Lehrling schrieb 12 Betriebe an und bekam überall eine Absage. Aus Geldnot nahm er eine Stelle als Packer bei der Firma Dugena an. Nachdem er 6 weitere Firmen abgeklappert hatte, bekam er eine Anstellung, die in etwa seiner Ausbildung entspricht. Allerdings hat er jetzt einen Weg von 2 Stunden An- und Abfahrzeit.

Merck-Direktor Esser auf die Frage der „Frankfurter Rundschau", warum er nicht Lehrlingen und Betriebsrat eine Begründung für den Rausschmiß gegeben hätte (die Begründung „persönlicher Gesamteindruck" erfolgte erst ziemlich spät): „Die Chancen der jungen Leute bei der Bewerbung um einen anderen Arbeitsplatz sollten nicht durch eine öffentliche Diskussion beeinträchtigt werden."

Beeinträchtigt werden sollte nicht der „Arbeitsfrieden" im Betrieb durch eine öffentliche Diskussion, das Benachrichtigungssystem der Kapitalisten über schwarze Listen funktioniert so und so einwandfrei. ■

Jugendkommission des Chemiebereichs, KB-Gruppe Hamburg